

Jahresbericht über die Tätigkeit der OSZE 2010

Der Generalsekretär

**Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa**

Inhalt

Botschaft des Generalsekretärs

Das Wichtigste in Kürze

Bericht des Amtierenden Vorsitzes

Von Korfu nach Astana

Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft

Die Krise in Kirgisistan

Langzeitkonflikte

Die dimensionsübergreifende Arbeit des Vorsitzes

Der Ständige Rat

Das Forum für Sicherheitskooperation

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Feldoperationen

Südosteuropa

Die Präsenz in Albanien

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Die Mission im Kosovo

Die Mission in Montenegro

Die Mission von Serbien

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Das Büro in Zagreb

Osteuropa

Das Büro in Minsk

Die Mission in Moldau

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Südkaucasus

Das Büro in Baku

Das Büro in Eriwan

Zentralasien

Das Zentrum in Aschgabat

Das Zentrum in Astana

Das Zentrum in Bischkek

Das Büro in Tadschikistan

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Unterstützung bei der Umsetzung bilateraler Abkommen

Der Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte
Militärangehörige

Die Institutionen

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten

Der Beauftragte für Medienfreiheit

Das Sekretariat

Das Büro des Generalsekretärs

Das Leitende Management

Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit

Der Rechtsdienst

Die Abteilung Genderfragen

Das Sicherheitsmanagement

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten

Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des
Menschenhandels

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung

Das Büro für Innenrevision

Das Konfliktverhütungszentrum

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE

Die Hauptabteilung Personalressourcen

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen

Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen
Organisationen und Institutionen

Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum

Anhänge

Die OSZE auf einen Blick

OSZE-Organisationsplan

OSZE-Gesamthaushalt 2010 nach Teilhaushalten

Außerbudgetäre Unterstützung der OSZE

Personalstatistik

Kontakt

Botschaft des Generalsekretärs

Die OSZE stand stets für einen integrativen Ansatz. Das bedeutet, dass Sicherheit am besten durch die Bereinigung von Divergenzen im offenen Dialog und in gleichberechtigter Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer Interessen und Werte verwirklicht werden kann. 2010 stellte die OSZE ihre Rolle als Plattform gleichberechtigter Partner unter Beweis, als Kasachstan als erster Staat aus Zentralasien und Nachfolgestaat der Sowjetunion den Amtierenden Vorsitz übernahm. Das von Kasachstan ausgerichtete Gipfeltreffen in Astana rückte die OSZE ins internationale Rampenlicht und endete in weitgehendem Einvernehmen über ihre grundlegenden Werte und strategischen Prioritäten.

Zentralasien zog 2010 auch aus anderen Gründen die Aufmerksamkeit auf sich, war doch Kirgisistan im April und im Juni mit schwierigen Entscheidungen konfrontiert. Bei der Bewältigung der Krise sorgte der Vorsitz federführend für die koordinierte Reaktion der OSZE in partnerschaftlichem Zusammenwirken mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Das OSZE-Sekretariat, das Zentrum in Bischkek und die Institutionen – der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, die Beauftragte für Medienfreiheit und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie die Parlamentarische Versammlung – trugen mit vereinten Kräften zur Stabilisierung der Lage bei, indem sie das Land zu verfassungsgemäßen Verhältnissen zurückführten. Die OSZE-Teilnehmerstaaten boten Kirgisistan auf dessen Bitte hin weitere Hilfe an, und zu Jahresende konnte eine Initiative für kommunale Sicherheit anlaufen, die für die Polizeikräfte des Landes Beratung und Unterstützung bereitstellte.

Der Vorsitz bemühte sich unter Einbindung aller, die Organisation durch eine Konsolidierung ihrer politischen Agenda mit neuem Leben zu erfüllen. Auf dem informellen Ministerrats-treffen im Juli in Almaty kam die Dynamik für die Abhaltung des ersten OSZE-Gipfels seit mehr als einem Jahrzehnt, des ersten in Zentralasien, in Gang. Dem Gipfeltreffen von Astana am 1. und 2. Dezember ging eine umfassende dreiwöchige Überprüfungskonferenz in Warschau, Wien und Astana voraus, die durch die Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen aufgewertet wurde.

Über 500 Nichtregierungsorganisationen beteiligten sich aktiv am Forum der Zivilgesellschaft, das vor dem in Astana abgehaltenen Teil der Überprüfungskonferenz stattfand. Ihre Überprüfung der Verpflichtungen und Aktivitäten der OSZE und ihre konkreten Empfehlungen zur Behebung von Schwachstellen in der Umsetzung lieferten einen wertvollen und höchst aktuellen Beitrag zum Gipfel.

Aus den in Vorbereitung des Gipfels unter der Leitung des Vorsitizes geführten Diskussionen auf Grundlage des Sicherheitsdialogs, der unter dem griechischen Vorsitz 2009 als Korfu-Prozess begonnen hatte, ergab sich ein umfangreicher Katalog von ehrgeizigen Ideen für die Tagesordnung des Gipfels. Die Delegationen arbeiteten unermüdlich an einem Gipfel-dokument, das den Weg für die künftige Arbeit der OSZE in den drei Dimensionen ebnet sollte. Auch wenn kein kompletter Aktionsrahmen verabschiedet wurde, gelang es den 56 Teilnehmerstaaten doch, eine deutliche Erklärung zu verabschieden, mit der sie sich erneut zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft auf der Grundlage vereinbarter Prinzipien, gemeinsamer Verpflichtungen und gemeinsamer Ziele bekannten.

Die Erklärung bekräftigt alle bisherigen OSZE-Verpflichtungen, beginnend mit der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990. Unsere 56 Teilnehmerstaaten bekannten sich erneut zu „einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft“ und legten ein weiteres Mal besonderen Nachdruck auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Nach wie vor stellen Langzeitkonflikte in unserer Region eine Herausforderung dar. Es sind schwierige Prozesse, die unsere ständige Aufmerksamkeit und ungebrochene Entschlossenheit erfordern. Während der Verhandlungen von Astana waren hinter den Kulissen leichte Änderungen in Ton und Sprache festzustellen, und so hege ich die Hoffnung, dass sie die Grundlage für konkrete Fortschritte sein werden.

Die Gedenkerklärung von Astana geht auch auf einige Bereiche ein, in denen sich bereits Fortschritte abzeichnen. Die Teilnehmerstaaten bekundeten darin ihr Interesse an der Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999 und ihre Unterstützung für Bemühungen zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über das konventionelle Rüstungskontrollregime in Europa. Sie fordern eine größere Einigkeit des Willens bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und unterstreichen die Notwendigkeit, die internationalen Bemühungen zur Förderung eines stabilen und demokratischen Afghanistans zu unterstützen.

Schließlich beauftragten die Teilnehmerstaaten den litauischen Vorsitz 2011 mit der Organisation eines Folgeprozesses, der die im Zuge des Korfu-Prozesses sowie der Gipfelvorbereitungen eingebrachten Ideen und Vorschläge berücksichtigt, und sagten zu, die kommenden Vorsitze – Irland 2012 und die Ukraine 2013 – bei der Ausarbeitung eines konkreten Aktionsplans auf der Grundlage der vom kasachischen Vorsitz geleisteten Arbeit zu unterstützen.

Die OSZE wurde durch die in Astana formulierte gemeinsame Vision gestärkt. Unser Sekretariat, unsere Feldoperationen, unsere Institutionen und unsere Parlamentarische Versammlung, die alle, wie aus diesem Bericht hervorgeht, 2010 so gewissenhaft die ihnen gestellten Aufgaben erfüllt haben, können 2011 mit Zuversicht entgegensehen, da sie von Astana einen neuen politischen Impuls für ihre Mission erhalten haben.

Marc Perrin de Brichambaut
Generalsekretär

Das Wichtigste in Kürze

2010, in einem Jahr, in dem der 20. Jahrestag der Charta von Paris für ein neues Europa, der Dokumente von Kopenhagen und Bonn und der 35. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki gefeiert wurde, erzielte die OSZE Fortschritte in allen Dimensionen ihrer Arbeit, die ihren Höhepunkt im Gipfeltreffen von Astana und schließlich in der Gedenkerklärung von Astana fand – einem neuerlichen Bekenntnis zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok auf der Grundlage vereinbarter Prinzipien, gemeinsamer Verpflichtungen und gemeinsamer Ziele. (*Siehe Botschaft des Generalsekretärs, S. XX; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*) Es folgt eine kurze Darstellung einiger Höhepunkte des Jahres 2010.

Informelles Ministertreffen in Almaty. Mit der Veranstaltung eines informellen Ministertreffens in Almaty folgte der Vorsitz dem Beispiel des griechischen Vorsitzes aus dem Jahr 2009. Im Zentrum der Erörterungen stand die Frage, wie aus dem Korfu-Prozess praktische Schlussfolgerungen gezogen werden können, was zur Vereinbarung führte, in Astana ein Gipfeltreffen der OSZE abzuhalten. (*Siehe Botschaft des Generalsekretärs, S. XX; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*)

Überprüfungskonferenz. Im Einklang mit dem Helsinki-Dokument von 1992 und dem Budapester Dokument von 1994 fand im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana eine dreiteilige Überprüfungskonferenz statt. Die Treffen fanden in Warschau mit dem Schwerpunkt menschliche Dimension, in Wien zur politisch-militärischen Dimension und zur Wirtschafts- und Umweltdimension sowie zur Überprüfung der OSZE-Strukturen und -Aktivitäten und schließlich in Astana wieder mit dem Schwerpunkt menschliche Dimension unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen statt. Im Rahmen seiner Bemühungen um eine verstärkte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen lud der Vorsitz auch Vertreter von über 500 Nichtregierungsorganisationen zu einem Forum für die Zivilgesellschaft in Astana ein. (*Siehe Botschaft des Generalsekretärs, S. XX; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*)

Das Gipfeltreffen von Astana. Fast 40 Staats- und Regierungschefs, über ein Dutzend Minister und zahlreiche andere Spitzenbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft aus den OSZE-Teilnehmerstaaten nahmen am ersten Treffen der Organisation auf höchster Ebene seit 1999 teil, das seinen Abschluss in der Gedenkerklärung von Astana fand. Rund 1000 internationale Journalisten berichteten über das Gipfeltreffen, und auf einer eigenen Gipfel-Webseite wurde in allen sechs offiziellen OSZE-Sprachen laufend über die Veranstaltung informiert. (*Siehe Botschaft des Generalsekretärs, S. XX; Das Gipfeltreffen von Astana, unten; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Das Sekretariat, S. XX; Das Büro des Generalsekretärs, S. XX.*)

Wiener Expertenrunde. Als Folgeveranstaltung zum Gipfeltreffen von Astana trafen bei der ersten Wiener Expertenrunde führende Experten aus Denkwerkstätten und der Welt der Wissenschaft mit Delegationen und Amtsträgern der OSZE zusammen, um die Ergebnisse des Gipfeltreffens zu beurteilen und den Weg in die Zukunft zu besprechen. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Büro des Generalsekretärs, S. XX.*)

Hochrangige Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung. Der Vorsitz veranstaltete in Astana eine hochrangige Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung mit über 600 Teilnehmern, darunter Regierungsvertreter, Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Vertreter der Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, die Umsetzung der OSZE-

Verpflichtungen in diesen Bereichen voranzutreiben. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte S. XX.*)

Die Krise in Kirgisistan. Nach den Unruhen im April und Juni, die hunderte Tote gefordert und zum Sturz des kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew geführt hatten, verabschiedete der Ständige Rat einen Beschluss, mit dem die Entsendung einer OSZE-Polizeiberatergruppe genehmigt wurde, die dem Land bei seinen Bemühungen um Abbau der Spannungen zwischen den Volksgruppen und der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung Hilfestellung leisten sollte. Mit einem späteren Beschluss des Ständigen Rates wurde ein an die herrschenden Umstände angepasster längerfristiger Ansatz bei der Polizeireform gewählt. Die Initiative für kommunale Sicherheit sieht Unterstützung für ein Jahr vor, sie umfasst 31 internationale Mitarbeiter, unterstützt durch 27 vor Ort eingestellte Mitarbeiter, die in drei kirgisischen Provinzen tätig werden sollen, um die Vertrauensbildung zwischen der Polizei und der örtlichen Bevölkerung zu erleichtern. (*Siehe OSZE-Gespräche, unten; Botschaft des Generalsekretärs, S. XX; Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Der Ständige Rat, S. XX; Die Parlamentarische Versammlung, S. XX; Das Zentrum in Bischkek, S. XX; Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. XX; Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, S. XX; Das Sekretariat, S. XX, Das Büro des Generalsekretärs, S. XX; Das Konfliktverhütungszentrum, S. XX; Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen, S. XX.*)

OSZE-Gespräche. Der Vorsitz gab den Anstoß zum ersten Seminar in einer Reihe von OSZE-Gesprächen, einem eintägigen Treffen, zu dem sich im November Zentralasien-Experten in der OSZE-Akademie in Bischkek versammelten. Studenten, Wissenschaftler und Experten besprachen die Lage in Kirgisistan und Afghanistan und regionale Herausforderungen. Eine Publikation, die aus dem Seminar hervorging, wurde auf dem Gipfeltreffen von Astana verteilt. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*)

Genfer Gespräche. 2010 fanden weitere sechs Runden der Genfer Gespräche statt. Die OSZE führte gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union den Vorsitz bei den Gesprächen, an denen Vertreter aus Georgien, Russland und den Vereinigten Staaten sowie aus Zschinwali und Suchumi teilnehmen. In den Gesprächen ging es nach wie vor um die grundlegenden Fragen: Nichtanwendung von Gewalt und internationale Sicherheitsvereinbarungen. Fortschritte gab es in der Frage der Nichtanwendung von Gewalt, was für die Zukunft des Prozesses neue Aussichten eröffnete. Ein wichtiges positives Signal war die Wiederaufnahme des Dwani/Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) am 28. Oktober nach einjähriger Unterbrechung. Außerdem handelte die OSZE Ende 2010 eine Vereinbarung über die Umsetzung eines Pakets von Wasserprojekten aus. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Das Konfliktverhütungszentrum, S. XX; Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen, S. XX.*)

Informelle „5+2“-Treffen. Es fanden fünf informelle „5+2“-Treffen zu den Themen Freizügigkeit und Garantiemechanismen statt, und die beiden politischen Vertreter (der moldauische Vizepremierminister und sein transnistrischer Amtskollege) trafen regelmäßig zusammen, um Fragen zu lösen, die das tägliche Leben der Menschen auf beiden Seiten des Dnjestr/Nistru betreffen. Zwei Treffen zwischen dem moldauischen Premierminister Vlad Filat und dem transnistrischen Führer Igor Smirnow waren ausschlaggebend für Fortschritte in konkreten Fragen, etwa der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs auf der Strecke

Chişinău-Tiraspol-Odessa im Oktober. Als weitere positive Entwicklungen sind die Erweiterung eines Mechanismus aus dem Jahr 2006 zu nennen, der moldauischen Bauern den Zugang zu ihrem Land auf der von Transnistrien kontrollierten Seite ermöglicht, der Abschluss einer Vereinbarung über vereinfachte Vorschriften für die Ausfuhr von Gütern aus Transnistrien auf dem Schienenweg und der Beginn von Expertenverhandlungen über die Wiederherstellung der Festnetz-Fernmeldeverbindungen zwischen den beiden Seiten. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Die Mission in Moldau, S. XX.*)

Das Übereinkommen nach Artikel IV von Dayton. Mit der Genehmigung eines umfassenden zweistufigen Aktionsplans für die Übertragung von Verantwortlichkeiten an Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien erhielt 2010 der Prozess zur Stärkung der Eigenverantwortung starken Auftrieb. Während der ersten Phase des Plans, die Ende 2011 abgeschlossen sein soll, wird die internationale Unterstützung auf ein Minimum reduziert. Die zweite, bis Ende 2014 abzuschließende Phase sieht die Ausarbeitung aller notwendigen – rechtlichen, politischen, technischen und organisatorischen – Maßnahmen zur Übertragung der vollen Autonomie an die Parteien vor. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*)

Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz. Die in Wien abgehaltene Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz widmete sich einer Reihe von Herausforderungen in der ersten Dimension, darunter der Arbeit an der Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999. Themen der Arbeitssitzungen waren transnationale Bedrohungen, die Rolle der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktbeilegung, Krisenmanagement und Stabilisierung in der Konfliktfolgezeit, Mechanismen für Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Bedrohungen und Herausforderungen in Afghanistan und die Überprüfung der polizeibezogenen OSZE-Aktivitäten. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*)

Entsorgung von Mélange. Ein OSZE-Projekt zur sicheren Beseitigung der Lagerbestände des giftigen Raketentreibstoffs Mélange an sechs Stätten in der Ukraine trat 2010 mit dem Beginn der Arbeiten an der Beseitigung von 2600 Tonnen Mélange aus einer dritten Lagerstätte in der Westukraine in seine zweite Phase. Zu Beginn des Projekts lagerten in der Ukraine 16000 Tonnen Mélange. Bisher wurden im Rahmen dieses größten durch Spenden finanzierten Projekts in der OSZE-Geschichte über 3000 Tonnen beseitigt. (*Siehe Das Forum für Sicherheitskooperation, S. XX; Der Projektkoordinator in der Ukraine, S. XX; Das Konfliktverhütungszentrum, S. XX.*)

Expertenkonferenz zum Thema Terrorismus. Der Vorsitz veranstaltete in Astana eine Expertenkonferenz über die Bekämpfung von Bedrohungen im Zusammenhang mit Terrorismus, darunter soziale, interethnische und religiöse Herausforderungen, und andere grenzüberschreitende Bedrohungen mit Terrorismusbezug wie etwa Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Geldwäsche. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.*)

Das Engagement für Afghanistan. Das Sekretariat bemühte sich um eine weitere Stärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan, indem es die Teilnahme afghanischer Vertreter an OSZE-Aktivitäten forcierte, darunter Schulungen zum Thema Drogenbekämpfung, Zoll, Landminenräumung, Sicherheit von Reisedokumenten, Grenzmanagement und Terrorismusbekämpfung. Im Rahmen der laufenden Unterstützung von Wahlen durch die OSZE wurde im September ein Wahlunterstützungsteam zu den Parlamentswahlen nach Afghanistan

entsandt. (Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Die Parlamentarische Versammlung, S. XX; Das Zentrum in Bischkek, S. XX; Das Büro in Tadschikistan, S. XX; Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, S. XX; Das Büro des Generalsekretärs, S. XX; Das Konfliktverhütungszentrum, S. XX; Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen, S. XX; Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum, S. XX.)

Die Stabsakademie für Grenzmanagement. Die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement veranstaltete im zweiten Jahr ihres Bestehens elf Seminare und ihren ersten Stabslehrgang, wobei insgesamt 257 Grenz- und Zollbeamte und Drogenfahnder der mittleren und höheren Ebene aus 19 Teilnehmerstaaten und Afghanistan ausgebildet wurden. (Siehe Das Zentrum in Astana, S. XX; Das Büro in Tadschikistan, S. XX; Das Konfliktverhütungszentrum, S. XX.)

Gender und Sicherheit. Das jährliche Dreiertreffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen, dem Europarat und der OSZE widmete sich dem Thema Gender und umfassende Sicherheit. Im Zentrum der Erörterungen stand die Verhütung und Lösung von Konflikten, insbesondere durch Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einschließlich Mädchen, vor, während und nach bewaffneten Konflikte. (Siehe Das Büro des Generalsekretärs, S. XX; Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen, S. XX.)

Veranstaltungen in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Der Prozess rund um das 18. Wirtschafts- und Umweltforum, das in Astana, Minsk, Wien und Prag stattfand, hatte die Förderung von Good Governance an Grenzübertrittsstellen, die Verbesserung der Sicherheit von Transporten auf dem Landweg und die Erleichterung des internationalen Straßen- und Eisenbahnverkehrs in der OSZE-Region zum Gegenstand. Bei einem Außerordentlichen Expertentreffen in Wilna beurteilten die Teilnehmer die Rolle der OSZE bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit der Energieversorgung. (Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX; Das Zentrum in Astana, S. XX; Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, S. XX.)

20. Jahrestag des Dokuments von Kopenhagen. Anlässlich des 20. Jahrestags des Dokuments von Kopenhagen, eines der Grundlagendokumente der OSZE, das Verpflichtungen in den Bereichen Wahlen und Rechtsstaatlichkeit und andere grundlegende Rechte und Freiheiten festschreibt, fand in Kopenhagen eine Konferenz statt (10. und 11. Juni). In fünf Arbeitssitzungen wurden die Einhaltung der Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten in den Bereichen Wahlen und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, nationale Minderheiten und Freizügigkeit sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung geprüft. (Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzes, S. XX.)

Treffen zur menschlichen Dimension. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) veranstaltete in Wien zwei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension: über Herausforderungen und bewährte Praktiken zur Förderung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern und der Beteiligung der Frauen am politischen und öffentlichen Leben (6. und 7. Mai) bzw. über Religions- und Glaubensfreiheit (9. und 10. Dezember). Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten veranstaltete mit organisatorischer Unterstützung vonseiten des BDIMR ein weiteres zum Thema Minderheitenschulwesen (22. und 23. Juli). Ein vom BDIMR in Warschau veranstaltetes Seminar

zur menschlichen Dimension (17. bis 19. Mai) hatte die Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit zum Gegenstand. (Siehe *Bericht des Amtierenden Vorsitzes*, S. XX; *Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte*, S. XX; *Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten*, S. XX.)

Wahlbeobachtung. Wahlen waren auch 2010 eines der Schwerpunktthemen des BDIMR, das Beobachter aus 51 Teilnehmerstaaten zur Beobachtung von Wahlen in 21 Länder entsandte, darunter zwei entscheidende Wahlgänge in Kirgisistan. Das BDIMR entsandte auch ein Wahlunterstützungsteam zu den Parlamentswahlen nach Afghanistan. Die Institution bemühte sich verstärkt, die Empfehlungen zur Verbesserung von Wahlprozessen nachzuverfolgen und seine Beobachtungsmethode zu verfeinern und weiterzuentwickeln; so veröffentlichte es beispielsweise die sechste Auflage des *ODIHR Election Observation Handbook*. (Siehe *Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte*, S. XX.)

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten. Der Hohe Kommissar veranstaltete eine Reihe regionaler Runder Tische zur Umsetzung der Bozener Empfehlungen zu nationalen Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen. Der Hohe Kommissar befasste sich auch weiterhin mit ethnischen Spannungen innerhalb von Staaten und zwischen ihnen, er untersuchte die Bedingungen für Minderheitengemeinden und beriet Teilnehmerstaaten hinsichtlich der Verbesserung der Gesetzgebung in Bezug auf Minderheiten und interethnische Beziehungen im Allgemeinen. (Siehe *Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten*, S. XX.)

Medienfreiheit. Die Beauftragte für Medienfreiheit setzte sich für freie Medien und freie Meinungsäußerung in der gesamten OSZE-Region und für Journalisten ein, die verfolgt wurden oder Übergriffen ausgesetzt waren, führte eine Kampagne zur Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung von übler Nachrede, bot Teilnehmerstaaten rechtliche Unterstützung in Bezug auf Mediengesetze, ermöglichte Berufsbildungskurse für Medienschaffende und veranstaltete regionale Konferenzen zur Verbesserung der journalistischen Standards. (Siehe *Der Beauftragte für Medienfreiheit*, S. XX.)

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels bemühte sich, das politische Bewusstsein für diese Frage zu heben, und setzte sich in allen Teilnehmerstaaten für eine verbesserte Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf den Menschenhandel ein. Im Juni widmete sich eine hochrangige Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel in Wien der Frage des Menschenhandels zum Zwecke der Ausbeutung von Menschen als Dienstboten, während im Oktober ein eintägiges Regionaltreffen der nationalen Koordinatoren für die Bekämpfung des Menschenhandels in Wien Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften zum Gegenstand hatte. (Siehe *Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels*, S. XX.)

19. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung. Die Parlamentarische Versammlung hielt in Oslo ihre 19. Jahrestagung zum Thema „Rechtsstaatlichkeit: Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Korruption“ ab. Die Versammlung verabschiedete die Erklärung von Oslo, in der auf die Wichtigkeit einer parlamentarischen Dimension im laufenden Sicherheitsdialog hingewiesen wurde. (Siehe *Die Parlamentarische Versammlung der OSZE*, S. XX.)

Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern. Ein Workshop des Vorsitzes in Thailand über die Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und die Verbesserung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements bot den Teilnehmern Gelegenheit, bewährte Praktiken auszutauschen und in Erfahrung zu bringen, wie Thailand an diese Fragen herangeht. Ein weiterer vom Vorsitz organisierter Workshop in Ulan Bator (Mongolei) widmete sich der Bekämpfung des Menschenhandels auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Bei der Konferenz der OSZE und der Republik Korea in Seoul erörterten die Teilnehmer die multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien, die wirtschaftliche Entwicklung und den Beitrag der Frauen zum Aufbau von Sicherheit. Dieses Thema war auch Gegenstand einer Zusammenkunft von Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft am Rande der Konferenz. Die Mittelmeerkonferenz der OSZE in Malta behandelte Fragen im Zusammenhang mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung. (*Siehe Bericht des Amtierenden Vorsitzenden, S. XX; Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum, S. XX.*)

Bericht des Amtierenden Vorsitzes

SCHREIBEN DES VORSITZENDEN

Mit Kasachstan stand 2010 erstmals ein zentralasiatischer Staat und eine ehemalige Sowjetrepublik mit überwiegend muslimischer Bevölkerung an der Spitze der OSZE. Seine überaus erfolgreiche Amtsführung unter der Leitung von Präsident Nursultan Nasarbajew wird von der internationalen Gemeinschaft objektiv anerkannt und zeugt von dem wichtigen Beitrag, den Kasachstan zur regionalen und globalen Sicherheit leistet.

Durch die konsequente Umsetzung des Leitmotivs des kasachischen OSZE-Vorsitzes – Vertrauen, Tradition, Toleranz und Transparenz –, durch Unparteilichkeit und Achtung für die Ansichten aller Partner wurde der Konsens zu den grundlegenden Aspekten der Weiterentwicklung der Organisation auf der Grundlage der ausgewogenen Umsetzung aller drei Körbe ausgeweitet und gestärkt.

Das konstruktive Engagement aller Teilnehmerstaaten im Korfu-Prozess beflügelte die Organisation in ihrer Arbeit und gab ihr ihre Bedeutung als eines der wichtigsten Foren für den Sicherheitsdialog wieder zurück. Wir verliehen den allgemeinen Bemühungen um eine Neubelebung und Stärkung des Rüstungskontrollregimes und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen eine neue Dynamik, und wir hoffen, 2011 ein modernisiertes Wiener Dokument 1999 verabschieden zu können.

Wir verstehen zwar, wie komplex Langzeitkonflikte sind und wie langwierig der Weg zu ihrer Lösung ist, doch haben wir durchaus Grund zu vorsichtigem Optimismus in der Beurteilung der von uns im Jahr 2010 in Bezug auf die Verhandlungen zu Langzeitkonflikten im Rahmen bestehender Formate geleisteten Arbeit. Wir konnten eine gewisse positive Dynamik im Konfliktbeilegungsprozess in Transnistrien feststellen, unter anderem durch die Abhaltung regelmäßiger informeller „5+2“-Treffen. Die Minsk-Gruppe setzte ihre intensiven Bemühungen um eine Lösung des Berg-Karabach-Konflikts fort, und wir hoffen, dass 2011 weitere Fortschritte gemacht werden. Ein positives Ergebnis der Genfer Gespräche war die Wiederaufnahme des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen von Dwani/Ergneti im Oktober nach einjähriger Unterbrechung.

Die tragischen Ereignisse in Kirgisistan wurden für Kasachstan als OSZE-Vorsitz und für die gesamte OSZE-Gemeinschaft zu einer ernst zu nehmenden Herausforderung. Die OSZE trug maßgeblich dazu bei, dass ein Bürgerkrieg im Land verhindert wurde, die Spannungen verringert wurden und das Land zu rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden konnte. Ich sehe der erfolgreichen Umsetzung der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan erwartungsvoll entgegen.

Es lag in unser aller Interesse, unsere multilaterale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und Herausforderungen, etwa internationaler Terrorismus und Extremismus, organisierte Kriminalität, Drogenhandel und Herausforderungen, die ihren Ursprung außerhalb der Organisation haben, insbesondere im Hoheitsgebiet Afghanistans, auf ein neues Niveau zu bringen.

In der menschlichen Dimension konzentrierten wir uns auf Fragen der ethnischen und religiösen Toleranz. Die wichtigste Veranstaltung in diesem Bereich war die am 29. und 30. Juni in Astana abgehaltene OSZE-Konferenz auf hoher Ebene über Toleranz und Nichtdiskriminierung. Wir haben uns nachdrücklich für eine offene und konstruktive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eingesetzt und zu diesem Zweck für eine breite und aktive

Teilnahme von NROs an zahlreichen Veranstaltungen während des OSZE-Gipfeltreffens und davor gesorgt.

Das auf Initiative von Präsident Nasarbajew abgehaltene erste OSZE-Gipfeltreffen im neuen Jahrtausend war ein unbestreitbarer Erfolg für den Vorsitz und für die Organisation insgesamt. Wir konnten den Nachweis für die Vitalität der OSZE erbringen, der internationalen Gemeinschaft die Entwicklung der Organisation „von Helsinki bis Astana“ vor Augen führen und der OSZE neue Impulse verleihen, ist sie doch heute wichtiger denn je.

Kernpunkt unserer gemeinsamen Arbeit war die Verabschiedung der „Gedenkerklärung von Astana - auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“, in der die Teilnehmerstaaten die zentralen Normen, Prinzipien und Verpflichtungen, wie sie in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa festgeschrieben wurden, bekräftigten. In der Gedenkerklärung von Astana werden die neuen Herausforderungen und Bedrohungen, vor denen die OSZE steht, deutlich beim Namen genannt. Sie bekräftigt die allgemeine Auffassung, dass der traditionelle Zuständigkeitsbereich der OSZE einen tief greifenden Wandel durchgemacht hat und heute einen großen euroatlantischen und eurasischen Raum umfasst.

Diesbezüglich freue ich mich auf unsere weitere konstruktive Zusammenarbeit zur Erreichung der hochgesteckten Ziele der Gedenkerklärung von Astana.

*Kanat Saudabajew
OSZE-Vorsitzender 2010*

Bericht des Amtierenden Vorsitzes

2010 war für die OSZE kein Jahr wie jedes andere – stand doch mit Kasachstan erstmals ein zentralasiatisches Land, ein aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangenes Land und ein Land mit muslimischer Mehrheit an der Spitze der Organisation. Es trat sein in dieser Hinsicht historisch bedeutsames Amt mit der festen Absicht an, die Organisation zu stärken, und beschloss das Jahr mit dem ersten OSZE-Gipfeltreffen seit über einem Jahrzehnt.

Wie Präsident Nursultan Nasarbajew betonte, war das Gipfeltreffen ein historisches Ereignis für die gesamte OSZE-Gemeinschaft.

„Wir haben unsere Unterstützung für den umfassenden Sicherheitsansatz auf der Grundlage von Vertrauen und Transparenz im politisch-militärischen Bereich, einer vernünftigen Wirtschafts- und Umweltpolitik und der bedingungslosen Einhaltung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit bekräftigt,“ erklärte er auf der Schlussitzung des Gipfeltreffens. „Wir beabsichtigen, das Niveau und die Qualität der Sicherheit und des Verständnisses zwischen unseren Staaten und Völkern zu heben.“

2010 beging die OSZE den 20. Jahrestag der Charta von Paris für ein neues Europa und des Dokuments von Kopenhagen sowie den 35. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki nicht nur mit Konferenzen und Gedenkveranstaltungen, sondern auch mit dem neuerlichen Bekenntnis zur „Vorstellung einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft“, das die 56 Teilnehmerstaaten in der Gedenkerklärung von Astana abgaben.

Die Einigung auf die Erklärung war eine beachtliche Leistung. Seit Istanbul 1999 hatte kein Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattgefunden. Die Teilnehmerstaaten der OSZE standen vor vielen dringenden Herausforderungen für die Sicherheit, darunter Langzeitkonflikte, interethnische Spannungen in Kirgisistan, die nach wie vor spürbaren Konsequenzen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie neue grenzüberschreitende Bedrohungen und Herausforderungen als Konsequenz der Instabilität in Nachbarregionen, einschließlich Afghanistans.

Die 2010 in allen Dimensionen des Arbeitsbereichs der OSZE erzielten Fortschritte, die in der Gedenkerklärung von Astana gipfelten, sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Bewältigung dieser und anderer gemeinsamer Herausforderungen, zur Stärkung der Sicherheit, zur Wiederherstellung von Vertrauen und zur Überwindung von Hindernissen, die sich der Verwirklichung eines gemeinsamen euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsraums entgegenstellen.

„T“ heißt die Devise

In seiner Videoansprache an den Ständigen Rat im Januar kündigte der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew an, dass sich der Vorsitz in seinen Bemühungen um eine Stärkung der Arbeit der Organisation von „vier T's“ – trust, tradition, transparency and tolerance (Vertrauen, Tradition, Transparenz und Toleranz) – leiten lassen werde.

Nach der Rede des Präsidenten gab der Amtierende Vorsitzende, der kasachische Staatssekretär und Außenminister Kanat Saudabajew, die Prioritäten Kasachstans für dieses Jahr

bekannt: Bekämpfung des Terrorismus und anderer grenzüberschreitender Bedrohungen, Fortschritte bei der Lösung der Langzeitkonflikte in der Region, ein Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans, die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrswesen und die Förderung von Toleranz, wobei diese zahlreichen Herausforderungen auf höchster Ebene, einem OSZE-Gipfeltreffen, behandelt werden sollten.

Bei Besuchen in Brüssel, Washington, Moskau, beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in Wien und Kabul sowie bei OSZE-Feldoperationen bemühte sich der Vorsitz um Konsens zu seiner ehrgeizigen Agenda. Hochrangige Konferenzen, etwa über Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie über die Terrorismusbekämpfung förderten den internationalen Dialog zu dimensionsübergreifenden Herausforderungen, die die gesamte OSZE-Region betreffen.

Diese Bemühungen um mehr Engagement in der OSZE und eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Partnern fanden ihren Höhepunkt bei der Befassung mit der Krise in Kirgisistan, bei der die OSZE, die UN und die Europäische Union gemeinsam die kirgisische Regierung und das kirgisische Volk bei der Wiederherstellung des Friedens unterstützten.

Die Krise in Kirgisistan unterstrich die Dringlichkeit eines Treffens auf höchster Ebene, um gemeinsame Herausforderungen für die Sicherheit zu besprechen; auf dem informellen Ministertreffen im Juli in Almaty einigte man sich auf die Abhaltung eines Gipfeltreffens. Diese Einigung gab den Anstoß zu einer umfassenden Überprüfung, an der sich alle Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft beteiligten und die sich auf sämtliche Tätigkeitsbereiche der OSZE erstreckte.

Neben der äußerst anspruchsvollen Aufgabe der Vorbereitung eines Gipfeltreffens war der Vorsitz bestrebt, die Bemühungen um eine Beilegung der Langzeitkonflikte in der Region zu verstärken und die OSZE-Tätigkeit in den vom Vorsitz festgelegten vorrangigen Bereichen in allen drei Dimensionen – den politisch-militärischen, den wirtschaftlichen und ökologischen und den menschlichen Aspekten der Sicherheit – zu intensivieren.

Von Korfu nach Astana

Der in der OSZE geführte Dialog über die Zukunft der europäischen Sicherheit, auch als der Korfu-Prozess bekannt, bot eine solide Basis für die Vertiefung der Debatte auf höchster politischer Ebene. Deshalb bot Kasachstan auf dem Ministerratstreffen von Athen im Dezember 2009 an, während seines Vorsitzes 2010 ein Gipfeltreffen abzuhalten. Die OSZE-Außenminister registrierten diesen Vorschlag mit Interesse.

2010 traten die 56 Ständigen Vertreter bei der OSZE, bei Bedarf mit Unterstützung ihrer Hauptstädte, regelmäßig zu informellen Treffen im Rahmen des Korfu-Prozesses zusammen, bei denen folgende Themen erörtert wurden:

- Umsetzung aller OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen
- die Rolle der OSZE in der Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktbeilegung, im Krisenmanagement und in der Stabilisierung nach Konflikten
- die Rolle des Rüstungskontroll- und vertrauens- und sicherheitsbildenden Regimes beim Aufbau von Vertrauen in das sich wandelnde Sicherheitsumfeld

- grenzüberschreitende und multidimensionale Bedrohungen und Herausforderungen
- Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich
- Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Verstärkung der Wirksamkeit der OSZE
- Zusammenwirken mit anderen Organisationen und Institutionen auf der Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999
- dimensionsübergreifender Sicherheitsansatz und
- allgemeine Fragen der euroatlantischen Sicherheit

Die Erörterungen sollten „den Dialog vertiefen, um das Verständnis zu fördern und das Vertrauen zu stärken“ und „die Bereiche, in denen Einvernehmen besteht, ausweiten und zur Konsensbildung beitragen“, wie es im Beschluss des Athener Ministerrats über die Förderung des Korfu-Prozesses heißt (MC.DEC/1/09). In der ebenfalls in Athen verabschiedeten Ministererklärung zum Korfu-Prozess (MC.DOC/1/09/Corr.1) waren die Teilnehmer aufgefordert worden, sich mit Meinungsverschiedenheiten offen, ehrlich und unvoreingenommen auseinanderzusetzen, im Bewusstsein der Unterschiedlichkeit und Anliegen und im Geiste der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander.

Der Dialog sollte auf drei grundsätzlichen Leitgedanken aufbauen:

- Festhalten am Konzept der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit, wie es in den Grundlagendokumenten der OSZE verankert ist
- Einhaltung der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen in allen drei Dimensionen der OSZE, nach Treu und Glauben und von allen in gleicher Weise
- Entschlossenheit, die Partnerschaft und Zusammenarbeit im OSZE-Raum zu stärken, und die Wirksamkeit der OSZE und ihren Beitrag zur Sicherheit in unserem gemeinsamen Raum zu verstärken

Gemäß dem Auftrag des Ministerrats von Athen erstellte der Vorsitz einen Zwischenbericht (CIO.GAL/117/10), der die Auffassung des Vorsitzes von den Erörterungen und Beratungen über die im Rahmen des Korfu-Prozesses gemachten Vorschläge wiedergibt. Der Zwischenbericht wurde auf dem informellen Ministertreffen in Almaty besprochen und half mit, der Entscheidung, das Gipfeltreffen abzuhalten, den Weg zu bereiten.

Informelles Ministertreffen

Der Vorsitz 2010 folgte dem Beispiel der vom griechischen Vorsitz ergriffenen Initiative, informelle Treffen der Außenminister abzuhalten, und lud die Außenminister der Teilnehmerstaaten und OSZE-Partner im Juli nach Ak-Bulak ein, einen Ferienort bei Almaty in den Ausläufern des Transili-Alatau-Gebirges. Etwa 50 Minister und stellvertretende Minister nahmen an dem Treffen teil und erörterten die Frage, welche praktischen Schlussfolgerungen aus dem Korfu-Prozess gezogen werden können. Es wurde der Appell an sie gerichtet, sich

gemeinsam entschlossener zu zeigen und zusammenzustehen. Präsident Nasarbajew richtete folgenden Aufruf an die Teilnehmer: „Die OSZE muss beweisen, dass sie nicht nur in Zeiten des Kalten Kriegs effektiv war, sondern dass sie nach wie vor ein sich aktiv weiterentwickelndes Gremium ist, das fester Bestandteil des modernen globalen politischen und wirtschaftlichen Systems ist.“

Aufgrund des informellen Charakters des Treffens waren keine Beschlüsse zu erwarten, dennoch wurde unter den Delegierten bei ihren Spaziergängen durch Ak-Bulak am Rande des Treffens heftig darüber diskutiert, ob die Zeit für ein Gipfeltreffen reif sei. Die Zufriedenheit des Vorsitzes war unübersehbar, als feststand, dass es Kasachstan gelungen war, den nötigen Konsens für die Abhaltung eines Gipfeltreffens zu erreichen. Der Vorsitzende informierte die Journalisten bei der abschließenden Pressekonferenz mit folgenden Worten über diese Neuigkeit: „Das nächste Gipfeltreffen der Spitzenpolitiker der OSZE-Teilnehmerstaaten wird nach einer Unterbrechung von elf Jahren ein neuer und äußerst wichtiger Meilenstein im Leben unserer Organisation sein. Wir sind überzeugt, dass es wichtige Impulse zur Stärkung der Sicherheit und zur Entwicklung der Zusammenarbeit geben wird.“

Der im Rahmen des Korfu-Prozesses entwickelte Gedanke, einen einzigen und unteilbaren Sicherheitsraum frei von allem Trennenden und ohne Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau – eine euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft – zu schaffen, fand unter den Teilnehmern breite Unterstützung und wurde zur Grundlage der Erörterungen auf dem Gipfeltreffen.

Dass es zwischen allen OSZE-Teilnehmerstaaten zum Konsens kam, war erst der Beginn. Die Vorbereitungen mussten sofort in Angriff genommen werden. Am 29. Juli wurden die Pläne eines Gipfeltreffens offiziell zur beschlossenen Sache, als der Ständige Rat den Beschluss PC.DEC/951 über die Tagesordnung, den organisatorischen Rahmen, den Zeitplan und andere Modalitäten des OSZE-Gipfeltreffens von Astana am 1. und 2. Dezember 2010 verabschiedete. Mit nur wenigen verbleibenden Monaten war die Zeit bis zum Gipfeltreffen äußerst knapp, und der Vorsitz plante rasch eine Überprüfungskonferenz, die laut dem Helsinki-Dokument 1992 und dem Budapester Dokument 1994 erforderlich ist. In diesen Dokumenten wurde die OSZE beauftragt, vor Treffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs eine Überprüfungskonferenz mit dem Ziel abzuhalten, „den gesamten Bereich der Aktivitäten im Rahmen der KSZE [nun OSZE] zu überprüfen, einschließlich einer gründlichen Implementierungsdebatte, und sich mit weiteren Schritten zur Stärkung des KSZE-Prozesses zu befassen“.

Die dreiteilige Überprüfungskonferenz dauerte 17 Tage: Der erste Teil (Warschau, 30. September bis 8. Oktober) befasste sich mit der menschlichen Dimension der Sicherheit. Der zweite (Wien, 18. bis 26. Oktober) widmete sich den Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension, etwa der Förderung von Transparenz und der Zusammenarbeit, und in der Wirtschafts- und Umweltdimension, unter anderem der Förderung von Good Governance im Wirtschafts- und Umweltbereich, sowie einer Überprüfung der OSZE-Strukturen und -Aktivitäten. Der dritte Teil (Astana, 26. bis 28. November) hatte erneut die menschliche Dimension zum Thema. Nichtregierungsorganisationen (NROs) beteiligten sich die ganze Überprüfungskonferenz hindurch aktiv an den Erörterungen. Außerdem veranstaltete der Vorsitz am Nachmittag des 26. November unmittelbar vor dem Beginn des in Astana abgehaltenen Teils ein Forum für die Zivilgesellschaft, an dem über 500 NROs teilnahmen. Der Stellvertretende Außenminister Kasachstans und Sondergesandte des Amtierenden OSZE-Vorsitzes, Konstantin Schigalow, erklärte, die aktive Teilnahme zivilgesellschaftlicher

Organisationen hätte das Treffen „nachhaltig bereichert“, während der OSZE-Generalsekretär, Botschafter Marc Perrin de Brichambaut, den zivilgesellschaftlichen Gruppen dankte und feststellte, dass ihre Teilnahme „den Staaten dabei hilft, ihre Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten und gegenüber ihren eigenen Bürgern ernst zu nehmen.“

Das Gipfeltreffen von Astana

Mit einem Meer von Flaggen und Plakaten mit dem Logo des OSZE-Vorsitzes zeigte sich die Hauptstadt Astana von ihrer besten Seite, als die offiziellen Vertreter knapp vor dem Gipfeltreffen einzutreffen begannen. Fast 40 Staats- und Regierungschefs, mehr als ein Dutzend Minister und zahlreiche andere Spitzenpolitiker aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und Vertreter internationaler und regionaler Organisationen nahmen an dem Gipfeltreffen, dem ersten der OSZE seit 1999, teil.

In seiner Eröffnungsrede am 1. Dezember im Palast der Unabhängigkeit unterstrich Präsident Nasarbajew die Bedeutung des Ereignisses: „Mit dem Gipfeltreffen von Astana lebt die Tradition der Treffen auf höchster Ebene, die seit dem Gipfeltreffen von Istanbul vor 11 Jahren unterbrochen war, wieder auf. Es ist auch ein Zeichen für die Wiedergeburt der Organisation. Wir erleben heute in Astana den Beginn einer euroatlantischen und eurasischen Gemeinschaft der gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit.“

Dieses Gipfeltreffen findet erstmals in einem neuen Land statt, das seine Unabhängigkeit weitgehend den Bestimmungen und Prinzipien der Schlussakte von Helsinki verdankt. Damit meine ich das Recht der Staaten und Nationen, den Weg ihrer Entwicklung selbst zu bestimmen, sowie Souveränität und territoriale Integrität. Wir bringen Demokratie in einen Teil der Welt, in dem es sie noch nie gegeben hat. [...]

Die Sicherheit in Eurasien ist keine Metapher, sondern eine reale geopolitische Tatsache. Das Gipfeltreffen in Astana bietet daher eine gute Gelegenheit, die Perspektiven der OSZE für die weltweite Sicherheit zu analysieren. Wir sind der Auffassung, dass es die wichtigste Aufgabe der OSZE in den kommenden Jahrzehnten sein wird, systematisch Konflikte beizulegen und Vertrauen und Integration zu fördern, insbesondere im Rahmen bestehender zwischenstaatlicher Gremien.“

Lange bevor die Präsidenten und anderen Spitzenvertreter, unter ihnen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, im Plenarsaal ans Rednerpult traten, hatten andere Diplomaten in einem nahegelegenen Saal begonnen, über den Inhalt einer Gipfelerklärung zu verhandeln. Diese Gespräche, die in Wien begonnen hatten, dauerten bis spät in die Nacht und nahmen mit fortschreitender Zeit an Intensität zu. Selbst als die Reden im Plenarsaal am späten Nachmittag des 2. Dezember zu Ende waren, arbeiteten die Verhandler noch immer hart daran, eine Erklärung so zu formulieren, dass eine Einigung möglich wird. Schließlich vereinbarten die Diplomaten knapp vor Mitternacht am 2. Dezember einen Entwurf, der dem Gipfel zugeleitet wurde. Dieser verabschiedete daraufhin die Gedenkerklärung von Astana – auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft [SIEHE BOX]. Die abschließende Pressekonferenz mit Präsident Nasarbajew, die um 12.30 Uhr beginnen sollte, begann erst nach Mitternacht. Hunderte Journalisten fanden sich dazu ein.

Diese Pressekonferenz wurde wie die meisten Pressekonferenzen des Gipfeltreffens im Pressezentrum in der Kunstuniversität abgehalten, nur wenige Schritte vom Palast der Unabhängigkeit entfernt. Nahezu 1000 Journalisten berichteten über das Gipfeltreffen vom

Pressezentrum aus und verfolgten das Geschehen im Plenarsaal am Bildschirm, nahmen an zahlreichen Pressekonferenzen teil und interviewten Diplomaten und offizielle OSZE-Vertreter. Eine eigene Website in allen offiziellen OSZE-Sprachen hielt die Journalisten und andere Interessenten über die jüngsten Entwicklungen am Laufenden.

Die Spitzenpolitiker nützten das Gipfeltreffen auch als Gelegenheit zu bilateralen Treffen oder Gesprächen in kleineren Gruppen parallel zu den Reden im Plenarsaal und den Verhandlungen über eine Erklärung. Die Delegationsleiter der Kovorsitzländer der OSZE-Minskgruppe – der russische Präsident Dmitri Medwedew, der französische Premierminister François Fillon und die US-Außenministerin Hillary Clinton – sowie der aserbaidjanische Präsident Ilham Alijew und der armenische Präsident Serge Sargsyan einigten sich auf eine Erklärung, in der sie festhielten, dass die Zeit für entschlossenere Bemühungen zur Lösung des Konflikts um Berg-Karabach gekommen sei. Sie waren sich ferner darin einig, dass eine friedliche, ausgehandelte Beilegung Stabilität und Sicherheit bringen würde und der einzige Weg für eine echte Aussöhnung der Völker der Region sei.

GEDENKERKLÄRUNG VON ASTANA – AUF DEM WEG ZU EINER SICHERHEITSGEMEINSCHAFT

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der 56 Teilnehmerstaaten der OSZE, haben uns elf Jahre nach dem letzten OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul in Astana versammelt, um uns erneut zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok zu bekennen, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind. Zum 35. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und zum 20. Jahrestag der Charta von Paris für ein neues Europa bekräftigen wir die Bedeutung der Prinzipien, auf denen diese Organisation beruht, und bekennen uns zu ihnen. Wir haben beachtliche Fortschritte gemacht, räumen aber auch ein, dass noch mehr getan werden muss, um sicherzustellen, dass diese Kernprinzipien und Verpflichtungen, die wir in der politisch-militärischen Dimension, in der Wirtschafts- und Umweltdimension und in der menschlichen Dimension, insbesondere im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eingegangen sind, zur Gänze geachtet und umgesetzt werden.

2. Wir bekräftigen unser uneingeschränktes Festhalten an der Charta der Vereinten Nationen und an allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, beginnend mit der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, der Europäischen Sicherheitscharta und allen anderen von uns vereinbarten OSZE-Dokumenten, sowie unsere Verantwortung, sie vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen. Wir wiederholen unser Bekenntnis zu dem mit der Schlussakte von Helsinki eingeleiteten Konzept der umfassenden, kooperativen, gleichen und unteilbaren Sicherheit, das die Erhaltung des Friedens und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten miteinander in Beziehung setzt und die Verbindung zwischen der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt und friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen herstellt.

3. Die Sicherheit jedes Teilnehmerstaats ist untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden. Jeder Teilnehmerstaat hat das gleiche Recht auf Sicherheit. Wir bekräftigen das jedem einzelnen Teilnehmerstaat innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnissen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Staat hat auch das Recht auf Neutralität. Jeder Staat wird diesbezüglich die

Rechte aller anderen respektieren. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen. Innerhalb der OSZE kommt keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in der OSZE-Region zu als anderen, noch kann einer/eine von ihnen irgendeinen Teil der OSZE-Region als seinen/ihren Einflussbereich betrachten. Wir werden unter Berücksichtigung völkerrechtlicher Verpflichtungen sowie der legitimen Sicherheitsanliegen anderer Staaten nur solche militärische Fähigkeiten aufrechterhalten, die mit den individuellen oder kollektiven legitimen Sicherheitserfordernissen vereinbar sind. Wir bekräftigen ferner, dass alle OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen gleichermaßen und ausnahmslos für jeden Teilnehmerstaat gelten, und wir betonen, dass wir untereinander und gegenüber unseren Bürgern für ihre volle Umsetzung einstehen werden. Wir betrachten diese Verpflichtungen als unsere gemeinsame Errungenschaft und somit als unmittelbare und berechtigte Anliegen aller Teilnehmerstaaten.

4. Diese Normen, Grundsätze und Verpflichtungen haben es uns ermöglicht, Fortschritte bei der Bewältigung alter Zwistigkeiten zu machen und der Demokratie, dem Frieden und der Einheit im gesamten OSZE-Raum näherzukommen. Sie müssen uns im 21. Jahrhundert in unserer gemeinsamen Arbeit an der Verwirklichung der ehrgeizigen Vision von Helsinki und Paris für alle unsere Völker weiter den Weg weisen. Diese und alle anderen OSZE-Dokumente geben eindeutige Standards für den Umgang der Teilnehmerstaaten miteinander und mit allen Menschen in ihrem Hoheitsgebiet vor. Entschlossen, auf dieser soliden Grundlage weiter aufzubauen, bekräftigen wir unser Bekenntnis zur Festigung von Sicherheit, Vertrauen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten und Völkern. Wir sind davon überzeugt, dass die Rolle der OSZE in dieser Hinsicht nach wie vor von größter Bedeutung ist und weiter ausgebaut werden sollte. Wir werden weiter an der Stärkung der Effektivität und Effizienz der OSZE arbeiten.

5. Wir anerkennen, dass die OSZE als die umfassendste regionale Sicherheitsorganisation im euroatlantischen und eurasischen Raum mit dem größten Teilnehmerkreis auch weiterhin ein dem Grundsatz des Konsenses und der souveränen Gleichheit der Staaten verpflichtetes einzigartiges Forum für die Förderung des offenen Dialogs, die Verhütung und Beilegung von Konflikten, die Schaffung von gegenseitigem Vertrauen und die Stärkung der Zusammenarbeit darstellt. Wir betonen die Bedeutung der vom OSZE-Sekretariat, vom Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und von der Beauftragten für Medienfreiheit sowie von den OSZE-Feldoperationen im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate geleisteten Arbeit zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen. Wir sind entschlossen, die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu intensivieren und bestärken sie in ihren Bemühungen zur Förderung von Sicherheit, Demokratie und Wohlstand im gesamten OSZE-Raum und innerhalb der Teilnehmerstaaten und zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten. Wir anerkennen ferner die bedeutende Rolle der Organisation bei der Schaffung wirksamer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu deren uneingeschränkter Umsetzung und unseren festen Willen, dafür Sorge zu tragen, dass sie auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag zu unserer gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit leisten.

6. Das umfassende und kooperative Sicherheitskonzept der OSZE, das die menschliche Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension sowie die politisch-militärische Dimension der Sicherheit als unteilbares Ganzes betrachtet, ist und bleibt unverzichtbar. Von der Überzeugung getragen, dass die dem einzelnen Menschen innewohnende Würde im Mittel-

punkt der umfassenden Sicherheit steht, erklären wir erneut, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten unveräußerlich und ihr Schutz und ihre Förderung unsere höchste Verpflichtung sind. Wir erklären kategorisch und unwiderruflich, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen. Wir zollen der Zivilgesellschaft und den freien Medien unsere Anerkennung, die mit ihrer Tätigkeit mithelfen, die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie, einschließlich freier und fairer Wahlen, und der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

7. Vor uns liegen noch immer schwerwiegende Bedrohungen und große Herausforderungen. Misstrauen und divergierende Sicherheitsvorstellungen müssen überwunden werden. Unsere Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension, der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension müssen vollständig umgesetzt werden. Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie, und der Rechtsstaatlichkeit muss gewahrt und gestärkt werden. Größere Anstrengungen müssen zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit und zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung unternommen werden. Die Zusammenarbeit im Umgang mit den Folgen der Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich für die Sicherheit in unserer Region muss in unser aller Interesse weiter ausgebaut werden. Unser Dialog über die Energiesicherheit, unter anderem über die vereinbarten Grundsätze unserer Zusammenarbeit, muss verstärkt werden. Es sollten größere Anstrengungen zur Lösung bestehender Konflikte im OSZE-Raum auf friedlichem Wege und durch Verhandlungen im Rahmen vereinbarter Formate und unter voller Beachtung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten völkerrechtlichen Normen und Prinzipien und der Schlussakte von Helsinki unternommen werden. Neue Krisen müssen verhindert werden. Wir sagen zu, auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten, wenn diese im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen oder den zehn Prinzipien der Schlussakte von Helsinki steht.

8. Die Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung sind und bleiben wichtige Instrumente zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz und sollten mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden. Wir messen der Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation große Bedeutung bei und sehen der Überarbeitung des Wiener Dokuments 1999 mit Interesse entgegen. Wir würdigen den Beitrag des KSE-Vertrags zur Schaffung eines stabilen und berechenbaren Umfelds für alle OSZE-Teilnehmerstaaten. Wir stellen fest, dass die Möglichkeiten der Umsetzung des KSE-Vertrags nicht voll ausgeschöpft werden und dass das Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags (AKSE) nicht in Kraft getreten ist. Wir anerkennen die verstärkten Bemühungen zur Überwindung des derzeitigen Stillstands und äußern unsere Unterstützung für die laufenden Konsultationen, die den Weg für Verhandlungen im Jahr 2011 freimachen sollen.

9. Gleichzeitig müssen wir in der komplexen und vernetzten Welt von heute in der Auseinandersetzung mit neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Bedrohungen aus dem Internet und illegaler Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, Drogen und Menschen zu einer größeren Einigkeit des Willens und Handelns finden. Diese Bedrohungen können ihren Ursprung innerhalb und außerhalb unserer Region haben.

10. Wir anerkennen, dass die Sicherheit des OSZE-Raums untrennbar mit der Sicherheit in angrenzenden Gebieten, insbesondere im Mittelmeerraum und in Asien, verbunden ist. Wir müssen deshalb verstärkt mit unseren Kooperationspartnern zusammenarbeiten. Wir weisen dabei vor allem auf die Notwendigkeit, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und nationalen Interessen der einzelnen Teilnehmerstaaten einen wirksamen Beitrag zu den gemeinsamen internationalen Bemühungen zur Förderung eines stabilen, unabhängigen, prosperierenden und demokratischen Afghanistan zu leisten.

11. Wir begrüßen Initiativen zur Stärkung der europäischen Sicherheit. Unser Sicherheitsdialog hat, unterstützt durch den Korfu-Prozess, mitgeholfen, unseren Blick für diese und andere Herausforderungen, mit denen wir in allen drei Dimensionen konfrontiert sind, zu schärfen. Nun ist es Zeit zu handeln, und wir müssen uns konkrete und realistische Ziele für die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen setzen. Wir sind entschlossen, gemeinsam an der vollen Verwirklichung der Vision einer umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft in unserem gesamten OSZE-Raum zu arbeiten. Diese Sicherheitsgemeinschaft soll in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu bewältigen, und unser bedingungsloses Bekenntnis zu den gemeinsamen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen in allen drei Dimensionen zur Grundlage haben. Sie soll alle OSZE-Teilnehmerstaaten in der gesamten euroatlantischen und eurasischen Region einen, frei von allem Trennenden, von Konflikten, Einflussbereichen und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau. Wir werden danach trachten, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten – und zwischen den einschlägigen Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, – in den Prinzipien Gleichheit, partnerschaftliche Zusammenarbeit, Nicht-Ausschluss und Transparenz verankert ist. Bestärkt durch unsere Vielfalt bringen wir unseren festen Willen zum Ausdruck, dieses über allem stehende Ziel durch unerschütterliche Entschlossenheit und gemeinsames Streben im Rahmen der OSZE und anderer Formate zu erreichen.

12. Zu diesem Zweck beauftragen wir den designierten Amtierenden Vorsitz, im Rahmen vorhandener Formate einen Folgeprozess zu organisieren und dabei die von den Teilnehmerstaaten, unter anderem auch im Zuge des Korfu-Prozesses und bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Astana, eingebrachten Ideen und Vorschläge zu berücksichtigen, und sagen zu, die designierten Amtierenden Vorsitze bei der Ausarbeitung eines konkreten Aktionsplans auf der Grundlage der vom kasachischen Vorsitz geleisteten Vorarbeit nach Kräften zu unterstützen. Die dabei erzielten Fortschritte werden auf dem nächsten OSZE-Ministerratstreffen am 6. und 7. Dezember 2011 in Wilna zu überprüfen sein.

13. Wir sprechen Kasachstan unseren aufrichtigen Dank für die Ausrichtung unseres Treffens und für die Energie und Vitalität aus, mit der das Land der anspruchsvollen Aufgabe der OSZE-Vorsitzführung 2010 nachgekommen ist. Wir begrüßen die nächsten vorsitzführenden Länder Litauen (2011), Irland (2012) und Ukraine (2013).

Folgende Länder gaben interpretative Erklärungen zur Gedenkerklärung von Astana ab:

Belgien (im Namen der Europäischen Union)

Kanada

Moldau

Rumänien

Tschechische Republik

Der volle Wortlaut der Gedenkerklärung von Astana samt interpretativen Erklärungen kann unter www.osce.org/mc/73962 abgerufen werden.

Die Krise in Kirgisistan

Ungeachtet ihrer Prioritäten, Strategien und Arbeitspläne müssen alle OSZE-Vorsitze darauf vorbereitet sein, auf unvorhergesehene Ereignisse auf regionaler und globaler Ebene zu reagieren. 2010 forderte die Krise in Kirgisistan der OSZE und ihrem Vorsitz viel Aufmerksamkeit und Tatkraft ab.

Die Demonstrationen begannen am Abend des 6. April in der Stadt Talas im Nordwesten des Landes. Am darauffolgenden Tag weiteten sie sich auf ganz Kirgisistan aus. Am Abend des 7. April war Präsident Kurmanbek Bakijew aus der Hauptstadt geflüchtet, eine neue „Übergangsregierung des nationalen Vertrauens“ unter der Führung von Rosa Otunbajewa war gebildet worden und in Bischkek und anderen Provinzen herrschten Gewalt und massive Plünderungen.

Der Amtierende Vorsitzende der OSZE äußerte in einem Telefongespräch mit dem Außenminister Kirgisistans, Kadyrbek Sarbajew, seine tiefe Sorge angesichts der Unruhen. Am 8. April schickte der Amtierende Vorsitzende seinen Sondergesandten Schanybek Karibschanow nach Kirgisistan, um mitzuhelfen, die Situation zu stabilisieren. Er äußerte auch seine Anteilnahme über den Verlust an Menschenleben.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, der dem Ständigen Rat der OSZE am 8. April einen seit längerem geplanten Besuch abstattete, äußerte sich in seiner Rede besorgt über die Situation. Ban Ki-Moon und Kanat Saudabajew waren sich darin einig, dass nun Zusammenarbeit erforderlich sei. In Kirgisistan arbeitete Karibschanow mit dem UN-Sondergesandten Ján Kubiš (später Miroslav Jenča) und dem Sonderbeauftragten der EU für Zentralasien, Pierre Morel, zusammen. Die Gesandten begaben sich vier Mal gemeinsam nach Kirgisistan – vom 8. bis 15. April, 13. bis 16. Juni, 13. bis 15. September und 21. bis 23. November.

Bei seinem ersten Besuch am Abend des 9. April traf Karibschanow mit Rosa Otunbajewa zusammen, die damals die Übergangsregierung anführte. Er bot die Unterstützung der OSZE bei Maßnahmen zur Wiederherstellung der Stabilität an und rief die Parteien zum Dialog auf. „Jede Konfliktsituation hat zwei Seiten, und wenn diese Seiten nicht aufeinander zugehen, kann auch keine Drittpartei den Konflikt erfolgreich beilegen“, sagte er nach dem Gespräch zu den Journalisten. Am 15. April traf er erneut mit Otunbajewa zusammen, wobei er erneut auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Ordnung und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie einer engen Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft verwies.

Am selben Tag gab der Amtierende Vorsitz bekannt, dass die Bemühungen des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, des US-Präsidenten Barack Obama und des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew sowie die aktive Vermittlung durch die OSZE, die UN und die EU zu einer Einigung mit der Übergangsregierung und Präsident Bakijew über dessen Verlassen des Landes gekommen sei. „Diese Entwicklung ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer Stabilisierung der Situation, der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Rahmen-

bedingungen und der Verhütung eines Bürgerkriegs in Kirgisistan“, meinte Saudabajew in einer Erklärung.

Nach knapp einer Woche, am 20. April, wiederholte der Amtierende Vorsitzende in einem Treffen mit Otunbajewa in Bischkek die Bereitschaft der OSZE, die Bemühungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Rechtsstaatlichkeit im Land weiter zu unterstützen. Gleichzeitig wurde das OSZE-Zentrum in Bischkek verstärkt, und es unterstützte Kirgisistan nach Kräften in dessen Bemühungen um eine Rückkehr zur Stabilität, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit durch Soforthilfeaktivitäten. Das Zentrum überwachte die Lage, hielt Kontakt mit Gesprächspartnern in Kirgisistan und erstattete dem Vorsitz und den OSZE-Teilnehmerstaaten Bericht.

Doch die Lage blieb, insbesondere im Süden des Landes, angespannt. Zwischen dem 10. und 14. Juni kam es in den Provinzen Osch und Dschalal Abad zu gewalttätigen interethnischen Ausschreitungen, die mehr 400 Menschenleben forderten. Aufgrund dieser neu aufgeflamnten Krise begaben sich der OSZE-Gesandte und seine Amtskollegen ein zweites Mal nach Kirgisistan.

Am 15. Juni verabschiedete der Ständige Rat eine Erklärung zur Lage in Kirgisistan (PC.DOC/1/10), in der er seine tiefe Sorge angesichts der jüngsten Entwicklungen in den südlichen Regionen Kirgisistans äußerte. In der Erklärung bot er Kirgisistan auf dessen Ersuchen auch Hilfe bei der Lösung der Situation und bei der Normalisierung der Lage nach dem Konflikt an. Kirgisistan hatte ein solches Ersuchen gestellt, und nach Diskussionen über die geeignetste Art der Hilfe durch die OSZE verabschiedete der Ständige Rat am 22. Juli einen Beschluss, in dem er die Entsendung einer OSZE-Polizeiberatergruppe (PAG) nach Kirgisistan genehmigte (PC.DEC/947). Die aus unbewaffneten internationalen Polizeibeamten und örtlichen Schlichtern bestehende Gruppe unter der Führung des Schweizer Diplomaten Markus Müller sollte die Bemühungen des Landes um Entschärfung der interethnischen Spannungen, Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Stärkung der Kapazitäten der Territorialeinheiten des Innenministeriums unterstützen. Der Leiter der PAG und ein Vorausteam unter der Leitung von Botschafter Müller wurden Ende August nach Bischkek entsandt. Der stellvertretende Leiter und die meisten Teamführer trafen im Dezember als Teil der Initiative für kommunale Sicherheit (CSI, siehe unten) ein.

Am 27. Juni 2010 wurde ein Verfassungsreferendum abgehalten, das relativ friedlich, transparent und erfolgreich verlief. Die Wähler sprachen sich darin für die auf ein parlamentarisches System abzielenden Verfassungsänderungen sowie für den Verbleib von Otunbajewa als Übergangspräsidentin aus. Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) entsandte eine eingeschränkte Beobachtungsmission zu dem Referendum. Aufgrund der Sicherheitssituation kamen keine Kurzzeitbeobachter zum Einsatz.

Die Lage in Kirgisistan blieb jedoch fließend. Nach eingehenden Konsultationen zwischen OSZE-Polizeixperten und der kirgisischen Regierung verabschiedete der Ständige Rat am 18. November einen Beschluss (PC.DEC/961) zur Anpassung der Unterstützung für die kirgisische Polizei, der den veränderten Umständen Rechnung trug und die PAG auf die Grundlage des Konzepts für kommunale Sicherheit (CSI) stellte. Der neue Beschluss sah einen längerfristigen Ansatz für die Polizeireform in Kirgisistan gemäß der CSI vor, einem Projekt, das eine Unterstützung für die Dauer eines Jahres mit bis zu 31 internationalen Mitarbeitern, verstärkt durch 27 örtlich eingestellte Mitarbeiter, vorsieht, die hauptsächlich in

drei Provinzen Kirgisistans im Einsatz sein werden. Die CSI soll Vertrauen zwischen der Polizei und der örtlichen Gemeinschaft aufbauen und gegebenenfalls gemeinsam mit örtlichen NROs Vermittlungsaufgaben zur Erleichterung, Stärkung und Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Bevölkerung sowie zwischen den verschiedenen Volksgruppen übernehmen.

Am 10. Oktober 2010 fanden Parlamentswahlen statt, die von Vertretern des BDIMR und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV) beobachtet wurden. Das BDIMR stellte fest, dass der Wahlkampf relativ ruhig sowie frei und fair ablief. Aufgrund rechtlicher Unklarheiten wurden die Ergebnisse erst am 1. November offiziell bekannt gegeben, und das Parlament konstituierte sich erst am 10. November. Fünf Parteien zogen ins Parlament ein. In absteigender Reihenfolge waren es: Ata Schurt, SDPK, AR Namys, Respublika und Ata Meken.

Ata Schurt, Respublika und SDPK bildeten am 17. Dezember eine Koalitionsregierung.

Langzeitkonflikte

Die „Gedenkklärung von Astana: Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“, die von den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten auf dem Gipfeltreffen von Astana verabschiedet wurde, stellt fest: „Es sollten größere Anstrengungen zur Lösung bestehender Konflikte im OSZE-Raum auf friedlichem Wege und durch Verhandlungen im Rahmen vereinbarter Formate und unter voller Beachtung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten völkerrechtlichen Normen und Prinzipien und der Schlussakte von Helsinki unternommen werden. Neue Krisen müssen verhindert werden. Wir sagen zu, auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten, wenn diese im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen oder den zehn Prinzipien der Schlussakte von Helsinki steht.“

Genfer Gespräche. Die OSZE setzte ihre für alle Beteiligten vorteilhafte Arbeit über verschiedenste Plattformen fort, darunter die Genfer Gespräche, die im Oktober 2008 begannen. Das ganze Jahr hindurch arbeitete der Vorsitz eng mit den Vereinten Nationen und der EU zusammen, die bei den Genfer Gesprächen, an denen Vertreter aus Georgien, Russland und den Vereinigten Staaten sowie aus Zchinwali und Suchumi teilnehmen, gemeinsam mit der OSZE den Vorsitz führen. Die Gespräche finden in zwei parallelen Arbeitsgruppen statt, die sich einerseits mit Sicherheit und Stabilität und andererseits mit humanitären Fragen, einschließlich Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, befassen.

Botschafter Bolat Nurgalijew, der Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzenden für Langzeitkonflikte, führte 2010 gemeinsam mit Botschafter Pierre Morel, dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, und Botschafter Antti Turunen, dem Vertreter der Vereinten Nationen, den Vorsitz in sechs Runden der Genfer Gespräche: am 28. Januar, 30. März, 8. Juni, 27. Juli, 14. Oktober und 15. Dezember. Die Kovorsitzenden trafen sich vor jeder Runde zu Vorgesprächen in Tiflis, Zchinwali bzw. Suchumi.

Die Kovorsitzenden konnten 2010 Erfolge verzeichnen. Am 23. November verpflichtete sich der georgische Präsident Micheil Saakaschwili einseitig zum Gewaltverzicht, was in einem Schreiben an die Vereinten Nationen, die OSZE, die EU, die NATO und den Präsidenten der Vereinigten Staaten offiziell festgehalten wurde. Darauf folgten Erklärungen aus Suchumi und Zchinwali. Die Teilnehmer der letzten Genfer Runde vom 16. Dezember betrachteten dies als großen Schritt vorwärts.

Schon früher, im Februar 2009, waren bei den Genfer Gesprächen mit der Schaffung zweier Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) Ergebnisse erzielt worden. Diese Mechanismen dienen unter anderem dazu, mögliche Risiken festzustellen und die Vorgehensweise nach Zwischenfällen samt Informationsaustausch sowie Probleme im täglichen Leben der Bevölkerung zu erörtern. Während der Gali-IPRM von Anfang an funktioniert, brachen die regelmäßigen Treffen im Rahmen des Dwani/Ergneti-Mechanismus im Oktober 2009 bedauerlicherweise ab. Nach Gesprächen und wiederholten Aufforderungen, unter anderem vonseiten des OSZE-Vorsitzes, wurden die Treffen am 28. Oktober 2010 wieder aufgenommen. Der Vorsitz begrüßte die Wiederaufnahme und unterstrich die Bedeutung des Dwani/Ergneti-IPRM. Das reibungslose Funktionieren beider Mechanismen wird dazu beitragen, das Vertrauen zu stärken und die Chancen für eine Lösung sicherheitsbezogener und humanitärer Fragen im Rahmen der Genfer Gespräche zu erhöhen.

Zur Verbesserung der Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung wurden wesentliche Schritte gesetzt, um die Frage der Gas- und Wasserversorgung zu lösen. Ende 2010 handelte die OSZE eine Vereinbarung über die Durchführung eines Pakets von Wasserprojekten aus.

Moldau. Im Laufe des Jahres gab es im Prozess zur Lösung des Transnistrienkonflikts einige positive Impulse: fünf informelle „5+2“-Treffen zum Thema Freizügigkeit und Garantiemechanismen wurden abgehalten, und die beiden politischen Vertreter (der moldauische Vizepremierminister Victor Osipov und sein transnistrischer Amtskollege Wladimir Jastrebschak) trafen regelmäßig zusammen, um Probleme zu lösen, die das tägliche Leben der Menschen auf beiden Seiten des Dnjestr/Nistru betreffen und das Vertrauen zwischen den Seiten untergraben.

Die „Fußball-Diplomatie“ führte zu zwei Treffen zwischen dem moldauischen Premierminister Vlad Filat und dem transnistrischen Führer Igor Smirnow, die ausschlaggebend für Fortschritte in konkreten Fragen waren, etwa bei der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs auf der Strecke Chişinău-Tiraspol-Odessa im Oktober 2010. Die Arbeit der gemeinsamen Expertengruppen für vertrauensbildende Maßnahmen, die 2010 17 Treffen abhielten, half ebenfalls, das Vertrauen zwischen den beiden Seiten zu stärken.

Zusätzlich zu den „5+2“-Treffen fand im September ein „3+2“-Besuch (Vermittler und Beobachter) in Moldau statt, in dessen Verlauf die „3+2“ mit den Leitern der gemeinsamen Expertengruppen vertrauensbildende Maßnahmen erörterten. Im November veranstaltete die OSZE-Mission in Moldau eine zweitägige Überprüfungskonferenz im süddeutschen Garmisch-Partenkirchen, bei der die von den gemeinsamen Expertengruppen erzielten Fortschritte beurteilt werden sollten.

Beispiele für konkrete Fortschritte sind die Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Eisenbahnstrecke Chişinău-Tiraspol-Odessa, die Erweiterung eines Mechanismus aus dem Jahr 2006, der moldauischen Bauern den Zugang zu ihrem Land auf der von Transnistrien kontrollierten Seite ermöglicht, der Abschluss einer Vereinbarung über vereinfachte Vorschriften für die Ausfuhr von Gütern aus Transnistrien auf dem Schienenweg und der Beginn von Expertenverhandlungen über die Wiederherstellung der Festnetz-Fernmeldeverbindungen zwischen den beiden Seiten.

Nach Amtsübernahme trat der Vorsitz sofort in Aktion, und schon am 3. Februar besuchte der Sonderbeauftragte des OSZE-Vorsitzenden für Langzeitkonflikte Moldau. Während des Besuchs traf der Sonderbeauftragte mit dem amtierenden Präsidenten der Republik Moldau, Mihai Ghimpu, Premierminister Filat, Vizepremierminister Osipov, dem moldauischen Chefverhandler für die Lösung des Transnistrienkonflikts und den Leitern der Parlamentsfraktionen, auch jenen der Opposition, zusammen. In Tiraspol traf der Sonderbeauftragte den transnistrischen Führer Igor Smirnow, den Präsidenten des Obersten Sowjets, Anatoli Kaminski, und den Chefverhandler Wladimir Jastrebtshak.

Am 1. April begab sich der Vorsitzende nach Moldau, wo er in Chişinău mit der moldauischen Regierung und in Tiraspol mit der transnistrischen Führung zusammentraf. Er rief die Seiten dazu auf, ihren Dialog fortzusetzen und eine Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche über eine umfassende politische Lösung des Transnistrienkonflikts anzustreben. Der Vorsitzende lobte die konstruktive Rolle der OSZE-Mission in Moldau im transnistrischen Konfliktbeilegungsprozess und betonte, dass die OSZE über die Mission und ihre Institutionen, darunter der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten und das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, für das Land nach wie vor eine wichtige Stütze in Sachen demokratische Entwicklung sei.

Der Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst. Im Februar besuchte der OSZE-Vorsitzende Aserbaidschan und Armenien, wo er erneut die Bereitschaft der Organisation bekundete, neue Impulse zur Lösung des Berg-Karabach-Konflikts zu geben und den Vermittlungsprozess zu unterstützen. Er bot seine vorbehaltlose Unterstützung für die im Rahmen der Minsk-Gruppe unternommenen Bemühungen an, die die Verhandlungen in einen konstruktiven Dialog überleiten sollen. Nach einem tödlichen Zwischenfall, der sich in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni an der Kontaktlinie in der Zone des Berg-Karabach-Konflikts ereignet hatte, äußerte der Vorsitzende große Besorgnis und forderte Maßnahmen, um solche Zwischenfälle in Zukunft zu verhindern.

Am 26. Juni begrüßten es die Präsidenten der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE – Russland, Vereinigte Staaten und Frankreich – am Rande des G8-Gipfels in Kanada als bedeutenden Schritt, dass beide Seiten die Ansicht geäußert hatten, eine dauerhafte Lösung müsse auf den Prinzipien von Helsinki und den Elementen beruhen, die im Zusammenhang mit ihrer Erklärung auf dem G8-Gipfel von L'Aquila vom 10. Juli 2009 vorgeschlagen worden waren.

Auf dem informellen Ministertreffen in Almaty am 17. Juli trafen die Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE, die Außenminister Russlands und Frankreichs und der Stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten, mit den Außenministern von Aserbaidschan und Armenien zusammen. Die Leiter der Delegationen Russlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten betonten, dass die bisherigen Bemühungen der Konfliktparteien nicht ausgereicht hätten, ihre Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

Auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Astana am 1. und 2. Dezember erklärten die Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE – der russische Präsident, der französische Premierminister und die Außenministerin der Vereinigten Staaten – und die Präsidenten von Aserbaidschan und Armenien übereinstimmend, dass es an der Zeit sei, sich entschlossener um die Lösung des Berg-Karabach-Konflikts zu bemühen. Die Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan bekräftigten ihr Bekenntnis zur Suche nach einer

endgültigen Beilegung des Konflikts auf der Grundlage der Prinzipien und Normen des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und der Erklärungen der Präsidenten Russlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten aus den Jahren 2009 und 2010.

Hochrangige Planungsgruppe

Im Einklang mit ihrem Mandat unterstützte die Gruppe den Vorsitz durch Vorbereitung der Einrichtung und Entsendung einer multinationalen friedenserhaltenden OSZE-Operation im Gebiet des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst. Die Gruppe beriet den Vorsitz hinsichtlich mehrerer militärischer Aspekte einer möglichen friedenserhaltenden Mission in dem Gebiet unter OSZE-Führung und setzte die Prüfung der vier bestehenden Optionen zur Friedenserhaltung und der dazugehörigen Dokumente fort.

Für den Vorsitz und das Sekretariat lieferte die Gruppe auch eine Bewertung der größten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Planung, Einrichtung und Entsendung einer unter OSZE-Führung stehenden friedenserhaltenden Mission im Konfliktgebiet.

Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Das ganze Jahr 2010 hindurch unterstützte der Persönliche Beauftragte, Botschafter Andrzej Kasprzyk, weiter den Vorsitz und die Kovorsitze der Minsk-Gruppe bei ihren Bemühungen, einen Beitrag zur Aushandlung einer Lösung im Berg-Karabach-Konflikt zu leisten. Er stand weiterhin in engem Kontakt mit Vertretern der Seiten und hielt den Vorsitz und die Kovorsitze über maßgebliche Entwicklungen auf dem Laufenden.

Der Persönliche Beauftragte unterstützte die Kovorsitze bei einer Reihe von Treffen mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan und half ihnen bei der Vorbereitung von Treffen der Präsidenten, die im Januar, Juni und Oktober auf Einladung des russischen Präsidenten stattfanden. Das letzte dieser Treffen führte zu einer Vereinbarung über den Austausch von Kriegsgefangenen und die Rückgabe der sterblichen Überreste Gefallener und über die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zur Stärkung des Waffenstillstandsabkommens und vertrauensbildender Maßnahmen.

Der Persönliche Beauftragte und sein Team leisteten Unterstützung beim Besuch des Vorsitzenden in der Region im Februar und sieben solchen Besuchen der Kovorsitzenden im Laufe des Jahres. Im September führte er die Kovorsitzenden über die Kontaktlinie und im Oktober leisteten er und sein Team Unterstützung für deren Beurteilungsmission vor Ort. Mehr als 20 Mal führten sie Beobachtungsmissionen an der Kontaktlinie und an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze durch. Dadurch und durch Interventionen auf höchster militärischer und politischer Ebene konnte der Persönliche Beauftragte zum Abbau der Spannungen beitragen, auch solcher, die nach schweren Verletzungen der Waffenruhe auftraten.

Das ganze Jahr hindurch stand er in Kontakt mit Vertretern der in der Minsk-Gruppe tätigen Länder und mit mehreren multilateralen Organisationen, wobei er mit folgenden besonders eng zusammenarbeitete:

- dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz betreffend Kriegsgefangene, Zivilisten und die sterblichen Überreste Gefallener und
- den Vereinten Nationen, wobei er die Teilnahme von Experten des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) an der Beurteilungsmission der Kovorsitze vor Ort ermöglichte.

Der Persönliche Beauftragte unterrichtete auch Vertreter der OSZE und der Teilnehmerstaaten sowie andere an der Konfliktlösung interessierte Personen und Organisationen.

Übernahme in nationale Verantwortung: Das Übereinkommen nach Artikel IV von Dayton

Fünfzehn Jahre nach Unterzeichnung des Friedensübereinkommens von Dayton halten sich Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro und Serbien noch immer voll und ganz an das Übereinkommen nach Artikel IV von Dayton (subregionale Rüstungskontrolle in Südosteuropa); alle ihre Aktivitäten verlaufen wie bisher in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Freundschaft, der Transparenz und der Zusammenarbeit.

2010 wurden 18 Inspektionen durchgeführt. Unter Beteiligung von 1171 internationalen Assistenten fanden bisher insgesamt 643 Missionen statt, deren beeindruckendes Ergebnis Reduzierungen im Ausmaß von 9742 schweren Waffen waren.

Die von den Parteien im Laufe so vieler Jahre durchgeführten Treffen, Besuche und Inspektionen waren nicht nur deshalb wichtig, weil dadurch das Ziel von Artikel IV – eine ausgeglichene und kontrollierte Waffensituation in der Subregion – erreicht wurde, sondern auch weil sie ein unschätzbbares Instrument zum Aufbau von Vertrauen zwischen ihren politischen und militärischen Vertretern waren. Die heutige Stabilität in der Subregion ist auch das Ergebnis eines Rüstungskontrollabkommens, das sich in den letzten 14 Jahren bewährt hat, indem es reale Ergebnisse zeitigte und so sehr zur Verbesserung der militärischen Lage beitrug, dass diese nicht mehr mit den Verhältnissen in den späten 1990er Jahren vergleichbar ist.

Darüber hinaus leistet das Übereinkommen auch weiterhin einen grundlegenden Beitrag zur Integration der Länder der Region in die europäischen bzw. euroatlantischen Institutionen. Tatsächlich machen alle Parteien des Übereinkommens – wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit – Fortschritte im Hinblick auf diese wichtigen Ziele.

2010 war ein arbeitsreiches Jahr voller Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf die Vorbereitung und Abhaltung der Siebenten Überprüfungskonferenz in Wien im Juli. Auf diesem Treffen bekräftigten die Parteien ihr politisches Bekenntnis zur weiteren Umsetzung des Übereinkommens, und es wurde eine Übereinstimmende Erklärung der Kontaktgruppe abgegeben.

Mit der Genehmigung eines umfassenden zweistufigen Aktionsplans für die Übertragung von Verantwortlichkeiten erhielt 2010 auch der Prozess zur Stärkung der Eigenverantwortung starken Auftrieb. In der ersten, bis Ende 2011 abzuschließenden Phase des Plans wird die internationale Unterstützung auf ein Minimum reduziert. Die zweite Phase, die bis Ende 2014 abgeschlossen sein soll, sieht die Ausarbeitung aller notwendigen – rechtlichen, politischen, technischen und organisatorischen – Maßnahmen zur Übertragung der vollen Autonomie an die Parteien vor. Nach Abschluss der zweiten Phase kann das Büro des Persönlichen Beauftragten geschlossen werden. Die Rolle der OSZE wird sich dann endgültig von der Mitwirkung am Geschehen auf die Unterstützung von außen verlagern.

Der Prozess zur Stärkung der Eigenverantwortung wird von der OSZE-Gemeinschaft, der Europäischen Union, den Ländern der Kontaktgruppe und den Parteien selbst unterstützt, wobei ein schrittweises Vorgehen empfohlen wird. Diese Entwicklung hin zu voller Autonomie sollte nicht dahin gehend interpretiert werden, dass die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung entzieht. Ganz im Gegenteil: Die internationale Gemeinschaft wird sich auch dann noch engagieren, wenn die Länder der Region den Prozess allmählich in ihre politische Eigenverantwortung übernehmen.

Der Vorsitz: aktiv in allen Dimensionen

Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz in Wien (14. bis 16. Juni) widmete sich einer Reihe von Herausforderungen in der ersten Dimension, darunter der Arbeit an der Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999, einer grundlegenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahme, die von den Teilnehmerstaaten den Austausch von Informationen über ihre Streitkräfte und militärischen Aktivitäten verlangt. Themen der Arbeitssitzungen waren transnationale Bedrohungen und Herausforderungen, die Rolle der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktbeilegung, Krisenmanagement und Stabilisierung in der Konfliktfolgezeit, Rolle und Perspektiven der Regime für Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildung beim Aufbau von Vertrauen in dem sich ändernden Sicherheitsumfeld, Bedrohungen und Herausforderungen, die vom Territorium Afghanistans ausgehen, und der Beitrag der OSZE zur Stabilität in der Region sowie eine Überprüfung der polizeibezogenen OSZE-Aktivitäten. Mit Zustimmung der 56 Teilnehmerstaaten wurde die Konferenz um einen Tag verlängert, um Zeit für weitere Sitzungen zu Afghanistan und zu polizeibezogenen Fragen zu haben.

Der Vorsitz veranstaltete mit Unterstützung der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten des Sekretariats und in Partnerschaft mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) eine Konferenz über den Kampf gegen die Bedrohung durch illegale Drogen und die Verstärkung der Kontrolle von Vorläuferstoffen (8. bis 10. Juli). Rund 120 Vertreter von 53 OSZE-Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten sowie acht internationalen Organisationen nahmen an der Konferenz teil, die zum Ziel hatte, die Rolle der OSZE und deren Unterstützung für Teilnehmerstaaten im Kampf gegen den illegalen Handel mit Drogen und psychotropen Stoffen – eine der einträglichsten und gefährlichsten Formen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität – zu stärken. Die Konferenz förderte den Informationsaustausch über die Herstellung illegaler Drogen und den Handel mit ihnen und die Koordination von Aktivitäten zur Drogenbekämpfung zwischen maßgeblichen internationalen und regionalen Institutionen. Die Teilnehmer erörterten auch die Umsetzung einschlägiger OSZE-Verpflichtungen und die Frage, wie die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen illegale Drogen und Vorläuferstoffe verbessert werden kann.

Am 14. und 15. Oktober veranstaltete der Vorsitz mit Unterstützung der Gruppe Terrorismusbekämpfung des Sekretariats (ATU) eine Expertenkonferenz über erfolgreiche Strategien, wirksame politische Konzepte und bewährte Verfahren zur Verhütung von Terrorismus. An der Konferenz in Astana nahmen rund 140 Vertreter von 39 OSZE-Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten sowie 13 internationale Organisationen und Wissenschaftler teil. Die Konferenz fand gemäß MC.DEC/3/09 der OSZE über weitere Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung des völkerrechtlichen Rahmens für die Bekämpfung des Terrorismus statt. Themen der Sitzungen waren Strategien und politische Konzepte zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus als grenzüberschreitende Bedrohung, die Umsetzung des völkerrechtlichen Rahmens betreffend Terrorismus, die Rolle des Aufbaus nationaler Kapazitäten und Institutionen, öffentlich-private Partnerschaften und die Rolle regionaler Organisationen sowie die Ermittlung wirksamer politischer Konzepte und bewährter Verfahren im Vorgehen gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung als Auslöser des Terrorismus und die Weitergabe von Informationen darüber. Die Veranstaltung endete mit einer Erklärung des Vorsitzes samt einem Katalog von Empfehlungen (CIO.GAL/174/10).

In der zweiten Dimension der Sicherheit hatte der Prozess rund um das 18. Wirtschafts- und Umweltforum, in dessen Rahmen Vorbereitungskonferenzen in Astana (12. und 13. Oktober 2009) und Minsk (15. und 16. März) und Treffen in Wien (1. und 2. Februar) und Prag (24. bis 26. Mai) abgehalten wurden, die Förderung von Good Governance an Grenzüberschreitungsstellen, die Verbesserung der Sicherheit von Transporten auf dem Landweg und die Erleichterung des internationalen Straßen- und Eisenbahnverkehrs in der OSZE-Region zum Gegenstand. Hochrangige Vertreter der Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten, internationaler Organisationen, der Zivilgesellschaft, wissenschaftlicher Kreise und des Privatsektors widmeten sich unter anderem folgenden Themen: völkerrechtliche Instrumente und neue Technologien für effiziente Grenzüberschreitungs- und Zollverfahren, Good Governance und Korruptionsbekämpfung, der Transitbedarf von Binnenentwicklungsländern, öffentlich-private Partnerschaften bei Straßentransporten und bewährte Praktiken bei der Bekämpfung des illegalen Handels und der Gewährleistung der Sicherheit von Binnentransporten. Dadurch sollten grenzüberschreitende Partnerschaften gestärkt und ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Sicherheit in der OSZE-Region geleistet werden.

Die Rolle der OSZE bei der Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der Energiesicherheit – als einzige regionale Sicherheitsorganisation, die maßgebliche Energieproduzenten und -konsumenten und Transitländer im euroatlantischen und eurasischen Raum an einem Tisch vereint – war Gegenstand eines Außerordentlichen Expertentreffens der OSZE in Wilna (13. und 14. September) zum Thema „Feststellung des künftigen Beitrags der OSZE zur internationalen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit der Energieversorgung“. Veranstaltet wurde das Treffen vom Vorsitz in Zusammenarbeit mit dem designierten litauischen Vorsitz für 2011 und dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE; die auf dem Treffen geäußerten Empfehlungen wurden vor dem Gipfeltreffen von Astana vom Generalsekretär in einem Bericht präsentiert.

Die ungebrochene Bedeutung der OSZE-Verpflichtungen in der dritten Dimension wurde auf einer Konferenz in Kopenhagen (10. und 11. Juni) betont, die anlässlich des 20. Jahrestags des Dokuments von Kopenhagen stattfand, eines der Grundlagendokumente der OSZE, das Verpflichtungen in den Bereichen Wahlen und Rechtsstaatlichkeit und andere grundlegende Rechte und Freiheiten festschreibt. In fünf Arbeitssitzungen wurden die Einhaltung der Kopenhagener Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten in den Bereichen Wahlen und

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, nationale Minderheiten und Freizügigkeit sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung geprüft.

Den Gesprächen in Kopenhagen folgte eine hochrangige Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung in Astana (29. und 30. Juni). Als Land mit 136 Volksgruppen und 46 Konfessionen spielt Kasachstan auf der internationalen Bühne eine wichtige Rolle bei der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung und des interkulturellen Dialogs. Zu der Konferenz versammelten sich über 600 Teilnehmer, darunter Regierungsvertreter, Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Vertreter der Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in diesen Bereichen voranzutreiben. Ein Vorbereitungstreffen für NRO-Vertreter fand am 28. Juni statt.

Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern

Der Vorsitz bemühte sich intensiv um Weiterentwicklung der engen Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen auf der Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999. Eine detaillierte Beschreibung des Zusammenwirkens der OSZE mit anderen Organisationen und Partnerstaaten im Jahr 2010 findet sich im Kapitel über Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit ab S. [XX].

Auch die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der OSZE in Asien und im Mittelmeerraum gewann zunehmend an Bedeutung. Ein vom Vorsitz unterstützter Workshop im Partnerland Thailand (24. bis 28. Januar) betonte die einzigartigen Vorzüge, die das Kooperationsmodell der OSZE in die Bemühungen um Bewältigung grenzüberschreitender Bedrohungen wie etwa des Drogenhandels einbringen kann. Der praxisbezogene Workshop in den thailändischen Provinzen Chiang Mai und Chiang Rai brachte Beamte aus OSZE- und Partnerländern, darunter auch Afghanistan, zusammen; sie studierten die thailändischen Strategien zur Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und im Umgang mit Fragen der Grenzsicherheit. Ein weiterer vom Vorsitz organisierter Workshop in Ulan-Bator (Mongolei) (9. und 10. Februar) widmete sich der Bekämpfung des Menschenhandels auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Dieser Expertenworkshop sollte zu einem besseren Verständnis der bestehenden Probleme beitragen und zum Austausch von Informationen und bewährten Praktiken anregen.

Gegenstand der Mittelmeerkonferenz der OSZE 2010, die in Valletta (Malta) (14. und 15. Oktober) stattfand, waren Projekte mit den Mittelmeerpartnern der OSZE. Der Austausch betraf Fragen im Zusammenhang mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Migrationssteuerung, ökologischen Bedrohungen sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung, einschließlich der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung von Frieden und Sicherheit.

Im November veranstaltete der Vorsitz für afghanische Polizeibeamte einen Schulungskurs in Drogenbekämpfung. Das Projekt wurde als Reaktion auf MC.DEC/4/07 betreffend die Verstärkung des Engagements für Afghanistan, einen Kooperationspartner der OSZE, entwickelt. Zehn afghanische Polizeibeamte wurden von Ausbildnern aus Kasachstan an der Polizeiakademie in Almaty geschult. Die Teilnehmer an dem zweiwöchigen Schulungskurs für Ausbilder lernten, wie Drogenfahndungseinsätze geplant und organisiert werden und wie sie in ihrer Arbeit moderne Ausbildungsmethoden anwenden können. Das Programm wurde mit Hilfe von Experten der Gesamtrussischen polizeilichen Fortbildungsakademie in Domodedowo entwickelt, die auch einen Auffrischkurs für Instrukturen anbot.

Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft

Der Sicherheitsdialog der OSZE findet nicht nur in Sitzungssälen und zwischen Staaten statt, sondern es sind auch maßgebliche Partner aus der Zivilgesellschaft daran beteiligt. Der Vorsitz bemühte sich um eine aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft am Gipfelprozess. In Anerkennung der Tatsache, dass die Teilnehmerstaaten von den Erkenntnissen von Wissenschaftlern und Experten profitieren würden, initiierte der Vorsitz auch das erste Seminar und eine Publikation im Rahmen der OSZE-Gespräche. Das eintägige Seminar führte im November Zentralasien-Experten an die OSZE-Akademie in Bischkek, wo sie mit Studenten zusammentrafen und die aktuellen Herausforderungen in der Region erörterten, einschließlich der Entwicklungen in Kirgisistan und Afghanistan. Eine Publikation über den Inhalt des Seminars wurde auf dem Gipfeltreffen von Astana verteilt.

Das Gipfeltreffen und die Gedenkerklärung von Astana bedeuteten nicht das Ende der Bemühungen Kasachstans, die Arbeit der OSZE zu bereichern: die erste Wiener Expertenrunde, zu der sich führende Experten aus Denkwerkstätten und der Welt der Wissenschaft gemeinsam mit Delegationen und Amtsträgern der OSZE zusammenfanden, wurde Mitte Dezember in Wien veranstaltet, um die Ergebnisse des Gipfeltreffens zu beurteilen und den Weg in die Zukunft zu besprechen.

Ausblick

Als das Jahr 2010 zu Ende ging, einigten sich die Teilnehmerstaaten darauf, dass 2013 – nach Litauen (2011) und Irland (2012) – die Ukraine den Vorsitz führen wird. Ende Dezember konnte der Vorsitz auch für die zeitgerechte Vereinbarung des Haushaltsplans der Organisation für 2011 sorgen, ein deutliches Signal, dass die Teilnehmerstaaten gewillt sind, ihr neuerliches Bekenntnis zur Stärkung der Wirksamkeit, Effizienz und Transparenz der Organisation in die Tat umzusetzen.

Der Ständige Rat

Der Ständige Rat der OSZE, der einmal wöchentlich in der Wiener Hofburg zusammentritt, ist das zentrale Gremium für politische Konsultationen und Beschlussfassung. 2010 führte Botschafter Kairat Abdrachmanow aus Kasachstan den Vorsitz im Ständigen Rat, der 56 Sitzungen abhielt und 42 Gastredner begrüßte. Am 8. April hielt erstmals seit 11 Jahren ein Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Rede im Ständigen Rat, der Generalsekretär Ban Ki-moon willkommen heißen durfte.

In seiner Eröffnungsansprache im Ständigen Rat am 14. Januar skizzierte der Vorsitzende Kanat Saudabajew einen Arbeitsplan in den drei Dimensionen mit den Schwerpunkten Terrorismus und andere grenzüberschreitende Bedrohungen, Langzeitkonflikte, Afghanistan, Umwelt- und Energiesicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

Unter der Anleitung des Vorsitzes setzten die drei Ausschüsse diese Aufgaben um. Der Sicherheitsausschuss stand unter der Leitung des Ständigen Vertreters Deutschlands, Botschafter Heiner Horsten, der Wirtschafts- und Umweltausschuss wurde vom Ständigen Vertreter von Belarus, Botschafter Aljaksandr Sytschow, geführt, den Vorsitz im Ausschuss für die menschliche Dimension führte die Ständige Vertreterin Portugals, Ana Martinho. Diese Ausschüsse und die Sonderbeauftragten und Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden sowie die Leiter der Institutionen, Feldoperationen und anderen Arbeitsgruppen lieferten die Grundlage für die Debatten, Schlussfolgerungen und Beschlüsse des Ständigen Rates im Jahr 2010.

2010 war für den Ständigen Rat ein Jahr intensiver Arbeit, in dessen Verlauf er 53 Beschlüsse verabschiedete, in denen er unter anderem

- die Ernennung eines neuen Beauftragten für Medienfreiheit empfahl,
- die Verlängerung des Mandats des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten empfahl,
- eine Polizeiberatergruppe zur Unterstützung der Bemühungen Kirgisistans um Beruhigung der interethnischen Spannungen und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung unterstützte,
- das OSZE-Zentrum in Bischkek verstärkte,
- die Grundvoraussetzungen für das OSZE-Gipfeltreffen in Astana schuf,
- die Polizeiberatergruppe auf die Grundlage der Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan stellte, um die Beziehungen zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit zu verbessern und zum Dialog zwischen den Volksgruppen zu ermutigen,
- die Verabschiedung eines Beschlusses über den OSZE-Vorsitz 2013 (Ukraine) empfahl und
- den Gesamthaushaltsplan schon zum zweiten Mal in Folge rechtzeitig verabschiedete.

Neben den ordentlichen Sitzungen fanden 2010 fünf gemeinsame Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation statt (10. März, 15. April, 1. Juni, 2. Juni und 5. Juli), deren Schwerpunktthemen Konfliktverhütung und Krisenmanagement, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der neue Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen, Internetsicherheit und der Zwischenbericht über den Korfu-Prozess waren.

Gastredner im Ständigen Rat im Jahr 2010

14. Januar: (StR-Sondersitzung) der Präsident Kasachstans, **Nursultan Nasarbajew** (Videoansprache); der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Staatssekretär und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, **Kanat Saudabajew**

19. Januar: (StR-Sondersitzung) der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit Spaniens, **Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé**

19. März: (StR-Sondersitzung) der Stellvertretende Ministerpräsident und Staatsminister für Wiedervereinigung Georgiens, **Temuri Jakobaschwili**

8. April: (StR-Sondersitzung) der UN-Generalsekretär **Ban Ki-moon**

15. April: (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation) der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, **Nikolai Bordjuscha**

6. Mai: der Generalsekretär der Organisation der islamischen Konferenz, **Ekmeleddin İhsanoğlu**

20. Mai: der Staatsminister für europäische Angelegenheiten Frankreichs, **Pierre Lellouche**; der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und Leiter des Regionalzentrums der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien, **Miroslav Jenča**

27. Mai: die „Diplomat-in-Residence“ am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik und ehemalige Leiterin der unabhängigen internationalen Erkundungsmission zum Konflikt in Georgien, Botschafterin **Heidi Tagliavini**

1. Juni: (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation) die Staatssekretärin für Verifikation, Einhaltung und Umsetzung im Außenministerium der Vereinigten Staaten, **Rose Gottemoeller**; der Direktor der Abteilung für Sicherheits- und Abrüstungsangelegenheiten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, **Anatoli Antonow**

2. Juni: (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation) die Sonderberaterin im Büro für Internetangelegenheiten des US-Außenministeriums, **Deborah Schneider**

10. Juni: der Minister für auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, **Antonio Milošoski**

17. Juni: der Hohe Beauftragte der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen, **Jorge Sampaio**

21. Juni: (StR-Sondersitzung) der Minister für auswärtige Angelegenheiten Serbiens, **Vuk Jeremić**

22. Juni: (StR-Sondersitzung) der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, **Kostjantyn Hrytschenko**

24. Juni: der Minister für auswärtige Angelegenheiten Thailands, **Kasit Piromya**; der Stellvertretende Ministerpräsident Moldaus, **Victor Osipov**

25. Juni: (StR-Sondersitzung) der Sondergesandte des Amtierenden Vorsitzenden und stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans, **Konstantin Schigalow**

1. Juli: der Generalsekretär des Europarats, **Thorbjørn Jagland**. Getrennt die Kovorsitzenden der Genfer Gespräche: der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, **Bolat Nurgalijew**; der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Georgien, **Antti Turunen**, und der EU-Sonderbeauftragte für die Krise in Georgien, **Pierre Morel**

8. Juli: der EU-Sonderbeauftragte für den Südkaukasus, **Peter Semneby**

22. Juli: der Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, **Sergei Lebedew**

29. Juli: der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees, **Sagit Ibatullin**

9. September: der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton, **Brigadegeneral Costanzo Periotto**

23. September: der EU-Sonderbeauftragte für die Republik Moldau, **Kálmán Mizsei**

28. Oktober: der Generalsekretär der Organisation amerikanischer Staaten, **José Miguel Insulza**

4. November: der Stellvertretende Innenminister Kirgisistans, **Nikolai Soldaschenko**. Getrennt die Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung mit dem weiteren Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen, **Mario Mauro**; für die Bekämpfung von Antisemitismus, **Rabbi Andrew Baker**; und für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, **Botschafter Adil Achmetow**. (Mario Mauro, der aus triftigen Gründen nicht persönlich im Ständigen Rat erscheinen konnte, legte seinen Bericht schriftlich vor.) Getrennt: die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Gleichstellungsfragen, **Wendy Patten**

11. November: der Stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, **Pawlo Klimkin**. Getrennt: die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe, der russische Botschafter **Igor Popow**; der französische Botschafter **Bernard Fassier** und der Botschafter der Vereinigten Staaten, **Robert Bradtke**, sowie der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, **Andrej Kasprzyk**

15. November: (StR-Sondersitzung) der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Staatssekretär und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, **Kanat Saudabajew**

18. November: der Direktor des Regionalen Informations- und Koordinierungszentrums für Zentralasien, **Beksultan Sarsekow**

Das Forum für Sicherheitskooperation

Die drei Vorsitzländer des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) – Griechenland, Ungarn und Irland – nutzten den laufenden Sicherheitsdialog bestmöglich, um bestimmte Themen und wichtige Fragen betreffend die politisch-militärische Sicherheit sämtlicher Teilnehmerstaaten intensiv zu behandeln. Zu den erörterten Fragen zählten Entwicklungen in der Militärdoktrin, Kleinwaffen und leichte Waffen, Nichtverbreitung, regionale Ansätze sowie die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit. Das Forum setzte seine enge Zusammenarbeit mit dem Ständigen Rat durch die Veranstaltung gemeinsamer Sitzungen zu Fragen wie dem neuen Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Internetsicherheit und dem Zwischenbericht über den Korfu-Prozess fort.

Das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung 2010 (JTBD) war geprägt von der Bekräftigung des Engagements, von aktiver Mitarbeit, interessanten Vorschlägen und der echten Bereitschaft zu einem besseren Verständnis füreinander. Das Forum leistete auch einen Beitrag zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, in deren Eröffnungssitzung der Vorsitz des FSK Bericht erstattete. Die Teilnehmerstaaten kamen ferner überein, 2011 ein Seminar über Militärdoktrinen auf hoher Ebene abzuhalten, bei dem Änderungen in der Doktrin und der Technologie sowie deren Auswirkungen auf die Verteidigungsstrukturen und die Streitkräfte erörtert werden sollen.

Bei der Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments 1999 waren beachtliche Fortschritte zu verzeichnen. Im Beschluss FSC.DEC/1/10 vereinbarte das Forum ein Verfahren für die regelmäßige Aktualisierung des Wiener Dokuments, in dem unter anderem 2011 ein Treffen zur Neuauflage des Dokuments vorgesehen ist. Mit Beschluss FSC.DEC/7/10 kam das Forum überein, den Kapiteln V und IX besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und mit Beschluss FSC.DEC/10/10 wurde das Dokument zum ersten Mal in 11 Jahren abgeändert. Vor Jahresende wurden vier weitere Beschlüsse über die Abänderung von Teilen des Dokuments gefasst, und zahlreiche Vorschläge werden 2011 Gegenstand weiterer Diskussionen sein. In der Gedenkklärung von Astana erklärten die Staats- und Regierungschefs, der Überarbeitung des Dokuments mit Interesse entgegenzusehen.

Auch in den Bereichen Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) wurden beachtliche Fortschritte gemacht, sowohl hinsichtlich der normativen Aspekte als auch in Form praktischer Projekte. Das Forum verabschiedete den OSZE-Aktionsplan für Kleinwaffen und leichte Waffen, der die vollständige Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen sowie eine Überprüfung der Umsetzung von Grundsätzen, Normen und Maßnahmen zur Steigerung der Kapazität und Effizienz im Laufe der kommenden zwei Jahre vorsieht. Gegen Ende des Jahres verabschiedete das Forum einen weiteren Beschluss (FSC.DEC/17/10), in dem ein einmaliger Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten im Bereich der Waffenvermittlungsgeschäfte vereinbart wurde.

Das Forum spielte weiters eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung des OSZE-Beitrags zur vierten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten (BMS4) im Juni in New York.

Wichtige Punkte auf der Tagesordnung des FSK waren wie bisher die Bereitstellung von praktischer Unterstützung für die Teilnehmerstaaten bei der Gewährleistung und Verbesserung sicherer Lagerbedingungen für SALW und SCA sowie die Vernichtung von Überschussbeständen. 2010 wurden über 7,5 Millionen Euro in praktische Projekte investiert, die von der Beseitigung von Raketentreibstoff (Mélange) in der Ukraine bis zur Verwaltung von SALW-Lagerbeständen in Belarus reichten. Trotz aller Erfolge in diesem Bereich stellt die Finanzierung auch weiterhin eine der Herausforderungen dar, denen sich die OSZE und die Teilnehmerstaaten in der Zukunft werden stellen müssen.

Die Arbeit am Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit konzentrierte sich vor allem auf die Ausarbeitung eines Referenzhandbuchs für den Fragebogen, das hoffentlich 2011 vom Forum verabschiedet wird. Mehrere Teilnehmerstaaten sponserten eine wissenschaftliche Studie, die einen wesentlichen Beitrag zum Entwurf des Referenzhandbuchs leistete.

Das OSZE-Gipfeltreffen in Astana und der in dessen Vorfeld abgehaltene Wiener Teil der Überprüfungskonferenz, der sich mit der ersten Dimension befasste, wurden im zweiten Halbjahr zum Schwerpunktthema im Forum. Der FSK-Vorsitz legte einen umfassenden Bericht über die Entwicklungen im Forum seit dem letzten Gipfeltreffen in Istanbul vor, und drei der Sitzungen im Rahmen der Überprüfungskonferenz waren ausschließlich Arbeitsbereichen des FSK gewidmet. Diese Sitzungen waren wertvolle Impulse für die darauffolgende Arbeit am FSK-Beitrag zum Gipfeltreffen.

In der Zeit vor dem Gipfeltreffen diskutierten die Delegationen intensiv einen geeigneten Beitrag, der die große Bedeutung der vom FSK geleisteten Arbeit unterstreicht. Auch die Staats- und Regierungschefs zollten der wertvollen Arbeit des FSK Anerkennung in der Gedenkklärung von Astana, in der sie ihr Bekenntnis zur uneingeschränkten Umsetzung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBMs) der Organisation bekräftigten und ihren Willen bekundeten, dafür Sorge zu tragen, dass diese VSBMs auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit im OSZE-Raum leisten.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung (PV) fungierte auch im abgelaufenen Jahr als ein wichtiges Forum für den interparlamentarischen Dialog zu aktuellen Themen. Die Krise in Kirgisistan, grenzüberschreitende Kriminalität und Korruption, die eurasische Dimension der OSZE und die Lage in Afghanistan wurden von den OSZE-Parlamentariern auf Tagungen der Versammlung in Oslo, Palermo, Almaty und Wien erörtert. Die PV leitete 2010 Kurzzeitbeobachtungsmissionen bei zehn Wahlgängen im gesamten OSZE-Raum.

Das internationale Sekretariat

Das Sekretariat der OSZE/PV mit seinen Büros in Kopenhagen und Wien ist mit mehrsprachigem multinationalem Personal besetzt. Es sorgt für die administrative Abwicklung der laufenden Aktivitäten der Versammlung und unterstützt die Arbeit des Präsidenten und des Präsidiums. Die PV hat nun schon das achtzehnte Jahr in Folge ihre Tätigkeit im Rahmen ihres jährlichen Haushalts ausgeübt, ihre Reserven weiter ausgebaut, und unabhängige externe Wirtschaftsprüfer haben ihr ein makellostes Zeugnis ausgestellt.

Das Präsidium

Petros Efthymiou aus Griechenland wurde am 10. Juli auf der Jahrestagung zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gewählt und folgte damit seinem Amtsvorgänger João Soares aus Portugal, der das Amt seit 2008 innegehabt hatte. In seiner Abschiedsrede als Präsident forderte Soares eine Neubelebung der OSZE. „Die Flexibilität der OSZE war ihr größter Trumpf, doch musste ich leider feststellen, dass die OSZE-Aktivitäten zunehmend durch Bürokratie und den umständlichen Beschlussfassungsprozess in Wien behindert werden“, meinte er. „Ich mache mir Sorgen angesichts des Mangels an politischer Relevanz der OSZE, der weitgehend auf die derzeitigen Beschlussfassungsprozesse zurückzuführen ist.“

Nach seiner Wahl rief Efthymiou dazu auf, die Versammlung in ihrer Rolle zu stärken, „sowohl innerhalb der OSZE als auch in den Beziehungen zu unseren Regierungen und anderen internationalen Organisationen“, und er betonte seine Entschlossenheit, sich für die Prinzipien, Verpflichtungen und Ziele der OSZE einzusetzen. Am 1. Dezember forderte er in seiner Rede auf dem Gipfeltreffen von Astana eine effektivere, laufende Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten und mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Leitung der Organisation.

Im Oktober führte Efthymiou hochrangige Gespräche in Wilna zum Thema des litauischen OSZE-Vorsitzes 2011, wobei es auch zu Begegnungen mit Präsidentin Dalia Grybauskaitė und Außenminister Audronius Ažubalis kam. Er betonte unter anderem die Wichtigkeit einer Anhebung des Niveaus des politischen Dialogs in der OSZE, etwa auch durch die Berufung von Personen mit hohem politischem Profil in ranghohe Positionen der Organisation.

Die Krise in Kirgisistan

Seit dem Ausbruch der Unruhen im April engagierte sich die Versammlung intensiv in Kirgisistan. Soares bestellte am 9. April Adil Achmetow, ein Mitglied der kasachischen Delegation bei der OSZE/PV, zum Sondergesandten für Kirgisistan. Botschafter Achmetow begab sich nach Bischkek, wo er eng mit Vertretern anderer internationaler Organisationen zusammenarbeitete und anschließend dem Präsidenten der PV Bericht erstattete. Am 20. April begab er sich mit dem OSZE-Vorsitzenden Kanat Saudabajew ein weiteres Mal nach Bischkek, um sich ein Bild von der Lage im Land zu machen und Möglichkeiten zur Überwindung der politischen Krise zu sondieren.

Mitte Mai besuchte eine von Soares geleitete Gruppe hochrangiger OSZE-Parlamentarier Kirgisistan. Die Delegation traf mit der Führerin der damals noch provisorischen Regierung, Rosa Otunbajewa, zusammen und veranstaltete in Bischkek eine Diskussion am Runden Tisch, die dem Erfahrungsaustausch über in Entwicklung befindliche politische Systeme quer durch den OSZE-Raum und deren potenzieller Eignung für Kirgisistan gewidmet war.

Auch der Sonderbeauftragte der OSZE/PV für Zentralasien, Kimmo Kiljunen, reiste regelmäßig nach Kirgisistan, wo er mit einer ganzen Reihe politischer Gesprächspartner im Land zusammentraf. Kiljunen leitet die internationale unabhängige Ermittlungskommission, die sich mit den Ereignissen im Juni zu befassen hat und voraussichtlich Anfang 2011 einen Bericht vorlegen wird.

Der parlamentarische Dialog

19. Jahrestagung, Oslo, 6. bis 10. Juli. Das Thema der 19. Jahrestagung der PV lautete: „Rechtsstaatlichkeit: Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Korruption“. Die auf Einladung des norwegischen Parlaments in Oslo tagende Versammlung wählte Petros Efthymiou (Griechenland) zu ihrem neuen Präsidenten. Der Generalsekretär der OSZE/PV, Spencer Oliver, wurde für eine fünfjährige Amtszeit in den Ständigen Ausschuss der Leiter der nationalen Delegationen wiedergewählt.

Die Versammlung verabschiedete die Erklärung von Oslo, in der eine EntschlieÙung über die Einbindung der PV in den Korfu-Prozess der OSZE enthalten ist. In dieser EntschlieÙung wird die Bedeutung der parlamentarischen Dimension im laufenden Dialog über Sicherheitsfragen unterstrichen und die OSZE-Teilnehmerstaaten wurden aufgefordert, von der Parlamentarischen Versammlung als einem Schlüsselement in den Bemühungen der Organisation um die Förderung der Demokratie besser Gebrauch zu machen.

Herbsttagungen, Palermo 8. bis 11. Oktober. An den neunten Herbsttagungen der OSZE/PV in der Regionalversammlung Siziliens nahmen über 200 OSZE-Parlamentarier aus 50 OSZE-Ländern teil. Es handelte sich um eine Konferenz über den Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und Korruption und ein Mittelmeerforum unter Beteiligung von Vertretern des nationalen Antimafiabüros, des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, von Transparency International und von Interpol. Unter den Rednern sind insbesondere der OSZE-Vorsitzende Kanat Saudabajew, der litauische Innenminister Raimundas Palaitis sowie der Präsident des italienischen Senats, Renato Schifani, zu nennen.

Transasiatisches Parlamentarierforum, Almaty, 14. bis 16. Mai. Das gemeinsam von der OSZE/PV und dem Parlament der Republik Kasachstan organisierte zweite transasiatische Parlamentarierforum zum Thema „Die eurasische Dimension der OSZE“ versammelte über 100 Parlamentarier aus 35 OSZE-Teilnehmerstaaten bzw. Partnerstaaten aus dem Mittelmeerraum. Auch Parlamentarier aus Afghanistan, Pakistan und Katar nahmen an dem Forum teil, in dem zwei Sondersitzungen Erörterungen über Afghanistan und Kirgisistan gewidmet waren.

Wintertagung, Wien, 18. und 19. Februar. Während der Wintertagung fanden Sitzungen der drei allgemeinen Ausschüsse sowie eine Sitzung des Ständigen Ausschusses statt. Einer der Höhepunkte der zweitägigen Tagung war eine eigene Debatte über die Lage in Afghanistan. Der Vizepräsident der Versammlung und Leiter der kasachischen Delegation, Kassym-Schomart Tokajew, und der Sonderbeauftragte der Versammlung für Afghanistan, Michel Voisin, sorgten für die Einleitung der Debatte. Der Vizepräsident stellte fest, dass die Stabilisierung Afghanistans eine der wichtigsten Prioritäten des Vorsitzes sei, während der Sonderbeauftragte die Wichtigkeit des Kampfes gegen Korruption und Armut unterstrich.

Aufsicht und Rechenschaftspflicht

Eine der wichtigsten Aufgaben der Versammlung ist die Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht innerhalb der OSZE, weshalb Präsident João Soares das Mandat des PV-Ad-hoc-Ausschusses für Transparenz und Rechenschaftspflicht in der OSZE im April 2010 verlängerte. In einer Note an die Ausschussmitglieder betonte Soares, dass es an der Zeit sei, der Arbeit des Ausschusses neue Impulse zu verleihen, um für „eine bessere Aufsicht über die Ausgaben von Steuergeldern in dieser Organisation zu sorgen und sicherzustellen, dass sie so wirksam wie möglich bleibt und die Unterstützung der Öffentlichkeit hat“.

Der Ausschuss trat unter dem Vorsitz des Finnen Johannes Koskinen 2010 dreimal zusammen. Auf ihrer Sitzung im September in Wien besprachen die Ausschussmitglieder mit dem Vorsitzenden des Ständigen Rates, den damaligen Koordinatoren des Korfu-Prozesses im Botschafterrang und dem OSZE-Generalsekretär die Einbeziehung der PV in den Korfu-Prozess. In Palermo beschloss der Ausschuss, eine Reihe früherer Empfehlungen der OSZE/PV als Beitrag zum Korfu-Prozess Parlamentariern und Regierungen zuzuleiten. Diese Empfehlungen wurden auch dem Vorsitz übermittelt.

Die PV bestellte außerdem eine neue Sonderbeauftragte für Gleichstellungsfragen. Dieser Posten war 2003 zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Feldoperationen und Institutionen der OSZE, einschließlich der Parlamentarischen Versammlung selbst, geschaffen worden. Im Oktober wurde die kanadische Abgeordnete Hedy Fry in diese Funktion bestellt. Ihre Amtsvorgängerin Tone Tingstgård, die sich aus dem schwedischen Parlament zurückgezogen hat, legte auf der Jahrestagung in Oslo ihren Schlussbericht vor. Sie begrüßte einerseits die Bestellung einer Frau – Dunja Mijatović – zur OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, meinte aber gleichzeitig, dass „die OSZE noch hart daran arbeiten müsse, eine Organisation zu werden, in der Geschlechtergleichstellung herrscht und diese in ihrer Arbeit konsequent umgesetzt wird“.

Wahlbeobachtung

Die Wahlbeobachtung war für die Versammlung 2010 mit der Leitung von insgesamt zehn Kurzzeitmissionen ein wichtiges Thema. Die PV entsandte unabhängige Missionen in die Vereinigten Staaten und in das Vereinigte Königreich und arbeitete mit anderen parlamentarischen Versammlungen und dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Missionen in der Ukraine, in Tadschikistan, Bosnien und Herzegowina, Kirgisistan, Moldau und Belarus. Entsprechend der in einem Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1997 festgelegten Praxis bestellte der OSZE-Vorsitz die folgenden Parlamentarier als Leiter dieser Missionen:

- João Soares (Portugal): Präsidentschaftswahlen in der Ukraine (17. Januar und 7. Februar), Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich (6. Mai) und Mid-Term-Elections in den Vereinigten Staaten (2. November)
- Pia Christmas-Møller (Dänemark): Parlamentswahlen in Tadschikistan (28. Februar)
- Roberto Battelli (Slowenien): allgemeine Wahlen in Bosnien und Herzegowina (3. Oktober)
- Morten Høglund (Norwegen): Parlamentswahlen in Kirgisistan (10. Oktober)
- Wolfgang Großruck (Österreich): Parlamentswahlen in Aserbaidschan (7. November)
- Tonino Picula (Kroatien): Parlamentswahlen in Moldau (28. November)
- Tony Lloyd (Vereinigtes Königreich): Präsidentschaftswahlen in Belarus (19. Dezember)

Die Arbeit vor Ort

Die Parlamentarische Versammlung hat stets die Ansicht vertreten, dass die wichtigste Arbeit der OSZE vor Ort geleistet wird. In Unterstützung dieser unverzichtbaren Arbeit statteten mehrere Vertreter der Ad-hoc-Ausschüsse und Sonderbeauftragte der PV dieses Jahr Moldau, Bosnien und Herzegowina und den Ländern des Südkaukasus offizielle Besuche ab. Die Parlamentarierdelegationen, die eng mit den Feldoperationen in diesen Ländern zusammenarbeiteten, verschafften deren wichtigen Projekten und Initiativen erhöhte Aufmerksamkeit.

Generalsekretär: **R. Spencer Oliver**, 2010 wiedergewählt

Haushalt: **2.856.000 EUR**

www.oscepa.org

Die Feldoperationen

Die Präsenz in Albanien

Die Präsenz in Albanien und ihre vier Projektbüros setzten sich für die Stärkung der öffentlichen Institutionen des Landes ein und konzentrierten sich dabei auf folgende Schwerpunktbereiche: Reformen in den Bereichen Justiz, Gesetzgebung und Wahlen, Aufbau parlamentarischer Kapazitäten, Bekämpfung des Menschenhandels, Polizeiausbildung, Vernichtung von Waffenüberschüssen, Good Governance und Grundbesitzreform. Sie bemühte sich um die Förderung unabhängiger Medien und die Gleichstellung der Geschlechter und setzte sich für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen ein. Besondere Erwähnung verdient ein großes technisches Hilfsprojekt zur Unterstützung Albaniens bei der Modernisierung seines Personenstands- und Adressenwesens, dank dessen die Bewohner nun über eine Postanschrift verfügen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Stärkung der Polizei. Die Präsenz veranstaltete Schulungen für die staatliche Polizei in polizeilicher Defensivtaktik, partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit, Ermittlungsmethoden des internen Aufsichtsdienstes, gendergerechter Rekrutierung, in verdeckter Überwachung von organisierter Kriminalität und Crowd Management. Sie gab außerdem Publikationen über partnerschaftliche Beziehungen zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit und über bewährte Praktiken für Roma und Sinti heraus. Zur Unterstützung der Grenz- und Migrationspolizei bei der Umsetzung ihrer integrierten Grenzmanagementstrategie förderte die Präsenz gemeinsame Kooperationssitzungen zu Grenzfragen, Ausbildung und die Entwicklung von Vereinbarungen mit Nachbarländern. Als Hilfestellung für die Liberalisierung der Sichtvermerke förderte die Präsenz die Ausrüstung mit solarbetriebenen Generatorsystemen, Lesegeräten für biometrische Reisepässe und Universal-Netzgeräten an Grenzübergangsstellen, die alle Bestandteil des allgemeinen Informationsmanagementsystems Albaniens sind, das jeden Ein- und Ausreisenden registriert.

Vernichtung von Waffenüberschüssen. Gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation unterstützte die Präsenz das Verteidigungsministerium durch die Bereitstellung von sechs industriellen Bandsägen zum Zerschneiden großkalibriger Munition. Die Präsenz half auch bei der Verwaltung zentraler Entsorgungsstätten, stellte drei elektronische Shrike-Sprengmaschinen zur Verfügung und förderte die Entsorgung von toxischem Material.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der Dezentralisierung. Die Präsenz setzte ihre Zusammenarbeit mit kommunalen Vereinigungen fort und unterstützte ein Projekt zur Übertragung von öffentlichem Eigentum vom Staat an Kommunen und anschließend die Verwaltung von öffentlichem Eigentum durch die Kommunen als ein Mittel zur Erhöhung der Einnahmen und zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen.

Förderung von Good Governance. Zur Unterstützung der Aufsichtsbehörde für die Offenlegung und Prüfung von Vermögen sorgte die Präsenz für die Schulung von 480 Ministerialbeamten in Fragen von Interessenkonflikten. Die Präsenz unterstützte ferner Nichtregierungsorganisationen (NROs) in fünf Gemeinden bei deren Qualifizierung zur Vernetzung und zur Werbung für Good-Governance-Grundsätze.

Unterstützung der Grundbesitzreform. Die Präsenz nahm ein Projekt in Angriff, das dem Kapazitätsaufbau im Grundbuchamt dienen sollte und die Eintragung von rund 55.000 Grundstücken in ausgesuchten Küstengebieten ermöglichte. Das Amt für Eigentumsrückgabe und -entschädigung wurde ebenfalls unterstützt, um seine Kompetenz in der Bearbeitung von Anträgen und der Verwaltung seiner Daten zu steigern.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Präsenz unterstützte das Amt des nationalen Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels, indem sie ihr Fachwissen in der Abfassung von Rechtsempfehlungen zur Verfügung stellte, um so die Einhaltung der Konventionen des Europarats zu gewährleisten. Die Präsenz bot auch Schulungskurse für regionale Ausschüsse für die Bekämpfung des Menschenhandels an und förderte damit die Einbindung örtlicher Behörden in die Verhütung von Menschenhandel und in die Behandlung von Menschenhandelsfällen.

Förderung eines besseren Umweltmanagements. Im Einklang mit den Empfehlungen der Aarhus-Konvention in Bezug auf eine stärkere Bürgerbeteiligung leistete die Präsenz den Aarhus-Informationszentren in Vlora und Shkodra Hilfestellung. Es wurden regelmäßig Treffen mit Partnern aus NROs und Regierungsstellen über Fragen wie Abfallwirtschaft und Waldrodung durchgeführt. Siebenhundert Vertreter von NROs bzw. Regierungsbeamte nahmen an Kursen über Good Governance in der örtlichen Planung und an Kontaktveranstaltungen mit der Öffentlichkeit teil. Die Präsenz übermittelte der Regierung Empfehlungen zu Gesetzesentwürfen, um die innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit EU-Recht in Einklang zu bringen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Wahlreform. Die Präsenz unterstützte die Zentrale Wahlkommission bei deren Vorbereitungen für die Kommunalwahlen im Jahr 2011 durch die Erstellung einer Datenbank früherer Wahlkommissäre und durch die Mitveranstaltung einer Tagung, auf der ehemalige Wahlkommissäre über ihre Erfahrungen mit den Parlamentswahlen 2009 berichteten. Sie organisierte ferner eine Studienreise ins Vereinigte Königreich für albanische Wahlbeamte, bei der sie Kommunalwahlen beobachten konnten, und vermittelte die Teilnahme albanischer Experten an einem OSZE-Seminar über elektronische Stimmabgabe in Österreich.

Darüber hinaus unterstützte die Präsenz die Regierung bei der Einrichtung eines elektronischen nationalen Adressenverzeichnisses, das den Bürgern von 260 der insgesamt 373 Gemeinden eine vollständige Postanschrift zuordnete. Sie leistete Hilfestellung bei der Digitalisierung der in den regionalen Standesämtern geführten Personenstandsaufzeichnungen.

Justizreform. Ein Projekt zur Entwicklung fairer Gerichtsverfahren, durch das die Standards eines fairen Gerichtsverfahrens in zivilrechtlichen Verfahren eingeführt werden sollten, wurde fortgesetzt; derzeit wird eine Beurteilung der Zivilverfahren und eine Untersuchung über den Zugang der Öffentlichkeit zu fünf Bezirksgerichten vorgenommen. Hilfe in Bezug auf die Gesetzgebung erfolgte in Form schriftlicher Gutachten zum Strafgesetzbuch, zu den Rechtsvorschriften über die Bauinspektion, zu den Verwaltungsgerichtshöfen, zur Verhütung von Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus, zu Mediation und den Umweltsetzen. Im Rahmen ihrer laufenden Unterstützung der Kommission für den öffentlichen Dienst hielt die Präsenz in sechs Regionen Schulungen für örtliche Beamte über die Rechte

der öffentlichen Bediensteten und die Rechtsvorschriften über den öffentlichen Dienst ab. Die Präsenz veranstaltete auch Kurse für neu eingestellte Bewährungshelfer und für Sozialarbeiter und veröffentlichte ein Handbuch über Bewährungshilfe für Richter und Staatsanwälte.

Menschenrechte. Die Präsenz half mit bei der Abfassung des Antidiskriminierungsgesetzes und von Verordnungen betreffend das Mandat des für den Schutz vor Diskriminierung zuständigen Beauftragten. Die Präsenz unterstützte den Beauftragten durch die Einrichtung einer Website und die Zusammenstellung von PR-Material. Sie stellte außerdem ein Handbuch über die Rechte Minderjähriger vor und half mit bei der Organisation des Fünften internationalen Menschenrechtsfilmfestivals.

Stärkung des Parlaments. Die Präsenz unterstützte den nationalen Sicherheitsausschuss bei der Abfassung einer Gesetzesvorlage über die parlamentarische Aufsicht über Informationsdienste. OSZE-Missionen in der Region beteiligten sich an der Organisation eines regionalen Workshops über die parlamentarische Aufsicht für Mitarbeiter der Versammlung. Der albanische und der montenegrinische Ausschuss für europäische Integration bekräftigten auf einer gemeinsamen Sitzung ihre Absicht, sich verstärkt in den Integrationsprozess einzubringen. In Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Parlament untersuchte die Präsenz die Arbeit der Versammlung in Fragen der europäischen Integration. Gemeinsam mit dem ungarischen Parlament war sie Gastgeber eines Seminars über die Rolle der Versammlung im Integrationsprozess. Die Parlamentsverwaltung wurde durch den Ausbau ihrer Kommunikations- und Archivierungskapazitäten und die Verbesserung des Arbeitsablaufs unterstützt. Außerdem organisierte die Präsenz Einführungskurse für Parlamentarier, verfasste ein Handbuch für Parlamentarier und deren Mitarbeiter, schulte die Mitarbeiter der Presseabteilung, veranstaltete IT- und Englischkurse für die technischen und administrativen Mitarbeiter, installierte ein IT-Netz und sanierte die Räumlichkeiten der Bibliothek und des Archivs.

Medienunterstützung. Gemeinsam mit einer Gruppe von Medienschaffenden arbeitete die Präsenz an der Gründung eines Gremiums für Medienselbstkontrolle: des Albanischen Medienklubs. Der Klub wurde offiziell eingetragen, es wurden Büros eingerichtet und Mitarbeiter eingestellt. Die Präsenz vermittelte außerdem eine Studienreise für Funktionäre des Klubs nach Rumänien, wo Mitglieder der rumänischen Medienlandschaft über ihre Erfahrungen mit der Selbstkontrolle berichteten.

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Durch eine nationale Konferenz über problematische Genderklischees, die die Präsenz gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Chancengleichheit organisierte, sollte die Zahl der Frauen in Führungspositionen erhöht werden. Auf einer zweiten Konferenz wurde anlässlich des zehnten Jahrestags der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen eine nationale Frauenplattform gegründet. Die Präsenz eröffnete Frauen dank regionaler Foren die Möglichkeit zu Networking, und 12 regionale Fernsehprogramme über die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben trugen ebenfalls zur Aufklärung über diese Frage bei. Die Präsenz untersuchte die Arbeit des nationalen Rates für die Gleichstellung der Geschlechter und gab Empfehlungen über mögliche Verbesserungen ab. Ferner analysierte sie die gegenwärtige Situation der in den Ministerien eingerichteten Gender-Kontaktstellen, einschließlich ihrer Bezeichnung und Mandate.

Förderung der Zivilgesellschaft. Die Präsenz unterstützte den Nationalen Rat für Menschen mit Behinderungen durch Veranstaltung von Seminaren für strategische Planung und eine

Studienreise ins Vereinigte Königreich, bei der Mitglieder des Rates mit britischen Amtskollegen zusammentrafen. In Korça bauten das Zentrum zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, die Kommunalverwaltung, die Zivilgesellschaft und die Präsenz den örtlichen Fonds zur Entwicklung der Zivilgesellschaft weiter aus, um eine stärkere Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene zu bewirken. Die Präsenz gab ein Gutachten zum Entwurf eines Strategiedokuments über die Zivilgesellschaft ab, das die Regierung in Absprache mit der Zivilgesellschaft erstellt hatte, und gab strategische Empfehlungen darüber ab, wie der Lehrplan für Staatsbürgerschaftskunde in Albanien verbessert werden kann.

Leiter der Präsenz: **Botschafter Eugen Wollfarth**

Haushalt (2010): **3.296.200 EUR**

www.osce.org/albania

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Die Mission in Bosnien und Herzegowina setzte ihre Unterstützung für die Ziele von Good Governance fort und konzentrierte sich dabei auf Gemeinden, die wirtschaftlich schwach oder politisch schwierig sind. Sie setzte sich auch dieses Jahr für die effiziente Abwicklung von Kriegsverbrecherprozessen und die damit zusammenhängende Gesetzes- und Justizreform ein. Weitere Schwerpunkte in der Arbeit der Mission waren bürgerlicher Aktivismus, die Einbindung der Bürger in das Bildungswesen und die Förderung von dessen Vielfalt. Die Mission unterstützte Bosnien und Herzegowina auch im Hinblick auf eine leistungsfähigere demokratische Kontrolle des Sicherheits-, Verteidigungs- und nachrichtendienstlichen Bereichs und in Bezug auf die Einhaltung seiner politisch-militärischen Verpflichtungen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Kapazitätssteigerung. In enger Zusammenarbeit mit der Mission und anderen Partnern entwickelten leitende Beamte in Bosnien und Herzegowina 2010 weiter gute institutionelle Praktiken, unterzogen ihre Kapazitäten einer Beurteilung und prüften die Voraussetzungen für Nachhaltigkeit und künftige Verbesserungen. Zu diesen Praktiken zählten beispielsweise die Bekräftigung der Kernprinzipien wie des OSZE-Verhaltenskodex und die Bedeutung öffentlich-privater Partnerschaften. Ferner analysierten sie die Zeit, die Geldmittel und anderen Ressourcen, die zum Betrieb des komplexen Sicherheitsnetzes des Landes erforderlich sind. Dieser Prozess wurde durch intensive Diskussionen über strategische Planung und Entscheidungsfindung unterstützt, während bei Seminaren und Workshops ihre Kompetenz und ihr Bewusstsein für neue Bedrohungen und Ressourcen weiter verbessert wurden. Durch die Zusammenführung von Talent und Fachwissen aus einem repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft bekräftigten die Mission und nationale Behörden, dass starke Partnerschaften ein nützliches Werkzeug für die Förderung und Aufrechterhaltung der Sicherheit sind.

Einhaltung von Verpflichtungen. Die Regierungsbehörden und die Mission waren bemüht, die Einhaltung der politisch-militärischen Verpflichtungen des Staates zu verbessern. Die Koordination zwischen den einzelnen Dienststellen wurde verbessert und, darauf aufbauend, ermutigte diese Partnerschaft zu einer direkteren Mitwirkung des Staates und offizieller Vertreter der Gebietseinheiten an der Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen. Die nationalen Streitkräfte stellten mit der Durchführung des mit Unterstützung der Mission abgehaltenen dritten jährlichen Seminars über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und andere politisch-militärische Verpflichtungen ihr Engagement unter Beweis. Die Veranstaltung zeigte, dass diese Verpflichtungen für die militärischen Befehlshaber ebenso relevant wie für die zivilen Minister sind.

Rüstungskontrolle. In Verbindung mit ihren strategischen internationalen Partnern und Parlamentariern forderte die Mission die Behörden in Bosnien und Herzegowina eindringlich zur Vernichtung ihrer Munitionsüberschüsse auf. Sie ermutigten sie auch, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lagerungsbedingungen von Waffen und Munition zu ergreifen. Gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum der OSZE konnten sich Vertreter des Militärs mit eigenen Augen vom Einfallsreichtum der OSZE überzeugen, als sie eine Beurteilung eines von der OSZE gesponserten Projekts zur Verbesserung von Lagerstätten in diesem Land vornahm. Darüber hinaus trug die Mission auch weiterhin zum Erfolg des subregionalen Rüstungskontrollregimes bei, indem sie den Persönlichen Vertreter der OSZE

für Artikel IV logistisch, administrativ und durch die Bereitstellung von Dolmetschdiensten unterstützte.

Parlamentarische Kontrolle. Das Staatsparlament und die Mission stärkten auch dieses Jahr die Kapazitäten der parlamentarischen Ausschüsse, die für die Kontrolle der Verteidigungs-, Sicherheits- und nachrichtendienstlichen Institutionen des Staates zuständig sind. Auf Betreiben der Mission wurde die Aufsichtsfunktion des parlamentarischen Militärbeauftragten erweitert, die sich nun verstärkt auf die Menschenrechte in den Streitkräften erstreckt. Im Zuge dieser Tätigkeit nahm die Mission an Besuchen vor Ort und an einer Konferenz mit nationalen Militärbehörden und dem Parlament zur Erörterung der Rolle und Funktion des Beauftragten teil.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Good Governance und Rechtsstaatlichkeit im Bildungswesen. Mit der ersten Konferenz für Schulinspektoren vom Westbalkan in Sarajewo sollte das regionale Netzwerk der Inspektoren und zuständigen Behörden des Bildungswesens gestärkt werden. Auf Initiative und mit Unterstützung der Mission wurde der erste Finanzleitfaden für Schuldirektoren in Südosteuropa entwickelt und 700 Schuldirektoren in Bosnien und Herzegowina präsentiert. Nach mehr als einjähriger Arbeit traten die Schuldirektoren zusammen und gründeten zwei gesamtstaatliche Vereinigungen – eine für Grundschuldirektoren und eine für Mittelschulen. Im Rahmen des Projekts „Bessere Governance, bessere Schulen“ schulte die Mission 50 Ausbilder der Schulbehörde, die ihrerseits Mitglieder der Schulausschüsse in der Republika Srpska und in mehreren Kantonen ausbilden werden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension.

Förderung von bürgerlichem Aktivismus. Die Mission führte Hunderte Initiativen zur Mobilisierung der Bürger durch, um Ausmaß und Intensität der Bürgerbeteiligung an örtlichen und kommunalen Angelegenheiten im ganzen Land zu steigern. Ein wichtiger Schwerpunkt war die Ausarbeitung, Umsetzung und Förderung von Rechtsvorschriften betreffend die Jugend auf verschiedenen Regierungsebenen.

Ermutigung zur Inklusion und Vielfalt in den Schulen. Die Anzahl der Gemeinden, die den Inklusionsindex umsetzen, stieg auf 40, wobei Schulen von sich aus Maßnahmen zur Förderung des Austauschs zwischen den Kulturen ergriffen. Eine Konferenz war der Rolle der Eltern bei der Schaffung demokratischer Schulen mit kultureller Vielfalt gewidmet. Tausende Schüler, Lehrer und Eltern beteiligten sich an Projekten unter dem Titel „Brücken bauen“, in deren Rahmen multikulturelle Veranstaltungen stattfanden und stets die Nachhaltigkeit im Vordergrund stand.

Reform der Volksanwaltschaft. Die Mission beteiligte sich aktiv an Bemühungen um die Schaffung einer einzigen Volksanwaltschaft für alle Teilgebiete Bosniens und Herzegowinas – ein Ziel, das 2010 endlich Wirklichkeit wurde. Die Mission fördert auch weiterhin die Konsolidierung der Volksanwaltschaft, um sicherzustellen, dass die Reform nicht wieder rückgängig gemacht werden kann.

Soziale Absicherung und Wohnungswesen. Die Mission förderte die Ausarbeitung einer landesweiten Strategie für das Wohnungswesen, unterstützte örtliche Initiativen des sozialen Wohnbaus und setzte ihre Menschenrechtskurse für Sozialarbeiter fort.

Förderung von Toleranz, Vielfalt und Beteiligung nationaler Minderheiten. Nachdem die Mission am Entwurf des richtungsweisenden Antidiskriminierungsgesetzes mitgearbeitet hatte, unterstützte sie eine Aufklärungskampagne, um zu gewährleisten, dass die Zivilgesellschaft und die wichtigsten inländischen Institutionen bereit und fähig zur Umsetzung des Gesetzes sind. Im Rahmen des Projekts „Kaleidoskop“ zugunsten nationaler Minderheiten schulte die Mission 600 Lehrer in der Förderung interkultureller Kompetenz, während anhand des Projekts „History for the Future“ Hunderte Experten in mehreren großen Foren sich darüber informieren konnten, wie Lehren aus der Geschichte die Aussöhnung erleichtern können. Anhand anderer nationaler und regionaler Initiativen wurde der EU-Rahmen für die wichtigsten Kompetenzen im Unterrichtswesen gefördert, dessen Schwerpunkte kulturübergreifende Kompetenzen, Lehrerausbildung und moderne Ansätze im Sprachunterricht sind. Die Mission setzte sich auch weiter für die Umsetzung der Roma-Aktionspläne für Bildung, Beschäftigung und Wohnungswesen ein und widmete sich dem Aufbau der operativen Fähigkeiten des Rates für nationale Minderheiten sowie örtlicher Vereinigungen. Die Mission war Vorreiter der Initiative zur Verabschiedung der landesweiten Strategie für nationale Minderheiten.

Rückkehr auf Dauer. Die Mission setzte sich erfolgreich für die Verabschiedung der Revidierten Strategie für die Umsetzung von Anhang VII ein. Sie betrieb weiter die Schließung von Flüchtlingslagern und unterstützte Initiativen für eine Rückkehr auf Dauer wie etwa die staatliche Kommission für Flüchtlinge und Vertriebene.

Gleichstellung der Geschlechter. Die Mission führte Aufklärungskampagnen, Schulungskurse und öffentliche Diskussionen zu dieser stark vernachlässigten Frage durch. Sie beobachtete auch, wie die Institutionen mit häuslicher Gewalt umgehen, und unterstützte Initiativen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden, darunter auch formale Festlegungen für die Niederschriften.

Unterstützung der Reform des Justizsektors. Die Mission übertrug die Verantwortung für den Prozess zur Einrichtung des vom Fakultativprotokoll zur Antifolterkonvention geforderten Nationalen Verhütungsmechanismus an die nationalen Behörden. Zur weiteren Unterstützung der Opferrechte in Strafverfahren erstellte die Mission ein Informationsblatt mit dem Titel „Kenne Deine Rechte und Pflichten“ und ein Musterformular für Entschädigungsanträge von Opfern, denen möglicherweise kein Rechtsberater zur Seite steht.

Rechenschaft für Kriegsverbrechen. Die Mission gab im Rahmen des Projekts mit der Bezeichnung *Capacity Building and Legacy Implementation* drei öffentliche Berichte über Herausforderungen in Kriegsverbrecherprozessen wie etwa Zeugenschutz heraus. Sie half mit technischer Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der Nationalen Strategie für Kriegsverbrecherprozesse, allerdings sind die Fortschritte in dieser Frage noch sehr bescheiden.

Bekämpfung von Hassverbrechen. Im ganzen Land wurden Veranstaltungen organisiert, um über die Auswirkungen von durch Hass motivierten Zwischenfällen aufzuklären und die Behörden zu einer angemessenen Reaktion zu veranlassen. Die Mission unterstützte die Landesbehörden bei der Ausarbeitung von Gesetzesnovellen und der Förderung ihrer korrekten Anwendung.

Menschenhandel und geschlechtsspezifische Gewalt. Die Mission verfolgte Fälle von Menschenhandel und schlug Änderungen der einschlägigen rechtlichen Rahmenbedingungen vor; sie beobachtete auch, ob in diesen Fällen eine wirkungsvolle strafrechtliche Verfolgung erfolgte. Die Mission unterstützte auch Nichtregierungsorganisationen, örtliche Behörden und Einrichtungen der Justiz, um sie besser in die Lage zu versetzen, auf alle Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt angemessen zu reagieren.

Förderung von Democratic Governance und der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Die Mission unterstützte die Entwicklung von interkommunalen Lernnetzwerken und Partnerschaften zwischen 36 Gemeinden. Anhand des ausgefüllten Selbstbeurteilungsformulars im Rahmen des *Common Assessment Framework* wurden Bereiche mit Handlungsbedarf ermittelt. Im Rahmen des Projekts *Local First* unterstützte die Mission 23 Kommunen, die mit systemimmanenten politischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und in denen es an den grundlegenden Methoden der demokratischen Governance fehlt. Diese Gemeinden machten Fortschritte in partizipatorischer strategischer Planung und Haushaltserstellung, sie verbesserten die Effektivität der Kommunalräte und richteten Mechanismen zur Verstärkung der Rechenschaftspflicht ein.

Gewährleistung der Integrität des Systems des öffentlichen Dienstes der Föderation. Die Mission unterstützte Bemühungen um Wiederherstellung des Systems des öffentlichen Dienstes von Bosnien und Herzegowina, nachdem der Verwaltungsgerichtshof dessen Kompetenzen beschnitten und eine weitere Zerstückelung angedroht hatte. Die OSZE organisierte im Dezember eine Konferenz der wichtigsten Akteure, und die Mission wird auch 2011 mit in- und ausländischen Partnern weiter an der Entwicklung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst arbeiten.

Unterstützung für die zentrale Wahlkommission (CEC). Die Mission führte ein aus außerbudgetären Mitteln finanziertes Projekt durch, um die Abwicklung von Wahlen in Bosnien und Herzegowina zu verbessern. Es wurde ein integriertes Wahlinformationssystem eingerichtet, das dazu führte, dass die CEC die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen 2010 sechsmal schneller als bei jeder früheren Wahl präsentieren konnte. Die Mission unterstützte die CEC auch bei der Umsetzung des Gesetzes über Interessenkonflikte und des Gesetzes über die Finanzierung politischer Parteien durch die Abhaltung von Schulungskursen für gewählte Amtsträger sowie für Vertreter der politischen Parteien, der Massenmedien und der Zivilgesellschaft.

Unterstützung und Beobachtung des Parlaments. Die Mission unterstützte die Arbeit des Staatsparlaments zur Stärkung der Kapazitäten der parlamentarischen Ausschüsse, die die Verteidigungs-, Sicherheits- und nachrichtendienstlichen Gremien des Staates beaufsichtigen. Auf Betreiben der Mission wurde die Aufsichtsfunktion des parlamentarischen Militärbeauftragten erweitert, die sich nun verstärkt auf die Menschenrechte in den Streitkräften erstreckt. Im Zuge dieser Tätigkeit nahm die Mission an Besuchen vor Ort und an einer Konferenz mit nationalen Militärbehörden und dem Parlament zur Erörterung der Rolle und der Funktion des Beauftragten teil. Ferner unterstützte die Mission das Staatsparlament bei der Entwicklung seiner ersten Kommunikationsstrategie, durch die die interne Kommunikation und das Image des Parlaments in der Öffentlichkeit verbessert werden sollen; darüber hinaus unterstützte sie die Entwicklung von IT-Anwendungen, die zu einer effizienteren Dokumentenverarbeitung und einer rascheren Auffindung von Gesetzesmaterial führen werden. Außerdem half die Mission bei der Ausarbeitung eines Handbuchs für neu gewählte Parlamentsabgeordnete und eines Handbuchs über internationale Beziehungen und Protokoll. Es wurden

Debatten zwischen Parlamentariern und Schulabgängern veranstaltet, um die staatsbürgerliche Erziehung zu fördern und junge Leute zur Teilnahme an Wahlen zu motivieren.

Leiter der Mission: **Botschafter Gary Robbins**

Haushalt: **15.278.300 EUR**

www.oscebih.org

Die Mission im Kosovo

Die Mission im Kosovo¹ widmete sich auch im abgelaufenen Jahr ihren Kernaufgaben, der Überwachung der Arbeit der Institutionen im Kosovo in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechtsstandards und der Grundsätze von Good Governance. Die Mission setzte sich auch weiterhin für die Menschenrechte – und insbesondere die Rechte der Volksgruppen – auf allen Ebenen im Kosovo ein.

Als internationale zivile Organisation mit der ausgedehntesten Feldpräsenz fördert die Mission die gegenseitige Achtung und Toleranz zwischen allen Volksgruppen und die Entwicklung einer demokratischen und multiethnischen Gesellschaft.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Volksgruppenrechte. Die Mission setzte ihre Überwachungstätigkeit fort und berichtete über die Volksgruppenrechte in den Bereichen Rückkehr und Rückführung, Sicherheit und Freizügigkeit sowie Verwendung der Sprachen. Sie wurde bei den zuständigen Institutionen vorstellig, um die Mitsprache der Volksgruppen im öffentlichen Leben und ihren Zugang zu öffentlichen Dienstleitungen zu verbessern. Sie befasste sich verstärkt mit Rückkehr und Wiedereingliederung durch den Aufbau von Kapazitäten, Qualifizierung und Interessenvertretung und kontaktierte die Gemeinschaften regelmäßig auf allen Ebenen. Die Mission unterstützte den Dialog zwischen den Volksgruppen und klärte sie über politische Konzepte und Verfahren zur Förderung und zum Schutz ihrer Rechte auf.

Eigentumsrechte. Die Mission organisierte mehrere Workshops, mit denen sie die Gemeinden bei der Bewältigung von Herausforderungen in Eigentums- und Wohnraumfragen unterstützte. Zur Lösung von Problemen, die sich auf die Nachhaltigkeit des Rückkehrprozesses und der wirtschaftlichen Entwicklung auswirken, setzte sich die Mission für die langfristige Zuteilung von Land für Wohnbauprojekte zugunsten von Rückkehrern ein und organisierte eine internationale Konferenz zum Thema „Eigentumsrechte im Übergang: Herausforderungen für die künftige Entwicklung des Kosovo in der Konfliktfolgezeit“. Schließlich überwachte die Mission auch den Schutz und die Förderung des kulturellen und religiösen Erbes und trat für die Umsetzung der diesbezüglichen Rechtsvorschriften ein.

Menschenrechte. Die Mission unterstützte auch 2010 wieder die zentralen und örtlichen Institutionen bei der Einhaltung der Menschenrechtsstandards. Sie hielt für Gemeindebedienstete spezielle Kurse ab, in denen sie ihnen die grundlegenden Menschenrechte, die überarbeitete Strategie samt Aktionsplan über rückgeführte Personen, Enteignung und die Rechte von Menschen mit Behinderungen näherbrachte. Dank dieser Aktivitäten sind die Menschenrechtsabteilungen der Gemeinden nun besser informiert und gerüstet, die Menschenrechte in ihrer Gemeinde zu fördern und ihrem Auftrag als Mechanismus zur Wiederherstellung der Menschenrechte gerecht zu werden. Die Mission setzte auch ihr Monitoring in Bezug auf die Beachtung der Menschenrechte in den rechtlichen Rahmenbedingungen fort und schulte Beamte der Rechtsabteilungen in der Abfassung von Gesetzestexten.

1 Alle Erwähnungen kosovarischer Institutionen und ihrer Leiter beziehen sich auf die Vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen.

Rechtsstaatlichkeit. Die Mission gab 2010 zwölf Monatsberichte heraus, in denen Schwachstellen des Justizsystems in Bezug auf die Menschenrechte aufgezeigt wurden. Die Mission veröffentlichte außerdem themenspezifische Berichte über die Kriegsverbrecherprozesse, den Einsatz von Haft in Strafrechtsverfahren, familienrechtliche Fälle und die Behandlung von psychisch Kranken durch das kosovarische Justizsystem. Die Umsetzung der in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungen war Gegenstand von 25 Treffen am Runden Tisch mit den zuständigen Akteuren, unter ihnen auch das kosovarische Justizinstitut. Schließlich überwachte und unterstützte die Mission weiter die Entwicklung eines im Einklang mit den Menschenrechten agierenden Polizeidienstes. Gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte gab die Mission die Broschüre *Understanding Hate Crimes* heraus, zu der anschließend Workshops abgehalten werden sollen, um sicherzustellen, dass sich die Polizei eingehend mit dieser Frage auseinandersetzt und die Wichtigkeit des Kampfes gegen Hassverbrechen versteht.

Bekämpfung des Menschenhandels. Mit ihren im ganzen Kosovo organisierten Kursen über die Bekämpfung des Menschenhandels für Lehrer, Polizeibeamte, Zollbeamte, kommunale Amtsträger und nichtstaatliche Organisationen will die Mission den Teilnehmern dabei helfen, Menschenhandelsopfer zu erkennen, an die entsprechenden Hilfsdienste weiterzuverweisen und zu unterstützen. Im letzten Quartal des Jahres führte die Mission Aufklärungskampagnen im ganzen Kosovo durch, unter anderem durch Programme in Rundfunk und Fernsehen, Debatten, Vorlesungen und Filmvorführungen.

Good governance

Good Governance auf kommunaler Ebene. Die Mission förderte durch ihre Foren für kommunale Führung weiter den Dialog über die kommunale Governance-Reform zwischen den zentralen Behörden und den örtlichen Institutionen. 2010 dienten die Foren neben der Haushaltsplanung und der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen auch der Diskussion über die Koordination zwischen der zentralen und der lokalen Ebene und deren Rationalisierung auch in anderen politischen Bereichen, etwa auch in Bezug auf die Übertragung von Zuständigkeiten.

Durch die Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für kommunale Verwaltung bewirkte die Mission Verbesserungen sowohl bei der Formulierung von Gesetzen als auch bei deren Einhaltung durch die Kommunen. Sie ermöglichte auch eine Verbesserung in der qualitativen Beurteilung der Leistung der Kommunen durch das Ministerium für kommunale Verwaltung.

Unterstützung für die Versammlung. Neben der Hilfe für die Kosovo-Versammlung bei der Überarbeitung ihrer Geschäftsordnung unterstützte die Mission auch wichtige Ausschüsse – zum Beispiel den Ausschuss für Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, abgängige Personen und Petitionen, den Ausschuss für Volksgruppenrechte, -interessen und -rückkehr, den Ausschuss für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt und Raumplanung, den Ausschuss für Inneres und Sicherheit sowie den Ausschuss für Gesetzgebung und Justizangelegenheiten – in der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion als Gesetzgeber. Die Mission unterstützte die Ausschüsse in technischer Hinsicht bei der Ausarbeitung wichtiger Gesetze im Einklang mit internationalen Standards und sorgte dafür, dass Mitarbeiter der Ausschüsse und Abgeordnete an Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch über bewährte internationale Praktiken teilnehmen konnten.

Die Unterstützung der Mission für nichtalbanische Fraktionen der Versammlung begann Früchte zu tragen, wie sich an der Verdreifachung der Anzahl von Stellungnahmen, Vorschlägen und Novellierungen zu den von diesen Fraktionen eingebrachten Gesetzesentwürfen im Vergleich zu 2009 zeigt. Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für Frauen- und Jugendforen der politischen Parteien und deren gewählte Amtskollegen in der Versammlung fort.

Mission begeht Tag der Demokratie

Am 15. September organisierte die Mission anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie über 30 Veranstaltungen im ganzen Kosovo. Zu den Veranstaltungen unter dem Motto *Accept the Challenge of Democracy* zählten Tage der offenen Tür in über 20 Gemeinden, öffentliche Diskussionen über verschiedene Aspekte der Demokratie, Vorlesungen für Studenten, Quizveranstaltungen zum Thema Demokratie sowie Zeichen- und Aufsatzwettbewerbe. Ziel und Zweck der Veranstaltungen war es, die Basis für demokratische Prozesse zu mobilisieren, alle Volksgruppen zu aktivem Engagement zu veranlassen und über demokratische Errungenschaften und Herausforderungen aufzuklären.

Aufsicht über die unabhängigen Institutionen. Die Mission half bei der Erarbeitung von neuen Rechtsvorschriften über die Volksanwaltschaft und das unabhängige Aufsichtsamt für den öffentlichen Dienst des Kosovo, die mithilfe werden, den Status der beiden Institutionen zu verbessern und die Umsetzung ihrer jeweiligen Mandate zu erleichtern. Dank der Unterstützung durch die Mission wurden die Jahresberichte der beiden unabhängigen Institutionen an die Versammlung unverzüglich gebilligt.

Wahlen. Die Mission unterstützte die Reform der Wahlordnung durch technische Beratung der Arbeitsgruppe Wahlen. Durch die lange Erfahrung der Mission in Wahlangelegenheiten war sichergestellt, dass die Reformen internationalen Wahlstandards, einschließlich Nachhaltigkeit und Integrität, entsprachen. Die Mission nahm auch wie bisher ihre Rolle als externer Berater und Unterstützer der Zentralen Wahlkommission und anderer mit den Wahlen befasster Gremien wahr.

Medien. Die Mission leistete dem Rundfunkregulator Hilfestellung bei der nunmehr abgeschlossenen Neuvergabe von Lizenzen an die Medien. Außerdem beriet sie die Kosovo-Versammlung bei der Abänderung der Mediengesetze, die mit den international üblichen Gepflogenheiten besser in Einklang gebracht werden sollen. Ferner half sie der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt bei der Verbesserung ihrer Programmgestaltung in Sprachen nicht-albanischer Volksgruppen, in erster Linie durch die Einbeziehung lokaler und regionaler Medienunternehmen, die Inhalte bereitstellten.

Hochschulbildung. Die Mission setzte sich auch im abgelaufenen Jahr für den Zugang nichtalbanischer Volksgruppen im Kosovo zu einer hochwertigen Hochschulbildung ein und gründete zu diesem Zweck ein Lehrerzentrum an der Pädagogischen Fakultät in Prizren. Um die Beschäftigungschancen kosovo-serbischer Absolventen zu verbessern, förderte die Mission die Einrichtung eines Karrierezentrums an der Universität in Mitrovicë/Mitrovica sowie eines Studentenzentrums auf deren Campus in Gračanica/Graçanicë. Für ihren Sonderlehrgang Qualitätskontrolle erhielt die Universität in Mitrovicë/Mitrovica die zum ersten Mal

vergebene Förderung im Rahmen des TEMPUS-Programms der EU in Höhe von nahezu 400.000 EUR.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Partnerschaften zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit. Die Förderung der bürger-nahen Polizeiarbeit als Methode zur Eindämmung und Verhütung von Straftaten war auch 2010 ein wichtiges Tätigkeitsfeld. Die Mission unterstützte verschiedene Foren für die Sicherheit der Bürger, etwa die örtlichen Ausschüsse für öffentliche Sicherheit und die kommunalen Räte für die Sicherheit der Bürger, in denen die Bürger und die Polizei vertreten sind, um verschiedene Fragen der Sicherheit zu besprechen und zu lösen, insbesondere Fragen, die die Volksgruppen betreffen.

Die Mission verstärkte ihre Öffentlichkeitsarbeit und führte im ganzen Kosovo verschiedene Kampagnen zum Thema bürgernahe Polizeiarbeit und Sicherheitsbewusstsein durch, um die Öffentlichkeit mit den Foren für die Sicherheit der Bürger vertraut zu machen und nachhaltig eine von Vertrauen getragene Beziehung zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit zu schaffen.

Stärkung von Organisationen für öffentliche Sicherheit. Nachdem die Mission die Ausarbeitung von Strategien und Aktionsplänen zur Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und der grenzüberschreitenden Kriminalität unterstützt hatte, wandte sie sich nun deren Umsetzung zu und organisierte zu diesem Zweck zahlreiche weiterführende und Fachausbildungskurse und Workshops über religiös motivierten Terrorismus, Internetkriminalität, Drogenhandel und polizeiliche Ermittlungen aufgrund von Informationen des Nachrichtendienstes. Als Ergebnis dieser Kurse begann die Kosovo-Polizei mit äußerst erfolgreichen Operationen gegen die organisierte Kriminalität. Kurz nach Abschluss des Fortgeschrittenenkurses über Ermittlungen bei Internetkriminalität verhaftete die Polizei sieben Verdächtige, denen die Herstellung gefälschter Bankkarten zur Last gelegt wurde.

Die Mission unterstützte ferner Organisationen für öffentliche Sicherheit durch Beratung und Fachwissen in Schulungsangelegenheiten, wobei weiterführende Unterrichtseinheiten in den Bereichen Extremeinsätze, fachspezifische Befragungen im Zuge von Ermittlungen, Rede- und Stimmenanalyse, Kriminaltechnik, Überwachung, Risikoanalyse und Leistungssteuerung im Vordergrund standen.

Die Mission stellte ihr Wissen in den Bereichen Beurteilung des Schulungsbedarfs, Entwicklung von Lehrplänen und weitere Verbesserung bestehender Schulungsprogramme und Programme für Ausbilder der kosovarischen Polizei und anderen Organisationen für öffentliche Sicherheit zur Verfügung, um sie an die internationalen Standards heranzuführen.

Zur Erhöhung der Kompetenz des Polizeinspektorats des Kosovo (PIK) leistete die Mission Beiträge zum Prozess der Ausarbeitung und Verabschiedung des neuen PIK-Gesetzes. Experten der Mission sorgten für die Übereinstimmung des neuen Gesetzes mit den anwendbaren europäischen Standards und für die Beibehaltung der Struktur der Organisation, wie sie 2006 von der OSZE vorgesehen wurde.

Mit ihrer Monitoring- und Beratungsaktivität unterstützte die Mission auch im abgelaufenen Jahr das leitende Management des Kosovo-Zentrums für Ausbildung und Entwicklung im

Bereich der öffentlichen Sicherheit (KCPSD) bei seiner Akkreditierung und Zertifizierung. Die Mission förderte die Aktivitäten der Arbeitsgruppe für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen des KCPSD und die Verbesserung seiner Kommunikation mit anderen Organisationen für öffentliche Sicherheit.

Leiter der Mission: **Botschafter Werner Almhofer**

Haushalt: **23.546.600 EUR**

www.osce.org/kosovo

Die Mission in Montenegro

Wie in ihrem Mandat vorgesehen, unterstützte die Mission Montenegro bei der Stärkung der Kapazität und Effizienz von Institutionen und bei weiteren Schritten in seiner Reformagenda. Dazu zählte die Unterstützung der Umsetzung der neuen Strafprozessordnung, der zweiten Phase des Prozessbeobachtungsprojekts, der neuen Strategie zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität und des Ehrenkodex für Kommunalbedienstete. Die Mission betrieb weiterhin mit Nachdruck die vollständige Umsetzung des Gesetzes über den freien Informationszugang. Die Partnerschaft mit dem Gastland in Bezug auf Initiativen zur Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit fand Ausdruck in Regionalkonferenzen zu den Themen Krisenmanagement und kommunale Selbstverwaltung und zu Strafrechtsfragen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Programm für politisch-militärische Angelegenheiten. Das Programm zur Entmilitarisierung Montenegros (MONDEM), ein gemeinsames Projekt der Regierung, der OSZE und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), ermöglichte 2010 die Vernichtung von fast 500 Tonnen instabiler Munition. Aufbauend auf dem bisher Erreichten unterzeichnete die Mission mit dem Innenministerium und dem Landesbüro des UNDP eine Vereinbarung über die Ausweitung der Aktivitäten zur Kontrolle und Reduzierung der Anzahl von Kleinwaffen und leichten Waffen im Besitz von Privatpersonen. Als Beitrag zu besserer Nachvollziehbarkeit und zu einer stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit an der Verteidigungsreform unterstützte die Mission wie bisher die Abhaltung regelmäßiger Pressebriefings durch das Verteidigungsministerium.

Organisierte Kriminalität und Korruptionsbekämpfung. Die Mission unterstützte die Abteilung für organisierte Kriminalität des Polizeidirektorats durch Abhaltung von Fachkursen zu Internetkriminalität, Geldwäsche und verdeckten Ermittlungen und eines Kurses über operative Polizeitaktiken. Ferner organisierte sie für die Verkehrspolizei und die Abteilung für interne Aufsicht ein zweitägiges Seminar zum Thema Korruptionsbekämpfung.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission veranstaltete in Montenegro eine Regionaltagung zum Thema Menschenhandel für Koordinatoren aus den nationalen Polizeidiensten der südosteuropäischen Länder und einen Kurs über illegale Migration und Menschenhandel für Kriminalbeamte.

Polizeiarbeit an den Grenzen. Die Mission wirkte an der Umsetzung des Bilateralen Kooperationsabkommens und der Protokolle über gemeinsame Patrouillengänge und regelmäßigen Informationsaustausch mit, die Montenegro mit Bosnien und Herzegowina und Serbien abgeschlossen hat. Sie organisierte auch Schulungen über Verfahren zur Identifizierung von Drogen an Grenzübertretsstellen und über gemeinsame Patrouillengänge für Grenzpolizei- und Zollbeamte.

Gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit. Die Mission setzte an drei Orten das Pilotprojekt „Gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit für die Grenzpolizei“ erfolgreich um und führte es an vier weiteren Orten durch, womit nun die gesamte grüne Grenze abgedeckt ist. Dreißig Grenzpolizeibeamte nahmen an einem zweiwöchigen Kurs über gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit teil.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Umweltfragen. Die Mission organisierte Veranstaltungen zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten des Umweltministeriums und der Umweltschutzagentur, darunter Aufklärungskampagnen, Workshops für nationale und lokale Umweltbeauftragte und öffentliche Debatten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung des Parlaments. Im Rahmen des Projekts zur Unterstützung des Parlaments wurden dem Parlamentsdienst Schulungen zum Thema Management- und Forschungskompetenz angeboten. Im Zuge der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit fanden neun Aktivitäten statt, um den Kontakt mit den Bürgern zu stärken und den Parlamentariern Anregungen für ihre gesetzgeberische Arbeit und ihre Aufsichtstätigkeit zu geben.

Good Governance. Der von der OSZE und dem Europarat ausgearbeitete Ehrenkodex für Kommunalbedienstete und gewählte Gemeinderäte wurde verabschiedet und in allen 21 Gemeinden umgesetzt. Gemeinsam mit der Gemeindeunion wurden bewährte Praktiken auf kommunaler Ebene gefördert.

Bürgerbeteiligung. Die Mission entwickelte gemeinsam mit einer örtlichen Nichtregierungsorganisation und Gemeindefunktionären einen Jugendaktionsplan für Bijelo Polje.

Zivilgesellschaft. Die Mission unterstützte eine Arbeitsgruppe zur Straffung und Verbesserung des rechtlichen Rahmens für zivilgesellschaftliche Organisationen und unterbreitete ihre Empfehlungen der Regierung.

Roma. Die Mission veranstaltete in Zusammenarbeit mit Roma-Aktivistinnen aus der Zivilgesellschaft Seminare für Roma-Frauen über den Zugang zu Gesundheitsfürsorge. Sie unterstützte die Stipendien-Stiftung für Roma bei der Einbindung und Integration der Roma in die Gesellschaft.

Gleichstellung der Geschlechter. Die Mission und das Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte unterstützten die Umsetzung lokaler Gender-Aktionspläne zur Unterstützung arbeitsloser Frauen in ländlichen Gegenden und traten für eine stärkere politische Mitsprache der Frauen auf nationaler Ebene ein.

Dauerhafte Lösungen für Vertriebene. Die Mission unterstützte gemeinsam mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen eine Informationskampagne als Beitrag zur Klärung des Status der Vertriebenen.

Justizreform. Die Mission unterstützte als Mitorganisator der Ersten Regionalkonferenz der Präsidenten der Obersten Gerichtshöfe und Staatsanwälte die regionale Zusammenarbeit zwischen Justizbehörden in Strafrechtsfragen. Diese Konferenz wird jährlich stattfinden. Geplant ist auch ein regionales Übereinkommen über die Zusammenarbeit zwischen den Obersten Gerichtshöfen.

Reform der Strafrechtspflege. Die Mission half bei der Umsetzung der neuen Strafprozessordnung und des novellierten Strafgesetzbuchs durch Ausarbeitung von Publikationen und Schulungsbehelfen für Angehörige der Rechtsberufe und durch Abhaltung von Fachkursen.

Die zweite Phase des Prozessbeobachtungsprojekts trug zur Verbesserung der Rechtspflege im Hinblick auf das Recht auf ein faires Verfahren bei.

Stärkung der Menschenrechtsinstitutionen. Die Mission unterstützte den Verfassungsgerichtshof bei der Angleichung seiner Praktiken in Bezug auf Verfassungsklagen an internationale Standards. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte leistete sie Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Antidiskriminierungs- und eines Volksanwaltschaftsgesetzes und half der Volksanwaltschaft bei der Wahrnehmung ihrer neuen Aufgaben.

Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung der neuen Strategie zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität für 2010 bis 2014 und des dazugehörigen Aktionsplans für 2010 bis 2012. Sie sorgte auch für die fachliche Ausbildung von Justizbeamten zu den Themen Finanzfahndung und Integrität.

Medienrecht. Die Mission gab in Zusammenarbeit mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und internationalen Experten den Anstoß zu einer Debatte über die Verbesserung und Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend den freien Informationszugang. Die Mission setzte sich weiter für die Umsetzung des Gesetzes über den freien Informationszugang durch öffentlich Bedienstete und Beamte ein.

Medienentwicklung. Die Mission unterstützte Bemühungen um Verbesserung der Kommunikation zwischen den Medien und Institutionen durch PR-Schulungen, Veranstaltung von Debatten und Veröffentlichung von Richtlinien zur neuen Strafprozessordnung. Sie leistete durch fachliche Beratung und Analyse der Programmgestaltung Unterstützung bei der Umwandlung des staatlichen Nachrichtensenders in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt. Investigativer Journalismus wurde durch Schulungsveranstaltungen für junge Journalisten unterstützt.

Leiter der Mission: **Botschafter Šarūnas Adomavičius** seit 1. Oktober als Nachfolger von **Botschafterin Paraschiva Badescu**, deren Mandat am 10. September endete
Haushalt: **2.392.100 EUR**
www.osce.org/montenegro

Die Mission in Serbien

Die Mission arbeitete in Partnerschaft mit den serbischen Behörden und der Zivilgesellschaft an der weiteren Entwicklung der demokratischen Institutionen des Landes, an der Stärkung der Strategien zum Schutz der Menschenrechte und an der festeren Verankerung der Rechtsstaatlichkeit. Sie stand dem Land anlässlich der als ein Meilenstein zu bezeichnenden Wahlen zu den 19 Nationalen Minderheitenräten mit fachlicher und finanzieller Unterstützung zur Seite. Dank der Bemühungen der Mission, die dabei eng mit dem Gastland zusammenarbeitete, wählte die albanische Gemeinschaft Serbiens zum ersten Mal ihren Rat. In Bujanovac konstituierte sich eine gemischt-ethnische Regierung unter Beteiligung von Albanern und Serben. Die Sicherheit und Stabilität im Südwesten Serbiens wurde durch die Bemühungen des Missionsleiters verbessert, der den Dialog zwischen örtlichen politischen Führungspersonlichkeiten mit dem Ziel förderte, einen funktionierenden, alle Volksgruppen einschließenden und repräsentativen bosniakischen Minderheitenrat zu bilden.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeireform. Die Mission stand dem Innenministerium bei der Ausarbeitung von dessen ersten umfassenden Strategieplan 2011–2014 mit Beratung und Fachwissen zur Seite. Durch diesen Plan soll die Polizei in die Lage versetzt werden, besser zu planen und kosteneffizienter zu arbeiten. Die Mission beriet das Ministerium auch bei der Ausarbeitung seiner Kommunikationsstrategie und seines Aktionsplans und sorgte in allen 27 Polizeidistrikten für die Ausbildung ranghoher Polizeibeamter in Öffentlichkeits- und Medienarbeit.

Polizeiausbildung. Die Mission unterstützte das Innenministerium bei der Strukturierung seines fachlichen Schulungsbedarfs für das Stammpersonal der Polizei. Diese Bemühungen sind ein Qualitätssprung in der Planung des Ministeriums.

Organisierte Kriminalität. Die Mission bot Serbien fachliche Beratung bei der Ausarbeitung des Aktionsplans zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität an. Im Rahmen des staatlichen Aktionsplans zur Drogenbekämpfung schulte sie außerdem Polizeibeamte. Nachdem die Mission die Verabschiedung des Gesetzes über die Beschlagnahme von Vermögenswerten aus organisierter Kriminalität betrieben hatte, war sie nun bei dessen Umsetzung beratend tätig.

Transparenz in der Wirtschaft und Korruptionsbekämpfung. Zur Beseitigung rechtlicher und verfahrenstechnischer Schlupflöcher, die für die Finanzierung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus genutzt werden können, stellte die Mission Berater zur Schulung der Polizei und der Justiz in Methoden der Finanzfahndung ab.

Reform des Sicherheitssektors. Die Mission unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Ausarbeitung des nationalen Aktionsplans für die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit und stand dem Ministerium bei der Präsentation dieses Plans in der Öffentlichkeit zur Seite.

Aktivitäten in der Umweltdimension

Mitsprache der Öffentlichkeit bei der Gestaltung der Umweltpolitik. Die Mission beriet das Ministerium für Umwelt und Raumplanung bei der Ausarbeitung des nationalen

Aktionsplans für die Umsetzung der Aarhus-Konvention. Das erste regionale Aarhus-Zentrum Serbiens wurde in Kragujevac mithilfe der Mission eröffnet. Ferner organisierte die Mission öffentliche Diskussionen über die Aarhus-Konvention in ganz Serbien und half mit, den ersten landesweiten Bericht über die Umsetzung der Konvention abzufassen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Nationale Minderheiten. Die Mission bot dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte umfangreiche Unterstützung, einschließlich Personal und Öffentlichkeitsarbeit, bei der Organisation der ersten direkten Wahlen in Serbien zu den Nationalen Minderheitenräten am 6. Juni an. Die Räte sollen Minderheiten in den Bereichen Bildung, Kultur, Verwendung der Minderheitensprache und Medien den Rücken stärken. Über 400.000 Wähler begaben sich an die Wahlurnen, um Räte für 19 nationale Minderheiten zu wählen. Die Mission ermutigte die albanische Gemeinschaft, zum ersten Mal auch ihren Rat zu wählen, und setzte sich für die Teilnahme der Roma-Frauen ein. Sie förderte auch den Dialog zwischen den drei bosniakischen Listen, die sich der Wahl stellten, um in der Folge einen funktionierenden bosniakischen Nationalen Minderheitenrat bilden zu können.

Flüchtlingsrückkehr und -integration. Auf einer regionalen Konferenz über dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene vertrat die Mission im Namen der internationalen Gemeinschaft einen einheitlichen Standpunkt in Schlüsselfragen. Die Vertreter des Staates nahmen den Dialog nach längerer Unterbrechung wieder auf und vereinbarten einen Zeitrahmen für die Lösung regionaler Flüchtlingsfragen und Folgetreffen.

Justizreform. Die Mission half dem Justizministerium bei der Erstellung eines Fahrplans für die Schaffung einer Justizakademie, worin ein wesentlicher Schritt in Richtung der beruflichen Weiterentwicklung der serbischen Justiz zu sehen ist.

Kriegsverbrechen. 2010 beobachtete die Mission 20 Kriegsverbrecherprozesse, einschließlich sechs neuer Fälle. Sie begann auch, Verfahren an den neu geschaffenen Berufungsgerichten zu beobachten. Sie leistete fachliche und finanzielle Unterstützung für das Büro des für Kriegsverbrechen zuständigen Staatsanwalts und den Nationalen Rat für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), um die Öffentlichkeit und vor allem Jugendliche und Journalisten ausführlich über inländische Kriegsverbrecherprozesse und die Zusammenarbeit mit dem ICTY zu informieren.

Stärkung der Roma. Die Mission unterstützte Serbien bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus der Nationalen Strategie für die Verbesserung der Stellung der Roma und der Dekade für die Integration der Roma. Sie bildete Mitglieder des Roma-FrauenNetzwerks aus und half ihnen dabei, sich für die Verbesserung der Stellung der Roma-Frauen im Nationalen Minderheitenrat und in den Roma-Gemeinschaften einzusetzen.

Strafrechtsreform. Die Mission war der wichtigste Partner des Justizministeriums bei der Strafrechtsreform. Sie unterstützte die mit der Ausarbeitung umfangreicher Änderungen zur Strafprozessordnung befasste Arbeitsgruppe und das Ministerium bei der Abhaltung der zweimonatigen öffentlichen Debatte über den Entwurf, der voraussichtlich Anfang 2011 angenommen werden wird. Die Mission arbeitete gemeinsam mit dem Justizministerium an einer Strategie zur Verringerung der Überbelegung der Gefängnisse und setzte ihre Kurse für Richter und Staatsanwälte über alternative Strafen fort. 2010 wurden im Vergleich zum Vorjahr fast ein Drittel mehr alternative Strafen verhängt.

Menschenrechtsinstitutionen. Die Mission unterstützte die Volksanwaltschaft bei der Einrichtung eines Büros in Südserbien, um den Zugang der albanischen Minderheit zu ihren Diensten zu erleichtern.

Zugang zur Justiz. Fünf Rechtsfakultäten aus ganz Serbien übernahmen die Verantwortung für das Netz der mithilfe der Mission geschaffenen kostenlosen Rechtsberatungsbüros. Die Mission half mit, gemeinsame Standards und Verfahren für diese Büros festzulegen. Außerdem unterstützte sie das Netzwerk bei der Veröffentlichung eines für den praktischen Einsatz bestimmten Handbuchs über Befragungstechniken unter besonderer Berücksichtigung der Befragung von Kindern.

Menschenrechte. Die Mission leistete dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte Hilfestellung bei der Entwicklung des Kerndokuments (*Common Core Document*) Serbiens, das ein wesentlicher Bestandteil des Berichts des Landes an die Menschenrechtsvertragsorgane der Vereinten Nationen ist.

Nach der Absage der Pride Parade 2009 stellte die Mission Diskussionsmöglichkeiten und Expertenhilfe zur Verfügung, um das Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte bei der Ausarbeitung von Empfehlungen zu unterstützen, die die serbischen Rechtsvorschriften über Versammlungsfreiheit in Einklang mit europäischen Standards bringen sollen. An den Erörterungen waren Vertreter des Innenministeriums, der Justiz und der Zivilgesellschaft beteiligt. 2010 fand in Belgrad die Pride Parade mit Unterstützung des Ministeriums und unter Polizeischutz statt.

Demokratische Governance. Die Mission führte für die elektronische Dokumentenverwaltung in der serbischen Nationalversammlung ein e-Parlament-System ein.

Medienrecht. Die Mission unterstützte das Kulturministerium in enger Zusammenarbeit mit der Delegation der Europäischen Union bei der Erstellung der nationalen Medienstrategie, die umfangreiche Reformen vorsehen soll.

Journalistische Fortbildung. Die Mission schulte über 300 Medienschaffende in Berichterstattung über Politik, Korruption, die Justiz und Kriegsverbrechen. Sie verbesserte das Know-how von Fernsehreportern, Kameralenten und Bildredakteuren in Mittel- und Ostserbien in der Produktion von Nachrichtensendungen und stärkte lokale Medienunternehmen in ihrer Bestandfähigkeit. Journalisten aus Süd- und Südwestserbien wurden auf Studienreisen nach Deutschland und zum ICTY geschickt.

Medienfreiheit. Während des Musikfestivals *Exit* und des *Right-to-Know-Day* unterstützte die Mission Kampagnen zur Förderung der Medienfreiheit. Die Mission verurteilte die Gewalt gegen Journalisten durch radikale nationalistische Organisationen und Fußball-Hooligans und unterstützte die Regierung in deren Bemühungen um strafrechtliche Verfolgung in diesen Fällen.

Missionsleiter: **Botschafter Dimitrios Kypreos**

Haushalt: **7.932.100 EUR**

www.osce.org/serbia

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Die Überwachung und Unterstützung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid (OFA), das die Feindseligkeiten im Jahr 2001 beendete, sind nach wie vor vorrangige Tätigkeitsbereiche. Die Mission arbeitete eng mit den anderen maßgeblichen Akteuren in Fragen der Sicherheit zusammen: dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union, der Botschaft der Vereinigten Staaten und dem Vertreter der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) in Skopje sowie mit örtlichen Ansprechpartnern. Gegenstand der Zusammenarbeit waren langfristige Reformprozesse, etwa in den Bereichen Justiz, Professionalisierung der Polizei und öffentliche Verwaltung. Die Mission setzte sich konstruktiv für die weitere Stärkung und Rationalisierung der tragenden Pfeiler des OFA ein, nämlich: Bildung, Dezentralisierung, gleichberechtigte Vertretung, Verwendung der Sprachen und Nichtdiskriminierung. Bemühungen um Förderung der Empfehlungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten hinsichtlich der Umkehr des Trends zu einer weiteren Trennung nach ethnischen Gesichtspunkten im Bildungswesen führten dazu, dass die Regierung eine umfassende Strategie für Integration im Bildungswesen verabschiedete. Im Dezember fasste der Ständige Rat den Beschluss (PC.DEC/977), den Namen mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Mission in Skopje zu ändern.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Monitoring. Die Mission setzte ihre Monitoringaktivitäten mit dem Schwerpunkt im Nordwesten des Landes fort. Besondere Aufmerksamkeit galt der Sicherheitslage sowie Entwicklungen in den Beziehungen innerhalb der Volksgruppen und zwischen ihnen.

Polizeiaufbau. Die Mission unterstützte wie bisher den Aufbau eines professionellen, rechenschaftspflichtigen und transparenten Polizeidienstes durch eine Reihe von Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, darunter die Teilnahme an einer interinstitutionellen Arbeitsgruppe zur Förderung der wirksamen Umsetzung des Gesetzes über innere Angelegenheiten. Zur Erleichterung der Umsetzung des Antikorruptionsprogramms des Innenministeriums für 2010 veranstaltete die Mission für 50 Vertreter der Abteilungen für interne Aufsicht eine Regionalkonferenz über die Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der Polizei. Die Polizeiberater der Mission im Außeneinsatz (Co-Locators) leisteten Polizeistrukturen auf regionaler Ebene weitere Unterstützung durch konkrete Maßnahmen, etwa die Schaffung eines nationalen Netzes von Polizeiausbildnern, die Dezentralisierung der Polizeiausbildung und die Abhaltung von Fachausbildungsveranstaltungen für über 300 Polizeibeamte in den Bereichen organisierte Kriminalität und Terrorismus. Ein weiteres Schwerpunktthema der Mission war die Förderung institutionalisierter Praktiken der bürgernahen Polizeiarbeit zur weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen durch Workshops zum Aufbau von Kapazitäten, Konferenzen und Studienbesuche, deren Zielgruppe Abteilungsleiter der mittleren Ebene aus dem Innenministerium und Vertreter der kommunalen Selbstverwaltungsorgane waren. Um zu ermitteln, wie die Öffentlichkeit die bürgernahe Polizeiarbeit wahrnimmt, wurde die Untersuchung zur bürgernahen Polizeiarbeit 2010 in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium durchgeführt. Die bestehenden Mechanismen der bürgernahen Polizeiarbeit zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der örtlichen Bevölkerung – die Lokalen Präventionsräte (LPC) und die Bürgerberatungsgruppen (CAG) – erfuhren eine weitere Stärkung.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Das politische System. Die Mission setzte ihre Zusammenarbeit mit anderen maßgeblichen Akteuren in Fragen der Sicherheit – der EU, der NATO und den Vereinigten Staaten – im Stabilisierungsprozess fort. Insbesondere unterstützte und förderte die Mission den Dialog mit der Regierung betreffend eine Überprüfung des OFA. Um dessen Umsetzung zu beschleunigen, verstärkte die Mission die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Sekretariat; durch Einrichtung einer eigenen Gruppe für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen (Gruppe Programmkoordination) engagierte sie sich verstärkt für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen. In enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat für die Umsetzung des OFA (SIOFA) setzte sich die Gruppe konstruktiv für die weitere Stärkung und Rationalisierung der tragenden Pfeiler des Übereinkommens ein, nämlich: Bildung, Dezentralisierung, gleichberechtigte Vertretung, Verwendung der Sprachen und Nichtdiskriminierung. Bemühungen um Förderung der Empfehlungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten hinsichtlich der Umkehr des Trends zur Trennung nach ethnischen Gesichtspunkten im Bildungswesen führten dazu, dass die Regierung am 5. Oktober eine umfassende Strategie für Integration im Bildungswesen verabschiedete.

Öffentliche Verwaltung. In dem Bestreben, in der öffentlichen Verwaltung für mehr Professionalität zu sorgen, schulte die Mission über 400 Gemeinderäte aus 61 Gemeinden in Fragen der Gesetzgebung, der Finanzierung kommunaler Selbstverwaltungsorgane und in Managementkenntnissen. Die Mission hielt ihre jährliche Dezentralisierungskonferenz ab, um die Fortschritte in den Jahren 2009 und 2010 zu bewerten, wobei Anfang 2011 Schlussfolgerungen über die gesamten in fünf Jahren gemachten Fortschritte bei der Übertragung von Kompetenzen von der zentralen auf die lokale Ebene gezogen werden sollen. Zur weiteren Förderung von Verbesserungen in den interethnischen Beziehungen unterstützte die Mission das SIOFA durch verschiedene Aktivitäten, etwa die Schulung von über 350, nach dem Grundsatz der gleichberechtigten Vertretung neu eingestellten öffentlichen Bediensteten.

Wahlreform. Die Mission leistete dem Gastland weiterhin Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlungen aus den Wahlberichten des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR). Sie unterstützte den langfristigen Aufbau von Kapazitäten und Institutionen durch Schulungskurse für die Staatliche Wahlkommission in Kommunikation, Präsentation und Teambildungskompetenz, durch Ausbilderkurse und strategische Planung. Die Mission unterstützte auch vier von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppen, die den vom BDIMR der OSZE geäußerten Bedenken hinsichtlich mutmaßlicher Fälle von Einschüchterung nachgehen, das Wählerverzeichnis prüfen und die Wahlen administrativ unterstützen sollen. Abänderungen zur Wahlordnung wurden ausgearbeitet und öffentlich diskutiert.

Justizreform. Die Mission bemühte sich wie bisher um größere Unabhängigkeit der Richter, indem sie auf lokaler und regionaler Ebene und zwischen Juristen, der Regierung und der Öffentlichkeit eine Debatte über die Verfahren zur Bestellung, Beurteilung und Entlassung von Richtern in Gang setzte. Als Ende 2010 die neue Strafprozessordnung verabschiedet wurde und vor deren Umsetzung eine Legisvakanz eintrat, leistete die Mission der Regierung weiter technische Unterstützung bei der Schulung von Ausbildnern und der Ausarbeitung von Schulungsunterlagen für alle Angehörigen von Rechtsberufen. Die Mission überwachte den Gesetzgebungsprozess, wobei sie der Regierung gegenüber substanzielle und qualitative Stellungnahmen zu den Justizgesetzen abgab. Die Mission beobachtete weiter alle Verfahren

im Zusammenhang mit den vier Fällen, die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an die Gerichtsbehörden des Landes abgetreten worden waren, sowie andere Fälle, die in der Öffentlichkeit für viel Aufsehen gesorgt hatten. Die Mission beurteilte die Umsetzung von Lösungen im rechtlichen Bereich, darunter die Bewertung der Arbeit der Staatsanwälte. Sie unterstützte auch wie bisher die Bereitstellung von Rechtsberatung für die Volksgruppe der Roma durch Unterstützung mobiler Rechtsberatungsdienste, die von einer örtlichen Nichtregierungsorganisation, der Vereinigung für den Schutz der Menschenrechte der Roma, geleistet werden.

Aufbau von Kapazitäten und Rechtsreform. Die Mission setzte ihre Bemühungen um Verbesserungen bei der Ausarbeitung und Anwendung von Gesetzen fort und erstellte landesspezifische Handbücher und Richtlinien über Transparenz und Mitsprache der Öffentlichkeit bei der Rechtsetzung, die Überwachung und Beurteilung von Rechtsvorschriften, den Erlass von Verordnungen und die Anwendung von Ermessensspielräumen. Die Mission arbeitete wie bisher mit den staatlichen Behörden zusammen, um sie bei ihren Bemühungen um Bekämpfung des Menschenhandels zu unterstützen, und zwar bei der Überarbeitung der Verfahrensvorschriften für den Umgang mit Menschenhandelsopfern, bei der Entwicklung eines breitenwirksamen Programms für Straßenkinder und bei der Ausarbeitung von Medienrichtlinien für die Berichterstattung über Menschenhandelsfälle. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Inkraftsetzung des umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes (ADG) und unterstützte den Prozess der Schaffung einer unabhängigen Kommission zum Schutz vor Diskriminierung. Die Mission ermöglichte die Ausarbeitung von zwei Richtlinien – betreffend die Umsetzung des ADG und die Arbeit des Nationalen Koordinierungsgremiums für Nichtdiskriminierung –, die von staatlichen Institutionen und der breiten Öffentlichkeit verwendet werden sollen. Ferner gab sie eine „Stellungnahme zum Strafgesetzbuch“ in Bezug auf Hassdelikte ab und unterstützte die Umsetzung des Gesetzes über Chancengleichheit für Frauen und Männer. Die Mission war wie bisher bemüht, die Aufgaben der Volksanwaltschaft über die Massenmedien bekannt zu machen und die Institution durch kapazitätssteigernde Maßnahmen zu fördern, mit dem Schwerpunkt auf neu definierten Aufgabenbereichen wie etwa dem Nationalen Präventionsmechanismus.

Bildung. Die Mission beobachtete weiterhin die Entwicklungen im Bildungsbereich und setzte zahlreiche Aktivitäten, die die Förderung der interethnischen Integration durch Bildung zum Ziel hatten. Die Mission arbeitete weiter an der Verbesserung der vorberuflichen Lehrerausbildung im Hinblick auf das Unterrichten in einer multiethnischen Gesellschaft. Mit Unterstützung der Mission wurde die erste kommunale Fünfjahresstrategie ausgearbeitet, öffentlich diskutiert und verabschiedet. Die Mission veröffentlichte auch eine groß angelegte Studie über den Einfluss des Bildungssystems auf die interethnischen Beziehungen in der Gesellschaft.

Integration der Roma. Die Mission verfolgte weiterhin ihren integrativen Ansatz in Fragen der Roma. In enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik finanzierte sie die Ausarbeitung eines „Statusberichts über die Umsetzung des Aktionsplans für Roma und Sinti im OSZE-Raum“, in dem die Integration dieser Volksgruppen in das Gastland bewertet wurde und weitere Schritte empfohlen wurden.

Missionsleiter: **Botschafter José Luis Herrero Ansola**

Haushalt: **8.360.700 EUR**

www.osce.org/skopje

Das Büro in Zagreb

Das OSZE-Büro in Zagreb befasste sich wie bisher mit den noch offenen Fragen in seinen zwei Arbeitsbereichen, der Verantwortung für Kriegsverbrechen und der Beobachtung des kroatischen Wohnraumbeschaffungsprogramms. Zahlreiche von der OSZE vorgeschlagene Maßnahmen wurden 2010 verabschiedet und umgesetzt. Dazu gehörte die weitere Umsetzung der wichtigen Aktionspläne über die Verantwortung für Kriegsverbrechen, einschließlich der fast abgeschlossenen Revision von Verurteilungen in Abwesenheit aus den frühen 1990er-Jahren, die Einführung einer Datenbank über Kriegsverbrechen zur weiteren Aufarbeitung noch nicht verfolgter Kriegsverbrechen und eine neue Option, die es Heimkehrern ermöglicht, ihnen zugeteilte Wohnungen in Städten oder Küstenbereichen käuflich zu erwerben.

Das Büro unterstützte und förderte weiterhin das kroatische Wohnraumbeschaffungsprogramm durch regelmäßige Kontrollbesuche in Unterkünften, die anspruchsberechtigten Flüchtlingen zugeteilt worden waren. 2010 erhielt dieser Mandatsbereich wichtige politische Verstärkung, was die Arbeit des Büros wesentlich erleichterte. Energische Signale und Aussagen des neu gewählten Präsidenten der Republik, Ivo Josipović, der sich für die Aussöhnung und Zusammenarbeit mit Nachbarländern aussprach und den Opfern von Kriegsverbrechen – unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit – den Vorrang gab, unterstützten die Arbeit der Regierung. Die Beziehungen zwischen Serbien und Kroatien und die Zusammenarbeit in diesem Bereich verbesserten sich im vergangenen Jahr dank der gegenseitigen Besuche der Staatsoberhäupter beider Länder ganz entscheidend.

In diesem positiven Klima kündigte die kroatische Regierung bei einem Treffen der Plattform am 29. Oktober in Vukovar eine weitere Verlängerung der Antragsfrist für das Wohnraumbeschaffungsprogramm an. Diese Maßnahme soll nach der Durchführung einer Informationskampagne in Serbien Anfang 2011 wirksam werden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Verantwortung für Kriegsverbrechen. Das Büro setzte die umfassende Beobachtung aller nationalen Kriegsverbrecherprozesse fort. Es handelte sich um über 140 Fälle gegen mehr als 600 Beschuldigte an 16 Gerichten. Die Verpflichtung der OSZE im Zusammenhang mit den Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wurde durch das Urteil im Berufungsverfahren im Fall Ademi/Norak im März 2010 beendet; bei dem Fall ging es um Kriegsverbrechen, die im Zuge der sogenannten Militäroperation „Tasche von Medak“ 1993 begangen wurden. Seither konzentriert sich das Büro in erster Linie auf in der Voruntersuchungsphase befindliche inländische Fälle, bei denen noch umfassendes Beweismaterial bearbeitet werden muss.

Über seine regelmäßigen Kontakte in Zagreb und über die Außenstellen stand das Büro in ständigem Kontakt mit einschlägigen Justizbehörden, um die laufende Umsetzung der Aktionspläne durch den Generalstaatsanwalt und das Polizeidirektorat weiter zu verfolgen. Diese Pläne wurden von Kroatien ausgearbeitet, um die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen zu behandeln: die Überprüfung unbegründeter Anschuldigungen, einschließlich von Verurteilungen in Abwesenheit und noch nicht verfolgter Kriegsverbrechen. Im Zuge der im Vorjahr begonnenen Revision von Abwesenheitsurteilen wurden fast 20 Prozent der Verurteilungen aus den frühen 1990er-

Jahren als mit Mängeln behaftet beurteilt und aufgehoben. Die Ergebnisse der laufenden Umsetzung haben zu einer Verbesserung der Verfahrensgrundlagen für die Ahndung von Kriegsverbrechen in Kroatien geführt, wodurch die Bedenken des Büros aufgrund seiner Beobachtungstätigkeit ausgeräumt wurden. Das Büro berichtete im Dezember 2010, dass die kroatische Justiz bei der Verurteilung von Kriegsverbrechern objektiv, unparteiisch und ohne Berücksichtigung der ethnischen Herkunft vorgehe.

Schließlich spielte Kroatien nach wie vor eine wichtige Rolle in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Staatsanwälte dieser Region, unter anderem bei der Weitergabe von Beweismaterial zwischen Kroatien und Serbien. Diese Zusammenarbeit und die vor Kurzem eingerichtete Datenbank über Kriegsverbrechen in Kroatien sollten weiterhin als wirksame Instrumente zum Abbau der Hindernisse eingesetzt werden, die den kroatischen Justizbehörden daraus erwachsen, dass ihnen Daten über Verdächtige nicht zugänglich sind.

Kapazitätsaufbau für Nichtregierungsorganisationen (NROs). Das Büro unterstützte weiterhin drei kroatische NROs – Documenta, Civil Committee for Human Rights und das Friedenszentrum Osijek – in ihren Beobachtungsaktivitäten und bei der Interessensvertretung im Zusammenhang mit der Verantwortung für Kriegsverbrechen. Die Beobachter des Büros begannen mit der Übertragung von Know-how an NROs und mit dem Aufbau juristischer und analytischer Fähigkeiten von NRO-Mitarbeitern im Rahmen regelmäßig stattfindender gemeinsamer Erörterungen. Darüber hinaus beteiligte sich das Büro gemeinsam mit dem ICTY-Verbindungsbüro, der Delegation der Europäischen Union und Botschaften in Zagreb an einem Lenkungsausschuss, der NRO-Leiter bei Öffentlichkeitsarbeit, Management und Interessensvertretung unterstützt. Ferner berichtete das Büro, dass die inländischen NROs durchaus in der Lage seien, die Kriegsverbrecherprozesse im Auftrag der internationalen Gemeinschaft zu überwachen, und belegte dies auf überzeugende Weise.

Wohnraumbeschaffung. Kroatien verabschiedete einen neuen Aktionsplan für die beschleunigte Umsetzung des Programms zur Bereitstellung von Wohnraum für ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten (OTR). Der neue Plan wird die Umsetzung des mit der OSZE 2006 erarbeiteten Dreijahresplans erleichtern, der Besitzer von Genossenschaftswohnungen im früheren Jugoslawien, die nach Kroatien zurückkehren möchten, betrifft. Nach dem Plan wurde eine von vier Ministern getragene politische Kommission, unter dem neuen Vorsitz des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und mit sechs Fachausschüssen eingerichtet. Die OSZE, die EU, der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und die Botschaft der Vereinigten Staaten wurden zu allen Sitzungen eingeladen. Besonders wichtig war die neue Kommission für die Prüfung aller zuvor abgewiesenen Fälle. Im Laufe des Jahres 2010 beteiligte sich das Büro aktiv an der Arbeit dieser Gremien und trug damit zur weiteren Umsetzung des Programms bei.

2010 wurden 1427 Wohneinheiten an ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten zugeteilt, womit die Vorgabe für 2008 von 1400 Wohneinheiten übertroffen wurde. Die meisten Wohnungen befinden sich in hochwertigen Neubauten. Parallel dazu wurde während des ganzen Jahres an der Erfüllung der Zielvorgabe für 2009 – der Unterbringung von 2070 ehemaligen Inhabern von Wohn- und Mietrechten – weiter gearbeitet. Laut Regierungsangaben wird diese letzte Etappe Mitte 2011 abgeschlossen sein. Mit den Programmen 2007-2009 sollen insgesamt 5000 ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten ein neues Heim erhalten. Zwei weitere wichtige Entwicklungen sind der Beschluss über den Verkauf von Wohnungen im Staatsbesitz, wodurch ehemalige Inhaber von Miet- und Wohnrechten, denen Wohnungen im städtischen oder Küstenbereich zugesprochen wurden, diese

Wohnungen zu Preisen weit unter Marktniveau erwerben können, und die Ankündigung nach Durchführung einer Informationskampagne in Serbien, dass im Rahmen des Wohnraumbeschaffungsprogramms ab Januar 2011 erneut Anträge gestellt werden können.

Um bei der Überwachung des Programms und der Überprüfung der Zahlen behilflich zu sein, besuchte das Büro regelmäßig rund 700 Wohnungen in Kriegsgebieten, entlegenen Gemeinden und städtischen Gebieten und beurteilte deren Zustand. Bei diesen Besuchen wurde auch festgestellt, ob es sich bei den Empfängern um nach Kroatien zurückgekehrte ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten, die Angehörige von Minderheiten sind, handelte.

Leiter des Büros: **Botschafter Enrique Horcajada Schwartz**

Haushalt: **1.613.500 Euro**

www.osce.org/zagreb

Das Büro in Minsk

Nach wie vor war die Sanierung der von Tschernobyl betroffenen Gebiete eine der Prioritäten des Büros in den Bereichen Umweltschutz und Wirtschaftszusammenarbeit, mit der die Förderung der Energiesicherheit und des Agro-/Ökotourismus Hand in Hand ging. Das Büro war beim Aufbau von Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und Nicht-regierungsorganisation (NROs) behilflich. Es setzte sich auch aktiv für die Förderung der Verwendung von zwei Amtssprachen, des Genderbewusstseins, einer demokratischen Polizeiarbeit und des Grenzmanagements ein. Die begleitende Kontrolle der mandatsgemäßen Aufgaben des Büros in diesem Land wurde fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit war das Büro auch in Medienfragen tätig, insbesondere in Bezug auf die Regulierung des Internets.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Förderung der Aufklärung und des Dialogs über Energiesicherheit. In Zusammenarbeit mit der Fakultät für internationale Beziehungen der staatlichen Universität Belarus veranstaltete das Büro eine Konferenz zum Thema „Herausforderungen für die transeuropäische Sicherheit im Energiebereich“, an der 100 Studierende und Mitarbeiter sowie nationale und internationale Experten teilnahmen.

Förderung von Umwelt und Sicherheit in einem regionalen Kontext. In Zusammenarbeit mit der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Universität Belarus veranstaltete das Büro eine Konferenz zum Thema „Das Übereinkommen von Espoo über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Kontext als Rahmen für eine regionale Zusammenarbeit“. An der Konferenz nahmen nationale und internationale Fachleute ebenso wie über 80 Studierende und Mitarbeiter der Fakultät teil.

Gemeinsam mit der Internationalen Sacharow-Universität für Umweltfragen in Minsk unterstützte das Büro den regionalen Studentenwettbewerb für Umwelt und Sicherheit.

Sanierung der von Tschernobyl betroffenen Gebiete. Gemeinsam mit regionalen Behörden und Vertretern der Zivilgesellschaft unterstützte das Büro Projekte in den von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Regionen, deren Ziel die Förderung von Best Practices für die nachhaltige Entwicklung des Agrobusiness und die Verbesserung unternehmerischer Fähigkeiten junger Menschen auf dem Land sind.

Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung in Belarus. In Zusammenarbeit mit der NRO Country Escape und mit Unterstützung der Ministerien für Tourismus und für natürliche Ressourcen und Umweltschutz war das Büro bei der Einrichtung des Beratungszentrums in Minsk zur Förderung des Agro-/Ökotourismus in Belarus behilflich. Für nationale Interessensgruppen veranstaltete das Zentrum ein Einführungsseminar zu Best Practices für den Tourismus in ländlichen Gebieten und zu europäischen Normen für Umweltzeichen. Das Zentrum wird auch eine Internetberatung für Beherbergungsbetriebe im ländlichen Raum zur Verfügung stellen.

Förderung eines Wertedialogs in einem von der Wirtschaftskrise gezeichneten Umfeld. In Zusammenarbeit mit der Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften der Staatlichen Universität Belarus veranstaltete das Büro eine Vorlesungsreihe für Studierende und

Mitarbeiter zum Thema „Werte und Kommunikation nach der Weltwirtschaftskrise“. Es gab auch eine Broschüre mit den Vorlesungen und Beiträgen in- und ausländischer Experten heraus.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Diskussionsforen für Zivilgesellschaft und Regierung. In der ersten Hälfte des Jahres 2010 beendete das Büro die erste Phase eines Projekts zum Thema „Entwicklung der Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen“. Das Projekt begann mit einer sozialwissenschaftlichen Erhebung über die Zivilgesellschaft, den Stand der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus und deren Verhältnis zur Regierung. Im Rahmen des Projekts wurden auch Studienreisen in die Republik Zypern und nach Frankreich organisiert, wo sich die belarussischen Experten ein Bild von den rechtlichen Rahmenbedingungen, Mechanismen und Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Staat und Öffentlichkeit in diesen Ländern machen konnten. Ausgehend davon arbeiteten die am Projekt teilnehmenden NROs einen Vorschlag für die künftige Zusammenarbeit mit der Regierung über landesweite themenbezogene Plattformen aus. Dieser Vorschlag wurde auf einer landesweiten Konferenz im November diskutiert.

Zivildienst. Im Rahmen eines gemeinsam mit dem Nationalen Zentrum für Rechtstexte und juristische Recherchen der Republik Belarus durchgeführten internationalen technischen Hilfsprojekts veranstaltete das Büro ein Seminar zum Thema Zivildienst. Internationale Experten aus Frankreich, Deutschland, Moldau und Russland berichteten über Best Practices und die Erfahrungen in ihrem Land mit der Umsetzung der Gesetze für den Wehrersatzdienst. Das Nationale Zentrum für Rechtstexte und juristische Recherchen wird 2011 einen Gesetzesentwurf für den Zivildienst ausarbeiten. Dieses Gesetz wird den Bürgern von Belarus die Möglichkeit geben, ihr in der Verfassung verankertes Recht auf Zivildienst wahrzunehmen.

Zwei Amtssprachen. Das Büro unterstützte gemeinsam mit dem nationalen Zentrum für Rechtstexte und juristische Recherchen das Projekt „Zur Reform von Gesetzgebung und Praxis im Hinblick auf die Verwendung zweier Amtssprachen“. Vertreter des Zentrums, des Unterrichtsministeriums sowie anderer Regierungsorgane und der NRO *Belarussian Language Society* nahmen an Studienreisen nach Irland und Finnland teil, wo sie sich über die politischen und rechtliche Rahmenbedingungen für die Anerkennung zweier Amtssprachen informierten. Die Teilnehmer werden diese Erkenntnisse für die Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts für die Verwendung des Russischen und Belarussischen in Belarus anwenden können.

Reise nach Deutschland zum Studium von Verwaltungsverfahren. Im Oktober wurde für vier Teilnehmer aus der Präsidentschaftskanzlei, vom belarussischen Verfassungsgericht und vom Nationalen Zentrum für Rechtstexte und juristische Recherchen eine Studienreise nach Koblenz (Deutschland) organisiert, wo sich Teilnehmer über die Verwaltungsgerichtsbarkeit und persönliche Haftung in Deutschland informierten.

Genderbewusstsein. In Zusammenarbeit mit der NRO *Women's Independent Democratic Movement* und örtlichen Behörden wurde in Gomel, im Südosten Belarus', eine Diskussionsrunde zum Thema „Stärkung von Frauen in der Wirtschaft“ abgehalten. Das Büro unterstützte auch die Regierung und NROs in Genderfragen und förderte das

Genderbewusstsein durch die Mitfinanzierung einer öffentlichen Kampagne gegen häusliche Gewalt.

Demokratische Polizeiarbeit. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten der OSZE und dem Internationalen Schulungszentrum für ziviles Krisenmanagement des ungarischen Innenministeriums führte das Büro Projekte durch, um die bürgernahe Polizeiarbeit und moderne Techniken in der Polizeiausbildung und eine Auseinandersetzung mit psychologischen Aspekten der Polizeiarbeit zu fördern.

Grenzmanagement. Im Rahmen seines Projekts zur Stärkung der Dienststelle für die psychologische Betreuung des belarussischen Grenzdienstes organisierte das Büro mehrere Veranstaltungen.

Medienarbeit. Das Büro war einer der Mitveranstalter einer Diskussionsrunde zur Regulierung des Internets im Oktober in Minsk, an der die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit teilnahm. Offizielle Vertreter verschiedener staatlicher Einrichtungen, Vertreter staatlicher und privater Medienunternehmen sowie einheimische und internationale Experten nahmen an dieser Veranstaltung teil, deren Diskussionen sich auf Fragen in Zusammenhang mit den rechtlichen Aspekten der Internetregulierung konzentrierten.

Die OSZE war seit 1998 in Minsk präsent. Das Mandat des Büros lief mit 31. Dezember 2010 aus und wurde nicht verlängert.

Leiter des Büros: **Botschafter Benedikt Haller**
Haushalt: **1.164.600 EUR**
www.osce.org/belarus

Die Mission in Moldau

Die OSZE-Mission in Moldau unterstützte 2010 die Vertrauensbildung zwischen Chişinău und Tiraspol. Sie organisierte fünf informelle „5+2“-Treffen (mit der Republik Moldau, Transnistrien, der Russischen Föderation, der Ukraine, der OSZE, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten), drei Workshops zur Vertrauensbildung und eine Überprüfungskonferenz. Die Mission unterstützte die Reformbemühungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Verhütung von Folter und Misshandlungen, Versammlungsfreiheit und Medienfreiheit. Eine lange Wahlsaison mit einer Volksabstimmung am 5. September und vorgezogenen Parlamentswahlen am 28. November beeinträchtigte sowohl den Prozess der Transnistrien-Regelung als auch die Reformbemühungen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Verhandlungen über eine politische Lösung und Vertrauensbildung. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission stand der Aufbau von Vertrauen zwischen den Parteien zur Förderung ernsthafter Verhandlungen im „5+2“-Format. 2010 veranstaltete die Mission fünf informelle „5+2“-Treffen, die sich hauptsächlich mit den Themen Bewegungsfreiheit und Garantiemechanismen befassten. Zur Erleichterung dieser Erörterungen erarbeitete die Mission mit beiden Seiten einen systematischen Überblick zu Fragen der Bewegungsfreiheit und eine Aufstellung der bereits erzielten Vereinbarungen.

Die Mission richtete Treffen der gemeinsamen Arbeitsgruppen zu vertrauensbildenden Maßnahmen aus. Sie führte Arbeitstagungen zum Thema Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Katastrophenhilfsorganisationen, ein Seminar zum Thema Garantien (in Zusammenarbeit mit der britischen Botschaft in Chişinău) und eine Überprüfungskonferenz zur Bewertung der Fortschritte der Arbeitsgruppen im Jahr 2010 durch.

Die politischen Vertreter von Moldau und Transnistrien setzten ihre regelmäßigen vertraulichen bilateralen Treffen fort, die von der Mission 2009 begonnen worden waren. 2010 begann man einander auch auf Arbeitsebene zu treffen. Diese Treffen und die sogenannte „Fußballdiplomatie“ zwischen dem moldauischen Ministerpräsidenten Vlad Filat und dem Führer Transnistriens Igor Smirnow brachten Fortschritte in etlichen Fragen, darunter die Wiederaufnahme des Schienenpersonenverkehrs auf der Strecke Chişinău-Tiraspol-Odessa, die Ausweitung eines Mechanismus aus dem Jahr 2006, der moldauischen Landwirten den Zugang zu ihrem Grund und Boden auf der von Transnistrien kontrollierten Seite ermöglicht, der Abschluss einer Vereinbarung über vereinfachte Ausfuhrregelungen für Waren aus Transnistrien per Bahn und die Aufnahme von Expertenverhandlungen über die Wiederherstellung der Festnetzfernmeldeverbindungen zwischen den beiden Seiten.

Die Gemeinsame Kontrollkommission. Die gemeinsame Kontrollkommission, die zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens von 1992 ins Leben gerufen worden war, trat das ganze Jahr hindurch regelmäßig zusammen. Vertreter der Mission nahmen an allen Sitzungen teil und führten den Vorsitz in einer Untergruppe über nicht der Friedenssicherung dienende Posten in der Sicherheitszone. Die Kommission beobachtete wie bisher die Lage in der Sicherheitszone und bot dem gemeinsamen Militärkommando der gemeinsamen Friedenstruppen (JPKF) Orientierungshilfe. Das gemeinsame Militärkommando setzte die gemeinsamen Ausbildungsaktivitäten aller drei Kontingente der JPKF fort, die 2009 nach einer Unterbrechung von mehreren Jahren wieder aufgenommen worden waren.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Wahlen und Wahlreformen. Die Mission arbeitete eng mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR) bei der Vorbereitung eines Verfassungsreferendums am 5. September und der Parlamentswahl am 28. November zusammen, wobei sie die einheimische Wahlbeobachtung und -analyse sowie öffentliche Diskussionen über die Wahlgesetze unterstützte. Seit dem Scheitern der Wahl eines Präsidenten durch das Parlament im Jahr 2009 bereitete man sich in Moldau auf einen Wahlgang vor. Während die Parlamentarier sich um einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation bemühten, hielt die Mission ständig mit allen Parteien Kontakt, um die Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu fördern.

Überwachung und Förderung der Menschenrechte. Die Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte beiderseits des Dnjestr/Nistru umfassten die Aus- und Fortbildung von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf Versammlungsfreiheit und die Aus- und Fortbildung von kriminaltechnischen Experten beider Seiten für die Untersuchung von Foltterwürfen. Das ganze Jahr hindurch befasste sich die Mission mit Individualbeschwerden über Menschenrechtsverletzungen.

Rechtsgutachten und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. In enger Zusammenarbeit mit dem Parlament setzte sich die Mission für die Reform von Antidiskriminierungsgesetzen ein und veranstaltete gemeinsam mit dem Büro des Generalstaatsanwalts eine Konferenz zur Strafverfolgungsreform.

Förderung der Medienfreiheit. Die Mission beobachtete das Internet sowie Rundfunk und Fernsehen, darunter auch den Koordinationsrat für audiovisuelle Medien und das Aufsichtsorgan der öffentlichen Rundfunkanstalt. Die Mission unterstützte die nationale öffentlich-rechtliche Anstalt durch unabhängiges Monitoring und Expertenberatung, fungierte als Veranstalter von Diskussionsrunden mit Geldgebern von Medien und Nichtregierungsorganisationen für eine bessere Koordinierung der Medienentwicklung und Medienfreiheit in Moldau und hielt in Zusammenarbeit mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit Aus- und Fortbildungskurse für Journalisten von Internetmedien.

Bekämpfung des Menschenhandels und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Die Mission spielte eine maßgebliche Rolle bei der technischen Koordinierung von Organisationen, die sich mit der Bekämpfung des Menschenhandels in Moldau befassen. Sie unterstützte das Theaterstück *Casa M.* und eine 16-tägige Kampagne gegen geschlechtsspezifische Gewalt, die beide in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für häusliche Gewalt schärften. Die Mission unterstützte Beratungsdienste für Opfer und Täter von Gewalt in der Familie und veranstaltete Schulungskurse für Polizeibeamte, Staatsanwälte und Richter zu den Bereichen Bekämpfung der häuslichen Gewalt, proaktive Ermittlungsmethoden und Techniken zur Befragung von Opfern des Menschenhandels. Im Vorfeld der Parlamentswahl veranstaltete die Mission eine Diskussionsrunde für Vertreter politischer Parteien, durch die die Rolle der Frauen in der Politik gefördert werden soll.

Leiter der Mission: **Botschafter Philip Remler**

Haushalt: **2.083.900 EUR**

www.osce.org/moldova

Der Projektkoordinator in der Ukraine

In Zusammenarbeit mit den Landesbehörden unterstützte der Projektkoordinator in der Ukraine die Bemühungen des Landes um den Aufbau von Institutionen, die Stärkung der Menschenrechte, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Umwelterziehung sowie die Auseinandersetzung mit Umweltbedrohungen, darunter die Beseitigung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel aus früheren Konflikten.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Hilfe bei der sozialen Eingliederung entlassener Angehöriger der Streitkräfte. In Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium organisierte der Projektkoordinator eine Umschulungs- und Wiedereinstiegshilfe für 1188 entlassene Offiziere und einige ihrer Familienangehörigen, durch die 76 Prozent von ihnen einen Arbeitsplatz fanden. Über 700 aktive Stabsoffiziere erhielten eine Einführung über die sozialen Rechte und Sicherheiten für wegen militärischer Umstrukturierungen entlassenes Personal.

Entsorgung von Mélange. Der Projektkoordinator unterstützte die Bemühungen der OSZE, der Ukraine bei der sicheren Entsorgung ihrer Lagerbestände des toxischen Raketentreibstoffs Mélange zu helfen. Dieses Projekt befindet sich derzeit in der zweiten Phase und wird das größte aus Spenden finanzierte Projekt in der Geschichte der Organisation sein, wobei die Mittel aus Dänemark, Deutschland, Finnland, von der Internationalen schwedischen Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit (SIDA), Norwegen, Polen, Spanien, aus der Tschechischen Republik, Ungarn und aus den Vereinigten Staaten kommen.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung für die Entwicklung der einheimischen Wirtschaft. Der Projektkoordinator unterstützte die örtliche Regierung der Region Dniepropetrowsk bei der Entwicklung ICT-gestützter Lösungen zur Verbesserung der Qualität von Verwaltungsdienstleistungen und zur Erhöhung der Verantwortung und Transparenz der Behörden.

Beseitigung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel. In Hilfestellung für das Ministerium für Katastrophenschutz bei der sicheren Beseitigung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel ermöglichte der Projektkoordinator die Bereitstellung moderner Metalldetektoren und führte Schulungen für deren richtigen Einsatz durch.

Förderung der Umwelterziehung und nachhaltigen Entwicklung. Der Projektkoordinator stellte für die Ukraine adaptiertes Multimedia-Unterrichtsmaterial für Sekundarschulen, das sogenannte *Green Pack*, zur Verfügung. Man geht davon aus, dass 2011 mehr als die Hälfte aller Sekundarschulen der Ukraine dieses Material verwenden, das eine nachhaltige Entwicklung propagiert und das Umweltbewusstsein der Jugendlichen erhöht.

Der Projektkoordinator setzte sich auch für den Einsatz erneuerbarer Energie ein und stellte in der Region Poltawa Energiesparmaßnahmen vor.

Förderung des Umweltschutzes. Der Projektkoordinator setzte die Unterstützung für die Aktivitäten des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE im Rahmen der gemeinsamen moldauisch-ukrainischen Bewirtschaftung des Einzugsgebiets des Flusses Nistru/Dnjestr fort. Es stellte auch sogenannte *Waste(s)-Watch*-Karten für den raschen Nachweis von Giftmüll für die Grenzbehörden von Belarus, Moldau und der Ukraine her, die auch für den Nachweis und die Verhütung der illegalen grenzüberschreitenden Entsorgung von Müll zuständig sind.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Der Projektkoordinator war bei der Ausarbeitung eines neuen staatlichen Programms zur Bekämpfung des Menschenhandels für den Zeitraum 2011 bis 2015 behilflich. Er sorgte auch für die Schulung von 200 Vertretern sozialer Dienste, von Institutionen des Bildungs- und Gesundheitswesens und Strafverfolgungsbehörden im Hinblick auf die Handhabung eines staatlich geführten nationalen Leitsystems. Zur Verbesserung der Kapazitäten für die Identifizierung und Weiterleitung von Opfern des Menschenhandels ermöglichte der Projektkoordinator eine Weiterbildung für 1100 Polizisten, Anbieter sozialer Dienste und Allgemeinmediziner. Strafverfolgungsbeamte reisten nach Deutschland, um dort von den Erfahrungen mit der Verhütung und Verfolgung von Menschenhandel vor und während großer internationaler Sportveranstaltungen zu lernen. Darüber hinaus wurde eine ganze Reihe von Broschüren gegen den Menschenhandel herausgebracht.

Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Der Projektkoordinator ermöglichte eine Weiterbildung für mehr als 350 Sozialarbeiter, Mitarbeiter von regionalen Einrichtungen für Familie und Jugend sowie für Polizeibeamte im Hinblick auf die Durchführung eines Erziehungsprogramms für die Täter häuslicher Gewalt.

Reform des Verwaltungsrechts. Der Projektkoordinator bemühte sich um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürgern und Staat, wobei er sich auf Bewusstseinsbildung und Kapazitätsaufbau für eine wirksame Kooperation zwischen ukrainischen Beamten und der Zivilgesellschaft konzentrierte. Er bot Fortbildungskurse für mehr als 200 Beamte des Justizministeriums und über 100 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen an. Über 200 Richter an Verwaltungsgerichten erhielten eine Fortbildung, um die Qualität und Kohärenz richterlicher Entscheidungen zu verbessern und den Schutz der Menschenrechte sicherzustellen.

Juristenausbildung. Der Projektkoordinator setzte die Unterstützung für eine Verbesserung der Juristenausbildung in der Ukraine fort und sorgte für Übereinstimmung mit den derzeit geltenden internationalen Normen im Hochschulbereich, insbesondere in Bezug auf Schutz und Einhaltung der Menschenrechte.

Unterstützung für Gesetzgebung und Justiz. In Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Parlament begutachtete der Projektkoordinator 64 Gesetzesentwürfe, zu denen er auch Empfehlungen abgab, und unterstützte die Weiterbildung und Verstärkung der Kompetenzen von Gesetzgeber und Richterschaft, um die Gesetzgebung des Landes an internationale Normen und OSZE-Verpflichtungen heranzuführen.

Überwachung von Haftanstalten. Auch in diesem Jahr unterstützte der Projektkoordinator die Entwicklung nationaler Mechanismen zur Verhütung von Folter und Misshandlung. 2010

konzentrierten sich die Bemühungen auf den Einsatz dieser Mechanismen in Einrichtungen für die Verwahrung von Kindern und die Unterstützung der Entwicklung solcher Mechanismen für das gesamte Strafvollzugssystem des Landes.

Rechtssprechung an den Verfassungsgerichten. Der Projektkoordinator strukturierte Bemühungen zur Aufklärung der Öffentlichkeit über das Rechtsmittel der direkten Verfassungsbeschwerde, die in der Ukraine eingeführt werden soll, und unterstützte e-Initiativen zur Verstärkung der Transparenz des Verfassungsgerichtshofs.

Korruptionsbekämpfung. Auf Ersuchen der ukrainischen Regierung war der Projektkoordinator bei der Durchführung der Korruptionsbekämpfungsreform 2009 behilflich, in deren Rahmen er Kurse für 100 Richter und Beamte anbot, eine nationale Methodik zur Ermittlung von Korruption in staatlichen Institutionen entwickelte und Empfehlungen für Verbesserungen der rechtlichen und polizeilichen Rahmenbedingungen abgab.

Stärkung demokratischer Methoden. Im Rahmen eines mehrjährigen Mehrfachgeber-Projekts, das von der Europäischen Union, der Internationalen Entwicklungsagentur Kanadas (CIDA), SIDA, *Irish Aid* und dem *Strategic Programme Fund* des britischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen finanziert wird, setzte sich der Projektkoordinator für die Stärkung der Wahlprozesse ein, insbesondere für die Führung eines staatlichen Wählerverzeichnisses, und war beim Entwurf einer einheitlichen Wahlordnung und der Einschulung von Wahlbeamten behilflich. Über 80.000 Wahlhelfer wurden im Vorfeld der Präsidentenwahl vom Januar 2010 eingeschult. Ferner wurde eine mobile Ausbildungseinheit für die Mitarbeiter der staatlichen Wählerverzeichnisse eingerichtet.

Der Projektkoordinator war bei der Zusammenstellung der Ausgangsdaten für den bestehenden rechtlichen, strukturellen und institutionellen Rahmen im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit und Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine behilflich, ermittelte praktikable Modelle für diesen Bereich und gab konkrete Empfehlungen ab.

Projektkoordinator: **Botschafter Lubomir Kopaj**

Haushalt: **2.752.300 EUR**

www.osce.org/ukraine

Das Büro in Baku

Das Büro in Baku unterstützte Aserbaidzhan in Bezug auf seine wahlbezogenen Verpflichtungen während der Parlamentswahl im November und half bei der Umsetzung der Wahlordnung. Das Büro leistete Hilfestellung in den Bereichen Sicherheit und Justizreform und setzte sich für Grundrechte, Good Governance, Korruptionsbekämpfung, Umweltbewusstsein, regionale Wirtschaftsentwicklung, Bekämpfung des Menschenhandels und die Gleichstellung der Geschlechter ein.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiunterstützungsprogramm. Das Büro nahm neue Elemente in sein Programm für bürgernahe Polizeiarbeit auf, darunter Schulen, geschlechtsspezifische Sicherheitsmaßnahmen oder Unterstützung für die laufende Einrichtung der vom Präsidenten angeordneten Gemeindebeiräte. Die Autonome Republik Nachitschewan wurde 2010 auch in das Programm eingebunden. Im Mai führte das Büro den ersten internationalen Workshop für bürgernahe Polizeiarbeit durch, an dem über 50 Beamte aus Baku teilnahmen. Das Büro veranstaltete auch eine Reihe von Workshops für Medien und Polizei, unterstützte Kurse an der Polizeiakademie und bot Ausbildung für Einsätze bei öffentlichen Veranstaltungen für Polizeibeamte in Nachitschewan und in der Stadt Gandscha an.

Programme zur Bekämpfung des Menschenhandels. Die Aktivitäten des Büros galten unter anderem regionalen Workshops, der umfassenden Unterstützung nationaler NROs, der Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Regierungsstellen sowie der breiten Zusammenarbeit und Koordinierung mit anderen internationalen Organisationen, die im Kampf gegen den Menschenhandel engagiert sind.

Terrorismusbekämpfung. Das Büro unterstützte die Regierung bei der Gründung einer nationalen Datenbank für Kriegsmaterialien und Sprengstoffe und ihrer daraus resultierenden Teilnahme an der einschlägigen Arbeitsgruppe. Die Unterstützung umfasste einen spezifischen und detaillierten Austausch mit vielen ähnlichen Einrichtungen in anderen OSZE-Teilnehmerstaaten. Das Büro führte auch die erste nationale Konferenz über einen umfassenden Ansatz zu Internetsicherheit durch, zu der internationale Experten aus mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten kamen.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Good Governance und Korruptionsbekämpfung. Das Büro begann eine neue Zusammenarbeit mit dem Finanzüberwachungsdienst der Zentralbank von Aserbaidzhan und führte Kurse zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung durch. Ferner unterstützte das Büro die Finanzierung der Teilnahme von Vertretern der aserbaidzhanischen Zivilgesellschaft an einer regionalen Tagung über Korruptionsbekämpfung in Tiflis.

Unternehmerische Initiative. Das Büro schloss sein vierjähriges Ausbildungsprogramm *Start and Improve Your Business* in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation ab. Es eröffnete zwei Rechtsberatungszentren (in Baku und Scheki), die Besitzer kleiner und mittlerer Unternehmen unentgeltlich juristisch beraten. Das Büro führte auch Seminare für Studenten zum OSZE-Praxisleitfaden *Best Practice Guide for a Positive*

Business and Investment Climate sowie Kurse über neue Normen für das Rechnungswesen in Gandscha und Guba durch.

Umweltbewusstsein und Partizipation in Umweltfragen. Das Büro nahm im Rahmen des Programms *Civic Action for Security and Environment (CASE)* zur Bewusstseinsbildung für Umwelt- und Sicherheits Herausforderungen sieben neue Projekte mit Nichtregierungsorganisationen auf. Die Projektthemen sind Abfallwirtschaft, Gefahr von Erdbeben, Giftmüll, Klimawandel und Bergbau. Die Projekte wurden vom Büro, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen sowie von Statoil gemeinsam ausgewählt.

Energiepolitischer Dialog. Das Büro setzte sein Projekt zur Förderung der Bewusstseinsbildung unter Entscheidungsträgern für erneuerbare Energien in Aserbaidschan fort und veranstaltete für acht Vertreter einschlägiger staatlicher Stellen und Ministerien zwei Studienreisen nach Spanien und Deutschland. Das Büro arbeitete auch mit dem Ministerium für Katastrophenschutz an der Evaluierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verhinderung von und den Umgang mit Erdölkatastrophen zusammen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Rechtsstaatlichkeit

Prozessbeobachtung. Das Büro veröffentlichte seinen Prozessbeobachtungsbericht für 2009, der sowohl strafrechtliche als auch zivilrechtliche Fälle im ganzen Land erfasst. Das Büro erörterte mit dem Justizministerium, mit dem Justizrat und der Richterschaft regelmäßig die Ergebnisse und Empfehlungen dieses Berichts und setzte die Prozessbeobachtung von Gerichten 2010 fort.

Monitoring von Haftanstalten. Das Büro setzte die Überwachung der Verhältnisse in allen Arten von Haftanstalten im ganzen Land fort. In Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE und dem Parlament unterstützte es auch die Volksanwaltschaft und stärkte deren Rolle als nationaler Verhütungsmechanismus in Aserbaidschan.

Unterstützung bei der Gesetzgebung. Das Büro unterstützte die Ausarbeitung neuer Gesetze über die Rechte von Beschuldigten und Angeklagten sowie über die Jugendgerichtsbarkeit. Darüber hinaus führte es eine Bedarfserhebung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Eigentumsrechte im Rahmen seiner Bemühungen zur weiteren Vereinheitlichung dieser Rechtsvorschriften durch.

Kostenlose Rechtsberatung. Um dem Mangel an Rechtsberatungsressourcen in der Region Abhilfe zu schaffen, betrieb das Büro vier auf das ganze Land verteilte Rechtsberatungszentren. Diese bieten auch Ausbildungskurse für Angehörige von Rechtsberufen an und dienen als Ressourcenzentren in Rechtsstaatlichkeitsfragen.

Aus- und Fortbildungsaktivitäten. In Zusammenarbeit mit dem Justizrat, der Staatsanwaltschaft und der Richtervereinigung hielt das Büro Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte im ganzen Land, einschließlich in der Autonomen Republik Nachitschewan, ab.

Individualbeschwerden bei Menschenrechtsverletzungen. Das Büro unterstützte Ratsuchende, die sich über mögliche Rechtsmittel gegen Verletzungen ihrer Rechte informieren wollten.

Demokratisierung

Hilfe bei der Vorbereitung von Wahlen. Das Büro organisierte drei hochrangig besetzte Diskussionsrunden über Versammlungsfreiheit, Durchführung von Wahlen und die Rolle der Medien, an denen Vertreter der Regierungs- und Oppositionsparteien sowie der Regierung teilnahmen. Weiters führte das Büro zur Ankurbelung der Beteiligung der Zivilgesellschaft zahlreiche Seminare zur Wähleraufklärung und Kurse für inländische Wahlbeobachter im ganzen Land durch und bot Rechtsberatung für Kandidaten an.

Medienfreiheit und Medienentwicklung. In Zusammenarbeit mit dem aserbaidischen Presserat unterstützte das Büro ein Expertengutachten über den Ehrenkodex der Presse, der schließlich verabschiedet wurde. Das Büro setzte seine Arbeit an Gesetzesanträgen zur Entkriminalisierung von Verleumdung fort, veranstaltete Fortbildungen über den Informationszugang für Pressereferenten der Regierung und Medienvertreter und beurteilte den nationalen Lehrplan für Journalistenausbildung. Das Büro unterstützte auch das Ausbildungsangebot für regionale Fernsehstationen im Bereich von Talkshows und Nachrichtenprogrammen sowie regionale Kurse für Jugendliche über die Nutzung sozialer Medien für Lobbyingzwecke.

Gleichstellung der Geschlechter. Nach entsprechendem Lobbying im Vorjahr verabschiedete das Parlament im Juni das Gesetz zur Verhütung von häuslicher Gewalt. Das Büro setzte seinen Einsatz für die flächendeckende Umsetzung dieses neuen Gesetzes fort. Es unterstützte auch Führungstrainings für Frauen zur Vorbereitung auf die Teilnahme an Wahlen als Kandidatinnen oder Beobachterinnen.

Parlamentarische Unterstützung. Das Büro ermöglichte einen internationalen Erfahrungsaustausch für IT-Mitarbeiter des Parlaments hinsichtlich des Ausbaus von dessen Website zu einer vollständigen Rechtsdatenbank. Durch den Online-Zugang zu anstehenden und verabschiedeten Gesetzen wird sich die Teilhabe der Bürger am Gesetzgebungsprozess deutlich erhöhen.

Leiter des Büros: **Botschafter Bilge Cankorel**

Haushalt: **2.789.900 EUR**

www.osce.org/baku

Das Büro in Eriwan

2010 beging das Büro den zehnten Jahrestag seines Bestehens und setzte seine enge Zusammenarbeit mit der Regierung Armeniens mit vielen Aktivitäten in allen drei Dimensionen fort. Das Büro unterstützte weiterhin die Polizeireform und die Umsetzung der Grundsätze eines verantwortungsvollen Regierens. Es engagierte sich für die Aarhus-Konvention und unterstützte die Regierung in ihren Wirtschaftsreforminitiativen. Das Büro bemühte sich auch, die Kapazitäten der nationalen Institutionen für die Bekämpfung des Menschenhandels zu stärken, und trat nach wie vor im ganzen Land für die Achtung der Menschenrechte ein.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Unterstützung der Polizeireform. Im Zuge der Unterstützung der Reformstrategie der Regierung setzte das Büro sein Modell für bürgernahe Polizeiarbeit fort. Es konzipierte auch eine sechsmonatige polizeiliche Grundausbildung und entwickelte einen Lehrplan für einen Lehrgang mit anerkanntem Bachelorabschluss.

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte. In Zusammenarbeit mit seinen Partnern organisierte das Büro eine Reihe von Diskussionsrunden über ein neues Disziplinarrecht für die Streitkräfte. Der daraus resultierende Entwurf wurde dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR) zur Begutachtung übermittelt. Das Büro verfasste auch eine eigene Publikation über die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.

Internetsicherheit. Das Büro veranstaltete mit lokalen und internationalen Strafverfolgungsexperten eine Konferenz zur Erörterung weltweiter Entwicklungen und zur Beurteilung des derzeitigen Gefährdungsniveaus für Armenien sowie der bestehenden Kapazitäten im Umgang mit den Bedrohungen der Internetsicherheit.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Förderung des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Das Büro unterstützte die Regierungskommission für den Schutz des wirtschaftlichen Wettbewerbs durch die Ausarbeitung eines Indikatorensystems zur Messung des Erfolgs der Regierungspolitik in diesem Bereich. Das wird auch mithelfen, faire Wettbewerbsbedingungen für neu zu gründende Unternehmen im Land zu gewährleisten.

Korruptionsbekämpfung. Gemeinsam mit Studierenden untersuchte das Büro die Korruptionsanfälligkeit an Schulen, Universitäten und in Strafverfolgungseinrichtungen und gab Empfehlungen für Abhilfe ab. Es überwachte die Arbeit von Notariaten, befasste sich mit der Korruption in der KFZ-Zulassung und unterstützte die Entwicklung eines Ausbildungsmoduls über Unbestechlichkeit und Arbeitsmoral für öffentliche Bedienstete. Ferner betreute das Büro die Produktion einer Dokumentation über die strafrechtliche Verfolgung von korrupten Beamten, die im staatlichen Fernsehen ausgestrahlt wurde.

Unterstützung der Aarhus-Konvention. Das Büro sorgte mit finanzieller Unterstützung und Mitarbeiterschulungen für die Erhöhung der Anzahl lokaler Aarhus-Zentren von 13 auf 15. In Zusammenarbeit mit kommunalen Selbstverwaltungseinrichtungen leisteten diese

Zentren Nichtregierungsorganisationen (NROs) im Umweltbereich und der einheimischen Bevölkerung umfassende Unterstützung bei der Bewältigung von Umweltherausforderungen.

Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). Das Büro unterstützte die nationale ENVSEC-Komponente einschließlich eines Projekts, durch das eine DDT-belastete Deponie unschädlich gemacht werden sollte. Im Rahmen des Projekts *Civic Actions for Security and Environment* (CASE) erhielten 15 NROs einen kleinen Zuschuss für Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung, die Untersuchung von Bedrohungen und die Förderung von Umweltstandards für Unternehmen.

Aufbau von Kapazitäten staatlicher Einrichtungen. Das Büro organisierte für sieben leitende Mitarbeiter der Nationalversammlung einen Erfahrungsaustausch mit dem slowenischen Parlament. Es hielt auch drei einwöchige Kurse für Gemeindebedienstete zum Thema Stadtverwaltung ab. Insgesamt erhielten 50 Personen eine Ausbildung in den Bereichen Stadtplanung, wirtschaftliche Entwicklung und Finanzverwaltung.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Besuche von Haftanstalten. Das Büro unterstützte die Aktivitäten der Monitoring-Gruppen für Polizeihaft und Strafvollzug. Letztere organisierte eine Diskussion darüber, wie die Zahl der Insassen von Haftanstalten verringert werden könne, aus der ein Amnestieappell der Zivilbevölkerung hervorging. Das Büro gab auch eine Broschüre und Leitlinien über Häftlingsrechte heraus und legte einen für die Öffentlichkeit gedachten Bericht über Militärhaft vor.

Unterstützung der Volksanwaltschaft. Das Büro unterstützte die Veröffentlichung des Jahresberichts der Volksanwaltschaft und des nationalen Folterverhütungsmechanismus. Es organisierte zwei Studienreisen, eine für den Volksanwalt nach Dänemark und eine für zwei NPM-Experten nach Slowenien. Am Internationalen Tag für Menschenrechte veranstaltete es gemeinsam mit der Volksanwaltschaft ein Rockkonzert gegen Diskriminierung.

Das Büro war beim Aufbau von Kapazitäten für die Volksanwaltschaft behilflich, damit diese nachdrücklich für den Schutz der Rechte nationaler Minderheiten eintreten kann, indem es sie bei der Beurteilung der Staatspolitik in diesem Bereich finanziell und inhaltlich unterstützte. Das Büro gab einen Bericht über religiöse Toleranz bei einer NRO in Auftrag, der veröffentlicht wurde.

Unterstützung von Strafrechtsreformen. Gemeinsam mit dem BDIMR organisierte das Büro drei Seminare zur Erörterung der BDIMR-Empfehlungen des Prozessbeobachtungsberichts sowie des Vorentwurfs für eine Strafprozessordnung. Ein internationaler Experte bewertete die Kriminalitätsstatistik der Staatsanwaltschaft. Das Büro veröffentlichte Kommentare zu Urteilen des Kassationsgerichts und gab eine Recherche über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf Armenien in Auftrag. Die geltenden Zeugenschutzverfahren wurden anhand von Monitoring und rechtlicher Prüfung beurteilt.

Schutz der Kinderrechte und Jugendgerichtsbarkeit. Das Büro und das Kassationsgericht starteten ein Projekt zur Beobachtung von Prozessen, an denen Jugendliche beteiligt sind. Das Büro unterstützte auch pädagogische und soziale Aktivitäten zur Resozialisierung

jugendlicher Straftäter sowie eine Dokumentation über die Rolle der Staatsanwaltschaft in der Jugendgerichtsbarkeit.

Genderfragen. Das Büro unterstützte auch in diesem Jahr drei Ressourcenzentren für Frauen in der Region Syunik und beteiligte sich an der Finanzierung des zweiten jährlich stattfindenden Wettbewerbs für den besten Medienbericht zu Genderthemen. Das Büro nahm auch am Vorsitz der jüngst eingerichteten Gruppe für Genderthemen teil.

Medienfreiheit. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit ermöglichte das Büro Rechtsgutachten zum Rundfunkgesetzesentwurf. Es organisierte öffentliche Diskussionen mit internationalen Fachleuten, um Armenien bei der Umstellung auf den digitalen Rundfunk zu unterstützen. Das Büro stellte dem Selbstregulierungsmechanismus der Medien Informationen über bewährte Verfahren von erfahrenen Presseräten in Europa zur Verfügung. Es unterstützte auch die Aufnahme eines neuen Medienlehrgangs in den Universitätslehrplan.

Wahlreform. In Zusammenarbeit mit Experten des BDIMR nahm das Büro an einem Seminar über die Durchführung von Wahlen teil. Ferner organisierte es ein internationales Symposium, bei dem der neue Wahlordnungsentwurf diskutiert wurde.

Jugend. Das Büro unterstützte eine Umfrage unter Studenten über die Wahrnehmung der Korruption an armenischen Universitäten. Für bezahlte und freiwillige Mitarbeiter regionaler Jugendzentren führte es auch Fortbildungsveranstaltungen über die Erhebung der Bedürfnisse der Bevölkerung, freiwilliges Engagement und Strategieentwicklung durch.

Migrationssteuerung und Bekämpfung des Menschenhandels. In Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation leistete das Büro dem staatlichen Migrationsdienst bei der Entwicklung eines Migrationskonzepts Unterstützung.

Das von der OSZE unterstützte Referat für Ressourcen und Unterstützung zur Bekämpfung des Menschenhandels im Ministerium für Arbeit und Soziales förderte weiterhin den Aufbau von Kapazitäten und stärkte damit dessen Fähigkeit, den Nationalen Leitmechanismus für Opfer von Menschenhandel umzusetzen.

Modell-OSZE-Konferenzen. Das Büro veranstaltete fünf Modell-OSZE-Konferenzen in ganz Armenien. Rund 200 Jugendliche verbesserten ihre Verhandlungs-, Problemlösungs- und Kommunikationsfähigkeiten, indem sie Lösungen für hypothetische Szenarien in den Bereichen Menschenhandel, Migration, Medienfreiheit, Sonderabfallmanagement, Gleichstellung der Geschlechter, Energiesicherheit und politische Instabilität finden mussten.

Leiter des Büros: **Botschafter Sergey Kapinos**

Genehmigter Haushalt: **2.788.900 EUR**

www.osce.org/yerevan

Das Zentrum in Aschgabat

Das Zentrum setzte seine Unterstützung Turkmenistans bei der Umsetzung seiner OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen fort. Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten standen Bereiche wie die Unterstützung von Rechtsreformen und der Medienentwicklung, die Stärkung von Grenzsicherheit und -management, Wahlunterstützung, die Förderung von Menschenrechtsstandards, die Unterstützung der Entwicklung von Verkehrsverbindungen und die Förderung einer rationellen Nutzung der Boden- und Wasserressourcen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiausbildung. Das Zentrum unterstützte den Austausch von Informationen und bewährten Methoden in der Polizeiausbildung und die Lehrplanentwicklung durch eine Studienreise nach Litauen und eine Diskussionsrunde für Beamte aus dem Innenministerium und Vertreter der Polizeiakademie von Turkmenistan.

Unterstützung für den Mediensektor. Das Zentrum setzte seine Unterstützung für das internationale Departement für Journalismus am Institut für internationale Beziehungen mit einem weiterführenden Lehrgang für Absolventen des ersten Lehrgangs 2009 fort. Ferner wurde eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz für redaktionelle und technische Mitarbeiter der Nachrichtenprogramme des staatlichen Fernsehens organisiert. Darüber hinaus unterstützte das Zentrum in Zusammenarbeit mit der Botschaft des Vereinigten Königreichs in Turkmenistan ein Seminar über Medienregulierung.

Stärkung von Grenzsicherheit und -management. Zur Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten veranstaltete das Zentrum Fortbildungskurse für Strafverfolgungsbeamte in Aschgabat, Mary und Türkmenabat, und ermöglichte die Einrichtung einer elektronischen Passdatenbank in einer der Abteilungen des staatlichen Migrationsdienstes sowie an zwei internationalen Flughäfen in Turkmenistan. Es stellte dem staatlichen Migrationsdienst auch zwei Handbücher mit detaillierten Angaben zu internationalen Reisedokumenten zur Verfügung.

Förderung der Sicherheit von Waffen- und Munitionslagerbeständen. In Zusammenarbeit mit der *Defense Threat Reduction Agency* der Vereinigten Staaten veranstaltete das Zentrum einen Fortbildungskurs für 30 Beamte der mittleren Führungsebene aus dem Verteidigungsministerium, der sie mit den internationalen Normen und bewährten Praktiken für eine nach innen und außen sichere Lagerung von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie konventioneller Munition vertraut machen sollte.

Bekämpfung des Drogenhandels. Zur Verstärkung der Kapazitäten von Grenzübertrittsstellen und zur Bekämpfung des Drogenhandels veranstaltete das Zentrum Fortbildungskurse für Zollbeamte in Aschgabat und Daschogus zum Thema Prüf- und Nachweisverfahren und Sicherung von Beweismitteln. Zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit lud das Zentrum zwei Zollbeamte aus Usbekistan zur Teilnahme am Kurs in Daschogus ein.

Das Zentrum nahm eine Vorlesungsreihe zum Thema internationale Angelegenheiten und Politik auf, zu der es neben prominenten Referenten den ehemaligen Präsidenten von Albanien, Rexhep Meidani, und Botschafter Markku Reimaa einlud, der die finnische Mission zur Zeit der KSZE in Wien geleitet hatte. Anlässlich des Jahrestags der Schlussakte

von Helsinki verteilte das Zentrum eine turkmenische Übersetzung des Buches *Helsinki Catch* von Reimaa über die Geschichte der KSZE.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Förderung der Entwicklung des Schienen- und Straßenverkehrs. Gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (UNECE) veranstaltete das Zentrum in der Hafenstadt Turkmenbaschi einen interregionalen Workshop zum Thema Verkehrsverbindungen zwischen Europa und Asien (EATL).

Unterstützung der Landwirtschaft. Das Zentrum unterstützte die Einrichtung eines Beratungszentrums für die Diversifizierung von Feldfrüchten und Bewässerung (CIDAC) am Agrobusiness-Institut der turkmenischen Universität für Bodenkultur in Türkmenabat. Das CIDAC dient als Ressourcenbasis für die Beratung örtlicher Landwirte und die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial für Studierende und Lehrende. Zur Förderung einer rationellen Bodenbewirtschaftung startete das Zentrum ein Projekt für Murenschutz und die Rekultivierung verödeter landwirtschaftlicher Flächen in mehreren Gebirgsdörfern in der Region Achal. Das Projekt umfasste auch die Errichtung eines Murenschutzdammes im Dorf Garaul sowie zwei Umweltkurse für Jugendliche.

Förderung von Instrumenten und Praktiken zur Korruptionsbekämpfung. In Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) veranstaltete das Zentrum einen landesweiten Workshop zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption und ermöglichte die Übersetzung des *Technical Guide to the UN Convention against Corruption* ins Turkmenische sowie dessen Publikation.

Unterstützung der wirtschaftlichen Förderung von Frauen im ländlichen Bereich. Die Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen bildete den Schwerpunkt eines Projekts für Frauen in ländlichen Gebieten, das vom Zentrum in der Provinz Mary initiiert wurde. Das Projekt umfasste zehn allen Interessenten offenstehende Fortbildungsworkshops, die Publikation einer Broschüre über die Führung ländlicher Beherbergungsbetriebe und die Entwicklung von umweltfreundlichen Touristkreisen in der Provinz Mary.

Vom 3. bis 4. Mai 2010 fand in Aschgabat eine hochrangige internationale Konferenz zum Thema „Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in Zentralasien zur Förderung einer stabilen und zuverlässigen Energieversorgung in Eurasien“ statt. Bei dieser Konferenz, die von der Regierung Turkmenistans gemeinsam mit dem OSZE-Zentrum in Aschgabat in Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE veranstaltet wurde, konnten 85 Teilnehmer aus 26 Teilnehmerstaaten und zwei Kooperationspartnerländern der OSZE begrüßt werden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung von Rechtsreformen. Zur Förderung des Zugangs zu den im Land geltenden Rechtsvorschriften nahm das Zentrum eine Datenbank für Suchabfragen in Betrieb, die alle

amtlich veröffentlichten normativen Rechtsakte des Landes sowie internationale Verträge enthält. Das Zentrum hielt eine dreiteilige Kursreihe für Parlamentarier und Parlamentarjuristen zur Formulierung von Gesetzestexten ab und organisierte eine Studienreise zu den Parlamenten in Luxemburg und Belgien. Das Zentrum veröffentlichte ferner BDIMR-Stellungnahmen zu nationalen Gesetzen betreffend Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Menschenhandel.

Unterstützung der Rechtspflege. Für Richter und Strafverfolgungsbeamte wurde ein OSZE-Sommerkurs zu internationalen Menschenrechtsstandards veranstaltet. Zur Förderung der Rolle nationaler Zentren für Justizbeamte veranstaltete die OSZE ein Seminar zur Ausbildung und regelmäßige berufsbegleitende Fortbildungskurse für Richter und Staatsanwälte sowie eine Studienreise zur Rechtsakademie der Türkei.

Unterstützung des Wahlprozesses. Mitglieder der Zentralen Wahlkommission Turkmenistans befassten sich im Rahmen von Studienreisen in drei OSZE-Teilnehmerstaaten mit bewährten Praktiken und modernen Verfahren für die Abhaltung von Wahlen. Das Zentrum unterstützte auch ein Wahlexpertenteam des BDIMR/OSZE, das von der Regierung zur Beobachtung der Regionalratswahlen im Dezember eingeladen worden war. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR veranstaltete es eine Diskussionsrunde zur Erörterung der Empfehlungen aus der laufenden Begutachtung der wahlrechtlichen Rahmenbedingungen in Turkmenistan durch das BDIMR/OSZE.

Förderung von Menschenrechtsstandards. An der staatlichen Universität Turkmenistans veranstaltete das Zentrum Vorlesungen zum Thema internationale Menschenrechtsstandards in der Strafrechtspflege und am Institut für internationale Beziehungen des Außenministeriums Vorlesungen über internationales Menschenrecht. Gemeinsam mit dem BDIMR/OSZE organisierte das Zentrum einen Fortbildungskurs an der Polizeiakademie zum Menschenrechtsschutz in der Terrorismusbekämpfung und eine Diskussionsrunde, in deren Rahmen das *Handbook on Human Rights and Fundamental Freedoms of Armed Forces Personnel* am Militärinstitut vorgestellt wurde. Das Zentrum setzte auch seine Rechtsberatung fort, in deren Rahmen es 2011 200 Personen beriet. Mit finanzieller Unterstützung des OSZE-Wohltätigkeitsfonds wurde dem turkmenischen Blinden- und Taubenverband zur Verbesserung des Schulunterrichts für blinde Kinder die zum Drucken von Schulbüchern in Brailleschrift notwendige Ausrüstung zur Verfügung gestellt.

Verhütung des Menschenhandels. Das Zentrum erleichterte den Austausch von Best Practices in der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der Arbeitsausbeutung und organisierte dazu eine Konferenz für 45 Vertreter staatlicher Institutionen, der Zivilgesellschaft, internationaler Organisationen und von Botschaften. Ferner unterstützte das Zentrum die Rothalbmond-Gesellschaft Turkmenistans (NRCST) bei der Abhaltung von Fortbildungsveranstaltungen im ganzen Land zum Thema Verhütung des Menschenhandels und Förderung einer sicheren Migration.

Unterstützung für das Strafvollzugssystem. Um das Bewusstsein für Häftlingsrechte stärker zu fördern, veranstaltete das Zentrum an der Polizeiakademie zwei Fortbildungskurse für Justizvollzugsbeamte, von denen sich einer mit den Rechten weiblicher Häftlinge auseinandersetzte. Das Zentrum erstellte auch einen ersten Entwurf für ein Handbuch über Häftlingsrechte, das sich an Lehrende der Polizeiakademie richtet.

Häusliche Gewalt. Das Zentrum unterstützte den Verein Keik Okara beim Betrieb einer Hotline für häusliche Gewalt und bei der Veranstaltung von Kursen für Hotlineberater und für die Öffentlichkeit. Mit Unterstützung des Zentrums hielt das NRCST auch Veranstaltungen zur Sensibilisierung für HIV/AIDS, sexuell übertragene Krankheiten und häusliche Gewalt in vier Regionen Turkmenistans ab.

Leiter des Zentrums: **Botschafter Arsim Zekolli**

Haushalt: **1.401.700 EUR**

www.osce.org/ashgabat

Das Zentrum in Astana

Im Jahr des kasachischen Vorsitzes wurde der OSZE in Kasachstan beträchtliche Aufmerksamkeit zuteil, wodurch einige der größten Herausforderungen in Zentralasien verstärkt in den Brennpunkt gerückt wurden. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Regierungsstellen, Vertretern der Zivilgesellschaft, OSZE-Institutionen und internationalen Organisationen befasste sich das Zentrum in Astana mit einem breiten Themenspektrum, darunter politische Reformen, Grenzmanagement und Wasserbewirtschaftung, Transport und Transitverkehr, organisierte Kriminalität, Arbeitsmigration, Good Governance, politische Freiheiten, Justizreform, Menschenrechte und Reform der Strafverfolgungsbehörden. Die Aktivitäten des Zentrums beinhalteten – wo immer sinnvoll und machbar – multidisziplinäre und regionale Ansätze.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Politische Reformen. Das Zentrum setzte sich nach wie vor dafür ein, die Beamten der lokalen und gesamtstaatlichen Verwaltungsebene, die politischen Parteien und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NRO) möglichst weitgehend in die Diskussionen über politischen Reformen einzubinden.

Programme für die Jugend und Öffentlichkeitsarbeit. Im ganzen Land führte das Zentrum in Bildungseinrichtungen und an anderen Orten zahlreiche Sensibilisierungsaktivitäten durch. In diesem Jahr kamen im Rahmen der Aktivitäten des regionalen Zentralasiatischen Jugendnetzwerks rund 40 Nachwuchsführungskräfte zusammen, um sich mit regionalen Sicherheitsfragen auseinanderzusetzen. Das Zentrum unterstützte auch die Übersetzung von OSZE-Schlüsseldokumenten ins Kasachische und ließ diese einem breiten Publikum zukommen.

Unterstützung demokratischer Polizeiarbeit. In Zusammenarbeit mit einer lokalen NRO führte das Zentrum im Rahmen eines Projekts zur Aufnahme der Menschenrechte in die Polizeiausbildung mehr als ein Dutzend Kurse für Ausbilder im ganzen Land durch. Das Zentrum war auch bei der Veranstaltung eines regionalen Workshops zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Astana behilflich.

Grenzsicherheit. Gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration und anderen Partnern veranstaltete das Zentrum an der Südgrenze Kasachstans zu Kirgisistan ein gemeinsames Fortbildungsseminar für Zollbeamte und Grenzkontrollbeamte beider Länder. Darüber hinaus ermöglichte das Zentrum die Teilnahme von Grenzbeamten aus Kasachstan an Fortbildungsveranstaltungen der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement teilnehmen konnten.

Militärische Zusammenarbeit. Wie in den Vorjahren waren das Zentrum und das Verteidigungsministerium gemeinsam Gastgeber zweier regionaler Veranstaltungen für Zentralasien über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen einerseits und über die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen andererseits. Das Zentrum unterstützte auch Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Wiener Dokument 1999, wie Inspektionsbesuche von Offizieren in mehreren europäischen Ländern und die Beteiligung des Verteidigungsministeriums am Weltweiten Austausch militärischer Information der OSZE.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Grenzüberschreitende integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit dem kasachischen Zweig des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees war das Zentrum dabei behilflich, das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft für die ökologischen und sozioökonomischen Herausforderungen in der Region um den Aralsee – eine der Prioritäten des Vorsitzes – neu zu beleben. Das Zentrum unterstützte das Gastland auch dabei, wesentliche Fortschritte zur Finalisierung des nationalen kasachischen Programms zur Wasserbewirtschaftung zu machen.

Transport und Transitverkehr. Ganz oben auf der Prioritätenliste der Bemühungen des Zentrums um die Förderung von Good Governance und regionaler Zusammenarbeit stand die Unterstützung Kasachstans und dessen Vorsitzes beim 18. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE (EEF), nach Abstimmung mit seinen nationalen Partnern und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa. Das vom 18. EEF als Folgeveranstaltung geplante Regionalseminar für die Förderung der Unbestechlichkeit von Zoll- und Grenzdiensten in Zentralasien und im Südkaukasus stellte diesbezüglich einen Meilenstein dar.

Arbeitsmigration. In diesem Bereich konzentrierten sich die Aktivitäten auf die Ermittlung und Koordinierung praktischer Lösungen für die Herausforderungen der Arbeitsmigration auf regionaler Ebene. Eine wichtige regionale Veranstaltung war ein Seminar über Gender und Arbeitsmigration, das vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und sozialen Schutz und mehreren anderen Organisationen veranstaltet wurde.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Das Zentrum setzte seine Zusammenarbeit in nationalen Umweltfragen mit dem Umweltschutzministerium und in regionalen Anliegen mit dem Regionalen Umweltzentrum für Zentralasien (CAREC) fort.

Transparente und effiziente wirtschaftliche Rahmenbedingungen. In Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen veranstaltet das Zentrum eine Reihe von Workshops zur neuen Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland und zum neuen Zollkodex für örtliche Unternehmen. Es weitete auch seine Bemühungen um mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft und eine breitere Einbindung der Zivilgesellschaft aus. Darüber hinaus wurde dem Zentrum von der Nationalen Kommission der Initiative für die Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffwirtschaft Beobachterstatus gewährt.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Rechtsstaatlichkeit. Das Zentrum setzte seine Bemühungen um die Förderung der Standards für einen fairen Prozess, für einen gleichberechtigten Zugang zu den Gerichten und um die Reform der Strafrechtspflege fort. Seine enge Zusammenarbeit mit allen Akteuren wurde fortgeführt, und es leistete auch vielen Ersuchen von Regierungsstellen um Gutachten und Unterstützung bei Rechtsreformen Folge. So organisierte das Zentrum zum Beispiel gemeinsam mit dem Amt des Generalstaatsanwalts ein Fortbildungsseminar für Staatsanwälte für die Praxis von Schwurgerichtsprozessen und unterstützte ein Studienprojekt zum alternativen Strafvollzug.

Menschenrechte und Demokratisierung. Mit seinem Partner, dem Dänischen Institut für Menschenrechte, nahm das Zentrum ein Langzeitprojekt zur Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Kapazität der Volksanwaltschaft in Angriff. Mithilfe eines Monitoringprojekts in mehreren Regionen sowie einer Konferenz förderte das Zentrum auch den Dialog über Versammlungsfreiheit.

Bekämpfung des Menschenhandels und der häuslichen Gewalt. Das Zentrum arbeitete mit Strafverfolgungsbehörden, anderen staatlichen Organen und NROs bei Aktivitäten zusammen, die deren Kompetenzen für Fragen des Opferschutzes und der Opfererkennung fördern sollten. Das Zentrum unterstützte auch staatliche Stellen bei der Umsetzung der neuen Gesetze betreffend die Gleichstellung der Geschlechter und häusliche Gewalt, indem es den Dialog mit der Zivilgesellschaft und die Durchführung gezielter Fortbildungsveranstaltungen erleichterte.

Medienentwicklung. Auch in diesem Jahr unterstützte das Zentrum durch Fortbildungsprogramme die Professionalisierung von Journalisten. Einige Aktivitäten hatten die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Medien und NROs und staatlichen Institutionen zum Ziel, andere galten der Diskussion über die Freiheit und Entwicklung des Internets. Das Zentrum setzte auch sein aufmerksames Monitoring der Redefreiheit fort und hielt mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und mit staatlichen Stellen regelmäßig Rücksprache.

Leiter des Zentrums: **Botschafter Alexandre Keltchewsky**

Haushalt: **2.188.200 EUR**

www.osce.org/ashgabat

Das Zentrum in Bischkek

2010 war ein ereignisreiches Jahr für Kirgisistan: auf den Sturz von Präsident Bakijew im April folgten im Juni ethnische Ausschreitungen im Süden des Landes, im Juli fand das Verfassungsreferendum und im Oktober die vorgezogene Parlamentswahl statt. Nach dem Aufruhr im April bildeten die OSZE, die Vereinten Nationen und Europäische Union sehr rasch eine Dreiergruppe, mit dem Ziel, die Reaktion zu koordinieren und bei der Bewältigung der Probleme zu helfen. Bei der Koordinierung vor Ort spielte das OSZE-Zentrum in Bischkek eine wesentliche Rolle. Im Juli erhielt das Zentrum eine zusätzliche Finanzierung von der OSZE für unvorhergesehene Ausgaben, um zur Unterstützung der dringendsten Stabilisierungsmaßnahmen beizutragen. Alle laufenden Programme wurden im Lichte der neuen Verhältnisse angepasst.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Frühwarnung und Konfliktverhütung. Das Zentrum belieferte die Teilnehmerstaaten und die internationalen Partner kontinuierlich mit Frühwarnberichten und -analysen, in denen es sich besonders auf die Beobachtung potenzieller Konfliktzonen konzentrierte. In Reaktion auf die Gewaltausbrüche im südlichen Kirgisistan vom Juni verstärkte das Zentrum seine Konfliktbewältigungsaktivitäten. Es war auch im Bereich der Förderung von Toleranz und der Verbesserung der Leistungsfähigkeit einheimischer Mediatoren tätig. Mit Erfolg konnte es das im März 2010 zuerst im Bezirk Susak gegründete Mediatorsystem dazu veranlassen, auf die Ausschreitungen vom Juni in der Stadt Dschalalabad zu reagieren.

Entwicklung politischer Institutionen. Auf die politische Instabilität im Gefolge des Aufstands vom April reagierte das Zentrum, indem es die Zusammenarbeit zwischen politischen Parteien in legislativen Fragen, in der Öffentlichkeitsarbeit und dem Wahlprozess unterstützte. Es leistete bei der Aushandlung und Unterzeichnung eines Verhaltenskodex zwischen den wahlwerbenden Parteien bei den Parlamentswahlen im Oktober Hilfestellung. Das Zentrum unterstützte auch die Einrichtung von Websites für Wählererziehung, die zu einer informierten Entscheidung zwischen den 29 Parteien ermutigten, und unterstützte direkt ausgestrahlte TV-Diskussionen, durch die die Parteien gleichberechtigten Zugang zu Sendezeit erhielten. Es setzte sich auch für die Stärkung der Führungsqualifikationen von Frauen und Jugendlichen und ihrer verstärkten Mitwirkung an der Politik ein. Diese Aktivitäten trugen in Summe zur Unterstützung des friedlichen und erfolgreichen Ergebnisses des Verfassungsreferendums und der Parlamentswahlen bei.

Medienfragen. Im Hinblick auf die Wiedereröffnung von Kommunikationsmitteln und die Verbreiterung des Informationszugangs nach der Phase der Instabilität veranstaltete das Zentrum Fortbildungsaktivitäten für Journalisten und Regierungssprecher mit besonderem Augenmerk auf Südkirgisistan. Die Förderung freier und verantwortlicher Medien wurde mit den Schwerpunkten journalistische Sicherheit, Gesetzgebung und Umstellung von einem staatlichen zu einem öffentlichen Rundfunkwesen fortgesetzt.

Terrorismusbekämpfung. Das Zentrum konzentrierte sich darauf, Kirgisistan dabei zu helfen, seine kritische Energie-Infrastruktur besser vor terroristischen Anschlägen zu schützen, und Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen einschlägigen staatlichen Stellen zu unterstützen. Das Zentrum setzte die Förderung des Konzepts öffentlich-privater Partnerschaften im Bereich der

Terrorismusbekämpfung ebenso wie bei der Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten fort. Mit einer Reihe von Fortbildungsveranstaltungen und Diskussionsrunden förderte es internationale Standards im Bereich der Bekämpfung des Cyberterrorismus, der Verhütung von religiösem Extremismus und einer Radikalisierung in religiösen- und in Bildungseinrichtungen und im Strafvollzugssystem, und im Bereich des Schutzes der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung.

Grenzsicherheit und -management. Das Zentrum setzte sich für die Verbesserung des grenzüberschreitenden Dialogs und der Konfliktverhütung in Grenzgebieten ein, unter anderem durch die Einrichtung und Stärkung örtlicher Konfliktverhütungsmechanismen. Die Unterstützung der Bemühungen der Zolleinrichtungen in Kirgisistan und Afghanistan, über die Ausbildungseinrichtung für Zollbeamte in Bischkek wurde fortgesetzt. Die Koordinierung der Geber wurde auf eine regelmäßige Basis gestellt. Das Zentrum gab auch den Anstoß zur Ausbildung von Grenztruppen mit dem Schwerpunkt Konfliktverhütung in den drei im Süden des Landes gelegenen Provinzen.

Polizeireform. Das Zentrum setzte die Unterstützung von Initiativen in den Bereichen bürgernahe Polizeiarbeit, Polizeiaus- und -fortbildung, Kriminalitätsverhütung bei Jugendlichen, Beziehungen zwischen Polizei und örtlicher Bevölkerung und Gender Mainstreaming fort. Im Oktober führte eine internationale Konferenz über die Rolle weiblicher Polizeibeamter in einer demokratischen Gesellschaft zur Gründung des kirgisischen Polizistinnenverbandes. Auf die Ereignisse von April und Juni des Vorjahres reagierte das Zentrum, indem es die Initiative des Gastlandes zu Einrichtung von Bürgerpatrouillen aktiv unterstützte, die insofern eine wichtige Rolle spielten, als sie die örtliche Polizei bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unterstützten.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Nach den Ereignissen vom April und Juni nahm das Zentrum eine Neuorientierung seiner Bemühungen vor und konzentriert sich fortan auf Aktivitäten zum Abbau der Spannungen und zur Entschärfung des Konflikts im Süden Kirgisistans.

Wirtschaftliche Fragen. Das Zentrum schuf die Grundvoraussetzungen für eine Stärkung der Governance und befasste sich mit der Zuteilung und Nutzung von Ressourcen wie Wasser und Land. Zur Evaluierung der Auswirkungen zukünftiger Programme wurden umfassende Erhebungen durchgeführt. Auch eine Untersuchung zur Beurteilung des grenzüberschreitenden Handels in kleinerem Umfang wurde in Auftrag gegeben. Das Zentrum setzte seine Unterstützung der gesetzlich vorgesehenen Arbeitsmigrationspolitik fort und förderte die Ausarbeitung eines Gesetzes über private Arbeitsvermittlungsstellen. Ferner unterstützte es unabhängige Experten in ihren Bemühungen, dem Ministerium für Arbeitsmigration bei der Ausarbeitung eines dauerhaften Regelwerks für Überweisungen behilflich zu sein. Mit dem Angebot öffentlicher Veranstaltungen für Jungunternehmer und der Unterstützung von Investmentkatalogen und -Websites war das Zentrum bestrebt, den Zugang zu Investitionsinformationen zu verbessern.

Good Governance. Das Zentrum unterstützte die Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen (NROs) an der Beobachtung der staatlichen Dienststelle, die für den Wiederaufbau in den bei den Ausschreitungen im Juni zerstörten Gebieten zuständig ist. Es förderte auch die Einrichtung von Telefon-Hotlines zur Korruptionsbekämpfung am Flughafen von Bischkek und in anderen Gebieten. Darüber hinaus unterstützte das Zentrum

die Veröffentlichung eines Handbuchs für lokale Selbstverwaltungsorgane und organisierte Schulungen, um das Verständnis der Teilnehmer für ihre Aufgaben zu verbessern. Ferner vermittelte es öffentliche Hearings über die Haushalte lokaler Selbstverwaltungsorgane. Um die Jugend auf die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung im Süden aufmerksam zu machen, half das Zentrum bei der Bildung von Studenteninitiativen und bot sich zu diesem Zweck als Diskussionsforum an, in dem die Frage, wie junge Menschen zur Korruptionsbekämpfung und zur Verbesserung der Governance beitragen können, erörtert werden konnte.

Umweltfragen. Das Zentrum sorgte für die Aufnahme von Themen wie Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung in die landesweiten Lehrpläne für Sekundarschulen und war bei der Ausarbeitung von Bildungsstandards behilflich. Es förderte weiterhin die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von drei Dörfern, deren Existenzgrundlage einst der Uranabbau war, und unterstützte das mobile Kriseninterventionsteam des Ministeriums für Katastrophenschutz im Süden. Ferner half es den Bauern vor Ort bei der Modernisierung ihrer Bewässerungsanlagen und trug damit zur Verhinderung von Wasserkonflikten zwischen den Gemeinden bei.

Die OSZE-Akademie

Im nunmehr achten Jahr des Bestehens der Akademie schlossen 20 Studierende ihr Studium mit einem Master der Politikwissenschaften ab und 21 Bewerber aus Ländern Zentralasiens und aus Afghanistan wurden neu aufgenommen. Die Akademie führte ihre Ausbildungsprogramme weiter, deren Schwerpunkte in diesem Jahr Journalismus und Menschenrechte waren. Im September veranstaltete sie ihr drittes Forum für sicherheitspolitische Experten, bei dem die Teilnehmer aus Zentralasien, Ost- und Südasiens, Europa und den Vereinigten Staaten die Dynamik zentraler Sicherheitsfragen der Region und praktische Fragen analysierten und diskutierten. Das Absolventen-Netz der Akademie veranstaltete im September die erste Zusammenkunft ehemaliger Studierender, mit 60 Absolventen unter den 140 Teilnehmern. Im Oktober organisierte die Akademie in Zusammenarbeit mit der Unterabteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein Seminar anlässlich des 20. Jahrestags der Charta von Paris und fast zwei Jahrzehnten Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Reform der Institutionen und Rechtsreform. Das Zentrum gewährte maßgebliche Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, an dem seit den Ereignissen vom April 2010 gearbeitet wurde. Mit der Verfassung sollte ein parlamentarisches Regierungssystem im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen eingeführt werden. Das Zentrum koordinierte die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft bei der Ausarbeitung und Übermittlung von Rechtsgutachten zum Verfassungsentwurf und förderte im ganzen Land öffentliche Diskussionen zu den vorgeschlagenen Änderungen. Zur Unterstützung der Republik Kirgisistan bei der Vorbereitung des Verfassungsreferendums vom 27. Juni und den Parlamentswahlen vom 10. Oktober initiierte das Zentrum Wählererziehungsinitiativen, etwa durch Durchsagen im öffentlichen Interesse in Radio und Fernsehen, Diskussionen, Informationskampagnen und wahlbezogene Publikationen. Ferner war es bei der Schulung von Wahlhelfern und anderen staatlichen Funktionären, der

Organisation der Stimmabgabe in Strafvollzugsanstalten und bei der unabhängigen inländischen Beobachtung behilflich.

Strafrechtsreform. Im Rahmen der Bemühungen, die in diesem Bereich üblichen Vorgehensweisen an nationale und internationale Menschenrechtsstandards anzupassen, sorgte das Zentrum für die Schulung von Strafvollzugspersonal und leistete Beiträge zur Stärkung der Verwaltung der Strafvollzugsanstalten, zum Aufbau der Kapazitäten lokaler Menschenrechtsverteidiger für die Beobachtung von Haftanstalten und zur Verbesserung der Haftbedingungen und der Behandlung insbesondere von Inhaftierten, die lebenslängliche Haftstrafen verbüßen. Das Zentrum bot regelmäßig Beratung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Haftanstalten einschließlich in Konfliktsituationen.

Förderung der Einhaltung humanitärer Völkerrechtsnormen. Das Zentrum unterstützte die Aus- und Fortbildung von Richtern, Staatsanwälten, Polizisten und Gerichtspersonal in der Anwendung internationaler und nationaler Menschenrechtsnormen. Es bot Unterstützung bei der Stärkung der Kapazitäten lokaler NROs für ein wirksames Vorgehen gegen Menschenrechtsverletzungen, unterstützte die Beobachtung von Gerichtsprozessen und arbeitete auf eine Verbesserung der Behandlung von Menschen in Polizeigewahrsam hin. Letzteres war nach den Ereignissen vom April und Juni von besonderer Bedeutung. Das Zentrum unterstützte die zentralen und kommunalen Behörden bei der Einrichtung eines wirksamen Mechanismus für staatlich garantierte unentgeltliche Rechtsberatung und den Schutz gefährdeter Gruppen.

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Bekämpfung des Menschenhandels. Das Zentrum führte weiterhin Aufklärungskampagnen über die Gleichberechtigung der Geschlechter durch und förderte die Beteiligung von Frauen an der Regierung, insbesondere im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom 10. Oktober. Das Zentrum bot auch Hilfestellung bei der Förderung der Frauenrechte im Friedensprozess, in der Konfliktverhütung und Konfliktfolgenbeseitigung. Weitere Bemühungen konzentrierten sich auf die Unterstützung von Informationskampagnen über häusliche Gewalt, Brautraub und Menschenhandel, die sich insbesondere an die Jugend richteten. Das Zentrum war bei der Ausarbeitung und Überarbeitung nationaler Gesetze gegen den Menschenhandel und bei der Koordinierung zwischen Zivilgesellschaft, Strafverfolgung und örtlichen Behörden in Südkirgisistan behilflich.

Leiter des Zentrums: **Botschafter Andrew Tesoriere**

Haushalt: **7.092.300 EUR**

www.osce.org/bishkek

Das Büro in Tadschikistan

Auf dem Weg zu einem umfassenden, alle drei Dimensionen einbeziehenden Sicherheitsansatz konzentrierte sich das Büro auf Grenzsicherung und -management, beginnend mit Minenräumaktivitäten der Stabsakademie für Grenzmanagement nahe der tadschikisch-afghanischen Grenze, auf praktische Maßnahmen zur Bewältigung wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen und auf die Förderung und den Schutz der Menschenrechte.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Politischer Dialog. In Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Rat von Tadschikistan unterstützte das Büro den Klub für Sozialpartnerschaft, indem es Vertreter der Zivilgesellschaft und der Regierung zur Teilnahme an der Erörterung wichtiger gesellschaftlicher Fragen wie Energiesicherheit, Informationssicherheit und Arbeitsmigration einlud. Das Büro veranstaltete auch allmonatlich in seinen fünf Außenstellen Diskussionen über aktuelle politische Fragen für Vertreter politischer Parteien und der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus ermöglichte das Büro die Teilnahme parlamentarischer Beobachter an Wahlbeobachtungsmissionen im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten, um das neu gewählte tadschikische Parlament stärker in die Parlamentarische Versammlung der OSZE einzubinden.

Grenzsicherung. Die mit Unterstützung des Büros ausgearbeitete Nationale Grenzstrategie wurde von der Regierung verabschiedet. Das Büro veranstaltete auch Schulungen für Grenztruppen zum Thema Patrouillengänge und für Zollbeamte zum Thema Fahndungstechniken und stellte beiden Gruppen die nötige Ausrüstung zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit den staatlichen Akademien für Grenzfragen bzw. Strafverfolgung entwickelte das Büro Ausbildungspläne und es leitete einen Workshop für tadschikische und afghanische Beamte zum Thema Zusammenarbeit zwischen Grenzbeauftragten.

An der seit Mai 2009 bestehenden OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) wurden elf Seminare und ein erster Stabskurs abgehalten, in deren Verlauf insgesamt 257 Beamte von Grenz-, Zoll- und Drogenbekämpfungsdienststellen der mittleren und höheren Ebene aus 19 OSZE-Teilnehmerstaaten und Afghanistan eine Ausbildung erhielten. Ein einmonatiger Intensivkurs bot den Teilnehmern eine einheitliche Ausbildung zu Fragen des Grenzmanagements und der umfassenden Sicherheit in allen drei OSZE-Dimensionen. Die BMSC wird von einem Akademischen Beirat und einem Konsortium nationaler Bildungsinstitute, die auch ihr Know-how und Ressourcen zur Verfügung stellen, unterstützt und beraten.

Unterstützung der Polizeireform und der Terrorismusbekämpfung. Das Büro entwickelte in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium eine Vereinbarung über die Grundzüge einer Polizeireform und stellte neue Managementstrategien vor, durch die die organisatorischen Fähigkeiten des höheren Polizeimanagements verbessert werden sollen. In Zusammenarbeit mit der Drogenbekämpfungsstelle setzte das Büro seine landesweite Kampagne gegen illegale Drogen fort, die vor allem an junge Menschen gerichtet ist. Das Büro führte auch Untersuchungen zum Thema gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung.

rung durch, um wirksame Gegenstrategien zu entwickeln, die die Menschenrechte schützen und Glaubensfreiheit gewährleisten.

Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und konventionelle Munition (CA). Um die Sicherung und die Verwaltung von SALW- und CA-Lagerbeständen weiter zu verbessern, unterstützte das Büro die nationalen Schulungskapazitäten und es half bei der Einrichtung eines Zentrums für Notsituationen und andere Zwischenfälle.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Das Büro unterstützte die Regierung bei ihren Bemühungen um Einhaltung ihrer Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 1999 durch Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten im tadschikischen Verifikationszentrum, wobei dessen laufender Informationsaustausch über das Informationsaustauschnetz der OSZE verbessert wurde. Außerdem unterstützte das Büro die Teilnahme von Fachleuten aus dem Verteidigungs- und dem Außenministerium an OSZE-weiten Veranstaltungen und Schulungsmaßnahmen zum Thema Sicherheit.

Minenräumung. Das Büro unterstützte wie bisher die Staatliche Stelle für Minenräumung im Verteidigungsministerium bei der Minenräumung nahe der tadschikisch-afghanischen Grenze. Neun Minenfelder wurden geortet, gekennzeichnet und in der von der OSZE angelegten Datenbank grenznaher Minenfelder verzeichnet. Um die Schaffung eines regionalen Rahmens für die Zusammenarbeit in Fragen der Minenräumung voranzutreiben, veranstalteten das Büro und sein Partner, der Internationale Treuhandfonds, unter anderem einen regionalen technischen Workshop zu Kooperationsmechanismen.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Grenzüberschreitender Handel. Das Büro unterstützte über seine drei Zentren zur Förderung des grenzüberschreitenden Handels lokale Unternehmer, die Handel mit den Nachbarländern betreiben. Diese Aktion kam über 940 Personen zugute. Darüber hinaus wurden offizielle Vertreter des Gastlandes über bewährte Praktiken beim Management freier Wirtschaftszonen informiert, was dazu beitrug, dass rund 14,5 Millionen Euro an privaten Investitionen in die freie Wirtschaftszone Sughd flossen. Den Beamten wurde auch das Konzept der öffentlich-privaten Partnerschaften zur Modernisierung der Grenzformalitäten im Handelsverkehr vorgestellt.

Energiesicherheit. Das Büro unterstützte die Einsetzung einer interministeriellen Gruppe zur Entwicklung kleiner Wasserkraftwerke, mit dem Schwerpunkt auf der Schaffung eines entsprechenden Verordnungsrahmens, durch den Anreize für in- und ausländische Privatinvestoren geschaffen werden sollen.

Ermutigung zur Unternehmensgründung. Das Büro gab praktische Anleitungen zur Gründung von Dienstleistungsgenossenschaften für Unternehmer in ländlichen Gebieten und bot zurückkehrenden Arbeitsmigranten Schulungen in Unternehmensgründung an.

Wasserbewirtschaftung. Das Büro schulte Beamte aus dem Wasserwirtschafts-, Energie- und Agrarsektor in vertrauensbildenden Maßnahmen und veranstaltete für höherrangige Mitglieder der kirgisisch-tadschikischen Interministeriellen Arbeitsgruppe für Wasserbewirtschaftung eine Studienreise zum Thema bewährte Praktiken im Flussmanagement. Das Büro verstärkte auch die Zusammenarbeit mit der tadschikischen Zweigstelle des Exekutivkomitees des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees.

Umweltpolitik und -bewusstsein. Das Büro unterstützte Forschungen zum Klimawandel in Tadschikistan und half einer Arbeitsgruppe bei der Ausarbeitung von Vorschriften für die Entsorgung von Energiesparlampen. Es beriet auch Beamte und Firmenvertreter über strategische Instrumente zur Einbindung des Umweltschutzgedankens in die Unternehmensentwicklung. Zur Förderung des Umweltbewusstseins unterstützte das Büro weiterhin die Aarhus-Zentren und Jugendaktivitäten als Ergänzung zur schulischen Umwelterziehung.

Good Governance. 2010 begann das Büro mit Aktivitäten zur Förderung einer Strategie zur Korruptionsbekämpfung, indem es höherrangige Entscheidungsträger in Legislative und Exekutive mit bewährten Praktiken vertraut machte.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Das Büro unterstützte wie bisher die institutionelle Entwicklung des Büros des Ombudsmanns für Menschenrechte. Es förderte den nationalen und regionalen Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft in Fragen der Haft, des Zugangs zu den Gerichten, der Religionsfreiheit und der Todesstrafe. Das Büro ermutigte auch verschiedenste staatliche Stellen, sich für eine Verbesserung der Menschenrechtserziehung einzusetzen.

Demokratisierung der Medien. Um den Zugang der Konsumenten zu Informationen zu verbessern, half das Büro Printmedien bei der Einrichtung einer Vertriebsgenossenschaft und es organisierte Schulungen zur besseren Information der Leser über die Redaktionspolitik. Es förderte auch den Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft über Herausforderungen in Bezug auf Rechts- und Programmfragen im Zusammenhang mit der Umstellung auf den digitalen Sendebetrieb. Das Büro, das schon zuvor Unterstützung bei der Einrichtung eines Selbstkontrollorgans der Medien geleistet hatte, bot nun auch Hilfe bei dessen praktischer Arbeit und der Ausweitung seines Einflusses auf die Regionen an.

Wahlen. Zur Förderung der Wählererziehung vor den Parlamentswahlen vom Februar 2010 produzierte das Büro Fernseh- und Radiospots, durch die über 18.000 Wähler direkt vor Ort erreicht wurden, es versorgte Printmedien mit Informationsmaterial und veranstaltete Jugendlager, bei denen über politische Themen diskutiert wurde.

Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro und das Außenministerium nahmen einen vierteljährlichen Dialog über Menschenhandel auf, bei dem hochrangige Regierungsbeamte, Organisationen der Zivilgesellschaft und internationale Akteure Fragen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels, einschließlich des Nationalen Aktionsplans, erörtern. Es half auch der Polizeiakademie bei der Entwicklung eines interaktiven Kurses über Ermittlungstechniken in Menschenhandelsfällen, der nun in den Lehrplan aufgenommen wurde.

Gender. Das Büro unterstützte das Innenministerium durch Ausbildung spezialisierter Polizeieinheiten, die Fälle von häuslicher Gewalt erkennen und durch entsprechende Maßnahmen reagieren sollen, stellte Ausrüstung zur Verfügung und erleichterte die Zusammenarbeit mit örtlichen Krisenzentren, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen betrieben werden. Das Büro schulte auch öffentlich Bedienstete in Fragen der geschlechtersensiblen Haushaltsplanung und half bei der Ausarbeitung gemeinschaftsorientierter Aktionspläne zur Förderung der Bildung von Mädchen.

Leiter des Büros: **Botschafter Ivar Vikki**
Haushalt: **5.926.200 EUR**
www.osce.org/tajikistan

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Der Projektkoordinator in Usbekistan bemühte sich weiter darum, Projekte umzusetzen und offizielle Vertreter Usbekistans sowie die Zivilgesellschaft zur Teilnahme an Veranstaltungen und der Projektarbeit der OSZE in den drei Dimensionen zu ermutigen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeireform. Gemeinsam mit der Polizeiakademie unterstützte der Projektkoordinator Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden mit den Schwerpunkten Terrorismusbekämpfung, Managementschulung und neue kriminaltechnische Ermittlungsmethoden.

Bekämpfung der Auswirkungen des illegalen Drogenhandels. Der Projektkoordinator organisierte Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter der staatlichen Drogenbekämpfungsstelle sowie für Sozialarbeiter und medizinisches Personal und gab für diesen Personenkreis bestimmte Handbücher und Instrumentarien zum Umgang mit Drogenmissbrauch heraus.

Biometrische Pässe. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung der OSZE informierte der Projektkoordinator örtliche Partner über die Vorteile der Teilnahme am Public Key Directory der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) und dessen technische Voraussetzungen. Der Projektkoordinator bot auch technische Unterstützung und Schulungen an, um eine nachhaltige Leistungserbringung der Datenbeschaffungszentren zu gewährleisten.

Medienentwicklung. Der Projektkoordinator organisierte in Zusammenarbeit mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit einen Kamerakurs für Jungjournalisten und regionale Vertreter der Staatlichen Vereinigung elektronischer Massenmedien.

Entwicklung der Zivilgesellschaft. Der Projektkoordinator organisierte mehrere Schulungskurse zur Stärkung der Kapazitäten gesellschaftspolitischer Organisationen und leistete Unterstützung bei der Organisation öffentlicher Veranstaltungen zum Thema Rechts- und Mehrparteiensysteme.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Good Governance. Der Projektkoordinator unterstützte wie bisher Bemühungen um Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung terroristischer Strukturen. Er koordinierte die Entwicklung von Software zur Aufdeckung verdächtiger Transaktionen, die im gesamten Bankensektor zum Einsatz kommen wird. Nationale Beamte, die die Einhaltung der Regeln überwachen, wurden im Rahmen von Schulungen über die völkerrechtlichen Grundlagen des Kampfes gegen Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus, über Mikrofinanzierung, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, die Dritte Richtlinie der Europäischen Kommission und damit zusammenhängende Einrichtungen informiert. Der Projektkoordinator half auch bei der Herstellung von Kontakten auf Arbeitsebene, um den für 2011 geplanten Beitritt Usbekistans zur Egmont-Gruppe zu erleichtern.

Förderung selbständiger Unternehmer. Der Projektkoordinator veranstaltete in verschiedenen Regionen eine Reihe von Schulungsseminaren und Runden Tischen für Richter,

Rechtsanwälte, Unternehmer und andere interessierte Personengruppen. Bei diesen Veranstaltungen sollte den Teilnehmern klar gemacht werden, dass die Schiedsgerichtsbarkeit ein schnelleres und wirtschaftlicheres Mittel zur Streitbeilegung ist als die Führung eines Prozesses. Der Projektkoordinator unterstützte auch die Ausarbeitung des Kommentars zum zweiten Teil des Zivilgesetzbuchs.

Reform der Gesetzgebung. Zur Erhöhung der Transparenz in der Entscheidungsfindung startete der Projektkoordinator mit den Ministerien für Justiz, Wirtschaft und Finanzen ein Projekt, durch das eine Methode zur Messung der Qualität von Verordnungen und zur Beurteilung der Auswirkungen von Gesetzesentwürfen auf die wirtschaftliche Entwicklung erarbeitet werden soll.

Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe und der Entwicklung des ländlichen Raums. In Zusammenarbeit mit dem Bauernverband und dem Ministerium für Land- und Wasserwirtschaft setzte der Projektkoordinator seine Tätigkeit im Rahmen des regionalen Netzes landwirtschaftlicher Entwicklungszentren fort. Er bot Schulungskurse für nachhaltige Landwirtschaft an, in denen besonders auf effiziente Wassernutzung in der Bewässerungslandwirtschaft eingegangen wurde. Gemeinsam mit dem MASHAV-Zentrum für internationale Zusammenarbeit (Israel) veranstaltete der Projektkoordinator auch Schulungskurse für Ausbilder zu Fragen der Wüstenbildung und zu neuen landwirtschaftlichen Technologien.

Monitoring zur Abwendung von Umweltbedrohungen. Der Projektkoordinator unterstützte die Ausarbeitung einer Methodik und zwei Feldmissionen von Spezialisten zur Überwachung der Oberflächengewässer und Bodensedimente im Einzugsgebiet des Syrdarja zu beiden Seiten der Grenze. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse fanden Eingang in eine Datenbank, auf die Fachleute sowohl aus Usbekistan als auch aus Kirgisistan Zugriff haben werden, und in Empfehlungen zur Beseitigung von Umweltschäden.

Erleichterung des Verkehrs in Eurasien. Im November veranstaltete der Projektkoordinator in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und dem Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen, Investitionen und Handel in Taschkent das fünfte Treffen einer Expertengruppe im Rahmen des Projekts betreffend die eurasischen Verkehrsverbindungen. Die Teilnehmer erörterten die Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren der eurasischen Binnenverkehrswege und kamen überein, bestimmte Daten zu sammeln und auszuwerten, um eine Liste von Binnenverkehrswegen zu erstellen und diese nach Prioritäten zu reihen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung der Volksanwaltschaft. Der Projektkoordinator unterstützte wie bisher die Volksanwaltschaft, wobei er für die Installation der Software für eine Beschwerdedatenbank im Zentralbüro und die Abhaltung einer entsprechenden Einschulung sorgte. Er veröffentlichte auch eine Neuausgabe des Handbuchs *World Ombudsmen* und organisierte eine Studienreise nach Ungarn und Portugal.

Förderung der Menschenrechte. Der Projektkoordinator setzte sich durch Abhaltung regionaler Workshops auch weiterhin dafür ein, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu einem Grundsatz in der Tätigkeit von Justizbeamten und Richtern werden, und unterstützte die Einrichtung einer Wissenschafts- und Praxisforschungsstätte für Völkerrecht in einem dem Obersten Gerichtshof unterstehenden Forschungszentrum. Durch Abhaltung eines

Schulungskurses für Polizeibeamte zum Thema Menschenrechtsmonitoring und durch den Druck entsprechender Handbücher beteiligte er sich auch an kompetenzfördernden Aktivitäten.

Bekämpfung des Menschenhandels. Der Projektkoordinator veranstaltete Workshops für Strafermittler, Zollbeamte und Richter und organisierte eine ermittlungstechnische Schulung für Polizeibeamte. Er unterstützte Bemühungen um Hebung der beruflichen Kompetenz von Verteidigern, Förderung eines angemessenen Opferschutzes und Gewährleistung des Zugangs zu wirksamen Rechtsmitteln. Ein internationaler Workshop über den Schutz der Rechte von Menschenhandelsopfern bot Experten Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen, sich der Herausforderungen bewusst zu werden und nach Lösungen zu suchen.

Unterstützung der Abteilung für Menschenrechtstheorie und -praxis an der Polizeiakademie. Der Projektkoordinator initiierte ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt zum Aufbau von Kapazitäten in der Abteilung für Menschenrechtstheorie und -praxis an der Polizeiakademie durch technische Unterstützung, Publikationen und Schulungen für Ausbilder.

Projektkoordinator: **Botschafter István Venczel**

Haushalt: **1.868.300 EUR**

www.osce.org/tashkent

Unterstützung bei der Umsetzung bilateraler Abkommen

Der Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Vertreter leistete auch dieses Jahr wieder Hilfe bei der Umsetzung des bilateralen Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland lebenden pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien. Laut der letzten verfügbaren Übersicht erhalten 14.285 Personen einen Ruhestandsbezug aus dem föderalen Haushalt der Russischen Föderation – das sind 8.035 Personen weniger als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens am 30. April 1994.

Aktivitäten und Entwicklungen

Keine offiziellen Kommissionssitzungen 2010. 2010 erhoben keine pensionierten Militärangehörigen Individualbeschwerde bei der Kommission. Andererseits sind die russische und die lettische Seite noch immer bemüht, Verfahren zu finden, die es ermöglichen würden, den Kreis der anspruchsberechtigten pensionierten Militärangehörigen zu erweitern. Der Vertreter hat bereits einige Anregungen hinsichtlich der möglichen Zusammensetzung einer angepassten Liste gemacht. Auffassungsunterschiede in Bezug auf die Anwendung konkreter Bestimmungen des Abkommens wurden noch auf nationaler Ebene diskutiert und hinderten die lettische und die russische Seite daran, einer offiziellen Erörterung dieser Frage im Jahr 2010 zuzustimmen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass es im kommenden Jahr zu einer Einigung in der Frage kommen wird, nach welchen Grundprinzipien die Liste der pensionierten Militärangehörigen zusammengestellt werden soll.

OSZE-Vertreter: **Helmut Napiontek**
Haushalt: **9.300 EUR**

Die Institutionen

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) organisierte als die wichtigste Institution der Organisation für Fragen der menschlichen Dimension Veranstaltungen und Aktivitäten zur Förderung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung. Es betreute 2010 21 Wahlgänge und setzte seine Hilfe für die Teilnehmerstaaten bei deren Bemühungen, ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen zu bringen, fort.

Überwachung der Umsetzung

Schwerpunkt in der Tätigkeit des BDIMR 2010 waren auch weiterhin Wahlen, und das Büro weitete seine Unterstützungsaktivitäten für die Teilnehmerstaaten bei der Durchführung von Wahlen in Übereinstimmung mit den OSZE-Verpflichtungen auch dieses Jahr aus. Die an Wahleinsätzen beteiligten Beobachter kamen aus 51 Teilnehmerstaaten.

Nach den gewaltsamen Unruhen in Kirgisistan im April entsandte das BDIMR Beobachtungsmissionen zu zwei wichtigen Wahlgängen im Land: dem Verfassungsreferendum im Juni und den Parlamentswahlen im Oktober. Der Ständige Rat ersuchte das BDIMR ferner, ein Wahlunterstützungsteam zu den Parlamentswahlen in Afghanistan zu entsenden.

Das Büro war bemüht, seine Follow-up-Aktivitäten im Gefolge von Wahlgängen zu verstärken, und besuchte zu diesem Zweck Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kirgisistan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Montenegro, Norwegen, Rumänien, Tadschikistan und die Ukraine.

Das Büro arbeitete weiter an der Verbesserung und Weiterentwicklung seiner Beobachtungsmethodik und gab 2010 die sechste Auflage seines *ODIHR Election Observation Handbook* heraus. Außerdem veröffentlichte es einen Bericht über seine Beobachtung von Gerichtsverfahren nach den Ausschreitungen, zu denen es 2008 nach den Wahlen in Armenien gekommen war. Nach Veröffentlichung dieses Berichts fanden mehrere Gespräche am runden Tisch mit den Justizbehörden Armeniens zu konkreten Vorschlägen statt, durch die festgestellte Schwachstellen beseitigt werden sollten.

Angesichts der zunehmenden Intoleranz gegenüber Roma in mehreren Teilnehmerstaaten beobachtete das Büro aus nächster Nähe die Ereignisse im Sommer 2010 und hielt laufend Kontakt mit der französischen Regierung, nachdem der Abriss illegaler Roma-Siedlungen und das Angebot finanzieller Anreize für Roma, wenn sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren, Anlass zur Sorge gegeben hatten.

Außerdem gab das BDIMR 2010 einen Bericht über einen Beurteilungsbesuch vor Ort in Ungarn heraus, nachdem 2008 und Anfang 2009 bei Überfällen mehrere Roma ums Leben gekommen waren. Eine daran anschließende Diskussion am runden Tisch über die im Bericht enthaltenen Ergebnisse und Empfehlungen fand am 23. November in Budapest statt und wurde gemeinsam mit der ungarischen Regierung organisiert.

Wahlbeobachtungsaktivitäten des BDIMR 2010

Land	Wahl	Datum	Art des Einsatzes
Kroatien	Präsidentschaftswahlen, 2. Wahlgang	11. Januar	begrenzte Beobachtung
Ukraine	Präsidentschaftswahlen	17. Januar, 7. Februar	Beobachtung
Tadschikistan	Parlamentswahlen	28. Februar	Beobachtung
Land	Wahl	Datum	Art des Einsatzes
Ungarn	Parlamentswahlen	11. April	Beurteilung
Österreich	Präsidentschaftswahlen	25. April	Beurteilung
Vereinigtes Königreich	allgemeine Wahlen	6. Mai	Beurteilung
Georgien	Kommunalwahlen	30. Mai	Beobachtung
Niederlande	vorgezogene Parlamentswahlen	9. Juni	Beurteilung
Slowakei	Parlamentswahlen	12. Juni	Beurteilung
Kirgisistan	Verfassungsreferendum	27. Juni	Beobachtung
Moldau	Verfassungsreferendum	5. September	Team von Wahlexperten
Afghanistan	Parlamentswahlen	18. September	Wahlunterstützungsteam
Lettland	Parlamentswahlen	2. Oktober	begrenzte Beobachtung
Bosnien und Herzegowina	allgemeine Wahlen	3. Oktober	Beobachtung
Kirgisistan	Parlamentswahlen	10. Oktober	Beobachtung
Ukraine	Kommunalwahlen	31. Oktober	Team von Wahlexperten
Vereinigte Staaten	<i>Mid-Term</i> -Kongresswahlen	2. November	Beurteilung
Aserbaidshjan	Parlamentswahlen	7. November	Beobachtung
Moldau	vorgezogene Parlamentswahlen	28. November	Beobachtung
Turkmenistan	Kommunalwahlen	5. Dezember	Team von Wahlexperten
Belarus	Präsidentschaftswahlen	19. Dezember	Beobachtung

Veranstaltungen in der menschlichen Dimension

Im Vorfeld des OSZE-Gipfeltreffens in Astana 2010 spielte das Büro eine wichtige Rolle bei der Organisation und Abhaltung des ersten Abschnitts der Überprüfungs-konferenz vom 30. September bis 8. Oktober in Warschau. Mehrere Hundert Teilnehmer – Vertreter von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NROs), zwischenstaatlichen Organisationen

und der Medien – machten sich ein Bild von den Fortschritten der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.

Das BDIMR unterstützte den Vorsitz bei der Organisation der OSZE-Konferenz auf hoher Ebene über Toleranz und Nichtdiskriminierung, die im Juni in Astana stattfand. An der im Vorfeld der Konferenz abgehaltenen Tagung für die Zivilgesellschaft nahmen 200 Personen teil.

Das BDIMR unterstützte den Vorsitz auch bei der Organisation von zwei Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension in Wien. Das Treffen im Mai war den Herausforderungen und bewährten Praktiken zur Verbesserung des Geschlechterverhältnisses und der Teilnahme von Frauen am politischen und öffentlichen Leben gewidmet, während sich das Treffen im Dezember mit Religions- und Überzeugungsfreiheit befasste.

Im Mai war das Büro Gastgeber eines Seminars zur menschlichen Dimension zum Thema Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit.

Unterstützung der Umsetzung

Im Mai begann ein Projekt zur Unterstützung der mit Kriegsverbrechen befassten Gerichte, eine Initiative, in deren Rahmen vier Millionen Euro aufgewendet werden sollen, um die Rechts- und Justizinstitutionen zu stärken, die inländische Kriegsverbrecherprozesse in Südosteuropa abwickeln. Das in Partnerschaft mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege und den OSZE-Feldoperationen in der Region durchgeführte Projekt, bei dem das vom ICTY entwickelte Know-how und dessen Methodik weitergegeben werden sollen, wurde ins Leben gerufen, um auf die von örtlichen Akteuren in der ersten Phase des Projekts festgestellten Bedürfnisse und Kapazitätsdefizite zu reagieren.

Das BDIMR gab in Zusammenarbeit mit dem deutschen Max-Planck-Institut auf der Grundlage mehrerer Länderstudien und Expertenbefragungen die *Kyiv Recommendations on Judicial Independence in Eastern Europe, South Caucasus and Central Asia* heraus, in denen bewährte Praktiken der Rechtspflege und der Auswahl und Rechenschaftspflicht von Justizbeamten zur Umsetzung durch die Teilnehmerstaaten aufgeführt sind.

Das Büro setzte auch seine Bemühungen zur Bekämpfung von Hassverbrechen fort und organisierte Schulungsseminare für die OSZE-Mission im Kosovo und die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina sowie für Mitarbeiter der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR). In Zusammenarbeit mit OSZE-Feldoperationen veranstaltete das BDIMR für Regierungsbeamte und NROs in Moldau und Serbien ein Seminar über Hassverbrechen und bot auf Ersuchen der Europäischen Kommission ähnliche Kurse für Polizeibeamte in Georgien an. Das BDIMR unterstützte auch die Polizeiausbildung in Polen und Bosnien und Herzegowina.

Als Reaktion auf MC.DEC/9/09 veranstaltete das BDIMR im März bzw. Mai zwei Expertentagungen über den möglichen Zusammenhang zwischen der Nutzung des Internets und Hassverbrechen. An diesen Treffen nahmen Vertreter von Regierungen, großen Web-Medienunternehmen und der Zivilgesellschaft teil.

Die BDIMR-Veröffentlichung *Hate Crime Laws: A Practical Guide* bildete die Diskussionsgrundlage eines Gesprächs am runden Tisch in Moskau und von Informationsveranstaltungen zum Thema für die Zivilgesellschaft in London, Den Haag, Istanbul, Moskau, Berlin und Kopenhagen.

Im Bereich der Migration unterstützte das Büro die Ukraine und Kasachstan durch Untersuchungen bei der Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen zur Integration und staatsbürgerlichen Beteiligung von Migranten. Das Büro beteiligte sich an der Ausarbeitung von *Gender and Labour Migration: A Trainer's Manual* und dessen Anwendung im Zuge mehrerer Schulungsveranstaltungen. Es unterstützte auch die Behörden Kirgisistans bei der Reform des Melde- und Personenstandswesen des Landes, um auf diese Weise die Freizügigkeit zu verbessern und die Datensammlung für die Zusammenstellung der Wählerlisten zu erleichtern.

Das BDIMR stellte juristisches und technisches Know-how zur Unterstützung nationaler Menschenrechtsinstitutionen zur Verfügung und arbeitete in Ländern wie Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina und Montenegro mit diesen Einrichtungen eng zusammen.

Im Laufe des Jahres organisierte das Büro in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und OSZE-Feldoperationen für Strafverfolgungsbeamte in Turkmenistan und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie für die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Tadschikistan Schulungsworkshops zum Thema Bekämpfung des Terrorismus und Schutz der Menschenrechte.

Im Bereich Versammlungsfreiheit kooperierte das Büro mit dem Europarat und örtlichen Experten bei der Bereitstellung von Lehrgängen für örtliche Menschenrechtsverteidiger in Georgien, mit denen die Teilnehmer für die Überwachung von Versammlungen und die Meldung bevorstehender Versammlungen vorbereitet wurden.

Dank eines Workshops zum Thema Aufbau von Kapazitäten für OSZE-Feldoperationen konnte das Niveau der Menschenrechtserziehung und -ausbildung durch die OSZE verbessert werden, während auf einem anderen internationalen Workshop – dem ersten seiner Art – die Bedeutung der Entwicklung von Standards für die Menschenrechtserziehung im Interesse einer verbesserten Praxis im Mittelpunkt stand. Beide Veranstaltungen fanden im September in Istanbul statt. Das Büro unterstützte auch die Entwicklung von Material über Menschenrechtserziehung und Bürgerbeteiligung zum Einsatz in Belarus und zur Anpassung an andere nationale Gegebenheiten.

Das BDIMR arbeitete auch weiter mit staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft in der gesamten OSZE-Region zusammen, um sicherzustellen, dass das Vorgehen gegen Menschenhandel unter Achtung der Menschenrechte erfolgt, dass Menschenhandelsopfer Zugang zu den Gerichten erhalten und dass das Know-how von Rechtspflegeakteuren verbessert wird.

Mit der Entwicklung länderspezifischen Unterrichtsmaterials für Österreich und Ungarn im Kampf gegen den Antisemitismus unterstützt das BDIMR nunmehr 16 Teilnehmerstaaten bei der Veranstaltung derartiger Lehrerausbildungsseminare. Nach dem Muster der existierenden Antisemitismusrichtlinien setzte das BDIMR 2010 seine Arbeit an der Erstellung von Richtlinien gegen Intoleranz gegenüber Muslimen gemeinsam mit der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und dem Europarat fort.

Auf Ersuchen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus organisierte das BDIMR im Oktober in der Schweiz ein Gespräch am runden Tisch für muslimische Organisationen, bei dem die Schaffung einer Dachorganisation für Muslime besprochen wurde.

In Reaktion auf MC.DEC/8/09, in dem die Wichtigkeit der Früherziehung von Roma- und Sinti-Kindern und deren Vorteile betont wurden, gab das BDIMR im Dezember einen Bericht über die Schuleinschreibung und die Teilnahme dieser Kinder am Unterricht heraus, der anhand der Antworten der Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft auf einen vom Büro erstellten Fragebogen verfasst wurde. Eine wichtige Entwicklung war 2010 die Gründung einer Arbeitsgruppe, die sich um Lösungen für die Probleme der Roma und Sinti in diesem Bereich bemühen wird, durch den Europarat, das BDIMR, die UNESCO, UNICEF, die Europäische Kommission, den Roma-Bildungsfonds und die *International Step by Step Association*.

In Partnerschaft mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten der OSZE im Sekretariat sorgte das BDIMR auch für die Herausgabe und Einführung eines Handbuchs über bewährte Praktiken zur Schaffung von Vertrauen und Verständnis zwischen der Polizei und Roma- und Sinti-Gemeinden.

Rechtliche Unterstützung

Das Büro nahm im abgelaufenen Jahr zu Gesetzesentwürfen betreffend Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Informationsfreiheit und Religionsfreiheit sowie zu Gesetzen über Hassverbrechen, Wahlen, politische Parteien, Genderfragen, häusliche Gewalt, Menschenhandel, Antidiskriminierungsstrategien, richterliche Unabhängigkeit, Strafrechtsfragen und Verfassungsänderungen Stellung. Im Anschluss an viele dieser Gutachten fanden im jeweiligen Land Konsultationen statt, bei denen Empfehlungen erörtert wurden und über Erfahrungen aus anderen Bereichen der OSZE-Region berichtet wurde.

Zu den die Gesetzgebung unterstützenden Aktivitäten des Büros zählten auch die Überarbeitung und Veröffentlichung der *Guidelines on Freedom of Assembly* und die Ausarbeitung und Verabschiedung der *Guidelines on Political Party Regulations* in Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission des Europarats.

Ein weiterer Schwerpunkt in den Aktivitäten des BDIMR zur Unterstützung der Gesetzgebung ist die Evaluierung von Gesetzgebungssystemen, bei der untersucht wird, wie Gesetze vorbereitet, erörtert und verabschiedet werden und wie ihre Umsetzung überwacht wird. Das Büro führte 2010 eine umfassende Bewertung des Gesetzgebungssystems in Moldau durch, und vorläufige Bewertungen dieser Art sind für Albanien, Armenien und Serbien geplant.

Direktor: **Botschafter Janez Lenarčič**

Haushalt: **15.986.800 EUR**

www.osce.org/odihr

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 geschaffen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen.

2010 standen ethnische Spannungen in und zwischen Staaten weiterhin im Blickfeld des Hohen Kommissars, er untersuchte die Lebensbedingungen von Minderheitengemeinden in vielen Teilnehmerstaaten und beriet Letztere im Hinblick auf Verbesserungen in der nationalen Gesetzgebung betreffend Minderheiten und interethnische Beziehungen im Allgemeinen. Der Hohe Kommissar unterstützte auch mehrere Länder in ihrem bilateralen Dialog zu Fragen nationaler Minderheiten und setzte sich weiter für die Verwirklichung der Bozener Empfehlungen zu nationalen Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen ein.

Estland und Lettland. Der Hohe Kommissar engagierte sich weiterhin in Estland und Lettland, unter anderem prüfte er das vorgeschlagene Sprachengesetz in Estland und das Gesetz über elektronische Medien in Lettland im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf nationale Minderheiten. Der HKNM stellte einen Berater für die begrenzte Wahlbeobachtungsmision des BDIMR bei den lettischen Parlamentswahlen im Oktober ab. Nach den Wahlen äußerte der Hohe Kommissar abermals Bedenken bezüglich der immer noch hohen Anzahl nicht lettischer Staatsbürger in Lettland, und er rief die neu gewählte Regierung auf, an die Sprachen- und Staatsbürgerschaftsfrage konstruktiv heranzugehen.

Georgien. Der Hohe Kommissar besuchte Georgien im Februar, März und November 2010. Im Februar begab er sich nach Abchasien und im November nach Südossetien. Während dieser Reisen besuchte er Lager für Binnenvertriebene und besprach mit den zuständigen Behörden deren Rückkehr.

Der Hohe Kommissar nahm eine Beurteilung der Lebensbedingungen verschiedener Volksgruppen in Abchasien und Südossetien vor, insbesondere der ethnischen Georgier in den Bezirken Gali und Achalgori. In Suchumi und Zchinwali äußerte er Bedenken hinsichtlich der Sprachen- und Bildungsrechte, der Zwangsausstellung von Reisepässen, der drohenden Abschiebung, der Zwangseinberufung zum Militärdienst und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Er forderte die De-facto-Behörden in Suchumi und Zchinwali nachdrücklich dazu auf, auf die in den Bezirken Gali und Achalgori noch verbliebene georgische Gemeinschaft nicht noch mehr Druck auszuüben, da dies die Spannungen noch verschärfen und die humanitäre Lage vor Ort verschlimmern könnte.

Der Hohe Kommissar setzte sich wie bisher für die Rückführung der Mescheten ein und betonte, dass es notwendig sei, diese Frage rasch, umfassend und strategisch zu lösen. Er unterstützte die georgische Regierung bei der Schaffung eines interinstitutionellen Rahmens und der Ausarbeitung einer langfristigen Strategie für die Rückführung und Wiedereingliederung der Mescheten. Er setzte auch seine Gespräche mit der georgischen Regierung über die Umsetzung ihrer Minderheitenpolitik, Konfliktverhütung und verschiedene Integrationsaktivitäten, insbesondere in den georgischen Bezirken Samzche-Dschawacheti und Kwemo-Kartli, fort.

Kirgisistan. Der Hohe Kommissar besuchte Kirgisistan zwei Mal nach dem Aufstand im April 2010 und drei weitere Male nach den Ausschreitungen im Juni. Er hielt die Situation im

Land für besonders besorgniserregend und brachte dies den Teilnehmerstaaten mehrmals zur Kenntnis. In der Sitzung des Ständigen Rates am 6. Mai äußerte er seine Sorge, dass sich die Beziehungen zwischen den Volksgruppen weiter verschlechtern könnten. Am 12. Juni gab der Hohe Kommissar gemäß seinem Mandat eine Frühwarnung ab, wobei er die Teilnehmerstaaten eindringlich dazu aufrief, unverzüglich tätig zu werden, um weitere Gewalttaten in Südkirgisistan, insbesondere in Osch und Dschalalabad, zu verhindern.

Im Verlauf weiterer Besuche forderte der Hohe Kommissar die neuen Behörden auf, konkrete Maßnahmen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung im Süden des Landes, zum Schutz von Angehörigen der usbekischen Minderheit sowie zur Verhinderung von Einschüchterungsversuchen und Schikanen gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe zu ergreifen und mit den Führern der usbekischen Gemeinschaft in Dialog zu treten. Er äußerte seine diesbezüglichen Bedenken erneut in einer Erklärung vor dem Ständigen Rat am 18. November: „Trotz einer spürbaren Verbesserung der Menschenrechtssituation und im Hinblick auf den Wiederaufbau bleibt die Sicherheits- und Menschenrechtslage im Süden Kirgisistans fragil. [...] Die Regierung sollte deutlich sagen, was sie will, und sichtbare Schritte setzen, um Recht und Ordnung wiederherzustellen, kurzfristig die Diskriminierung nationaler Minderheiten zu beenden sowie mittel- und langfristig umfassende Strategien zur Integration nationaler Minderheiten zu entwickeln und umzusetzen.“ (HCNM.GAL/5/10/Rev.1)

Um auf die tieferen Ursachen der Ereignisse vom Juni einzugehen, arbeitete der Hohe Kommissar gemeinsam mit den kirgisischen Behörden weiter an einem staatlichen Konzept für interethnische Beziehungen und die Integration nationaler Minderheiten. Er erörterte mit den neuen Behörden auch Fragen der Durchführung des mehrsprachigen und multikulturellen Unterrichts unter den derzeit schwierigen Bedingungen.

Moldau. Während seines Besuchs in dem Land im Februar kam es zu einem Meinungsaustausch zwischen dem Hohen Kommissar und der neuen moldauischen Regierung über die Frage der Integration nationaler Minderheiten. Auf der Grundlage einer während des Besuchs getroffenen Vereinbarung ermöglichte er die Entsendung internationaler Experten nach Moldau, die den Behörden bei der Ausarbeitung eines Integrationsprogramms behilflich waren.

Der Hohe Kommissar erörterte auch die moldauische Sprachenpolitik, insbesondere Sprachvorschriften auf dem Kinosektor. Kurz nach seinem Besuch gab er ein Gutachten zu einer Kinogesetznovelle ab.

Schließlich ging der Hohe Kommissar auch auf Bildungsfragen in Transnistrien ein, unter anderem das Recht moldauischer Kinder auf muttersprachlichen Unterricht in lateinischer Schrift. In den Gesprächen ging es auch um Möglichkeiten zur Stärkung eines interkulturellen, toleranzbetonten Unterrichts in der Region.

Russische Föderation. Der Hohe Kommissar besuchte im November Nordossetien. Er traf in einer mehrsprachigen Schule in Wladikawkas mit Vertretern der Schulbehörden zusammen und bekundete erneut seinen Wunsch, die russischen Bemühungen um mehrsprachigen und interkulturellen Unterricht zu unterstützen.

Serbien. Während seiner Besuche im März und Oktober konzentrierte sich der Hohe Kommissar auf die Frage des Zugangs nationaler Minderheiten zur Hochschulbildung. Er

erörterte Folgemaßnahmen zu einer von der serbischen Regierung in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie betreffend die Schaffung multiethnischer Hochschuleinrichtungen in den Gemeinden Bujanovac und Preševo. Während seines Besuchs in Bujanovac im Oktober begrüßte der Hohe Kommissar den von der Regierung bekannt gegebenen Beschluss, dort 2011 eine Wirtschaftsfakultät zu eröffnen, und er sagte zu, die mehrsprachige Hochschulbildung weiter zu unterstützen, was schließlich zu einer besseren Integration der albanischen Minderheit in Serbien führen soll.

Nachdem er im Vorjahr ein Rechtsgutachten zum Gesetzesentwurf über nationale Minderheitenräte abgegeben hatte, verfolgte der Hohe Kommissar die Wahl, die Einsetzung und die Arbeit dieser Räte, wobei er auf deren wichtige Rolle als Interessenvertreter der Minderheiten hinwies.

Der Hohe Kommissar widmete sich auch weiterhin Bildungsfragen im **Kosovo**¹, wobei er an die bisherigen Bemühungen, den Bildungszugang von Gorani-Kindern in der Gemeinde Dragash/Dragaš zu gewährleisten, anknüpfte. Er setzte auch konkrete Initiativen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Volksgruppen, dazu zählt unter anderem die Ausarbeitung eines Lehrbuchs für Staatsbürgerkunde und interkulturelle Erziehung, das durch interaktiven Unterricht die Achtung und Wertschätzung der Vielfalt fördern soll.

Slowakei-Ungarn. Der Hohe Kommissar befasste sich auch weiterhin mit der Slowakei und Ungarn, mit dem Schwerpunkt auf Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft und der Verwendung der Staatssprache und der Minderheitensprachen in der Slowakei. Er unterstützte die slowakischen Behörden bei ihren Bemühungen um ein ausgewogenes rechtliches Verhältnis zwischen der Förderung des Gebrauchs und der Kenntnis der Staatssprache einerseits und andererseits dem Schutz der sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten.

Das slowakische Staatssprachengesetz durchlief mehrere Abänderungsphasen. Der Hohe Kommissar war in den gesamten Prozess eingebunden und zeigte sich mit der Kooperationsbereitschaft der Pressburger Behörden zufrieden. In seiner Analyse kam er zu dem Schluss, dass die Stärkung der Staatssprache ein legitimes Ziel sei, solange die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten nicht über Gebühr einschränken und die grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, nicht beschneiden. Gleichzeitig empfahl er den slowakischen Behörden, auch die gesetzlichen Vorschriften betreffend die Minderheitensprachen zu überprüfen, um zu gewährleisten, dass sie mit dem novellierten Staatssprachengesetz in Einklang stehen.

Ukraine. Im September besuchte der Hohe Kommissar die Ukraine. Einen Großteil der dort verbrachten Zeit widmete er der Lage auf der Krim, einschließlich des schon seit Langem ungelösten Problems der illegalen Inbesitznahme von Grund und Boden, der Zuteilung eines Grundstücks für den geplanten Bau der Zentralmoschee in Simferopol und insbesondere der Notwendigkeit eines gesetzlichen Rahmens zur Regelung der Rechte ehemaliger Deportierter. Vor diesem Besuch hatte er für die Behörden ein Gutachten zum jüngsten Gesetzesentwurf über die Wiedereinsetzung der aus ethnischen Gründen Deportierten in ihre früheren Rechte erstellt, das insgesamt positiv ausfiel.

1 Alle Nennungen von kosovarischen Institutionen/Führungspersonlichkeiten beziehen sich auf die Provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen.

Der Hohe Kommissar nahm auch einen Dialog mit den ukrainischen Behörden über das Sprachenrecht auf. Im Anschluss an seinen Besuch erstellte er ein Gutachten zum umstrittenen Entwurf eines Sprachengesetzes, der von Abgeordneten der Parlamentsmehrheit eingebracht worden war.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Während seines Besuchs in Skopje im Oktober äußerte sich der Hohe Kommissar anerkennend über die von den Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien beschlossene Strategie für Integration im Bildungswesen. Diese Strategie stellt ein umfassendes Rahmenkonzept dar, dessen Umsetzung das gegenseitige Verständnis zwischen den Volksgruppen erleichtern und die Stabilität im Land festigen wird. Er erörterte auch die Modalitäten für die Bereitstellung des notwendigen Know-hows und der erforderlichen Beratung an die Behörden, damit die in dieser Strategie geplante langfristige Reform entworfen und umgesetzt werden kann, etwa im Bereich des Spracherwerbs, des Lehrplans und der Lehrbücher, der Lehrerausbildung und der Governance im Bildungswesen.

Thematische Fragen

HKNM-Empfehlungen

Im Jahr 2010 veranstaltete der Hohe Kommissar in Wien, London und Den Haag regionale Runde Tische über die Umsetzung der Bozener Empfehlungen zu nationalen Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen mit Bezug zu Mittel- und Osteuropa, Westeuropa und Nordamerika bzw. zur Schwarzmeerregion. Bei diesen Veranstaltungen sollten ein weiteres Mal bewährte Praktiken herausgestrichen, strittige Themen angesprochen und die Frage erörtert werden, wie die Empfehlungen in regionalem Zusammenhang konkret angewendet und umgesetzt werden können.

Minderheitenschulwesen

Das Bildungswesen war und ist ein zentrales Thema aller bisherigen Hohen Kommissare der OSZE für nationale Minderheiten. Das Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension 2010, das der HKNM mit organisatorischer Unterstützung durch das BDIMR in Wien veranstaltete (22. und 23. Juli), war zur Gänze dem Minderheitenschulwesen gewidmet. Dabei wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, sowohl die Minderheitensprache als Unterrichtsgegenstand und Unterrichtssprache als auch die Staatssprache als Unterrichtsgegenstand anzubieten, auch der in vielen OSZE-Staaten festzustellende zunehmende Trend in Richtung einer Segregation im Schulwesen wurde angesprochen.

Sprachenrecht

Der HKNM lieferte Gutachten zu mehreren neuen Sprachengesetzen und Abänderungen bestehender sprachenrechtlicher Bestimmungen in verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten. Während die berechtigte Absicht dieser Gesetze fast immer die Stärkung der Staatssprache durch Förderung ihres Gebrauchs im öffentlichen Leben ist, zielen die Bemühungen des HKNM auf die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Integration nationaler Minderheiten durch Förderung der Staatssprache einerseits und der Achtung der sprachlichen Vielfalt andererseits ab. Seiner Erfahrung nach ist die beste Lösung zur Stärkung der Staatssprache im Bildungswesen, in den Medien sowie im öffentlichen und kulturellen Leben ein positiver Ansatz, da negative Maßnahmen, die den Gebrauch von Minderheitensprachen beschränken oder Erschwernisse für Sprecher von Minderheiten-

sprachen schaffen sollen, eher kontraproduktiv sind und Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen noch verschärfen können, vor allem wenn mit Strafen gedroht wird.

Roma und Sinti

Während seiner Besuche in einzelnen Ländern äußerte sich der Hohe Kommissar nach wie vor besorgt über die Lage der Roma- und Sinti-Gemeinden, insbesondere in Bezug auf die Nichtdiskriminierung und die Bewegungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union. Im Kosovo initiierte er ein Projekt zur Schärfung des Bewusstseins für die Rechte, Bedürfnisse und Interessen der Volksgruppen der Roma, Aschkali und Ägypter im schulischen Umfeld, das von einem basisbezogenen Ansatz ausgeht, der Lehrer, Schuldirektoren, zivilgesellschaftliche Organisationen und Eltern aus diesen Volksgruppen einbezieht. Das 2008 gemeinsam mit dem Menschenrechtskommissar des Europarats erstellte Gutachten *Recent Migration of Roma in Europe* erfuhr eine Neuauflage, um auf die in dem Bericht enthaltenen konkreten Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten aufmerksam zu machen.

Hoher Kommissar: **Knut Vollebæk**

Haushalt: **3.317.500 EUR**

www.osce.org/hcnm

Der Beauftragte für Medienfreiheit

Dunja Mijatović, Expertin für Medienrecht und -regulierung aus Bosnien und Herzegowina, trat am 11. März 2010 ihr Amt als dritte OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit an. In dieser Funktion ist sie für das Monitoring in Fragen der Medienfreiheit zuständig, wobei sie als Kontrollorgan im Hinblick auf die vollständige Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf Meinungs- und Medienfreiheit fungiert und für eine umgehende Reaktion bei gravierender Nichteinhaltung von OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten sorgt.

Monitoring und Intervention

Die Beauftragte konzentrierte sich darauf, im Falle der gravierenden Nichteinhaltung von OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch Teilnehmerstaaten rasch zu reagieren. Bei Problemen infolge der Behinderung der Arbeit von Medien und erschwerender Arbeitsbedingungen für Journalisten nahm die Beauftragte mit dem betreffenden Teilnehmerstaat und anderen beteiligten Parteien direkten Kontakt auf, bewertete die Fakten und trug zur Lösung der Lage bei.

In ihrer Funktion als Frühwarninstanz arbeitete die Beauftragte eng mit den Teilnehmerstaaten, dem Ständigen Rat, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und, wenn angebracht, mit anderen OSZE-Organen sowie mit nationalen und internationalen Medienverbänden zusammen.

Von Anfang an forderte sie die Teilnehmerstaaten dazu auf, die Bedingungen für Journalisten und alle, die ihre Meinung offen äußern wollen, zu verbessern.

Wie ihre Vorgänger, Miklós Haraszti und Freimut Duve, verfolgte auch Mijatović die Politik, in der ganzen OSZE-Region rasch und auf vielerlei Weise zu intervenieren; damit kam sie bereits in den ersten neun Monaten ihrer Amtszeit in der Hälfte der 56 Teilnehmerstaaten Journalisten und Verfechtern der freien Meinungsäußerung zu Hilfe. So ergriff sie beispielsweise verstärkt das Wort für inhaftierte Blogger und setzte sich für unabhängige Zeitungen ein, die durch Verleumdungsklagen von Regierungsstellen und Regierungsvertretern drangsaliert wurden.

Zur Verteidigung von Medieninteressen bediente sie sich der stillen Diplomatie auf Botschafter- und Ministerebene ebenso wie öffentlicher Stellungnahmen in Form von Presseerklärungen und Reden, mit denen sie ihre Besorgnis über Anschläge auf Medien oder unbegründete Verhaftungen zum Ausdruck brachte.

Die wichtigsten Herausforderungen

In Anbetracht des Ausmaßes und breiten Spektrums der Herausforderungen, die ihr Amt mit sich bringt, ergriff die Beauftragte vielfältigste Maßnahmen, um ihr Büro noch besser für die Unterstützung von Medien- und Meinungsfreiheit in der gesamten OSZE-Region zu rüsten.

Gewalt gegen Medien. In diesem Jahr, in dem zwei Journalisten ermordet wurden, ein weiterer vermisst wurde und wahrscheinlich bereits tot ist, Dutzende andere zusammen-

geschlagen, schikaniert und eingeschüchtert wurden, bezog die Beauftragte nachdrücklich Stellung gegen diese Gewaltakte und forderte, dass Regierungsbeamte auf allen Ebenen sich um die Schaffung der Voraussetzungen dafür bemühen, dass Journalisten ihrer Arbeit ohne Angst, dabei zuschaden zu kommen, nachgehen können. Die Beauftragte trug diese Botschaft in alle Regionen der OSZE und nahm auf höchster Ebene das Gespräch mit Regierungsvertretern auf, um deren Unterstützung für eine unverzügliche und wirksame Strafverfolgung in diesen Fällen zu gewinnen.

Kampagne gegen die Kriminalisierung von übler Nachrede. Nachdrücklich verurteilte die Beauftragte auch Maßnahmen der Regierungen, durch die Dissidenten mundtot gemacht werden sollen. Dazu gehört die Anwendung archaischer Gesetze, die die freie Meinungsäußerung kriminalisieren.

Mit Genugtuung berichtete die Beauftragte, dass eine vom Büro 2004 aufgenommene Kampagne, dem strafrechtlichen Tatbestand der üblen Nachrede in den Teilnehmerstaaten ein Ende zu machen, immer mehr Dynamik gewinnt. Zu Beginn der Kampagne gab es sechs OSZE-Teilnehmerstaaten, in denen üble Nachrede kein strafrechtlicher Tatbestand mehr war. Heute sind es deren elf: Armenien, Bosnien und Herzegowina, Estland, Georgien, Irland, Moldau, Rumänien, Ukraine, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich und Zypern. Trotzdem gibt es noch immer zahlreiche Journalisten, die, nur weil sie ihre Meinung geäußert hatten, hinter Gittern sitzen. In der gesamten Region werden sowohl strafrechtliche als auch zivilrechtliche Bestimmungen gegen üble Nachrede dazu missbraucht, Dissidenten zu bestrafen und den freien Informationsfluss einzuschränken.

Die Beauftragte wird auch ihre ganze weitere Amtszeit hindurch diese Bemühungen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen.

Hilfestellung für Regierungen bei der Bewältigung der technologischen Revolution. Angesichts der mit der Umstellung des terrestrischen Sendebetriebs von analog auf digital verbundenen Chancen und Tücken erstellte die Beauftragte 2010 eine umfassende OSZE-weite Analyse der relevanten rechtlichen, ordnungspolitischen und allgemein politischen Überlegungen. Der *Guide to the Digital Switchover* ist gedruckt und über die OSZE-Website auf Englisch (www.osce.org/fom/73720.pdf) und Russisch (www.osce.org/ru/fom/73721.pdf) erhältlich.

Meinungsfreiheit im Internet. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden die Neuen Medien, darunter die Meinungsfreiheit im Internet. Die Beauftragte nahm ein Projekt zur quantitativen Erfassung des Zustands der Meinungsfreiheit im Internet in Angriff und erstellte eine umfassende Matrix über Internetgesetze in der OSZE-Region. Im Dezember wurden erste Ergebnisse der Untersuchung veröffentlicht, der Abschlussbericht soll Anfang 2011 fertig sein. Unter anderem wird diese Studie einen Überblick über das bestehende nationale Recht betreffend die Meinungsfreiheit im Internet geben, die Einhaltung nationaler Internetgesetze an den bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf die Medienfreiheit messen und eine umfangreiche Datenbank aller im OSZE-Raum geltenden einschlägigen Gesetze schaffen.

In diesem Sinne nahm das Büro eine Reihe von Projekten zur Stärkung des Rechts der Menschen auf, mit Hilfe der neuen Technologien frei miteinander zu kommunizieren. Zu diesem Zweck nahmen die Beauftragte und ihre Mitarbeiter an Konferenzen zu Internetfragen teil, unter anderem am *Internet Governance Forum* in Wilna und an einer von Google

gesponserten Veranstaltung an der *Central European University* in Budapest zur Zukunft der freien Meinungsäußerung im Internet.

Juristische Unterstützung. Das Büro vermittelte den Teilnehmerstaaten auch in diesem Jahr Analysen von Rechtsexperten zu bestehenden und vorgeschlagenen Mediengesetzen, unter anderem zu folgenden:

- Armenien: Entwürfe zur Novellierung der Gesetze über üble Nachrede und der „Zusatz zum Kommentar zur Abänderung des Rundfunkgesetzes der Republik Armenien und zur Begutachtung des Konzeptentwurfs betreffend die Digitalisierung von Rundfunk und Fernsehen, die von den Experten der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit abgegeben wurde“
- Belarus: „Maßnahmen zur Verbesserung der Nutzung des nationalen Internet-segments“, „Ergänzende Leitlinien zum Präsidentenerlass zum Internet“ und „Kommentar zu jüngsten Dokumenten der Republik Belarus betreffend die Nutzung des nationalen Internetsegments“
- Ungarn: „Analyse und Bewertung eines Pakets ungarischer Gesetze und Gesetzesentwürfe zu Medien und Telekommunikation“
- Kirgisistan: „Aufbau eines öffentlichen Fernsehens und Rundfunks in der Kirgisischen Republik“
- Moldau: „Änderungsvorschläge zum Rundfunkgesetz der Republik Moldau“ und „Gesetzesentwurf über Meinungsfreiheit in Moldau“
- Türkei: „Regulierung von Internetveröffentlichungen und Verhütung von durch solche Veröffentlichungen begangene Straftaten“ (unter der Bezeichnung Internetgesetz der Türkei bekannt)

Die Beauftragte wird auch in Zukunft allen Teilnehmerstaaten die Möglichkeit bieten, sich für Gesetzesentwürfe und bestehende Gesetze im Medienbereich das Fachwissen des Büros zunutze zu machen.

Fortbildung. Das Büro sieht es als seine Pflicht an, den Medien bei der Verbesserung ihres fachlichen Know-hows Hilfestellung zu leisten, und veranstaltete zu diesem Zweck im April ein Fortbildungsseminar in Baku, an dem die Leiter von ministeriellen Informationsdiensten und Chefredakteure diverser Medien teilnahmen; Thema des Seminars waren die Beziehungen zwischen Regierung und Medien in einer demokratischen Gesellschaft. Das Büro war auch Mitveranstalter eines einwöchigen Lehrgangs für Kameraleute, Redakteure und Reporter, der im Juli in Taschkent (Usbekistan) stattfand.

In Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Moldau veranstaltete das Büro im September in Chişinău ein Seminar über Internetmedien. Zwanzig Journalisten von regionalen und überregionalen Zeitungen und Rundfunkanstalten, darunter aus Gagausien und Transnistrien, erörterten den Rechtsrahmen, die Vorteile und Risiken für den Beruf sowie die Nachhaltigkeit von Internetmedien.

Regionale Konferenzen. Das Büro setzte sich weiterhin für die Verbesserung journalistischer Standards ein und veranstaltete zu diesem Zweck Regionalkonferenzen in Duschanbe (Tadschikistan) und in Tiflis (Georgien). An den zweitägigen Konferenzen nahmen über 150 Journalisten, Medienfachleute, Regierungsbeamte, Volksvertreter, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem Südkaukasus und aus Zentralasien teil; mit internationalen Medienexperten wurden der Zugang zu Information, der ungehinderte Informationsfluss im Internet und regionale Medienentwicklungen erörtert. Weitere Konferenzen dieser Art sind geplant. 2011 soll eine zusätzliche solche Konferenz für den Balkan stattfinden.

Dunja Mijatović **OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit**

Dunja Mijatović war an der Gründung der Kommunikationsregulierungsbehörde von Bosnien Herzegowina im Jahr 1998 beteiligt und wirkte am Aufbau des rechtlichen und politischen Rahmens für Medien in der komplexen Nachkriegsgesellschaft mit. Sie trug auch zur Schaffung eines selbstregulierenden Presserats und zum Aufbau der ersten Helpline für freie Medien in Südosteuropa bei.

2007 wurde Mijatović Vorsitzende der Europäischen Plattform der Regulierungsbehörden, des weltweit größten Netzes von Medienregulierungsbehörden. Sie hatte dieses Amt bis zu ihrer Bestellung zur Beauftragten für Medienfreiheit inne.

Von 2005 bis 2007 war sie Vorsitzende der Expertengruppe des Europarats für Meinungs- und Informationsfreiheit in Krisenzeiten. In dieser Funktion war sie maßgeblich an der Ausarbeitung einer Erklärung des Ministerkomitees des Europarats zum Schutz und zur Förderung des investigativen Journalismus beteiligt. Sie spielte auch eine Schlüsselrolle bei der Ausarbeitung von Leitlinien zum Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit in Krisenzeiten.

Mijatović hat viel zum Thema „Neue Medien“ geschrieben. Sie arbeitete auch als Beraterin für Projekte im Zusammenhang mit Medienregulierung und neuen Technologien in Europa und im Nahen Osten.

Sie ist Absolventin der Universitäten Sarajewo und Bologna sowie der London School of Economics.

Die Beauftragte für Medienfreiheit: **Dunja Mijatović**
Haushalt: **1.392.600 EUR**
www.osce.org/fom

Das Sekretariat

Das Sekretariat

Das vom Generalsekretär geleitete Sekretariat der OSZE bemühte sich auch 2010, die Umsetzung von maßgeblichen OSZE-Beschlüssen sicherzustellen und den politischen Dialog und Verhandlungsprozess zwischen den Teilnehmerstaaten zu unterstützen. Es bot den Teilnehmerstaaten durch vielfältigste Aktivitäten in allen Dimensionen, mit denen es beauftragt wurde, operative Unterstützung. Es unterstützte alle Durchführungsorgane der OSZE dabei, in der ganzen Organisation ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen zu gewährleisten. In enger Zusammenarbeit mit dem kasachischen OSZE-Vorsitz war es um die Erfüllung der Ziele der Organisation und um Beständigkeit und die Erhaltung des institutionellen Gedächtnisses bemüht. Insbesondere unterstützte es den Vorsitz bei der Vorbereitung und Durchführung großer Veranstaltungen, darunter die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC), das informelle Ministertreffen in Almaty, die dreiwöchige Überprüfungs-konferenz und schließlich das OSZE-Gipfeltreffen von Astana am 1. und 2. Dezember 2010 – der erste OSZE-Gipfel seit 1999. Es leistete auch anderen Durchführungsorganen der OSZE Hilfestellung, um im gesamten Mandatsbereich der Organisation ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen zu fördern.

Auch in diesem Jahr unterstützte das Sekretariat den Vorsitz laufend bei der Organisation eines informellen Dialogs auf Botschafterebene über aktuelle und künftige Sicherheits-herausforderungen im euroatlantischen und eurasischen Raum, unter anderem durch wesentliche Beiträge im Rahmen des Korfu-Prozesses. Das Sekretariat und die Institutionen der OSZE stellten für diesen vom Ministerrat in Athen angestoßenen Prozess Expertise und Beiträge bereit und erstellten dafür auf Ersuchen unter anderem ein Konzept und Gedankenanstöße sowie Beiträge anderer Art. Verschiedene Dienststellen des Sekretariats unterstützten den kasachischen Vorsitz inhaltlich und organisatorisch bei der Vorbereitung und Durchführung der Überprüfungs-konferenz, insbesondere des Wiener Teiles, sowie bei der Vorbereitung und Durchführung des Gipfeltreffens von Astana.

Das Sekretariat setzte seine verlässliche administrative und operative Unterstützung für alle Feldeinsätze fort, die es ihnen zur Erfüllung ihrer Mandate und auch im Hinblick auf den effektiven und effizienten Einsatz der menschlichen und finanziellen Ressourcen zukommen ließ.

Auf die politischen Entwicklungen im südlichen Kirgisistan vom April und Juni 2010 reagierte die OSZE ohne Verzögerung. Auf Ersuchen der Kirgisischen Republik verabschiedete die Organisation ein Bündel von Krisenmaßnahmen, das ein Übergreifen der Spannungen in der Region verhindern und die Stabilisierung in der Zeit nach dem Konflikt fördern sollte. Die Initiative für kommunale Sicherheit (CSI), die vom Sekretariat in enger Abstimmung mit dem OSZE-Zentrum in Bischkek entwickelt wurde, stellt einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieser Maßnahmen dar und ist als wichtige Hilfestellung für die Regierung und Bevölkerung von Kirgisistan gedacht.

Trotz der Schließung des OSZE-Feldeinsatzes in Georgien im Jahr 2009 blieb das Sekretariat weiterhin aktiv in die internationalen Verhandlungen eingebunden, die nach den Ereignissen vom August 2008 aufgenommen wurden. Es trug auch weiterhin zu den Genfer Gesprächen bei, indem es den kasachischen Vorsitz in seiner Funktion als Kovorsitzender im Namen der OSZE unterstützte. Darüber hinaus war die OSZE 2010 auch Ko-Moderatorin der Arbeitsgruppe II (humanitäre Fragen).

Auch in diesem Jahr leistete das Sekretariat den Teilnehmerstaaten zu einem breiten Spektrum von Themenbereichen Hilfestellung und konzentrierte sich dabei auf dimensionsübergreifende Reaktionen auf Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen in der gesamten OSZE-Region. Diese umfassten Projekte und andere Aktivitäten zugunsten aller Teilnehmerstaaten, beispielsweise in folgenden Bereichen:

- Entsorgung von Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition einschließlich der Raketentreibstoffkomponente Mélange
- Verbesserung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements, insbesondere in Zentralasien
- Förderung von Maßnahmen gegen den Terrorismus, unter anderem durch öffentlich-private Partnerschaften
- polizeiliche Aktivitäten, unter anderem Bemühungen im Kampf gegen organisierte Kriminalität und illegale Drogen
- Förderung der Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich, unter anderem zu den Themen Good Governance, Verkehrswesen und Migrationssteuerung
- Bekämpfung des Menschenhandels, unter anderem durch die Bereitstellung von Experten für die strafrechtliche Verfolgung der Täter, Opferschutz und Präventivmaßnahmen
- Bemühungen um Gleichstellung der Geschlechter in allen Einrichtungen und Programmen der Organisation

Das Sekretariat ermöglichte mit einem wesentlichen Beitrag den aktiven Dialog mit den OSZE-Kooperationspartnern, unter anderem durch die Veranstaltung großer Jahreskonferenzen mit beiden Partnergruppen und durch ein verstärktes Zusammenwirken mit anderen Organisationen und Institutionen auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999. Das verstärkte Zusammenwirken der OSZE mit ihren internationalen Partnern bildete einen Schwerpunkt der Diskussionen unter den Teilnehmerstaaten im Rahmen des Korfu-Prozesses und auf der Überprüfungskonferenz, wobei das Sekretariat diese Gespräche mit allem unterstützte, was ihm zu Gebote stand.

Das Sekretariat sorgte weiterhin für eine effektive und effiziente Verwaltung der personellen und finanziellen Ressourcen der Organisation ebenso wie für die Förderung einer stärker strategisch und erfolgsorientierten Planung der Aktivitäten mithilfe ergebnisorientierter Führungsmethoden und bemühte sich um die reibungslose Umsetzung des Regelwerks der OSZE. Diese Bemühungen sind angesichts der abnehmenden Ressourcen der Organisation und der schwierigen äußeren finanziellen und ökonomischen Faktoren unverzichtbar, damit die Organisation die von den Teilnehmerstaaten erwarteten Ergebnisse erbringen kann.

Ausführlichere Berichte über die Aktivitäten des Sekretariats im Jahr 2010 finden sich in den nächsten Abschnitten, deren Abfolge dem Aufbau des Sekretariats entspricht: Büro des Generalsekretärs, Konfliktverhütungszentrum, Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Hauptabteilung Personalressourcen und Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen.

Haushalt 2010: **32.332.300 EUR**

Das Büro des Generalsekretärs

Zum Büro des Generalsekretärs gehören das Leitende Management, die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Abteilung Externe Zusammenarbeit, der Rechtsdienst, die Abteilung Genderfragen, das Sicherheitsmanagement, die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels und die Gruppe Terrorismusbekämpfung sowie das Büro für Innenrevision.

Das Leitende Management

Das Leitende Management unterstützte die Tätigkeit des Generalsekretärs und des kasachischen Vorsitzes durch Führungs- und Koordinationsaufgaben, um in den vielfältigen und auf lange Sicht geplanten Aktivitäten der Organisation für Kohärenz und Kontinuität zu sorgen. Die Arbeit des Leitenden Managements als Anlaufstelle für die interne Koordination und die tägliche Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitz und dem Sekretariat wird immer entscheidend von der jeweiligen OSZE-Agenda bestimmt und richtet sich nach den von den Teilnehmerstaaten vorgegebenen Aufgabenstellungen, wichtigen Entwicklungen im OSZE-Raum und den Prioritäten des Vorsitzes.

2010 sorgte das Leitende Management seitens des Generalsekretärs für eine proaktive und gut koordinierte Unterstützung für die Bemühungen des kasachischen Vorsitzes um die Fortsetzung des Korfu-Prozesses, einschließlich der Ausarbeitung von Konzeptentwürfen für einschlägigen Themen gewidmete Sitzungen und des Zwischenberichts des Vorsitzes, der die von den Teilnehmerstaaten vorgelegten konkreten Vorschläge zusammenfasst. Das Leitende Management stand dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten bei der Aushandlung und Formulierung der Beschlüsse des Ständigen Rates und des Ministerrats und im Hinblick auf die Abhaltung der Überprüfungskonferenz und des Gipfeltreffens von Astana unterstützend und mit fachlicher Kompetenz beratend zur Seite. Es leistete dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten wesentliche Unterstützung bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Gedenkerklärung von Astana, die von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Astana am 2. Dezember 2010 verabschiedet wurde.

Gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) unterstützte das Leitende Management den Vorsitz in seiner Funktion als Kovorsitz der Genfer Gespräche.

Das Leitende Management koordinierte die Bemühungen des Sekretariats um die Ausarbeitung des Konzepts der Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) für Kirgisistan. Es war auch federführend im Hinblick auf die Sicherstellung der zur Finanzierung des CSI-Projekts notwendigen außerbudgetären Beiträge sowie auf das Ersuchen an die Teilnehmerstaaten, die für dieses Unternehmen erforderlichen Polizeiberater zu entsenden. Das Leitende Management hielt die Teilnehmerstaaten in Zusammenarbeit mit dem KVZ über die Entwicklungen und Ergebnisse der CSI auf dem Laufenden. Es wird auch weiterhin diese koordinierende Rolle zwischen Sekretariat, OSZE-Zentrum in Bischkek und CSI wahrnehmen, um die Aufgaben, die ihm von den Teilnehmerstaaten gemäß Beschluss PC.DEC/947 übertragen wurden, zu Ende zu führen.

Das Leitende Management fungierte im Sekretariat als Anlaufstelle für die Koordinierung der Aktivitäten zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, die von den themen- und

programmbezogenen Dienststellen durchgeführt werden, und auch für die Erstellung des ersten Überblicks des Generalsekretärs über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen (April) und des anschließenden Berichts über die Umsetzung des Beschlusses MC.DEC/2/09 des Ministerrats von Athen (Juni).

Das Leitende Management unterstützte den Generalsekretär weiterhin bei der Umsetzung des Ministerratsbeschlusses von 2007 über das Engagement der OSZE für Afghanistan (MC.DEC/4/07/Corr.1). Für dieses langfristige Vorhaben war im Hinblick auf die Durchführung verschiedener Aktivitäten und Projekte in Bereichen wie der Stärkung des Grenzmanagements zwischen den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und Afghanistan, der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Aus- und Fortbildung von Grenzbeamten, Polizeibeamten und Drogenfahndern sowie Zollbeamten aus Afghanistan eine effiziente Koordination, auch über die Ad-hoc-Afghanistan-Arbeitsgruppe, zwischen den verschiedenen Dienststellen des Sekretariats und anderen Durchführungsorganen erforderlich.

Das Leitende Management setzte seine wichtige Koordinierungsfunktion im Sekretariat fort und war dem Generalsekretär bei der Wahrnehmung seiner Aufgabe als erster Verwaltungsbeamter der Organisation behilflich. Das Leitende Management sorgte nicht nur in der Arbeit der administrativen und programmbezogenen Teile der Organisation für Kohärenz, sondern unterstützte auch die Arbeit der Innenrevision und des Prüfungsausschusses der OSZE.

Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der OSZE-Gipfel von Astana, dem eine Überprüfungskonferenz und ein informelles Ministertreffen in Almaty vorausgingen, stand zusammen mit den Aktivitäten der OSZE in Kirgisistan ganz oben auf der Agenda der Organisation des Jahres 2010 und gab damit der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PPIS) Gelegenheit, die Öffentlichkeit erneut auf die Rolle, die Funktion und das Potenzial der Organisation im aktuellen Sicherheitsumfeld aufmerksam zu machen.

OSZE-Gipfel in Astana, 1. und 2. Dezember 2010. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten, das erste seit mehr als einem Jahrzehnt, das auf Initiative des kasachischen Vorsitzes zustande gekommen war, war das herausragende Ereignis dieses Jahres. Im Vorfeld des Gipfels leistete die PPIS Medienunterstützung und richtete Websites auf Russisch und Englisch für die dreiteilige Überprüfungskonferenz im Herbst 2010 in Warschau, Wien und Astana ein. Vor und während des Gipfeltreffens organisierte die PPIS zahlreiche Medienbriefings und Einzelinterviews in Wien, Astana, Paris, London und Moskau mit den Leitern von OSZE-Institutionen, dem Generalsekretär, dem Amtierenden Vorsitzenden und anderen hochrangigen Beamten und stellte darüber hinaus Meinungskolumnen und Informationsblätter zur Verfügung. Die PPIS stellte in Astana ein komplettes Pressezentrum für über 1000 Journalisten auf die Beine und produzierte eine eigene mehrsprachige Gipfelwebsite in allen sechs OSZE-Sprachen, auf der Live-Webcastings, Videoaufzeichnungen von mehr als 70 Reden, Fotostrecken und Hintergrundartikel abgerufen werden konnten. Die Website verzeichnete über 40.000 Zugriffe aus 120 Ländern. Eine Sonderausgabe des OSZE-Magazins mit Zusammenfassungen von allen bisherigen OSZE-Gipfeltreffen wurde in den sechs offiziellen OSZE-Sprachen gedruckt und auf dem Gipfel verteilt.

Engagement der OSZE in Kirgisistan. Nach den Unruhen in Kirgisistan von April und Juni bemühte sich die PPIS darum, die Bemühungen der OSZE um die Wiederherstellung der Stabilität ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Sie veranstaltete in Wien und in Bischkek Pressekonferenzen und Interviews mit dem Sondergesandten des Amtierenden Vorsitzenden, dem Direktor des Konfliktverhütungszentrums und in der Folge auch mit dem Amtierenden Vorsitzenden und verteilte Pressemitteilungen und -erklärungen. Für die OSZE-Website erstellte sie eine Fotostrecke und eine eigene Seite zur Lage in Kirgisistan, wobei die aktuellsten Entwicklungen auch Thema auf allen OSZE-Plattformen sozialer Medien waren. Gemeinsam mit dem Zentrum in Bischkek bemühte sich die PPIS um eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung der Vermittlungstätigkeit dreier Organisationen, der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der OSZE, sowie der Informationen im Zusammenhang mit der Entsendung von Polizeiberatern der OSZE nach Kirgisistan.

Wissenschaftliche Veranstaltungen. Zu den wichtigsten Zielgruppen, die die PPIS im Jahr 2010, in dem drei wichtige Jahrestage für die Geschichte der OSZE/OSZE begangen wurden, mit ihrer Arbeit erreichen wollte, gehörten Thinktanks und Wissenschaftler. In Zusammenarbeit mit der OSZE-Akademie und unterstützt durch den kasachischen Vorsitz, veranstaltete die PPIS am 12. Oktober ein eintägiges OSZE-Vortragsseminar in Bischkek. Über 55 Teilnehmer, unter ihnen namhafte Experten, erörterten das Verhältnis der OSZE zu Zentralasien in den letzten 20 Jahren und die Zukunftsaussichten der Region. Daraus entstand eine Publikation, die auf dem Gipfeltreffen von Astana verteilt und an Thinktanks und Wissenschaftler versandt wurde. Folgeveranstaltungen sind geplant, darunter ein Seminar in Wilna im Jahr 2011.

Das erste Treffen der Wiener Expertenrunde war der Auftakt zu einem Dialog zwischen OSZE, Thinktanks und Wissenschaftlern über die Rolle der OSZE für die künftige europäische Sicherheit. Das Treffen fand nach dem Gipfeltreffen von Astana am 12. und 13. Dezember 2010 in Wien unter Teilnahme von 16 internationalen Experten, Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten und OSZE-Beamten statt.

Start der völlig neu gestalteten OSZE-Website für die Öffentlichkeit. Die Vorbereitungen für die neu gestaltete OSZE-Website waren Ende 2010 rechtzeitig für den Start am 1. Januar 2011 abgeschlossen. Die bisherige Website übersiedelte nicht nur auf eine neue Plattform, sondern wurde auch mit neuen Features ausgestattet, ist nun mehrsprachig und bietet eine verbesserte Navigation sowie eine verbesserte Präsentation der unterschiedlichen Medien. Bis zum Relaunch betreute die PPIS die bisherige Website weiter und arbeitete parallel dazu an der Neugestaltung der neuen Website. Über 6000 Inhaltselemente (Websites, Dokumente, Fotos und Multimediaclips) kamen neu hinzu oder wurden auf der bestehenden Website aktualisiert, die weltweit rund 1 Million Zugriffe verzeichnete.

Die PPIS entwickelte auch ein Online-Forum für einen OSZE-Mediations-Workshop im Dezember in Wien, das eine virtuelle Community von praktizierenden Mediatoren aus den Vereinten Nationen und großen regionalen Organisationen aufbauen sollte.

Aus den Tätigkeiten im Jahr 2009 seien folgende herausgegriffen:

- Bereitstellung von Presseaussendungen, Meinungskolumnen, Interviews und Medienauftritten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen der OSZE, darunter das informelle Ministertreffen in Almaty (Kasachstan) im Juli, für das die Abteilung auch ein Pressezentrum für über 200 Journalisten einrichtete, die Konferenzen in Astana

über Toleranz und Nichtdiskriminierung (Juni) und Terrorismusbekämpfung (Oktober), eine Konferenz zu Energiesicherheit in Wilna (September) und eine Konferenz zum Kopenhagener Dokument in Kopenhagen (Juni). Die PPIS lieferte auch Medienunterstützung zu den laufenden Genfer Gesprächen nach dem Georgien-Konflikt von 2008, zum Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage sowie zu den Besuchsreisen des OSZE-Vorsitzenden.

- Veröffentlichung von vier Ausgaben des *OSZE-Magazins*, mit thematischen Schwerpunkten und Interviews wie der Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen, Menschenrechtsverpflichtungen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. Das *OSZE-Magazin* erschien auf Englisch und Russisch mit einer durchschnittlichen Gesamtauflage von 16.500 Exemplaren und wurde an Delegationen, Feldoperationen und über 5000 Abonnenten verteilt; in Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch ist es auch auf der öffentlichen OSZE-Website abrufbar.
- Organisation eines Fotowettbewerbs zum Thema Toleranz und Nichtdiskriminierung, der vom Vorsitz initiiert und finanziert wurde. Im Juni reisten die Gewinner zu einer feierlichen Preisverleihung und Ausstellung der Bilder nach Astana. Die prämierten Fotos wurden ebenso wie die Bilder, die die Endrunde erreicht hatten, im Oktober in Wien gezeigt, auf YouTube gestellt und für den OSZE-Kalender 2011 verwendet.
- Präsentation der OSZE für rund 80 Gruppen von insgesamt über 1900 Besuchern aus 25 OSZE-Teilnehmerstaaten, Kooperationspartnerländern und internationalen Organisationen.
- Vorbereitung und Gestaltung der Auftritte in den wichtigsten sozialen Medien – YouTube, Facebook und Twitter – sowie auf Picasa, einem Online-Programm zur gemeinsamen Nutzung von Fotos. Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte sich die Zahl der Zugriffe auf YouTube auf 60.000. Die OSZE-Fangemeinde auf Facebook nahm um 10 Prozent zu und zählt derzeit über 15.500; Twitter hat mit 3000 OSZE-Fans doppelt so viele wie im Vorjahr.
- Herausgabe des monatlichen Newsletters *OSCE Highlights*, der mehr als 1200 Journalisten und andere Abonnenten gezielt über bevorstehende Veranstaltungen und Tätigkeiten der OSZE an den verschiedenen Orten informiert.
- Organisation eines Runden Tisches zu öffentlichen Angelegenheiten für Teilnehmer aus OSZE-Feldoperationen und –Institutionen im März, bei dem die wichtigsten Themen der künftigen Kommunikationsstrategie besprochen wurden.

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit

Die zum Büro des Generalsekretärs gehörende Abteilung Externe Zusammenarbeit ist die erste institutionelle Anlaufstelle im Sekretariat für die 12 OSZE-Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum sowie für alle anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen. Die Abteilung ist federführend in Bezug auf die inhaltliche Beratung und organisatorische Unterstützung des OSZE-Vorsitzes, der Troika und des Generalsekretärs im Hinblick auf den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten und die Umsetzung der Modalitäten für die Zusammenarbeit mit anderen

Organisationen und Institutionen im Einklang mit der Plattform für kooperative Sicherheit 1999. Darüber hinaus sorgt sie für die interne Koordinierung in Fragen der externen Zusammenarbeit zwischen den Hauptabteilungen des Sekretariats und den drei OSZE-Institutionen, die sie mit einschlägige Informationen und Hilfestellung unterstützt.

Neben ihrer normalen Tätigkeit stellte die Abteilung Externe Zusammenarbeit 2010 dem OSZE-Vorsitz, der Troika und den Teilnehmerstaaten Analysen und inhaltliche Expertise für ihre Gespräche zur Umsetzung des Athener Ministerratsbeschlusses über die Förderung des Korfu-Prozesses (MC.DEC/1/09) ebenso wie für die Sitzungen der Überprüfungskonferenz und die Vorbereitungen des Gipfeltreffens von Astana zur Verfügung.

Insbesondere arbeitete die Abteilung eng mit dem Vorsitz und dem litauischen Koordinator des Korfu-Prozesses zusammen, die sie mit Hintergrundinformationen und vorausschauenden Analysen versorgte. Dazu gehörten auch Informationen zur Vorbereitung der informellen Botschafterklausur am 15. Mai, deren Schwerpunkt die Interaktion der OSZE mit anderen Organisationen und Institutionen auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit 1999 bildete. Für die Teilnehmerstaaten erarbeitete und verteilte die Abteilung auch zwei Hintergrunddokumente, die einen Überblick über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Beziehungen der OSZE mit ihren Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum sowie der Zusammenarbeit der OSZE mit anderen Organisationen und Institutionen geben. Sie lieferten das Diskussionsmaterial für die beiden Sitzungen zu diesem Thema der Wiener Überprüfungskonferenz am 22. Oktober. Darüber hinaus war der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit einer der beiden Eröffnungsredner der Sitzung zum Thema Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen.

Die Abteilung stellte ihr Fachwissen nicht nur den Teilnehmerstaaten zur Unterstützung ihres strategischen politischen Dialogs im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana zur Verfügung, sondern führte daneben auch ihre reguläre Arbeit zur Erhaltung des Dialogs und zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen fort.

Zwei Veranstaltungen verdienen besondere Erwähnung. Die Abteilung leistete Hilfestellung bei der Organisation des jährlichen Dreiertreffens auf hoher Ebene der Vereinten Nationen, des Europarats und der OSZE zum Thema Gender und umfassende Sicherheit, das vom OSZE-Generalsekretariat im Juni in Wien veranstaltet wurde. Der Workshop über präventive und stille Diplomatie, Dialogerleichterung und Mediation im Dezember stellte einen weiteren Höhepunkt dieses Jahres dar, bei dem hochrangige Vertreter der Vereinten Nationen und einer großen Zahl regionaler Organisationen aus der ganzen Welt erstmals in Wien zusammenkamen. Vor und während der Veranstaltung leistete die Abteilung konzeptionelle und organisatorische Unterstützung; derzeit ist sie mit deren umfassender Nachbereitung beschäftigt.

Wie in der Maastricht-Strategie 2003 gefordert, hielt die Abteilung Externe Zusammenarbeit auch weiterhin den eingeführten Rahmen der regelmäßigen Zusammenarbeit auf hoher Ebene und Arbeitsebene mit UNO, Europäischer Union, NATO und Europarat aufrecht. Sie stand in dynamischem Kontakt mit einer Reihe anderer internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen, Institutionen und Initiativen, die sich mit der Förderung der umfassenden Sicherheit im OSZE-Raum befassen, und erleichterte den Erfahrungsaustausch der OSZE mit interessierten regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums. Die Abteilung

unterstützte den Vorsitz aktiv bei Einladungen an Leiter anderer Organisationen, wie der Vereinten Nationen, des Europarats, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, der Organisation amerikanischer Staaten und der Organisation der Islamischen Konferenz, eine Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE oder bei einer gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates zu halten. Im Januar vertrat der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit die OSZE bei einer Debatte mit regionalen Organisationen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York. Schließlich unterstützte die Abteilung die Teilnahme des Generalsekretärs am dritten Weltforum der Allianz der Zivilisationen in Rio de Janeiro im Mai sowie am dritten Gipfeltreffen der Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien im Juni in Istanbul.

Auch in diesem Jahr war die Abteilung um die Stärkung des Dialogs zwischen den Kooperationspartnern und den OSZE-Teilnehmerstaaten im Einklang mit der Ministererklärung von Madrid zu den Kooperationspartnern der OSZE (MC.DOC/1/07) bemüht. Das ganze Jahr hindurch unterstützte sie die Arbeit der beiden Kontaktgruppen ebenso wie die Treffen der Troika mit den Kooperationspartnern im Zuge des OSZE-Gipfels in Astana.

Die Abteilung organisierte die beiden wichtigsten jährlichen Veranstaltungen mit den Kooperationspartnern: die OSZE/Republik Korea-Konferenz „Die Vorstellungen der OSZE und der asiatischen Kooperationspartner von einem umfassenden Sicherheitsansatz“, die im Mai in Seoul stattfand, und die Mittelmeerkonferenz „Der Dialog über die Zukunft der europäischen Sicherheit – eine Perspektive für den Mittelmeerraum“, die im Oktober in Malta abgehalten wurde.

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit nahm auch in diesem Jahr ihre Rolle als leitender Projektmanager des Partnerschaftsfonds wahr und hielt Verbindung mit den einzelnen Projektleitern und Gebern. Der Fonds wurde im Laufe des Jahres zur Finanzierung von acht Projekten in Bereichen wie Grenzmanagement, Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel, multilaterale Sicherheit in Nordostasien, Genderfragen, Personalressourcen und Engagement in Afghanistan herangezogen. Der Fonds ermöglichte auch die verstärkte Teilnahme von Vertretern aus den Kooperationspartnerländern, insbesondere Afghanistan, an OSZE-Aktivitäten.

[CHART]

Übliche Tätigkeit des Rechtsdienstes (*Beispiel aus dem 3. Quartal 2010*)

Vertragsfragen

Privilegien

Personalstatut

Vereinbarungen

Personalfragen und Schiedsgremium

Diverses

Umsetzung

Regulierungsmanagement

Verwaltung

Allgemeine Fragen des internationalen öffentlichen Rechts

Finanzinstruktionen und -vorschriften

Außerbudgetäre Projekte

[CHART]

Der Rechtsdienst

Auch 2010 erfüllte der Rechtsdienst eine wesentliche Funktion in der Unterstützung des Vorsitzes bei der Stärkung der völkerrechtlichen Stellung der Organisation. Der Rechtsdienst leistete Beiträge zu vier informellen Gesprächsrunden und mehreren Arbeitssitzungen, die von der Persönlichen Beauftragten für die rechtliche Grundlage der OSZE, Ida Van Veldhuizen-Rothenbücher, organisiert wurden. Höhepunkt dieses Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten waren die Diskussionen während des Gipfeltreffens von Astana 2010.

Darüber hinaus stellte der Rechtsdienst die notwendige juristische Fachberatung für wichtige Projekte zur Verfügung, unter anderem im Zusammenhang mit dem Engagement der OSZE für Afghanistan sowie der Aus- und Fortbildung afghanischer Polizeibeamter nach der Train the Trainer-Methode in verschiedenen Ländern (unter anderem in Kasachstan, der Türkei und in Russland), mit beiden Phasen (IIIA und IIIB) des erfolgreich abgeschlossenen Mélange-Entsorgungsprogramms in der Ukraine, mit dessen Hilfe mehr als 5000 Tonnen Mélange (eine flüssige Raketentreibstoffkomponente) in ukrainischen Lagerstätten sicher beseitigt wurden, mit den Vorbereitungsphasen für die Polizeipräsenz der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan, der Arbeit der Stabsakademie für Grenzmanagement, der Stärkung der Modalitäten des Büros des Koordinators der OSZE für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten für das Zusammenwirken mit anderen internationalen Organisationen im Rahmen der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC, sowie mit der Evaluierung der Auswirkungen des österreichischen Sozialversicherungsträgers Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) für das Personal.

2010 unterstützte der Rechtsdienst erneut die Umsetzung und Verbesserung des gemeinsamen Verwaltungsregelwerks CRMS. Er arbeitete insbesondere einen ersten Entwurf für eine Dienstanweisung betreffend die Weitergabe von Informationen an Dritte aus, ebenso wie Vorschläge und Anleitungen für die Reform des Archivverwaltungssystems der Organisation. Der Rechtsdienst leistete wesentliche Beiträge zum Personalstatut samt Dienstordnung und für dessen Anwendung auf Personalfragen und auch betreffend den ethischen Rahmen der OSZE sowie die Finanzvorschriften. Darüber hinaus trug der Rechtsdienst auch wesentlich zur Überarbeitung von P/FAI Nr. 6 betreffend Beschaffungswesen und Auftragsvergabe sowie zum *Procurement and Contracting Management Manual* bei. Ferner gab er auch Rechtsgutachten zu einem breiten Themenspektrum ab und war bei Fragen betreffend bilaterale Abkommen mit Gastländern, Vorrechte und Immunitäten, Besteuerung örtlicher Mitarbeiter, Gerichtersuchen, CRMS-Auslegungsfragen und diverse vertrags- und projektbezogene Angelegenheiten behilflich. Auch stellte er verschiedene Musterverträge zum Beispiel für Mietverträge, Zuschuss- und Kooperationsabkommen zur Verfügung.

Auch in diesem Jahr war der Rechtsdienst um Kontakte zur großen OSZE-Gemeinschaft bemüht und hielt am 16. und 17. September seinen jährlichen Runden Tisch zu Rechtsfragen in Wien ab. Teilnehmer aus der gesamten Organisation erörterten dabei ein breites Themenspektrum, darunter den rechtlichen Rahmen und rechtliche Aspekte der Finanzvorschriften der OSZE, strittige Personalfragen, Datenschutz, Archivverwaltung und Informationspolitik, Auftragsvergabe unter Einhaltung geltender Rechtsvorschriften, Risikomanagement und rechtliche Auswirkungen und Abänderungen des Personalstatuts samt Dienstordnung. Zum Newsletter des Rechtsdienstes gab es auch 2010 positive Rückmeldungen, er wird nach wie vor gut angenommen. Der Rechtsdienst profilierte sich auch verstärkt nach außen hin und nahm an einer vom Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften organisierten

Konferenz teil, auf der Juristen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen vertreten waren.

Die Abteilung Genderfragen

Die Abteilung Genderfragen unterstützt die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Durchführungsorganen der OSZE und setzt sich für die Berücksichtigung männlicher wie weiblicher Sichtweisen in allen Dimensionen, insbesondere in der politisch-militärischen sowie der Wirtschafts- und Umweltdimension, ein.

Bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter wurden 2010 wesentliche Fortschritte verzeichnet. Zum ersten Mal in der Geschichte der OSZE erreichte der Anteil von Frauen in Führungspositionen 30 Prozent. Darüber hinaus wurde zum zweiten Mal in der Geschichte der OSZE eine Frau als Leiterin einer Institution bestellt. Immer mehr Projekte zur ersten und zweiten Dimension erhielten in den Feldoperationen eine Genderkomponente; und das Forum für Sicherheitskooperation konnte im Jahr 2010 den OSZE-Aktionsplan für Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DEC/0002/10) mit einer Genderperspektive beschließen.

Die Abteilung Genderfragen leistete mehreren OSZE-Feldoperationen Hilfestellung bei der Integration einer Genderperspektive in ihre Polizeiprogramme, darunter mit einem Kurs für OSZE-Mitarbeiter zu Genderaspekten in der begleitenden Kontrolle der Arbeit der Kosovo-Polizei. In Armenien war die Abteilung bei der Erstellung eines Aktionsplans behilflich, der Empfehlungen für die Aufnahme einer geschlechterspezifischen Sichtweise in die nationale Polizeistrategie enthält. Mitarbeiter des OSZE-Zentrums in Baku, der Mission in Bosnien und Herzegowina und des Büros in Tadschikistan erhielten direkte technische Unterstützung bei der Umsetzung geschlechtsspezifischer Verpflichtungen der OSZE im Rahmen ihrer Außenstellenprogramme.

Angesichts der starken Nachfrage nach praxisbezogenen Hilfsmitteln seitens der Mitarbeiter und Partner der OSZE entwickelte die Abteilung ein CD-Toolkit mit dem Titel *Gender matters in the OSCE*. Dieses gibt einen Überblick über die wichtigsten Genderkonzepte, die Methoden des Gender Mainstreaming sowie praktische Beispiele aus OSZE-Projekten in allen drei Dimensionen. Die Abteilung nahm die Produktion eines elektronischen Newsletters *The Gender Monitor* auf, über den der Austausch von Erfahrungen und Best Practices zwischen den Feldoperationen, Institutionen und anderen Partnern ermöglicht werden soll; der Newsletter erschien 2010 dreimal.

Gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation und dem Sicherheitsausschuss wurden mehrere Diskussionsrunden zum Thema Gender und Sicherheit veranstaltet. Die Abteilung erstellte Beiträge zu anderen Sitzungen des Wirtschafts- und Umweltausschusses, zum Wirtschaftsforum in Prag, zu den Treffen mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum und zum Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension sowie zum Dreiertreffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen, dem Europarat und der OSZE, das in diesem Jahr unter dem Motto „Gender und umfassende Sicherheit – Erfahrungen und Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit“ standen.

www.osce.org/gender

Das Sicherheitsmanagement

Eine der größten Herausforderungen des Jahres 2010 war die Krise in Kirgisistan mit ihren Auswirkungen in Bezug auf Sicherheit und Schutz der Mitarbeiter, Gebäude und Operationen der OSZE. Das Sicherheitsmanagement erarbeitete zusammen mit dem Zentrum in Bischkek, der Außenstelle in Osch und den Abteilungen des Sekretariats entsprechende Sicherheitsleitlinien, um die Sicherheit der nationalen und internationalen OSZE-Mitarbeiter zu gewährleisten. Im Zuge dessen kam es auch zu zwei Sicherheitsmissionen nach Kirgisistan. Das Krisenmanagementteam im Sekretariat und der Kirgisistan-Arbeitsstab hielten von April bis Ende 2010 zahlreiche Treffen, die hauptsächlich dieser Frage gewidmet waren. Das Sicherheitsmanagement trug auch zur Besetzung, Auswahl und Einstellung von Sicherheitsbeauftragten für den Außendienst für das Zentrum in Bischkek und für die Initiative für kommunale Sicherheit des Zentrums in Bischkek und der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten bei.

Das Sicherheitsmanagement setzte die bereits eingeführte Praxis fort, neuen OSZE-Mitarbeitern im Rahmen des Allgemeinen Orientierungsprogramms das System des OSZE-Sicherheitsmanagements vorzustellen und spezielle Einweisungen für mit Sicherheitsaufgaben betraute Bedienstete und Missionsmitarbeiter zu geben. Die Teilnehmer an den regionalen Missionsleitertreffen wurden über den neuesten Stand in Bezug auf Schutz und Sicherheit und die jüngsten Sicherheitsentwicklungen in der OSZE informiert. Für Feldoperationen stellte das Sicherheitsmanagement vor Ort theoretische und praktische Kurse für die Durchsicherung von Fahrzeugen und den Umgang mit Minen und improvisierten Sprengkörpern bereit.

Beim siebten jährlichen Treffen der OSZE-Sicherheitsbeauftragten am 11. und 12. November in Wien hielten Gastredner der schwedischen Verteidigungsakademie und der Vereinten Nationen Vorträge über die neuen weltweiten Sicherheits Herausforderungen und das neue Sicherheitsstufen-System der Vereinten Nationen. Die Teilnehmer wurden auch um Beiträge für ein *Security Operations Manual* der OSZE ersucht, das derzeit ausgearbeitet wird.

Die Aktivitäten des Sicherheitsmanagements umfassten 2010:

- Fortsetzung der Inspektion von Institutionen und Feldoperationen zur Unterstützung der Einhaltung der grundlegenden Sicherheitsdokumente
- Unterstützung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte bei der Risikobewertung für die Wahlunterstützungsmission nach Afghanistan
- Hilfestellung für Feldoperationen bei der Beurteilung von für die Organisation in Frage kommender Gebäude
- Ausbildung des Sicherheitspersonals von Feldoperationen und insbesondere Koordinierung der externen Ausbildung für die Mission im Kosovo in *First Responder Hostage Negotiation*
- Abgabe von Empfehlungen für die Auswahl der Teilnehmer an externen Sicherheitsausbildungen in Absprache mit der Unterabteilung Schulung der Hauptabteilung Personalressourcen

Weitere Tätigkeiten des Sicherheitsmanagements:

- regelmäßige Abgabe von Empfehlungen betreffend Gefahrenzulagen
- Teilnahme an anderen Treffen, bei denen Schutz- und Sicherheitsfragen auf der Tagesordnung standen (Afghanistan und Störungen des Luftverkehrs durch Vulkanaktivitäten in Island)

Das Sicherheitsmanagement verstärkte seine Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für Sicherheit (UNDSS) in New York. Im Zuge dessen sorgte das Sicherheitsmanagement durch einen Vertrag für die Möglichkeit, auf CD-ROM erhältliche Sicherheitsausbildungsprogramme der Vereinten Nationen für das gesamte OSZE-Personal verwenden zu können, stellte den Kontakt mit der politischen Abteilung der UNDSS her, damit das Sicherheitsmanagement der OSZE über die neuesten Entwicklungen der Sicherheitspolitik der Vereinten Nationen auf dem Laufenden gehalten wird, und pflegte die Verbindungen zu den Gruppen Bedrohung und Risiko sowie posttraumatische Stressbewältigung und zum Exekutivmanagement.

Das Sicherheitsmanagement traf regelmäßig mit Vertretern der Strafverfolgungsbehörden und anderen internationalen Partnerorganisationen teils in Wien, teils in den Ländern, in denen die OSZE über Feldoperationen verfügt, zu einem Informationsaustausch über Sicherheitsfragen zusammen.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten

Eine durch Polizeiarbeit abgesicherte wirksame Rechtstaatlichkeit ist für die Entwicklung unverzichtbar und für Krisenmanagement und Konfliktfolgenbeseitigung unerlässlich. Die Europäische Sicherheitscharta und verschiedene Beschlüsse des Ministerrats und des Ständigen Rates der OSZE bekräftigen die entscheidende Bedeutung einer wirksamen Polizeiarbeit für eine nachhaltige Entwicklung und zur Bekämpfung von Terrorismus, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Internetkriminalität, Drogenhandel, sexueller Ausbeutung von Kindern und Menschenhandel. Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) setzte daher 2010 ihre Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten und die OSZE-Feldoperationen durch die Erleichterung polizeibezogener Aktivitäten der OSZE, die Entwicklung von kompetenzbildenden Programmen, das Aus- und Fortbildungsangebot sowie Bereitstellung von Expertenberatung und die Verstärkung der regionalen Polizeizusammenarbeit fort.

Die SPMU widmete einen wesentlichen Teil ihrer Energie der Erstellung des Analyseberichts *Weitere Stärkung der polizeibezogenen Aktivitäten der OSZE*. Dieses Dokument enthielt einen Zukunftsausblick und strategische Empfehlungen und wurde auf dem jährlichen Polizeiexpertentreffen 2010 (20. und 21. Mai) und der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (14. und 15. Juni) in Wien eingehend erörtert.

Die SPMU erstellte auch regelmäßige Jahresberichte über die Polizeiaktivitäten und Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf Grundlage von Informationen der Durchführungsorgane und brachte diese zur Verteilung.

Neue Veröffentlichungen. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Polizei und den Gemeinschaften der Roma und Sinti bildete den Schwerpunkt eines von der SPMU in

Zusammenarbeit mit der Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte herausgegebenen Leitfadens *Good Practices in Building Trust and Understanding*.

Im Wissen um die Vorteile der bürgernahen Polizeiarbeit als Instrument zur Verbrechenverhütung und zur Identifizierung von Opfern des Menschenhandels nahm die SPMU mit dem Ziel der Erstellung eines einschlägigen Handbuchs Recherchen auf und organisierte Diskussionsrunden von Fachleuten. Am 19. November fand in Wien ein Expertentreffen zur Begutachtung des Handbuchentwurfs statt.

Pragmatische Arbeiten zur Unterstützung der OSZE-Bemühungen im Bereich Polizeiarbeit. Die SPMU setzte ihre Öffentlichkeitsarbeit, den Aufbau von Kapazitäten und das Aus- und Fortbildungsangebot als Teil ihrer Bemühungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des illegalen Drogenhandels, des Menschenhandels und der Internetkriminalität fort und trat auch für die einschlägigen internationalen Übereinkünfte ein. Die Aktivitäten umfassten unter anderem Folgendes:

- eine Konferenz über den Kampf gegen die Bedrohung durch illegale Drogen und die Verstärkung der Kontrolle von Vorläuferstoffen (Wien, 8. und 9. Juli)
- einen regionalen Workshop für Zentralasien zum Thema „Internationale strafrechtliche Zusammenarbeit in Bezug auf die Rückverfolgung und Beschlagnahme von Vermögenswerten aus Verbrechen“ (Almaty, 20. bis 22. Juli)
- einen regionalen Workshop hochrangiger Experten zum Thema „Umfassende Zusammenarbeit bei der Eindämmung des Angebots an synthetischen Drogen in der Ostseeregion“ (Wilna, 20. und 21. Oktober)
- einen regionalen Schulungskurs für Ermittlungen gegen Internetkriminalität für Polizeiermittler (Belgrad, 1. bis 19. November)

Die SPMU verstärkte auch ihre Hilfestellung für die afghanische Nationalpolizei, für die sie fünf Aus- und Fortbildungskurse in Domodedowo, Duschanbe und Almaty veranstaltete, in deren Verlauf 60 afghanische Polizeibeamte an speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Ausbildungsprogrammen teilnahmen.

Die im weit verbreiteten Handbuch der SPMU *Guidebook on Democratic Policing and Good Practices in Building Police-Public Partnerships* enthaltenen Grundsätze einer demokratischen Polizeiarbeit waren Gegenstand eines regionalen Workshops für demokratische Polizeiarbeit in Sarajewo (30. September und 1. Oktober). Der Workshop beschäftigte sich in erster Linie mit Management- und Organisationsfragen im Zusammenhang mit einer demokratischen Polizeireform.

Die SPMU unterstützte die OSZE-Feldoperationen bei der Durchführung von Aus- und Fortbildungskursen zur Bekämpfung des Menschenhandels und bei der Umsetzung von Projekten für bürgernahe Polizeiarbeit in den OSZE-Büros in Baku, Minsk und der Ukraine sowie bei der Ermöglichung von Aus- und Fortbildungsaktivitäten für die Polizei im OSZE-Zentrum in Aschgabat. Darüber hinaus veranstaltete die SPMU regelmäßige Treffen in Wien für die Leiter der OSZE-Abteilungen, die sich mit Strafverfolgung beschäftigen

(18. und 19. Mai und 12. und 13. Oktober), bei denen Fragen der gegenseitigen Unterstützung erörtert wurden.

Zusätzliche Bemühungen der SPMU. Im Anschluss an die Unruhen unter der Zivilbevölkerung und die ethnischen Zusammenstöße in Kirgisistan vom April und Juni war die SPMU bei der Koordinierung der OSZE-Unterstützung im Land behilflich. Die Initiative für kommunale Sicherheit (die ehemalige Polizeiberatergruppe), ein internationales Team von 30 Polizeibeamten, sollte hauptsächlich im Süden des Landes zum Einsatz kommen und dort zu den Bemühungen um den Aufbau von Vertrauen und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und Volksgruppen beitragen.

Auf Ersuchen von Belarus bat der Generalsekretär die SPMU um Prüfung der Prozessakten im Zusammenhang mit dem Tod eines Journalisten in Minsk. Vom 25. bis 29. Oktober wurden zwei Gerichtsmediziner nach Belarus entsandt, die im November ihre Beurteilung abschlossen.

Überprüfung des POLIS-Systems. Die SPMU nahm eine umfassende Aktualisierung des Online-Informationssystems für Polizeiarbeit (POLIS) vor, das 2006 in Betrieb gegangen war. POLIS umfasst eine aus über 1100 Dokumenten bestehende digitale Bibliothek sowie eine Datenbank mit 441 verfügbaren Polizeixperten. Der Großteil des Materials, darunter die oben angeführten Publikationen und Berichte, können unter www.polis.osce.org heruntergeladen werden.

Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels

Im März 2010 übernahm Maria Grazia Giammarinaro ihr Amt als Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels. Die Sonderbeauftragte war seither aktiv um die verstärkte politische Profilierung des Kampfes gegen den Menschenhandel bemüht und forderte eine neue Sichtweise in Bezug auf diese komplexe Frage; ausgehend von der dimensionsübergreifenden Natur des Mandats verstärkte sie sowohl die Koordinierung innerhalb der Organisation als auch die Kooperation nach außen und nahm strategische Beziehungen zu unterschiedlichsten Akteuren der Zivilgesellschaft auf, um dem Menschenhandel besser vorbeugen und ihn bekämpfen zu können.

Ausgehend von dem Faktum, dass Menschenhandel kein vernachlässigbares Phänomen darstellt, insbesondere wenn es dabei um Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung geht, versteht die Sonderbeauftragte Menschenhandel als im großen Umfang betriebene moderne Sklaverei und eine ernstzunehmende grenzüberschreitende Bedrohung der Sicherheit. Die Sonderbeauftragte forderte in diesem Jahr eine bessere Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels, einschließlich des OSZE-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels, nationaler Gesetze und Strategien gegen den Menschenhandel. Darüber hinaus trat sie dafür ein, die im letzten Jahrzehnt geschaffenen Mechanismen wirksamer und in größerem Umfang einzusetzen.

Die Sonderbeauftragte ging bei allen ihren Aktivitäten entschlossen von einem menschenrechtlichen Ansatz aus. Absolute Priorität räumte sie der Verhütung ein, wofür sie umfangreichere Forschungsarbeiten, eine stärker zielgruppenorientierte Bewusstseinsbildung unter Zuhilfenahme neuer Instrumente und verstärkte Strategien für den Schutz von Kindern und die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte samt begleitender Maßnahmen zur

sozialen Wiedereingliederung und Stärkung von Opfern des Menschenhandels forderte. Eine besonders erwähnenswerte Aktion in diesem Sinne war ihr öffentliches Eintreten für diese Anliegen in einer Rede, die sie zum Start des Weltaktionsplans der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Menschenhandels (31. August) vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen hielt.

Die Sonderbeauftragte stützte sich besonders auf den dimensionsübergreifenden Ansatz ihres Mandats und suchte nach weiteren Möglichkeiten für verstärkte Aktivitäten der OSZE. So berief sie ein eintägiges Koordinierungstreffen der Kontaktstellen zur Bekämpfung des Menschenhandels in den Organen, Institutionen und Feldoperationen der OSZE ein, um den aktuellen Stand in der gesamten OSZE-Region zu erheben und voneinander aus den Erfahrungen und bewährten Praktiken im Umgang mit dem Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung zu lernen und Menschenhandel in jeglicher Form zu verhindern.

In Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und maßgeblichen Feldoperationen veranstaltete die Sonderbeauftragte ein eintägiges regionales Treffen nationaler Koordinatoren für die Bekämpfung des Menschenhandels zum Thema Verhütung des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung. Offizielle Vertreter aus 13 Ländern kamen am 29. Oktober zu diesem Treffen in Wien, dessen Schwerpunkt die Erörterung von Herausforderungen in den Bereichen Verhütung, Schutz und Strafverfolgung sowie Zugang zum Recht und Wiedergutmachung für Opfer bildete.

Gemeinsam mit der Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten organisierte das Büro der Sonderbeauftragten zahlreiche Schulungsprogramme für Strafverfolgungs-, Justiz- und Grenzbehörden in der ganzen OSZE-Region. Die Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten wurde in den Bereichen geschlechtsspezifische Arbeitsmigration, Korruption und Geldwäsche sowie Menschenhandel weiter ausgebaut.

Ein verstärktes Anliegen der Sonderbeauftragten war die Intensivierung der Partnerschaft mit internationalen Organisationen, sowohl bilateral als auch im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel. Das ganze Jahr hindurch bemühte sich das Büro der Sonderbeauftragten auch um eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Lenkungsausschuss von UN.GIFT und trug zu dessen zahlreichen Aktivitäten bei, wie zur Veröffentlichung des neue Forschungsergebnisse enthaltenden Berichts *Analysing the Business Model of Trafficking in Human Beings to Better Prevent the Crime*. Wesentliche Schritte wurden zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Agenturen der Vereinten Nationen, der Internationalen Organisation für Migration, der Europäischen Union, dem Exekutivkomitee der GUS und anderen Organisationen unternommen. Die Beziehungen zum Europarat und seinem unabhängigen Monitoring-Mechanismus GRETA wurden auf eine neue Ebene der Zusammenarbeit gehoben.

Die Sonderbeauftragte berief eine hochrangige Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel in Wien ein (17. bis 18. Juni), die dem Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung als Dienstboten gewidmet war und deren Ergebnisse in das vierte *Occasional Paper* mit dem Titel *Unprotected Work, Invisible Exploitation: Trafficking for the Purpose of Domestic Servitude* einfließen. Mehr als 250 Personen nahmen an der Konferenz teil, zu deren Eröffnung eine Fotoausstellung mit dem Titel *Esclavage domestique*, gefolgt vom Dokumentarfilm *Vous êtes servis*, gezeigt wurde, der das harte Leben von Migrantinnen schildert, die im Haushalt ausgebeutet werden.

Die Sonderbeauftragte richtete einen Appell an die Teilnehmerstaaten, Maßnahmen zu ergreifen, um die kulturellen, sozialen, politischen und legislativen Rahmenbedingungen in ihren Ländern dieser neuen Sichtweise des Menschenhandels als moderner Form der Sklaverei anzupassen, und führte dazu im Zuge ihrer Länderbesuche und anderer Veranstaltungen sowie bei Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Gespräche mit hochrangigen Beamten. Diese Treffen ebneten den Weg für besser koordinierte Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels im Jahr 2011.

Sonderbeauftragte: **Maria Grazia Giammarinaro**

www.osce.org/cthb

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung

Auch 2010 setzte sich die Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) mit einem breiten Spektrum terroristischer Bedrohungen auseinander. Auf Ersuchen des Vorsitzes, der Teilnehmerstaaten und des Generalsekretärs befasste sich die Gruppe mit Fragen wie der Sicherheit von Reisedokumenten, dem Schutz kritischer Energieinfrastruktur, öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) bei der Bekämpfung des Terrorismus, dem internationalen rechtlichen Rahmen für die Terrorismusbekämpfung und der Internetsicherheit.

Die Gruppe organisierte, unterstützte oder förderte 30 Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten auf OSZE-weiter, regionaler und nationaler Ebene. Sie arbeitete dabei mit allen einschlägigen Organen der Vereinten Nationen, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Sonderorganisationen zusammen, um deren Aktivitäten in Verbindung mit der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen und zu fördern, Erfahrungen und Best Practices auszutauschen und Kontakte zwischen nationalen Behörden und internationalen Experten zu erleichtern. Gegebenenfalls arbeitete die Gruppe auch mit der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und den Medien zusammen.

Die Umsetzung einschlägiger Aufgaben, die ihr aus früheren Ministerratsbeschlüssen erwachsen waren, bildete in diesem Jahr den wichtigsten Schwerpunkt. Die Gruppe organisierte vier wichtige Veranstaltungen zum Thema Terrorismusbekämpfung:

- Eine Arbeitstagung für Experten des öffentlichen und privaten Sektors zum Thema „Schutz nichtnuklearer kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen“. Die Veranstaltung wurde von der Gruppe in Zusammenarbeit mit zwei amerikanischen Nichtregierungsorganisationen organisiert und versammelte 200 Teilnehmer aus 50 Ländern zur ersten Tabletop-Simulation zu diesem Thema.
- Einen Workshop zum Thema „Weltweit gültige Rechtsinstrumente zur Terrorismusbekämpfung 2005 und die Einhaltung der darin vorgesehenen Bestimmungen in den nationalen Gesetzgebungen“. Zum ersten Mal erhielten Vertreter aus 53 Staaten praktische Ratschläge zur Rechtsetzungstechnik im Rahmen der Umsetzung dieser weltweiten Verträge, was deren Ratifizierung erleichtert.
- Einen OSZE-Workshop zum Thema „Förderung des *Public Key Directory* (PKD) der ICAO“. Es war dies der erste regionale Workshop, der den mit dem PKD verbundenen technischen, operativen und verwaltungstechnischen Elementen galt; in

dem Bestreben, die Zahl der Teilnehmer am PKD im OSZE-Raum zu erhöhen, ergab sich daraus die Erstellung eines nationalen Schulungspakets.

- Eine in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Vorsitz 2010 veranstaltete Expertenkonferenz mit dem Titel „Erfolgreiche Strategien, wirksame politische Konzepte und bewährte Verfahren zur Verhütung von Terrorismus“ war der Höhepunkt der Aktivitäten der Gruppe im Jahr 2010. Die im Vorfeld des OSZE-Gipfels abgehaltene Konferenz führte zu einer Erklärung des Vorsitzes zu den Vorstellungen, Vorschlägen und Empfehlungen zur Stärkung der Terrorismusverhütungskapazitäten der Teilnehmerstaaten (CIO.GAL/174/10).

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Arbeit der Gruppe war der Abschluss eines ATU/Interpol-Projekts in Moldau, in dessen Zuge 16 Grenzübertrittsstellen und 10 regionale und lokale Polizeistationen mit Echtzeitzugriff zu den Datenbanken von Interpol ausgestattet wurden.

Während des ganzen Jahres lieferte die Gruppe darüber hinaus Sachwissen und wesentliche Beiträge für mehrere politische Dokumente, insbesondere für die Abschnitte zu den Themen Terrorismus und Internetsicherheit im *Bericht des Generalsekretärs der OSZE über die Umsetzung von MC.DEC/2/09 über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität*.

Inzwischen führte die Gruppe auch ihre Arbeit für andere laufende Aktivitäten im Einklang mit den zuvor von den OSZE-Teilnehmerstaaten verabschiedeten Mandaten fort.

www.osce.org/atu

Das Büro für Innenrevision

Das Büro für Innenrevision nahm eine gründliche Evaluierung des Entsendesystems der OSZE vor, um Möglichkeiten für eine Effizienzsteigerung zu ermitteln. Die Evaluierung diente dem Generalsekretär als Grundlage für seine diesbezüglichen Vorschläge an die Teilnehmerstaaten. Das Büro führte horizontale Überprüfungen der drei OSZE-weiten Arbeitsbereiche durch: Haushaltserstellungsprozess, Dienstreisenmanagement und Aus- und Fortbildung.

Die Tätigkeit des Büros für Innenrevision umfasst drei unterschiedliche Aufgabenbereiche: Innenrevision, Evaluierung und Ermittlung. Das Büro bemühte sich 2010 nach Kräften, alle drei Aufgabenbereiche noch professioneller zu erfüllen, um als unabhängiges Prüf- und Evaluierungsorgan in Bezug auf den Ordnungsrahmen, die Operationen und Aktivitäten der OSZE zu fungieren und Behauptungen nachzugehen, bei denen es um Verschwendung, Betrug, Misswirtschaft oder anderes Fehlverhalten geht. Darüber hinaus stellte das Büro weiterhin seine Beratungsdienste bei formellen und informellen Anfragen des leitenden Personals der Organisation zur Verfügung.

Das Büro prüfte in diesem Jahr sechs Feldoperationen in Südosteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien. Eine Prüfung galt speziell der Archivverwaltung, in deren Folge das Büro eine umfassende Überprüfung des Archivierungs- und Dokumentationssystems in der gesamten OSZE empfahl (siehe Abbildung). Darüber hinaus führte das Büro Prüfungen zu IT-Governance und IT-Sicherheit durch.

Im Zuge der Innenrevision wurde routinemäßig die Einhaltung des Rechtsrahmens kontrolliert und damit sichergestellt, dass die internen Kontrollen angemessen sind und die Manager bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen. Nach der Konsolidierung des kompletten gemeinsamen Verwaltungsregelwerks konzentrierte sich die Innenrevision in den letzten Jahren jedoch zunehmend auf die Programm- und Projektplanung, sowie deren Umsetzung und Verlaufskontrolle. Bei ihren Prüfungen im Jahr 2010 konnte das Büro eine Verbesserung der ordnungsgemäßen Planung und Kontrolle der Umsetzung feststellen, obwohl es noch einige Zeit dauern wird, bis sich die Selbstevaluierung der Projektleitung als selbstverständliche Praxis in der OSZE durchsetzen wird.

Das Büro evaluierte ein großes Programm der Mission in Bosnien und Herzegowina zur Stärkung der Legislative und sprach Empfehlungen aus, die bei ähnlichen Programmen und Projekten in der gesamten OSZE berücksichtigt werden sollten. Die 2009 vorgenommene horizontale Evaluierung der Aus- und Fortbildungsaktivitäten für die Polizei floss im Jahr 2010 in etliche Strategie- und Planungsdokumente auf hoher Ebene ein, darunter in den *Bericht des Generalsekretärs über polizeibezogene Aktivitäten der Durchführungsorgane der OSZE bis Ende 2009* (SEC.GAL/62/10 vom 31. März 2010).

Im Sinne der Weitergabe von Best Practices und Erfahrungen wurde das Büro 2010 von einer Partnerorganisation, dem Europarat, im Zusammenhang mit dessen Reformprozess zur Vorstellung seiner Erfahrungen eingeladen.

Das Büro führte in verschiedenen Angelegenheiten Ermittlungen durch. Es wurden vier gründliche Untersuchungen abgeschlossen und die Empfehlungen zur Gänze akzeptiert. Eine fünfte Untersuchung läuft noch. Darüber hinaus nahm der Ermittler des Büros im Zusammenhang mit der Überprüfung einer Feldoperation eine proaktive Einschätzung des Treibstoffverbrauchs vor. Der Ermittler war auf Ersuchen des Generalsekretärs auch im Rahmen einer anderen Ermittlungsgruppe tätig. Das Büro traf ferner eine neuartige Kooperationsvereinbarung mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), in deren Rahmen zu Spitzenzeiten Ermittlungspersonal ausgetauscht werden soll, um so für die Weitergabe von Best Practices und bewährten Verfahren zu sorgen.

Im Zuge seiner Kontrolltätigkeit sprach das Büro im Jahr 2010 rund 200 Empfehlungen aus. Es überprüfte auch die Maßnahmen, die zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Vorjahr ergriffen wurden, um ihre wirksame Befolgung durch das Management sicherzustellen. Die hohe Akzeptanz- und Umsetzungsrate der Empfehlungen ist ein Indikator für die gute Zusammenarbeit mit den geprüften Dienststellen.

Auch in diesem Jahr nahm der OSZE-Prüfungsausschuss die Arbeit des Büros genau unter die Lupe. Zur Koordinierung der Planung und Erörterung möglicher Synergiebereiche fanden 2010 regelmäßige Treffen zwischen dem Büro und dem externen Prüfer statt. Das Büro übermittelt dem externen Prüfer routinemäßig Exemplare seiner Prüf- und Evaluierungsberichte.

Das Konfliktverhütungszentrum

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) konzentriert sich in seiner Arbeit auf Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktfolgenbeseitigung. 2010 leistete das KVZ strategische Unterstützung und bot Hilfestellung bei der operativen Planung verstärkter OSZE-Aktivitäten zur Bewältigung der Krise in Kirgisistan. Das KVZ leistete auch einen Beitrag zu den OSZE-weiten Bemühungen, Bewegung in den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts zu bringen, und unterstützte die Genfer Gespräche im Anschluss an den Konflikt in Georgien. Das KVZ bereitete Besuche des Vorsitzes in Südosteuropa, Osteuropa und dem Südkaukasus und einen Besuch von OSZE-Botschaftern in Südosteuropa vor, nahm an diesen Besuchen teil und sorgte für Folgemaßnahmen.

Weitere Prioritäten umfassten Analysen zu Fragen des Konfliktzyklus im Rahmen des Korfu-Prozesses und der Überprüfungskonferenz der OSZE und die Unterstützung von Projekten zu Grenz- und Zollfragen, insbesondere in Zentralasien, einschließlich der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe. Das KVZ unterstützte wie bisher das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) bei seiner Arbeit, unter anderem bei der Vorbereitung des OSZE-Gipfels in Astana. Mehrere Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und konventionelle Munition (CA), darunter die erste Entsorgungsphase im Rahmen des bisher größten, vom KVZ abgewickelten OSZE-Projekts zur Entsorgung der Lagerbestände des hochgiftigen Raketentreibstoffs Mélange in der Ukraine, wurden erfolgreich abgeschlossen.

Ferner fungierte das KVZ weiterhin als zentrale Schnittstelle der Organisation in Fragen des Programm- und Projektmanagements, von der Planung bis zur Selbstevaluierung.

Strategischer Unterstützungsdienst

Der Strategische Unterstützungsdienst bot dem Vorsitz, dem Generalsekretär und anderen hochrangigen Funktionsträgern Hilfestellung, um zu gewährleisten, dass die Organisation auf politische Entwicklungen im OSZE-Raum angemessen reagiert und so das Konfliktrisiko verringert. Er koordinierte die Aktivitäten der Feldoperationen der OSZE und leistete Hilfestellung bei der Umsetzung ihrer Mandate.

Das **Südosteuropa-Referat** beriet und unterstützte den Vorsitz im Hinblick auf die Aufrechterhaltung eines wirksamen und bedarfsgerechten OSZE-Engagements in der Region und sorgte für die Gesamtkoordination der Arbeit der OSZE-Feldoperationen in Südosteuropa, die dazu beitrugen, dass es in der regionalen Zusammenarbeit und bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zu einer positiven Dynamik kam. Das Referat unterstützte die Mission im Kosovo bei der Anpassung ihrer Programmaktivitäten und bei der Wahrnehmung einer immer wichtigeren Rolle vor Ort im Anschluss an die erfolgreiche Umgestaltung der Präsenz der Vereinten Nationen. Es leistete auch inhaltliche und organisatorische Unterstützung bei einem Besuch von OSZE-Botschaftern in Zagreb, Belgrad und Sarajewo im Mai und trug zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Besuche des Vorsitzes in der Region bei.

Das **Osteuropa-Referat** unterstützte die OSZE-weiten Bemühungen, den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts voranzubringen. Es unterstützte wie bisher die laufende Arbeit der Vermittler und Beobachter und ermöglichte eine Reihe von Sitzungen in Wien

unter Einbeziehung aller maßgeblichen Beteiligten. Das Referat unterstützte das Büro in Minsk dabei, dem Gastland bei der Erfüllung seiner OSZE-Verpflichtungen in allen vom Mandat erfassten Bereichen behilflich zu sein, und half bei der Koordination der Entsendung zweier Gerichtsmediziner nach Minsk, die Beweismaterial im Zusammenhang mit dem Tod eines belarussischen Journalisten prüfen sollten. Das Referat unterstützte den Projektkoordinator in der Ukraine in seinem Bestreben, den Projektanträgen von Regierungsstellen und anderen maßgeblichen Partnern nachzukommen. Darüber hinaus leistete es Hilfestellung bei der Vorbereitung zahlreicher Besuche in der Region, darunter jener des Vorsitzenden, seines Sonderbeauftragten für Langzeitkonflikte und des Generalsekretärs, und nahm an diesen Besuchen teil.

Das **Kaukasus-Referat** unterstützte auch dieses Jahr die Feldoperationen, durch deren Tätigkeit den Gastländern bei der Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen Hilfestellung geboten werden soll. Es unterstützte auch den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, bei seinen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Prozess zur Beilegung des Konflikts in und um Berg-Karabach. Das Referat war weiterhin eng in die Vorbereitung und Abhaltung der Genfer Gespräche eingebunden und nahm an den Treffen im Rahmen des Dwani/Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen teil. Es leistete auch einen Beitrag zur Ausarbeitung von sechs vertrauensbildenden Projekten zum Thema Wasser.

Das Referat begleitete und unterstützte den Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden während der regelmäßigen Besuche der Kovorsitzenden der Genfer Gespräche in Tiflis, Zchinwali und Suchumi.

Das **Zentralasien-Referat** unterstützte in Partnerschaft mit den Vereinten Nationen und den Sonderbeauftragten der Europäischen Union den Sonderbeauftragten des Vorsitizes für Kirgisistan, um dem Land bei der Lösung der Krisen vom April und Juni zu helfen. Es arbeitete auch mit dem Zentrum in Bischkek, dem KVZ-Dienst „Unterstützung von Einsätzen“ und der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten an der Entwicklung der Initiative für kommunale Sicherheit (der früheren Polizeiberatergruppe). Das Referat unterstützte das OSZE-Büro in Tadschikistan und die tadschikische Regierung bei der Veranstaltung des vierten jährlichen Treffens der gemeinsamen Arbeitsgruppe OSZE/Tadschikistan in Duschanbe im März, bei dem gemeinsame Ziele erörtert wurden, und wirkte an mehreren Besuchen des OSZE-Vorsitzenden, des Generalsekretärs und des Direktors des Konfliktverhütungszentrums in der Region mit. Es setzte sich weiterhin aktiv für die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses von 2007 über das Engagement der OSZE für Afghanistan (MC.DEC/4/07) ein. Ferner hielt es Vorlesungen für Studenten der OSZE-Akademie in Bischkek und für Studenten, die am Zentralasiatischen Jugendnetzwerk teilnehmen.

Die Unterstützungsgruppe Programmerstellung und Evaluierung

Der Arbeitsschwerpunkt der Gruppe lag auf der Gewährleistung der Qualität, Kohärenz und korrekten Verwaltung von Projekten und Programmen in der gesamten Organisation. Sie fungierte auch dieses Jahr als zentrale Anlaufstelle für Projekt-, Programm- und Fondsmanager, die bei der strategischen Planung, Entwicklung, Durchführung und Evaluierung ihrer Arbeit effizienter und wirksamer vorgehen möchten.

Ein Meilenstein in der Tätigkeit der Gruppe war 2010 die Herausgabe des *OSCE Project Management Manual*, das allen Durchführungsorganen in der gesamten Organisation als

wichtigster Bezugspunkt in Fragen des Projektmanagements dienen soll. Die Reaktionen der Feldoperationen, Institutionen und Sekretariatsabteilungen sowie externer Ansprechpartner (wie etwa der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Europarats) waren äußerst positiv und anerkennend. Das Handbuch bildet nun die Grundlage für die bedarfsgerechte Unterstützung, die die Gruppe den Durchführungsorganen bietet. Insbesondere die Überlegungen zur Selbstevaluierung scheinen eine seit Langem bestehende Lücke in der Arbeit der Organisation zu schließen und bieten Projekt- und Programmmanagern praktische, gebrauchsfertige Anleitungen. Vor-Ort-Unterstützung für Durchführungsorgane, Teilnahme an Coaching- und Ausbildungsveranstaltungen und laufende Kontakte zu Ansprechpartnern aus der Entfernung ermöglichen es der Gruppe, organisationsweit Beiträge zur Weitergabe von bewährten Praktiken und Erfahrungen zu leisten.

Was Vorschläge für außerbudgetäre Projekte betrifft, die von Feldoperationen und Sekretariatsabteilungen entwickelt wurden, koordinierte die Gruppe 2010 die Beurteilung von 104 Vorschlägen im Wert von über 38 Millionen Euro. Um wie bisher Projektmanager bei der Auswahl und Ausarbeitung infrage kommender Vorschläge wirksam zu unterstützen, nahm die Gruppe 2010 eine engere Zusammenarbeit mit einigen der wichtigsten Geber der Organisation und den entsprechenden technischen Abteilungen auf.

Der Dienst „Unterstützung von Einsätzen“

Einsatzplanung und Analyse. Das Planungs- und Analyseteam half bei der Planung und Umsetzung der Polizeiberatergruppe der OSZE in Kirgisistan gemäß PC.DEC/947 und der anschließenden Initiative für kommunale Sicherheit in Kirgisistan gemäß PC.DEC/961.

Der Dienst folgte wie bisher seinem systematischen Ansatz, durch Koordination der Abschlussbesprechungen mit scheidenden OSZE-Vorsitzenden und Führungskräften der Feldoperationen aus früheren Aktivitäten zu lernen. Auf der Grundlage der Erfahrungen der Feldoperationen erstellte er wieder Empfehlungen zur Erhöhung der Effizienz der OSZE. Operative Leitlinien für die Schließung bzw. Umgestaltung einer OSZE-Feldoperation wurden ebenso fertiggestellt wie das Handbuch *Operational Guidelines for Working in a Potentially Hazardous Environment*, das an alle im Außendienst tätigen OSZE-Mitarbeiter verteilt wurde.

Darüber hinaus bot das Planungs- und Analyseteam wie schon bisher analytische Unterstützung für den Kofu-Prozess und die OSZE-Überprüfungskonferenz 2010. Ferner unterstützte es den Vorsitz bei der Organisation der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2010 und leistete dem Sicherheitsausschuss des Ständigen Rates Hilfestellung in organisatorischen und inhaltlichen Fragen.

Zur Stärkung der Frühwarn-, Konfliktverhütungs- und Krisenmanagementkapazitäten der OSZE bot es dem leitenden Management des Sekretariats, dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten weiterhin analytische Unterstützung und Beratung an, darunter ein Sekretariatsworkshop über Mediation und Mediationsunterstützung, an dem auch andere regionale Organisationen teilnahmen. 2011 soll eine Veranstaltung zum Thema Wiederaufbau und Friedenskonsolidierung folgen.

Einsatzbereitschaft 7 Tage pro Woche rund um die Uhr. Über sein Lage-/Nachrichtenzentrum fungierte der Dienst weiterhin rund um die Uhr als operatives Bindeglied und Kontaktstelle zwischen den OSZE-Organen, insbesondere außerhalb der regulären Arbeits-

zeiten. Per SMS und E-Mail berichtete er in Echtzeit über Vorgänge im OSZE-Raum, unter besonderer Berücksichtigung im Entstehen begriffener Krisensituationen. Eilmeldungen aus Zentralasien und dem Kaukasus ermöglichten es beispielsweise dieses Jahr dem leitenden Management, zeitnah entsprechende Entscheidungen zu treffen. Das Lagezentrum erstellte wie bisher tägliche Informationsbulletins, Sonderinformationen, wöchentliche regionale Zusammenfassungen und Veranstaltungskalender. Darüber hinaus leistete es vor Ort operative Hilfe in Notfällen, auch im Fall von sicherheitsgefährdenden Zwischenfällen und Evakuierungen aus medizinischen Gründen.

Grenzsicherheit und -management. Das Grenzteam leistete in enger Zusammenarbeit mit Feldoperationen und nationalen Grenz-/Zolldienststellen im gesamten OSZE-Raum weitere Unterstützung bei der Umsetzung des OSZE-Konzepts für Grenzsicherheit und -management. Den geografischen Schwerpunkt bildeten nach wie vor große Initiativen zur Steigerung der Kompetenz von Grenzschutz- und Zollbeamten in Zentralasien, doch ging auch die Zusammenarbeit mit Grenzschutzdienststellen aus anderen Regionen weiter, z. B. durch Unterzeichnung einer Vereinbarung mit dem belarussischen Staatskomitee für Grenzschutz, das in fünf Schlüsselbereichen kompetenzfördernde Aktivitäten vorsieht.

Das OSZE-Netz nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherheit und -management (NFP) wurde auch dieses Jahr vom Grenzteam gepflegt und weiterentwickelt. Dieses setzte sich für die Benennung solcher Anlaufstellen ein, gab regelmäßig den Netzwerk-Newsletter heraus und führte über die NFP-Webplattform eine Umfrage durch, um festzustellen, wie das Netz funktioniert und wie es sich künftig entwickeln soll. Das Netzwerk, dem mittlerweile NFPs aus 41 OSZE-Teilnehmerstaaten angehören, hielt in Wien seine Jahrestagung ab. Sie wurde vom Grenzteam organisiert und bot den Teilnehmern Gelegenheit zur Erörterung gemeinsamer Aktivitäten und Mechanismen zur Intensivierung des Informationsaustauschs.

Das Grenzteam unterstützte auch die Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) in Duschanbe, die 2010 elf Seminare und ihren ersten Stabskurs abhielt. An diesen Veranstaltungen nahmen 257 Grenzschutzbeamte aus 19 Teilnehmer- und Partnerstaaten teil. Die BMSC stellte in Absprache mit einschlägigen internationalen Organisationen und nationalen Ausbildungseinrichtungen ihren Kernlehrplan fertig und hielt im November und Dezember 2010 den Stabskurs ab.

Darüber hinaus förderte das Grenzteam im Einklang mit MC.DEC/4/07 über das Engagement der OSZE für Afghanistan die Teilnahme afghanischer Grenzschutzbeamter an Projektaktivitäten der OSZE in Zentralasien und an der BMSC in Duschanbe. Es unterstützte auch operative Aktivitäten zur Sicherung der Grenze zwischen zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und Afghanistan und ermutigte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Patrouillen.

Die Abteilung FSK-Unterstützung

Auch 2010 unterstützte die Abteilung das FSK bei seinen Aktivitäten. Sie überwachte die Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM), gab monatlich und vierteljährlich Berichte heraus und unterstützte die Verhandlungen im FSK über die Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999. Sie erleichterte auch die Diskussion auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) durch Herausgabe eines *Zusammenfassenden Berichts über die jüngsten Trends bei der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 und anderer während des AIAM behandelte Maßnahmen.*

Die Abteilung führte auch den Vorsitz beim vierten Treffen der Leiter der Verifikationszentren, bei dem es zu einem Meinungs austausch über die praktische Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 kam.

Gemeinsam mit dem OSZE-Büro in Minsk organisierte die Abteilung ein regionales Seminar über die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit in Osteuropa. Mit Unterstützung von sechs Teilnehmerstaaten erstellte die Abteilung eine wissenschaftliche Studie zur Verbesserung des Referenzhandbuchs zum Fragebogen zum Verhaltenskodex. In Kasachstan leistete die Abteilung einen Beitrag zu einem regionalen Seminar über das Wiener Dokument 1999, das gemeinsam mit dem kasachischen Verifikationszentrum und dem OSZE-Büro in Astana veranstaltet wurde. Zweck dieses Seminars war die Einführung von Militärangehörigen aus Zentralasien und dem Südkaukasus in die organisatorischen Abläufe bei Überprüfungsbesuchen in militärischen Einrichtungen.

Die Abteilung unterstützte die Teilnehmerstaaten aktiv bei der Ausarbeitung des Aktionsplans der OSZE für Kleinwaffen und leichte Waffen, der vom FSK verabschiedet wurde. Sie erstellte auch den *OSZE-Bericht an die Vierte zweijährliche Tagung der Staaten (BMS4) zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit SALW unter allen Aspekten* betreffend die regionalen Beiträge zu den weltweiten Bemühungen im Kampf gegen illegale SALW. Gemeinsam mit dem OSZE-Zentrum in Astana organisierte die Abteilung auch ein regionales Folgetreffen in Kasachstan über die Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW in Zentralasien.

Sechs Unterstützungsprojekte wurden erfolgreich abgeschlossen. Die Abteilung beendete die erste Entsorgungsphase im Rahmen eines Projekts zur Beseitigung aller Bestände des toxischen Raketentreibstoffs Mélange (über 3000 Tonnen) in zwei westukrainischen Regionen. In Albanien trug eine Initiative der OSZE wesentlich dazu bei, dass das Land nun besser in der Lage ist, überschüssige Munitionsbestände zu vernichten. Ein mit Unterstützung der OSZE durchgeführtes Projekt zur Beseitigung aller Restbestände an Streumunition half Moldau dabei, seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über Streumunition vollständig zu erfüllen. Ebenfalls abgeschlossen wurde die erste Phase von Projekten betreffend die Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen und die Demilitarisierung von konventioneller Munition, die die OSZE gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in Belarus bzw. Montenegro abwickelt.

Das OSZE-Kommunikationsnetz, das 51 der 56 Teilnehmerstaaten sowie das KVZ und die NATO miteinander verbindet, erleichtert weiterhin den Austausch wichtiger Informationen zur Förderung von Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Die Abteilung FSK-Unterstützung pflegt das System und die anwenderspezifische Software zur Erzeugung der vertraglich vorgesehenen Notifikationen. 2010 wurde die zentrale Hardware aufgerüstet, um weiterhin einen hohen Grad an Verlässlichkeit zu bieten, und die Software wurde ebenfalls verbessert. Das Netz ermöglichte dieses Jahr den Austausch von rund 270.000 Nachrichten zwischen den Teilnehmerstaaten und war zu über 99,9 Prozent verfügbar. Die Abteilung führte auch weiterhin den Vorsitz in der Kommunikationsgruppe der OSZE, die im Namen und im Interesse der Delegationen eine wichtige Kontrollfunktion ausübt.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA)

Im Jahr 2010 beging die OSZE den 20-jährigen Jahrestag des Dokuments der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Das 1990 in einer Zeit „tiefgreifenden und raschen Wandels“ verabschiedete Bonner Dokument ist eines der wichtigsten KSZE/OSZE-Dokumente in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Die Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich stellt nach wie vor einen entscheidenden Aspekt der Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum dar. Vor diesem Hintergrund intensivierte sich 2010 der politische Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten über Wirtschafts- und Umweltfragen, der unter anderem im Rahmen des Wirtschafts- und Umweltausschusses der OSZE, im Anschluss an den Beschluss des Ministerrats von Athen 2009 über die künftige Ausrichtung der Wirtschafts- und Umweltdimension (MC.DEC/4/09) sowie im Rahmen des Korfu-Prozesses geführt wurde. Während des Wiener Teils der Überprüfungskonferenz im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana wurde auch eine Arbeitssitzung zum Thema „Von Bonn nach Maastricht und darüber hinaus: Anpassung der OSZE-Wirtschafts- und Umweltdimension an sich ändernde Herausforderungen“ abgehalten.

Das Wirtschafts- und Umweltforum

Das OCEEA engagierte sich verstärkt für verkehrsbezogene Aktivitäten und unterstützte den Vorsitz während des gesamten 18. Wirtschafts- und Umweltforums über „Förderung von Good Governance an Grenzübergangsstellen, Verbesserung der Sicherheit von Transporten auf dem Landweg und Erleichterung des grenzüberschreitenden Straßen- und Eisenbahnverkehrs in der OSZE-Region“. Das Forum behandelte Fragen wie die Herausforderungen im Verkehrssektor aufgrund des weltweiten Wirtschaftsabschwungs, die Förderung von Transparenz und Verbesserung von Good Governance an Grenzübergangsstellen, die Erleichterung von Verkehrsverbindungen in Zentralasien und mit Afghanistan, die Verbesserung der Sicherheit von Transporten auf dem Landweg und die Förderung umweltverträglicher Transportmittel. Die Folgeaktivitäten zum Forum wurden bereits aufgenommen.

Energiesicherheit

Im Anschluss an den Athener Ministerratsbeschluss über die Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema Energiesicherheit im OSZE-Raum (MC.DEC/6/09) wurde in Wilna (13. und 14. September) ein außerordentliches Expertentreffen der OSZE organisiert, das feststellen soll, wie die OSZE künftig zur internationalen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit der Energieversorgung beitragen kann. Es leistete einen wesentlichen Beitrag zum *Bericht des Generalsekretärs der OSZE* hinsichtlich der ergänzenden Rolle der OSZE im Bereich der Energiesicherheit (RC.GAL/21/10). Die Energiesicherheit wird weiterhin ein ständiger Schwerpunkt der Arbeit des OCEEA sein. Unter Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen kann die OSZE zum Lobbying für Good Governance im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich, Markttransparenz und regionale Zusammenarbeit im Energiesektor beitragen. Sie kann auch den Austausch von Best Practices unterstützen und den Aufbau von Kapazitäten in Bereichen, die mit der Energiesicherheit in Verbindung stehen, verbessern, sowie nachhaltige Energielösungen wie Energieeffizienz, Energieeinsparungen und die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen und Investition in dieselben fördern.

Good Governance

2010 stellte das OCEEA erneut starkes Interesse an der Förderung von Good Governance und Transparenz, der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche sowie der Terrorismusfinanzierung fest, die im Korfu-Prozess und im Wiener Teil der Überprüfungskonferenz zum Ausdruck gebracht wurden.

Die Aktivitäten des OCEEA im Bereich Good Governance und Korruptionsbekämpfung sollten die Good Governance im öffentlichem Bereich stärken, Transparenz und eine bessere Verwaltung öffentlicher Ressourcen und die Bekämpfung von Korruption fördern. Das OCEEA setzte seine Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zur Förderung der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption fort und unterstützte aktiv die Arbeit in Verbindung mit dem neuen Überprüfungsmechanismus der UNCAC. Zur weiteren Stärkung seiner Aktivitäten im Bereich der Korruptionsbekämpfung ging das OCEEA eine neue Arbeitsbeziehung mit der Korruptionsbekämpfungs-Runde der Plattform I der Ostpartnerschaft der Europäischen Kommission ein. Durch die gemeinsame Veranstaltung einer regionenübergreifenden Konferenz über die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden in Dubrovnik (23. und 24. September) mit dem Europarat und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) förderte das OCEEA auch den Austausch von Informationen und Best Practices in Good Governance auf lokaler Ebene als wichtige Faktoren einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

Im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterstützte das OCEEA weiterhin Aktivitäten, die den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der wichtigsten internationalen Instrumente, wie der „40+9“-Empfehlungen der Arbeitsgruppe „finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ und des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus helfen.

Migrationssteuerung

Mit einer Reihe von Aktivitäten 2010 förderte das OCEEA einen umfassenden Ansatz in der Migrationssteuerung im Einklang mit dem Ministerratsbeschluss von Athen über Migrationssteuerung (MC.DEC/5/09).

Am 19. Mai wurde der gemeinsam von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem OCEEA ausgearbeitete *Review Report on Strengthening Migration Governance* offiziell in Wien vorgestellt und an alle OSZE-Delegationen verteilt. Dieser Bericht überprüft die OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Migration und insbesondere die zur Einrichtung und Stärkung einer Migrationssteuerung im gesamten OSZE-Raum geleistete Arbeit.

Im Einklang mit der im Athener Ministerratsbeschluss vorgegebenen Aufgabe, Beratung, Ausbildung und Austausch bewährter Methoden zur Verfügung zu stellen (MC.DEC/5/09), erstellte das OCEEA gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) das umfangreiche und in seiner Art völlig neuartige Handbuch *Trainer's Manual on Labour Migration Management*. Darin wurde auch besonderes Augenmerk auf die Genderaspekte der Migration gelegt. Das Büro veranstaltete ferner in enger Zusammenarbeit mit der IOM, ILO, dem Europarat und dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) zwei regionale Ausbildungsseminare über Gender und Arbeitsmigration in Helsinki (15. bis

16. April) und in Astana (14. bis 15. September). Beide Seminare waren als interaktive Schulungen ausgehend von Fallstudien aufgebaut und verwendeten den *OSCE Guide on Gender-Sensitive Labour Migration Policies* und das neue *OSCE Training Manual on Gender and Labour Migration*, die beide gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) entwickelt worden waren.

Zur Erleichterung einer evidenzbasierten Entscheidungsfindung im Bereich der Migration startete das OCEEA gemeinsam mit der IOM, ILO und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) ein neues Projekt mit dem Titel *Harmonised Migration Data Collection as Sound Basis for Policy Making*, bei dem die Erstellung von Migrationsstatistiken in Tadschikistan, Kasachstan und Kirgisistan im Jahr 2011 evaluiert werden soll.

Umwelt und Sicherheit

Das Büro führte sein Engagement in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) weiter und förderte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Umwelt- und Sicherheitsfragen in Zentralasien, Südosteuropa, im Südkaukasus und in Osteuropa. 2010 hatte die ENVSEC-Initiative ein Portfolio von 54 Projekten und ein Gesamtbudget von rund 12 Millionen Euro. Das Büro spielte eine führende Rolle im ENVSEC-Arbeitsprogramm im Südkaukasus in den Bereichen Umgang mit Großflächenbränden und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Wasserbewirtschaftung, lokale Umweltverträglichkeitsprüfungen und Einbindung der Öffentlichkeit. Das OCEEA setzte auch seine Zusammenarbeit in der grenzüberschreitenden Wasserbewirtschaftung in Osteuropa und Zentralasien fort.

Gemeinsam mit den OSZE-Feldoperationen und in Abstimmung mit den ENVSEC-Partnern förderte das OCEEA auch dieses Jahr die Prinzipien der Aarhus-Konvention, durch die Transparenz, Fairness und Demokratie in Umweltentscheidungen gefördert werden sollen. In diesem Rahmen wurde die Initiative für Aarhus-Zentren ausgeweitet; sie umfasst nun 30 Aarhus-Zentren in neun Ländern.

Gemeinsam mit den OSZE-Büros in Baku und Eriwan unterstützte das OCEEA weiterhin in Armenien und Aserbaidschan die Umsetzung der Initiative *Civic Action for Security and Environment* (CASE), eines Kleinkreditprogramms für zivilgesellschaftliche Organisationen, deren Kapazitäten für die Bewältigung von Herausforderungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich erhöht werden sollen. 2010 erfolgte in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro in Tadschikistan die Erweiterung des CASE-Programms auf Tadschikistan.

Auf dem jährlichen Koordinierungstreffen der Referenten für Wirtschafts- und Umweltangelegenheiten im Februar stellte das OCEEA ein Forschungsprojekt über sicherheitsrelevante Auswirkungen des Klimawandels im OSZE-Raum vor. Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung von Szenarien für verschiedene OSZE-Regionen zur Quantifizierung der Auswirkungen des Klimawandels auf natürliche Ressourcen, Energie und verfügbare Nahrungsmittel. Diese Szenarien werden ein Instrument für gemeinsame Aktionen und strategische Empfehlungen liefern, die von den OSZE-Feldoperationen umgesetzt oder auf Ebene des Ständigen Rates behandelt werden könnten.

Das OCEEA setzte auch seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) und UNDP in der Frage der Uranaufbereitungsrückstände in Zentralasien fort.

Die Hauptabteilung Personalressourcen

Die Hauptabteilung Personalressourcen setzte ihre Bemühungen für eine entsprechende Aufrechterhaltung der Attraktivität der OSZE als Arbeitgeber fort, wie etwa durch die Förderung eines professionellen Arbeitsumfelds, die Einbeziehung von Genderfragen und die Sicherstellung einer Reihe von Änderungen im Personalstatut samt Dienstordnung. Schwerpunkte waren dabei die Weiterentwicklung der Rekrutierungsinstrumente und die Verbesserung der Verwaltung der Personalressourcen in der OSZE. Die Bemühungen um Abfederung der Nachteile der strengen Begrenzung der Dauer von Dienstverhältnissen in der OSZE haben noch keine entscheidenden Ergebnisse gezeitigt.

Zu den bedeutendsten Leistungen im Jahr 2010 zählten:

- entsprechende Aufrechterhaltung wettbewerbsfähiger Arbeitsbedingungen in der OSZE, insbesondere im Hinblick auf vor Ort eingestellte Missionsmitglieder und entsandte Mitarbeiter, unter Berücksichtigung der derzeitigen finanziellen Lage und durch intensiven Dialog mit den Beschlussfassungsgremien der Organisation;
- Entwicklung von Vorschlägen für die Verbesserung der Kohärenz, Effektivität und Effizienz der Verwaltung der Personalressourcen in der OSZE und deren Vorlage bei der Wiener Überprüfungskonferenz für das Gipfeltreffen in Astana;
- Beitrag zur Ausarbeitung der personellen Komponenten der Initiative für kommunale Sicherheit (ehemalige Polizeiberatergruppe) für Kirgisistan und Erleichterung der Einstellung und Einschulung ihrer internationalen Missionsmitglieder durch kurzfristige Durchführung eines maßgeschneiderten Orientierungsprogramms;
- Weiterentwicklung der Instrumente und Verfahren der Personalbeschaffung mit dem Ziel, ein Höchstmaß an Effizienz, Kompetenz und Integrität bei der gerechten und transparenten Einstellung von Bediensteten aus allen Teilnehmerstaaten zu erreichen;
- Umsetzung von Neuerungen im Bereich der Personalbeschaffung zur Verbesserung von Online-Verfahren für Bewerbung und Bestellung;
- Umsetzung und Verbesserung von Standardverfahren für die Gehaltsabrechnung in der gesamten Organisation;
- Unterstützung für die Verabschiedung durch die Teilnehmerstaaten einer Reihe von Änderungen des Personalstatuts samt Dienstordnung (Juli), wodurch das Regelwerk der Organisation entscheidend verbessert wird;
- Fortsetzung der Aufnahme von Genderaspekten in die Strategien und Verfahren der Personalverwaltung, unter anderem durch Durchführung eines Projekts zur Bestimmung des Genderbewusstseins in der OSZE und durch Ausarbeitung von Abänderungen des Regelwerks. Die Hauptabteilung Personalressourcen wird auch in Zukunft die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie in die Bereiche Einstellung, Ausbildung und Personal einfließen lassen. Ein konkretes Beispiel dafür war die Verabschiedung einer Änderung des Regelwerks, durch die sichergestellt wird, dass Mutterschafts-, Vaterschafts- und Adoptionsurlaube nicht auf die Höchstdauer der Dienstzeit in der OSZE angerechnet werden;

- Verbesserung des Personalressourcen-Moduls des integrierten Ressourcenmanagementsystems (IRMA) im Hinblick auf eine zeitgerechtere und genauere Berichterstattung, einschließlich eines umfangreichen Updates zur weiteren Verbesserung seiner Stabilität und Nutzerfreundlichkeit, Anpassungen in Hinblick auf die Umsetzung des geänderten Personalstatuts samt Dienstordnung und Übernahme der personalrelevanten Aspekte der *International Public Sector Accounting Standards* (IPSAS);
- Förderung der Verbesserung des professionellen Arbeitsumfeldes in der gesamten OSZE, wie etwa durch verpflichtende Gespräche bei Beendigung von Dienstverhältnissen im OSZE-Sekretariat, und die Überarbeitung, Neugestaltung und breitere Verteilung der Broschüre *Professional Working Environment-Guide on the OSCE Policy against Harassment, Sexual Harassment and Discrimination* auf Englisch und Russisch;
- Stärkung der koordinierenden Rolle in ethischen Fragen innerhalb der OSZE, insbesondere durch Aktualisierung des OSZE-Verhaltenskodex, der den Beschlussfassungsgremien der OSZE zur Prüfung vorgelegt wird, und Ausbildung in der OSZE;
- Zusammenfassung und Verwaltung der allgemeinen Personalkosten im Sekretariat als eigenes Programm in der Hauptabteilung Personalressourcen;
- Weiterentwicklung der flexiblen Arbeitsbedingungen im OSZE-Sekretariat ausgehend von praktischen Erfahrungen, einschließlich gestaffelter Arbeitszeiten, Telearbeit, Teilzeitarbeitsplätze und Job-Sharing, um familienfreundlichere und genderechtere Arbeitsbedingungen zu schaffen, und Förderung ähnlich flexibler Arbeitsbedingungen an anderen Dienstorten;
- Einleitung der Überprüfung und Aktualisierung einer Reihe von Dienstanweisungen, um sie mit dem abgeänderten Personalstatut samt Dienstordnung abzustimmen;
- Durchführung einer umfassenden internen Evaluierung des Entsendesystems und, als erster praktischer Schritt, Einführung einer besseren Krankenversicherung für entsandte OSZE-Bedienstete/Missionsmitglieder auf freiwilliger Basis und nicht auf Kosten des OSZE-Gesamthaushalts;
- Überarbeitung der aktuellen Mechanismen zur Erkennung und Bewältigung von Konflikten am Arbeitsplatz, etwa durch Zuhilfenahme externer Mediatoren, Anbieten einschlägiger Schulungsmöglichkeiten und Ausarbeitung einer Aufklärungskampagne zur Verbesserung des Wissensstandes aller OSZE-Bediensteten über diesbezügliche Strategien und Verfahren;
- Fortsetzung des Programms für Nachwuchskräfte im höheren Dienst, das Berufseinsteigern aus den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit bietet, Einblick in die Tätigkeit der Organisation zu gewinnen. Aufbauend auf dem Erfolg des Programms während der vier vorhergegangenen Perioden hat die Abteilung mit Unterstützung der Teilnehmerstaaten das Programm im April 2010 ausgeweitet und sechs zusätzlichen, von ihren ernennenden Behörden entsandten Kandidaten die Teilnahme ermöglicht;

- Teilnahme von 928 OSZE-Mitarbeitern und Missionsmitgliedern (504 Frauen und 424 Männer) an Schulungsaktivitäten in Wien zu verschiedenen Themen;
- weitere Verstärkung regionaler Schulungsaktivitäten;
- Fortsetzung der Verbesserung und Aktualisierung des allgemeinen Orientierungsprogramms und Unterstützung lokaler Einführungsprogramme;
- Durchführung einer umfassenden Überprüfung und Evaluierung aller Ausbildungsaktivitäten und Entwurf einer neuen Ausbildungsstrategie für den Zeitraum 2011 bis 2013 und Förderung von deren Verabschiedung;
- Unterstützung des Vorsitzes durch maßgeschneiderte Ausbildungsaktivitäten und Durchführung der Verfahren für die Einstellung und Dienstzeitverlängerung leitender Führungskräfte der Organisation;
- Verstärkung der Interaktion und Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen in verschiedenen Personalfragen, z. B. betreffend Gehaltsabrechnungsverfahren, Ansprüche und Leistungen für Mitarbeiter, Dauer von Dienstverhältnissen, Schulung und Einstellung.

[CHART]

OSZE-Dienstpostenplan 2010

International Vertragspersonal

International entsandt

National Höherer Dienst

National Allgemeiner Dienstag[CHART]

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen bietet den Teilnehmerstaaten, dem Generalsekretär, dem Sekretariat, den Institutionen und Feldoperationen der OSZE Beratung, Dienste und Unterstützung im Management-, Finanz- und Verwaltungsbereich. Sie besteht aus den Abteilungen Haushaltswesen und interne Kontrolle, Rechnungswesen und Finanzdienst, Missionsunterstützung einschließlich Versorgungskettenmanagement, Informations- und Kommunikationstechnologie und sorgt auch für die Aufsicht des Prager Büros mit dem OSZE-Archiv.

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen erfüllte 2010 ihre Verpflichtungen im Hinblick auf die Planungs- und Haushaltszyklen der Organisation und setzte wie in den letzten Jahren die Durchführung der Verwaltungsreform für die ganze Organisation fort, indem sie in gemeinsamer Federführung mit der Hauptabteilung Personalressourcen und dem Rechtsdienst des Büros des Generalsekretärs, vor allem durch verstärkte Anleitung für die Beschaffung und Auftragsvergabe, den normativen Rahmen der Organisation, das gemeinsame Verwaltungsregelwerk (CRMS), verstärkte. Die Abteilung unterstützte den Prozess der Weiterentwicklung des Modells der leistungsbezogenen Haushaltserstellung für die OSZE und bot den Feldoperationen ständige Unterstützung und fachliche Ausbildung. Sie unterstützte die Organisation das ganze Jahr hindurch bei der erfolgreichen Abwicklung aller Tagungen und Konferenzen.

Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen kann auf folgende erfolgreiche Aktivitäten im Jahr 2010 zurückblicken:

- Bestätigung ihres Jahresabschlusses 2009 durch externe Prüfer in Form eines uneingeschränkten (positiven) Genehmigungsvermerks. Der externe Prüfer des Rechnungshofs der Ukraine kam zu folgendem Schluss: „Unserer Ansicht nach stellt dieser Jahresabschluss die Finanzlage zum 31. Dezember 2009 sowie die Ergebnisse der Vorgänge und Cashflows für das am Stichtag endende Haushaltsjahr ... in allen wesentlichen Belangen sachgerecht dar“;
- weitere Stärkung des CRMS und der internen Kontrollstruktur durch Unterstützung der Ausgabe der Finanzdienstanweisung FAI 16 durch den Generalsekretär sowie durch Ausarbeitung von Überarbeitungen zu FAI 6 betreffend Beschaffung und Auftragsvergabe sowie FAI 13 betreffend die IT-Sicherheitspolitik der OSZE;
- weitere entscheidende Hilfestellung für alle für die Verwaltung von Teilhaushalten zuständigen Gruppen in den OSZE-Feldoperationen und -Institutionen in der Systemverwaltung und der Organisationsabläufe durch Zurverfügungstellung von Anleitung in Bezug auf Finanzdienstanweisungen und die begleitende Kontrolle verbesserter interner Kontrollen;
- weitere Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf die Bereitstellung von Unterlagen für den Planungs- und Haushaltszyklus sowie Beratung und Unterstützung für den Vorsitz des Beratungsausschusses für Management und Finanzen der OSZE;
- Vorbereitung und Unterstützung der Erörterung von vier Nachtragshaushaltsvoranschlägen, darunter eine Halbjahresüberprüfung, eine Aufstockung des Gesamthaushalts für Bischkek 2010, Beiträge aus dem Gesamthaushalt für eine

Polizeiberatergruppe in Kirgisistan (die zur Initiative für kommunale Sicherheit wurde) sowie Unterstützung für die 17. Wahlbeobachtungsmission für das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte;

- Vorantreiben der Umstellung auf *International Public Sector Accounting Standards* mit dem Ziel, die OSZE weltweit als Vorbild unter den internationalen Organisationen zu platzieren.
- erfolgreiche Verwaltung der bei Finanzinstitutionen (Banken) angelegten OSZE-Gelder und deren Verwaltung während des Jahres, um die Substanz des OSZE-Vermögens in einem äußerst unbeständigen finanziellen Umfeld zu erhalten;
- erheblicher Beitrag zu einer kostenwirksamen logistischen Planung und Verwaltung der Dienstreisen im Zusammenhang mit dem OSZE-Gipfeltreffen, die im Vergleich zu den Kosten für Linienflüge zu einer Ersparnis von ungefähr 200.000 Euro für die Teilnehmerstaaten und die Organisation geführt hat;
- Aushandlung einer günstigen Verlängerung des Vertrags für die Phase III-c des OSZE-Projekts zur Entsorgung des Raketentreibstoffs Mélange in der Ukraine, wodurch eine reibungslose Fortsetzung des Mélange-Entsorgungsprojekts ermöglicht wurde;
- durch ihr Prager Büro:
 - Aufnahme von acht Doktoranden und vier Diplomanden im Rahmen des jährlichen Gastforscherprogramms für jeweils zwei bis drei Monate;
 - Empfang von durchschnittlich drei Studentengruppen pro Monat (die meisten von verschiedenen deutschen Juridischen Fakultäten auf Studienreise in der Tschechischen Republik), das sind insgesamt durchschnittlich 550 Besucher in diesem Jahr;
 - Fortführung des im Jahr 2009 begonnenen *Oral History*-Projekts der KSZE/OSZE durch Führung von Interviews mit ehemaligen Botschaftern in Moskau und Washington und Ergänzung bestehender audiovisueller Archive durch wertvolle fotografische Zeugnisse finnischer Presseagenturen, die die Entwicklung der Organisation von 1972 bis 1975 dokumentieren.

Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

Zusammenwirken mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen

Das Jahr 2010 brachte für die Zusammenarbeit der OSZE mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen eine neue Dynamik und eine Reihe wichtiger Entwicklungen. Das ganze Jahr hindurch, dessen Höhepunkt das Gipfeltreffen von Astana bildete, stand die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Teilnehmerstaaten, was zu einem breiten politischen und strategischen Überblick über die Zusammenarbeit der Organisation mit anderen, mit der Förderung der umfassenden Sicherheit im OSZE-Raum befassten Organisationen im letzten Jahrzehnt führte und die Richtung für Inhalt und Form dieses Zusammenwirkens in der Zukunft vorgab. Mit Unterstützung der Abteilung externe Zusammenarbeit unternahm der Vorsitz konzertierte Bemühungen in der Umsetzung des Athener Ministerratsbeschlusses über die Förderung des Korfu-Prozesses (MC.DEC/1/09), der das Zusammenwirken mit anderen Organisationen und Institutionen als eines der wichtigsten Themen des Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten im Rahmen des Korfu-Prozesses bezeichnete. Diese Frage war auch Thema der Gespräche bei der Botschafterklausur am 15. Mai sowie bei etlichen Sitzungen zum Korfu-Prozess in allen drei Sicherheitsdimensionen. Wie im Korfu-Zwischenbericht festgehalten, haben die Teilnehmerstaaten die im Zuge der Umsetzung der Plattform für kooperative Sicherheit von 1999 erreichte Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum positiv beurteilt und übereinstimmend festgestellt, dass dieses Zusammenwirken in der Zukunft weiter verbessert und der Dialog und die Kontakte mit regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums erweitert werden müssten.

Wie bereits beim informellen Ministertreffen der OSZE in Korfu im Juni 2009 wurden sieben internationale und regionale Organisationen (die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), der Europarat und die Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA)) vom Vorsitz zum informellen Ministertreffen in Almaty im Juli eingeladen, bei dem der Vorsitz ein Abendessen für die Vertreter der teilnehmenden Organisationen gab.

Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen war auch ein wichtiger Tagesordnungspunkt der drei Teile der Überprüfungskonferenz der OSZE und Thema einer eigenen Sitzung am 22. Oktober während des Wiener Teils. Eine Reihe von Vertretern anderer Organisationen (Europarat, NATO, OVKS, Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), CICA, Liga der Arabischen Staaten (LAS) und ASEAN-Regionalforum (ARF), das von Thailand vertreten wurde), leisteten Beiträge zu den Diskussionen.

66 Organisationen, Institutionen und Initiativen waren zur Teilnahme am Gipfeltreffen von Astana eingeladen – mehr als doppelt so viele wie am Gipfeltreffen in Istanbul vor elf Jahren. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen sprach in der Eröffnungssitzung. In der *Gedenkerklärung von Astana: Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft* bekräftigen die Teilnehmerstaaten ihre Bereitschaft, weiterhin danach zu trachten, „dass die Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten und zwischen den einschlägigen Organisationen und Institutionen, denen sie angehören, in den Prinzipien Gleichheit, partnerschaftliche Zusammenarbeit, Nicht-Ausschluss und Transparenz verankert ist.“

Die reguläre institutionelle Zusammenarbeit sowohl auf Ebene der Amtssitze als auch vor Ort wurde das Jahr hindurch weiter ausgebaut. Partnerorganisationen wurden zu den wichtigsten OSZE-Treffen in den drei Dimensionen eingeladen, unter anderem zum Wirtschafts- und Umweltforum und zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz sowie zu einer Reihe anderer wichtiger Veranstaltungen auf hoher bzw. Expertenebene. Umgekehrt vertraten der OSZE-Vorsitz, der Generalsekretär und andere hohe Amtsträger die OSZE auf Einladung bei verschiedenen Gipfeltreffen, Ministertreffen und anderen Zusammenkünften internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen und Institutionen.

Der Vorsitz lud die Leiter mehrerer Organisationen ein, ihre Meinung zur Zusammenarbeit mit der OSZE im Ständigen Rat oder bei gemeinsamen Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und dem Ständigen Rat zu äußern. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen sprach im April im Ständigen Rat – es war die erste Rede eines UN-Generalsekretärs seit elf Jahren in diesem Gremium – und betonte dabei die Bedeutung, die die Vereinten Nationen ihrer Partnerschaft mit der OSZE beimessen. Im Oktober sprach der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) erstmals im Ständigen Rat. Weitere Redner im Laufe des Jahres waren die Generalsekretäre des Europarats, der OVKS und der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), der Exekutivsekretär der GUS, der Direktor des *Central Asian Regional Informational and Coordination Centre* (CARICC) und Sonderbeauftragte der EU. Der Sicherheitsdialog des FSK wurde durch Vorträge von Vertretern der UN, der EU, des Wassenaar-Arrangements und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) bereichert, die insbesondere zu den Erörterungen über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Nichtverbreitung beitrugen.

Im Juni lud der OSZE-Generalsekretär in Wien zum jährlichen Dreiertreffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen, dem Europarat und der OSZE zum Thema *Gender and Comprehensive Security: Lessons learned and possibilities for enhanced co-operation* ein. Die Gespräche konzentrierten sich auf Themen wie die Vorbeugung und Lösung von Konflikten, insbesondere durch die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, deren zehnjähriges Bestehen 2010 gefeiert wurde, und auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – auch gegen Mädchen – vor, während und nach bewaffneten Konflikten. Auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die Internationale Organisation für Migration (IOM), die NATO und die OVKS nahmen an dem Treffen teil.

Im Dezember veranstaltete der Generalsekretär der OSZE in Wien einen Workshop mit regionalen Organisationen zum Thema *Preventive and Quiet Diplomacy, Dialogue Facilitation and Mediation* als Folgemaßnahme auf die hochrangige Klausur des UN-Generalsekretärs mit Leitern regionaler Organisationen im Januar in New York. Der Workshop war die erste Veranstaltung dieser Art und brachte hochrangige Vertreter der UN und einer Reihe regionaler Organisationen zusammen, darunter die EU, der Europarat, die NATO, die Afrikanische Union, das ASEAN-Regionalforum, die Karibischen Gemeinschaft (CARICOM), die OVKS, die CICA, die LAS, die OAS und das Pazifikinsel-Forum (PIF).

Gemeinsam mit den UN und der EU führte die OSZE bei sechs Runden der Genfer Gespräche nach dem Sechs-Punkte-Abkommen vom 12. August 2008 den Vorsitz. Zusammen mit der Überwachungsmission der Europäischen Union (EUMM) bahnte sie auch drei Treffen des Zweiten Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen an. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit wird auch durch die Tatsache illustriert, dass die

drei Kovorsitzenden der Genfer Gespräche mehrmals gemeinsam an Sitzungen des Ständigen Rates der OSZE und des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit der EU teilnahmen.

Ferner unterstützten die OSZE, die UN und die EU in enger Abstimmung – einschließlich durch Abgabe gemeinsamer Erklärungen durch ihre Sonderbeauftragten – Kirgisistan auf dessen Ersuchen bei der Lösung der politischen Krise, bei seinen Bemühungen, das Übergreifen der Spannungen in der Region zu verhindern, und bei der Normalisierung der Lage nach dem Konflikt.

Die OSZE leistete mit ihrem Engagement für Afghanistan einen Beitrag zur Initiative „Pariser Pakt“ und ergänzte damit die Bemühungen von UN, NATO und EU, unter anderem in Bereichen wie Grenzsicherung und Grenzmanagement, Polizeiarbeit und Wahlunterstützung.

Bei der Durchführung der Aktivitäten im Sinne ihres jeweiligen Mandats setzten die Fachgruppen und Abteilungen im Sekretariat auch weiterhin den aktiven Kontakt und die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Dienststellen von Partnerorganisationen und mit Sonderorganisationen und -institutionen fort.

Das ganze Jahr hindurch arbeitete zum Beispiel die ATU mit über 20 UN-Institutionen, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Sonderorganisationen zusammen, um deren Aktivitäten im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen und zu fördern, und tauschte Erfahrungen und bewährte Methoden mit ihnen aus.

Die SPMU bemühte sich weiterhin um verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen und konzentrierte sich insbesondere auf das Verbot illegaler Drogen und chemischer Ausgangsstoffe sowie auf die Schulungen der afghanischen Polizei. Weiter Aktivitäten, insbesondere in Verbindung mit dem Polizeiaufbau, erfolgten in Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen wie z. B. der UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (UNDPKO), dem Europarat, der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL), dem *International Network to Promote the Rule of Law* (INPROL), dem Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und mehreren NROs.

Die Abteilung Genderfragen setzte die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen fort und gab Erfahrungen der OSZE im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter, Gewalt gegen Frauen und der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen weiter.

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels (CTHB) förderte über die Allianz gegen den Menschenhandel Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren. In diesem Jahr kam es auch zur Wiederaufnahme des bilateralen und multilateralen Dialogs zwischen verschiedenen Partnern, durch den bereits bestehende Partnerschaften konsolidiert und der Kreis der Mitglieder erweitert werden soll. Auf Initiative der Sonderbeauftragten gab das *Alliance Expert Co-ordination Team* ein *Joint Statement on Child Protection, Especially among Migrant, Undocumented, Unaccompanied, Separated and Asylum Seeking Children, to enhance Prevention of Child Trafficking* heraus, das im Oktober bei der Überprüfungskonferenz der OSZE in Warschau vorgestellt wurde.

Über ihr Grenzteam arbeitete die Abteilung Einsätze des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) mit internationalen und regionalen Organisationen, die sich mit Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements befassen, zusammen. Die wichtigsten Partner waren die UN, die EU (insbesondere ihr BOMCA-Programm in Zentralasien, EUBAM und Frontex), die NATO, die IOM, die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), die Weltzollorganisation (WZO), Interpol, die OVKS, der Regionale Kooperationsrat (RCC), die Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI), die Regionalinitiative Migration, Asyl und Flüchtlinge (MARRI), die Internationale Anti-Korruptionsakademie und das DCAF.

Der Dienst „Unterstützung von Einsätzen“ nahm auch regelmäßig an der *International Stabilization and Peacebuilding Initiative* teil, an der sich auch die AU, der Europarat, die UN und die Weltbank beteiligten.

Im Lauf des Jahres intensivierte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) seine Zusammenarbeit im Bereich der Korruptionsbekämpfung mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Antikorruptionsnetz für Osteuropa und Zentralasien, dem Europarat und der Korruptionsbekämpfungsrunde der Plattform I der Ostpartnerschaft der Europäischen Kommission.

Das OCEEA engagierte sich weiterhin aktiv in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC), bei der es mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa und der NATO zusammenarbeitete.

Vor Ort setzten die OSZE-Feldoperationen auf pragmatische Art und Weise und im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat den Informationsaustausch und erforderlichenfalls die Koordinierung bei der Umsetzung von Projekten und anderen praktischen Aktivitäten mit anderen auf lokaler Ebene vertretenen Organisationen fort. Das KVZ organisierte Sonder-sitzungen zur Beurteilung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen parallel zu den Regionaltagungen der Missionsleiter der OSZE im Juni in Sarajewo, im Mai in Aschgabat und im September in Baku. Darüber hinaus informierte ein Vertreter der Europäischen Kommission die regionalen Missionsleiter im Juli in Kiew bei der Tagung über die Ostpartnerschaftsinitiative der EU.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR) arbeitete regelmäßig mit der Venedig-Kommission des Europarats bei Rechtsgutachten zusammen und unterhielt enge Partnerschaften mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und den Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der NATO sowie mit dem Europäischen Parlament im Bereich der Wahlbeobachtung.

Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) arbeitete mit internationalen Organisationen zusammen, um Einflusskanäle zu erweitern, Überschneidungen zu vermeiden und die Effektivität der Arbeit des HKNM zu steigern. Der HKNM entwickelte enge Verbindungen zur Europäischen Kommission, insbesondere zum EU-Kommissar für Erweiterung und der Generaldirektion Erweiterung, zum Europarat, insbesondere zum Beratenden Ausschuss zur Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und der Venedig-Kommission, und schließlich zum Sekretariat und zu

Sonderorganen der UN wie dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR), UNHCR und UNDP.

Die Beauftragte für Medienfreiheit arbeitete gemeinsam mit den internationalen Berichtserstattem für freie Meinungsäußerung der Vereinten Nationen, der OAS und der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker zusammen an einem Dokument, in dem die zehn wichtigsten Herausforderungen für die freie Meinungsäußerung in den nächsten zehn Jahren festgelegt sind.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE arbeitete regelmäßig mit dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der GUS und anderen parlamentarischen Organisationen insbesondere im Bereich der Wahlbeobachtung zusammen.

Vereinte Nationen

In seiner Ansprache bei der Eröffnungssitzung des Gipfeltreffens in Astana sprach der Generalsekretär der UN über die „Grundprinzipien und gemeinsamen Werte“, auf denen die beiden Organisationen begründet sind, und vom Nutzen einer vertieften Kooperation im Hinblick auf das Ziel „den Frieden zu verbreiten, die Menschenrechte zu fördern, eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten und eine sicherere Welt aufzubauen“. Seine Erklärung war eine gute Zusammenfassung eines Jahres, das von einer außergewöhnlich intensiven und engen Zusammenarbeit zwischen den UN und der OSZE geprägt war.

Eine abgestimmte Reaktion auf die Lage in Kirgisistan sowie die Fortsetzung eines engen und koordinierten Engagements in Georgien, im Kosovo und in Afghanistan waren die Höhepunkte der Zusammenarbeit zwischen OSZE und UN im letzten Jahr. Weitere Prioritätsbereiche für die Zusammenarbeit umfassten die Förderung der Grundfreiheiten und Menschenrechte im OSZE-Raum, Abrüstung und Nichtverbreitung, einschließlich der Unterstützung der Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die Bewältigung von Herausforderungen im Umweltbereich und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung mit besonderem Augenmerk auf ein effizientes Wasser- und Energiemanagement und die Entwicklung von koordinierten Ansätzen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Sicherheitsbedrohungen, insbesondere in den Bereichen Menschen- und Drogenhandel und im Kampf gegen den Terrorismus.

Dank einer neuen Dynamik in den interinstitutionellen Kontakten konnte die Agenda der Zusammenarbeit das ganze Jahr zügig vorgebracht werden. Am 5. Februar informierte der Vorsitzende der OSZE den UN-Sicherheitsrat über die Prioritäten des OSZE-Vorsitzes im Jahr 2010. Er betonte die wichtige Rolle von regionalen zwischenstaatlichen Organisationen wie der OSZE mit ihren einmaligen Instrumentarien, ihren Ressourcen und ihrem Verständnis der Situation vor Ort für die Unterstützung des Sicherheitsrats bei der effizienten Bewältigung potenzieller Sicherheitsbedrohungen und der Reaktion darauf. Dieser Punkt wurde auch in der Debatte des UN-Sicherheitsrates im Januar zum Thema *Advancing co-operation of the UN with regional and sub-regional organizations in the maintenance of global peace and security* hervorgehoben. Bei seiner Rede auf der Eröffnungssitzung der Generalversammlung der UN (UNGA) im September betonte der Vorsitzende der OSZE erneut die weitreichende Rolle der OSZE als wichtiger regionaler Partner der UN.

Im Januar nahm der Generalsekretär der OSZE in New York an der hochrangigen Klausur des UN-Generalsekretärs für die Leiter regionaler und anderer zwischenstaatlicher Organisationen zum Thema *Co-operation in times of crisis* teil. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem bilateralen Treffen zwischen ihm und dem Generalsekretär der UN, bei dem Themen von gemeinsamem Interesse erörtert wurden. Weitere bilaterale Zusammenkünfte zwischen den beiden Generalsekretären fanden anlässlich der Rede des UN-Generalsekretärs im Ständigen Rat der OSZE im April und während des Gipfeltreffens in Astana im Dezember statt. Ende August traf der Generalsekretär der OSZE in New York mit hochrangigen Vertretern der UN aus den Hauptabteilungen Politische Angelegenheiten (DPA) und Friedenssicherungseinsätze (DPKO) zur Erörterung der Zusammenarbeit zu wichtigen regionalen Themen zusammen.

Im September kam es zu einem bilateralen Treffen zwischen dem OSZE-Generalsekretär und dem kurz davor ernannten Exekutivsekretär der UNODC, und im Dezember richtete der OSZE-Generalsekretär die jährliche Koordinierungssitzung zwischen OSZE und UNODC in Wien aus. Führende Experten beider Seiten beleuchteten die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen in den Bereichen Bekämpfung des Menschenhandels, Kampf gegen illegale Drogen, Terrorismus und grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen sowie Korruption und Geldwäsche.

Das jährliche OSZE/UN-Treffen auf Mitarbeiterebene wurde im Mai in New York abgehalten und konzentrierte sich auf die Zusammenarbeit auf dem Westbalkan, im Südkaukasus, in Moldau, Zentralasien und Afghanistan sowie auf Themenschwerpunkte wie Mediation und Konfliktverhütung sowie Abrüstung und Nichtverbreitung. Am Rande dieses Treffens fand eine Reihe bilateraler Zusammenkünfte zwischen Vertretern der OSZE und Hochrangigen UN-Beamten statt.

Im September hielt der in der OSZE für Fragen der Terrorismusbekämpfung zuständige Leiter einen Vortrag bei der 117. Sitzung der UN-Generalversammlung zur Überprüfung der Umsetzung der weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und informierte die Versammlung über die Beiträge der OSZE zu den weltweiten Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) setzte ihre effiziente Koordinierung mit dem UNODC in der Vorbereitung und Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und illegaler Drogen fort. Regelmäßige Koordinierungstreffen auf leitender und Arbeitsebene fanden in Wien statt und wurden durch die Feldebüros der OSZE fortgesetzt. Im Laufe des Jahres fand eine Reihe von gemeinsamen OSZE/UNODC-Workshops, -Seminaren, -Kursen und -Konferenzen statt.

Die Abteilung Unterstützung von Einsätzen des KVZ verbesserte weiter ihre Zusammenarbeit mit der Gruppe zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen der UN. Die erste gemeinsame OSZE/UN-Schulung fand im April im Ausbildungsinstitut der Folke Bernadotte Academy (FBA) in Sandö (Schweden) statt.

Durch ihre Teilnahme an der *Expert Reference Group* übernahm die Gruppe FSK-Unterstützung des KVZ eine aktive Rolle bei der vom Koordinierungsmechanismus für Maßnahmen gegen Kleinwaffen der UN initiierten Ausarbeitung internationaler Kontrollnormen für Kleinwaffen. Mit dieser neuen Initiative sollen allgemein gültige Standards für die

Konzeption, Planung und Umsetzung von Initiativen zur Kontrolle von Kleinwaffen, die sich gleichermaßen an Praktiker als auch an Entscheidungsträger richten, geschaffen werden.

Die Gruppe FSK-Unterstützung führte auch die Umsetzung gemeinsamer Projekte mit dem UNDP fort. In diesem Jahr wurde die erste Phase eines gemeinsamen SALW-Projekts in Belarus erfolgreich abgeschlossen: insgesamt fünf SALW-Lagerstätten wurden in Übereinstimmung mit den OSZE-Praxisleitfäden über die Verwaltung und Sicherheit von SALW-Lagerbeständen saniert. Zusätzlich wurde eine spezielle Inventarisierungssoftware für SALW zum Einsatz in Belarus und anderen Teilnehmerstaaten der OSZE entwickelt. In Montenegro wurde die erste Phase von zwei gemeinsamen Projekten – die Vernichtung von 480 Tonnen instabiler Munition und der Aufrüstung einer Munitionslagerstätte in Tarasch – abgeschlossen.

Das OCEEA setzte seine Zusammenarbeit mit der UNECE in Fragen des Verkehrs und der Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs fort. Eine Reihe gemeinsamer oder unmittelbar im Anschluss aneinander stattfindende Veranstaltungen wurden organisiert, unter anderem über die Euro-asiatische Verkehrsverbindungen sowie die Projekte Transeuropäische Autobahn (TEM) und Transeuropäische Eisenbahn (TER). Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auch auf die Fertigstellung des gemeinsamen *Praxishandbuchs für Grenzübertrittsstellen der OSZE und UNECE*.

Das OCEEA weitete seine Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Aarhus-Konvention der UNECE im Rahmen der Initiative der OSZE für Aarhus-Zentren weiter aus und intensivierte seine Zusammenarbeit mit dem in Helsinki unterzeichneten UNECE-Übereinkommen und der UNECE-Espoo-Konvention durch Projekte in den Bereichen Management grenzüberschreitender Wasserressourcen und Umweltverträglichkeitsprüfung. Zum Thema Energiesicherheit arbeitete das OCEEA mit der UNECE über deren Ausschuss für nachhaltige Energie, Arbeitsgruppen und Expertengruppen zusammen.

Das OCEEA setzte seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) zur Minderung der Probleme mit Strahlenmaterial in Zentralasien fort.

Das Büro der Beauftragten für Medienfreiheit arbeitete mit der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) bei der Veranstaltung eines Runden Tisches zum Thema Selbstregulierung für Medienvertreter aus sieben südosteuropäischen Ländern und der Türkei sowie bei einem Projekt zur Entwicklung einer russischen Version des Musterlehrplans der UNESCO für Journalistenausbildung zusammen.

Europäische Union

Die EU und die OSZE bauten ihre enge Zusammenarbeit das ganze Jahr hindurch weiter aus, dessen Höhepunkt das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon war. In seiner Ansprache beim Gipfeltreffen der OSZE betonte der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, dass „für die EU die gemeinsame langfristige Vision [von OSZE und EU] völlig klar ist: eine euroatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft, in der die Anwendung von Gewalt unvorstellbar ist und gemeinsame Interessen maßgebend sind“. Er skizzierte vier Schlüsselprioritäten der OSZE, nämlich die Bewältigung regionaler Konflikte (neuer und alter), die Stärkung und Modernisierung des konventionellen Rüstungskontrollregimes in Europa, verstärkter Schutz der Menschenrechte und die Intensivierung der Zusammenarbeit angesichts grenzüberschreitender Bedrohungen.

Der Vorsitzende nahm am regelmäßig stattfindenden OSZE/EU-Ministertreffen im Januar in Brüssel teil. Zusammenkünfte auf Botschafterebene fanden im Juni und im Dezember statt, bei denen eine Reihe von Themen gemeinsamen Interesses erörtert wurden, etwa die Prioritäten des OSZE-Vorsitzes, das Gipfeltreffen in Astana samt Folgemaßnahmen, der Korfu-Prozess, Langzeitkonflikte, Kirgisistan und Afghanistan.

Der Generalsekretär der OSZE sprach seinerseits im April und im November im Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit der EU unter dem Vorsitz Spaniens bzw. Belgiens und traf am Rande dieser Sitzungen mit hochrangigen Vertretern der EU zu bilateralen Gesprächen zusammen, bei denen Themen wie die Lage in Kirgisistan, Langzeitkonflikte, Georgien, Afghanistan, die Umsetzung des Vertrags von Lissabon und die Vorbereitungen des Gipfeltreffens in Astana erörtert wurden. Am Rande des OSZE-Gipfeltreffens in Astana fand auch ein bilaterales Treffen zwischen dem Generalsekretär und dem Präsidenten der EU statt.

In diesem Jahr nahmen auch hochrangige EU-Vertreter an Sitzungen im Ständigen Rat der OSZE teil, unter ihnen der spanische Außenminister im Namen des spanischen EU-Vorsitzes, der Sonderbeauftragte der EU für den Südkaukasus und der EU-Sonderbeauftragte für die Republik Moldau.

Im Juli fand eine Brainstorming-Sitzung für OSZE- und EU-Mitarbeiter statt, bei der Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana erörtert wurden.

Als ständiger Teilnehmer in der Plattform I (Demokratie, Good Governance und Stabilität) der EU-Ostpartnerschaftsinitiative nahm die OSZE am dritten und vierten Treffen der Plattform im Oktober und April teil, bei denen sie auf die Aktivitäten der OSZE in diesen Bereichen aufmerksam machte.

Die Abteilung Unterstützung von Einsätzen des KVZ baute ihre Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat des EU-Rates im Bereich der Unterstützung von Vermittlungsaktivitäten weiter aus. Vertreter des Planungs- und Analyseteams der Abteilung Unterstützung von Einsätzen nahmen im Oktober an einem EU-Workshop über Best Practices in der Mediation teil, der auch von verschiedenen EU-Sonderbeauftragten besucht wurde.

Im Rahmen eines Projekts zur Entwicklung von Szenarien für verschiedene OSZE-Regionen zur Quantifizierung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit sowie im Rahmen eines Projekts über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit im OSZE-Raum ging das OCEEA eine neue Partnerschaft mit der Europäischen Umweltagentur ein.

Europarat

Die OSZE und der Europarat arbeiteten das ganze Jahr hindurch eng zusammen und koordinierten ihre Aktivitäten in Bereichen von gemeinsamem Interesse auf politischer sowie Expertenebene, etwa auch vor Ort. In seiner Ansprache am 10. Juni im Ständigen Rat der OSZE betonte der Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats, dass für eine kumulative Wirkung bei der

Erreichung der Ziele des Europarats und der OSZE die Zusammenarbeit intensiviert, Synergien geschaffen und Überschneidungen vermieden werden müssten.

Am 1. Juli hielt der Generalsekretär des Europarats einen Vortrag bei der Sitzung des Ständigen Rats der OSZE in Wien, während der Generalsekretär der OSZE am 29. September vor den Stellvertretern der Minister des Ministerkomitees des Europarates sprach. Beide betonten, wie sehr sich die Arbeit ihrer Organisationen ergänzte, und hoben die konkreten Resultate hervor, die durch verbesserte Arbeitsbeziehungen erreicht werden könnten. Das OSZE-Sekretariat war auch bei der 120. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 11. Mai in Straßburg vertreten.

Die laufende und zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE, die jeweiligen Prioritäten für 2010 sowie ihre Zusammenarbeit vor Ort wurden beim 19. Hochrangigen „2+2“-Treffen am 5. März in Genf erörtert. Der Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats, der Amtierende Vorsitz der OSZE und die Generalsekretäre des Europarats und der OSZE nahmen an den Gesprächen teil. Der Generalsekretär des Europarats und der Generalsekretär der OSZE kamen auch zu einem bilateralen Gespräch am Rande dieser Veranstaltung zusammen.

Die beiden Organisationen arbeiteten besonders eng in den vier vereinbarten Schwerpunktbereichen Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel zusammen. Die verstärkte Kooperation in diesen Bereichen war Thema der beiden ordentlichen Sitzungen der Koordinationsgruppe des Europarats und der OSZE, die am 1. März in Straßburg und am 22. Oktober in Wien stattfanden.

Die Abteilung Genderfragen der OSZE nahm im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Europarats an der Ausarbeitung der ersten rechtsverbindlichen Europäischen Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen teil.

Mit dem Ziel, die engen Beziehungen zwischen der OSZE und dem Europarat auszubauen, trafen die Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Vorsitzende und der Vize-Vorsitzende der Expertengruppe des Europarats für die Bekämpfung des Menschenhandels (GRETA) im Juni zusammen, um ihre Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Interessensvertretung zu koordinieren. Auch vereinbarten sie, den Teilnehmer- und Mitgliedstaaten weiterhin auf Ersuchen Unterstützung zu bieten, insbesondere in den Bereichen Schulung, Beratung und Monitoring.

Im September unterstützte das OCEEA das Fachzentrum für die Reform der Kommunalverwaltung des Europarats und des UNDP bei der Veranstaltung einer Konferenz über interkommunale Zusammenarbeit in Dubrovnik für Beamte aus Südost- und Osteuropa sowie dem Südkaukasus.

Das BDIMR und die Venedig-Kommission des Europarats gaben gemeinsam die *Guidelines on Legislation on Freedom of Peaceful Assembly* heraus und setzten ihre Zusammenarbeit mit der Ausarbeitung und Finalisierung der *2010 Kiev Recommendations on Judicial Independence in Eastern Europe, South Caucasus and Central Asia* fort, die Themen der Justizverwaltung mit besonderem Schwerpunkt auf Gerichtshöfen, der Bestellung von Richtern und deren Rechenschaftspflicht behandeln. Im Dezember führte das BDIMR gemeinsam mit dem Europarat und dem *Human Rights Centre*, einer lokalen NRO, eine

Schulung für Beobachter von Volksversammlungen in Tiflis (Georgien) über internationale Standards, anzuwendendes nationales Recht und Techniken der Beobachtung von Volksversammlungen durch. Zur Förderung der Früherziehung von Roma und Sinti richtete das BDIMR in Zusammenarbeit mit dem Europarat und der UNESCO die *International Task Force for the Education of Roma (ITFER)* ein.

Das Büro der Beauftragten für Medienfreiheit und der Europarat organisierten gemeinsam im Rahmen des *Internet-Governance-Forum* im September in Wilna ein offenes Diskussionsforum zur Frage, wie die Bekämpfung von Verhetzung mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und dem freien Informationsfluss vereinbar sei.

Das Konfliktverhütungszentrum der OSZE unterhielt in einer Reihe regionaler Fragen direkten Kontakt mit dem Sekretariat des Europarats. Dieser Austausch trug zu einem besseren Verständnis der Aktivitäten der beiden Organisationen bei, insbesondere in Bezug auf Entwicklungen vor Ort.

Nordatlantikvertrags-Organisation

In einem Jahr, das von den Vorbereitungen für ihre jeweiligen Gipfeltreffen geprägt war, bauten die OSZE und die NATO ihre Beziehungen durch regelmäßigen politischen Dialog und Zusammenarbeit auf Expertenebene aus. Auf dem Gipfeltreffen des Nordatlantikrats in Lissabon im November betonten die Staats- und Regierungschefs der NATO das Engagement der NATO, „die Zusammenarbeit der Allianz mit der OSZE sowohl auf politischer als auch operativer Ebene weiter zu verbessern, insbesondere in Bereichen wie Konfliktverhütung und Konfliktlösung, Konfliktfolgenbeseitigung und Umgang mit neuen Sicherheitsbedrohungen“.

Am 27. Januar führte der OSZE-Vorsitzende Gespräche mit dem NATO-Generalsekretär in Brüssel, bei denen insbesondere Afghanistan, der OSZE-Vorsitz und die Aussicht auf ein Gipfeltreffen der OSZE erörtert wurden.

In seiner Eigenschaft als Sondergesandter des OSZE-Vorsitzes sprach der Stellvertretende Außenminister von Kasachstan beim ersten Botschaftertreffen des euroatlantischen Partnerschaftsrats (EAPC) im März in Brüssel, wobei er vor allem auf Afghanistan, den Korfu-Prozess, die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen in Astana und die Zusammenarbeit in Fragen der weiter gefassten europäischen Sicherheit einging. Im Dezember informierte er den EAPC über die vom OSZE-Vorsitz geleistete Arbeit, wobei er insbesondere die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Astana, das Engagement der OSZE für Afghanistan und die Bewältigung der Krise in Kirgisistan betonte.

Der OSZE-Generalsekretär gab im Juli eine Erklärung im EAPC ab. Zu den Themen, die sowohl im EAPC als auch auf den darauf folgenden bilateralen Treffen mit hochrangigen NATO-Vertretern und Botschaftern erörtert wurden, zählten der Ausblick auf das Gipfeltreffen in Astana, Schlussfolgerungen aus dem Korfu-Prozess, die NATO-Beratungen über ein neues Strategiekonzept, Sicherheit in Afghanistan und die Entwicklungen in Georgien, im Kosovo, in Moldau und in Zentralasien.

Außerdem trafen die Generalsekretäre der OSZE und der NATO im Januar in New York anlässlich der Klausurtagung des UN-Generalsekretärs mit Leitern regionaler Organisationen zu bilateralen Gesprächen zusammen. Auf dem Gipfeltreffen in Astana kam es auch zu einer Begegnung zwischen dem OSZE-Generalsekretär und dem Beigeordneten Generalsekretär

für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik der NATO, bei der die Ergebnisse des Gipfeltreffens, das künftige Engagement der OSZE für Afghanistan und die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der NATO besprochen wurden.

Bei den regelmäßig stattfindenden OSZE/NATO-Sitzungen auf Mitarbeiterebene im März und Oktober in Wien wurden Themen wie das Wiener Dokument 1999, der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), die Vorbereitung für die Gipfeltreffen in Astana und Lissabon, der umfassende Ansatz der NATO, Energiesicherheit, Bekämpfung des Terrorismus sowie die Zusammenarbeit in regionalen Angelegenheiten, etwa in Zentralasien, im Südkaukasus, auf dem Westbalkan und in Afghanistan, erörtert.

Andere internationale, regionale und subregionale Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

Entsprechend dem 2008 in Helsinki gefassten Ministerratsbeschluss über den Beitrag der OSZE zur Umsetzungsphase der Initiative „Allianz der Zivilisationen“ (MC.DEC/8/08/Corr.1) nahm der Generalsekretär am dritten Weltforum der Allianz der Zivilisationen (AoC) im Mai in Rio de Janeiro teil. Der Generalsekretär wohnte der Ministertagung bei und sprach bei der Plenarsitzung des Gipfeltreffens. Er war Vortragender bei der Fachtagung zum Thema „Dialog der Kulturen und Neugestaltung der Weltordnung“. Am Vorabend des AoC-Forums nahm der Generalsekretär an der Veranstaltung zum Thema „Umgang mit Islamfeindlichkeit: Aufbau von gegenseitigem Respekt und Nichtausgrenzung anhand bisher ungenutzter Möglichkeiten“ teil, die vom AoC, vom Europarat, der OIC und dem *British Council* im Rahmen des Forums veranstaltet wurde. Der Hohe Beauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen sprach im Juni im Ständigen Rat der OSZE in Wien.

Anlässlich der Ansprache des Generalsekretärs der OVKS bei einer gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rats und des Forums für Sicherheitskooperation am 15. April trafen die beiden Generalsekretäre zu bilateralen Gesprächen zusammen, bei denen Themen wie Kirgisistan und Afghanistan sowie Grenzsicherung und Grenzmanagement in Zentralasien im Mittelpunkt standen. Während seines Besuchs in Moskau im März traf der Direktor des KVZ mit dem Generalsekretär der OVKS zusammen, um Fragen wie die Schaffung von Friedenstruppen der OVKS, den Korfu-Prozess, das OSZE-Gipfeltreffen, grenzüberschreitende Sicherheitsbedrohungen sowie Zentralasien und Afghanistan zu erörtern.

Der Generalsekretär der OSZE traf mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees und Exekutivsekretär der GUS anlässlich von dessen Rede im Ständigen Rat am 22. Juli zu einem Informationsaustausch über die letzten Entwicklungen in den beiden Organisationen zusammen.

Der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit vertrat das OSZE-Sekretariat beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des SEECF und der Jahrestagung des Regionalen Kooperationsrates (RCC) in Istanbul am 22. und 23. Juni.

Vom 23. bis 25. Februar besuchte eine Delegation des IKRK das OSZE-Sekretariat, um mit den verschiedenen Fachgruppen und Regionalabteilungen Themen von gemeinsamem Interesse zu erörtern.

Als Mitglied vieler internationaler Arbeitsgruppen bemühte sich die SPMU um Koordinierung mit Organisationen wie INTERPOL, EUROPOL und dem SECI-Zentrum. Die Gruppe arbeitete mit dem Regionalen Kooperationsrat bei den OSZE-Workshops über demokratische Polizeiarbeit und den SPMU-Leitfäden über bewährte Verfahren in der Strafverfolgung zusammen.

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels begann mit der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (FATF) zusammenzuarbeiten. Im November unterstützte es einen FATF-Workshop über Geldwäsche im Zusammenhang mit Menschenhandel und der Schleusung von Migranten in Capetown sowie das erste gemeinsame Treffen der FATF und der Egmont-Gruppe der zentralen Meldestellen zur Bekämpfung von Geldwäsche zur Typologie von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

In Zusammenarbeit mit der IOM, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) und dem Europarat veranstaltete das OCEEA zwei regionale Schulungsseminare über Gender und Arbeitsmigration in Helsinki (15. bis 16. April) und Astana (14. bis 15. September). Die Seminare bauten auf dem von OCEEA und BDIMR entwickelten Kursleiterhandbuch über *Gender and Labour Migration* auf. Das OCEEA arbeitete eng mit der IOM bei der Ausarbeitung der *Training Modules on Labour Migration Management – Trainer's Manual* zusammen, das die OSZE-IOM-ILO-Handbücher über Arbeitsmigration ergänzen soll. Das OCEEA und die IOM starteten ein neues gemeinsames Projekt zur Evaluierung der Erfassung von Migrationsdaten in Tadschikistan, Kasachstan und Kirgisistan. Darüber hinaus arbeitete das OCEEA eng mit der ILO bei der Veröffentlichung des Berichts *Strengthening Migration Governance* zusammen, eines Überprüfungsberichts über die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Migration, der für das Wirtschafts- und Umweltforum 2009 ausgearbeitet wurde.

Das OCEEA befasste sich in Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation (WZO) mit der Förderung von korrektem Verhalten im Zoll- und in anderen Grenzdiensten. Im Juli wurde in Almaty ein gemeinsamer regionaler Workshop abgehalten.

In den Bereichen Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung setzte das OCEEA seine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, dem Moneyval-Ausschuss des Europarats und der eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung fort.

Außerdem trat das OCEEA dem *Vienna Energy Club* (VEC) bei, dem Organisationen wie die Energiegemeinschaft, das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA), die Internationale Agentur für erneuerbare Energien (IRENA), der OPEC-Fonds für internationale Entwicklung, die OPEC, die *Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership* (REEEP) und die UNIDO angehören. Bei dem im September in Wilna abgehaltenen außerordentlichen Expertentreffen der OSZE zur Frage, wie die OSZE künftig zur internationalen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit der Energieversorgung beitragen könne, empfing das OCEEA Vertreter der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, des Energie-Charta-Sekretariats, der Europäischen Klimastiftung, der NATO und der UNECE.

Regionale Organisationen außerhalb des OSZE-Raums

Angesichts der von den Teilnehmerstaaten im Zuge der Erörterungen des Korfu-Prozesses übereinstimmend festgestellten „Notwendigkeit, sich für das Zusammenwirken mit regionalen und subregionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums zu öffnen, insbesondere mit jenen aus angrenzenden Regionen und in Bereichen, in denen gemeinsame Anstrengungen erfolgversprechend sind“, kam es in diesem Jahr auch zu einer Vertiefung des Dialogs und der Kontakte mit diesen Organisationen, bei denen Erfahrungen, bewährte Verfahren und gewonnene Erkenntnisse ausgetauscht wurden.

Das Zusammenwirken mit der CICA, ein Schwerpunkt des Vorsitzes, wurde in diesem Jahr besonders intensiviert. Der Generalsekretär der OSZE wurde zum dritten Gipfel der CICA am 8. Juni in Istanbul eingeladen, wo er im Namen der OSZE eine Rede hielt. Ferner sprach er bei einer Sonderveranstaltung mit Schwerpunkt auf der Sicherheits- und Wirtschaftszusammenarbeit in Eurasien im 21. Jahrhundert, die im Zusammenhang mit dem CICA-Gipfeltreffen am 7. Juni veranstaltet wurde. Darüber hinaus vertrat der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit das OSZE-Sekretariat beim Treffen der Facharbeitsgruppe der CICA und des Ausschusses Hoher Beamter im Oktober in Ankara.

Auch die Zusammenarbeit mit der OAS gewann im Laufe des Jahres neuen Schwung. Im Februar nahm ein Vertreter der OAS an einem Seminar des Vorsitzes über Konfliktverhütung und Konfliktlösung teil, das im Rahmen des Korfu-Prozesses veranstaltet wurde. Im Oktober besuchte ein OAS-Team unter der Leitung des Sekretärs für multidimensionale Sicherheit erstmals das OSZE-Sekretariat, einerseits mit dem Ziel der Vorbereitung der Rede des Generalsekretärs der OAS im Ständigen Rat und andererseits zum Meinungs austausch zu Themen von beiderseitigem Interesse. Das BDIMR baute seine Zusammenarbeit mit der OAS ebenfalls aus, indem es Wahlbeobachtungserfahrungen und -methoden an sie weitergab.

Am 6. Mai sprach der Generalsekretär der OIC zum zweiten Mal im Ständigen Rat der OSZE in Wien. In seiner Rede betonte er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen, um gegen die zunehmende Islamfeindlichkeit anzukämpfen. Bei dieser Gelegenheit erörterten er und der Generalsekretär der OSZE Aspekte der derzeitigen und zukünftigen Zusammenarbeit. Am Rande der vierten *Regional Economic Cooperation Conference on Afghanistan* (RECCA IV) in Istanbul am 3. November trafen sie erneut zusammen und setzten ihre Gespräche fort.

Darüber hinaus kam der OSZE-Generalsekretär mit den Generalsekretären der OAS, OIC und SCO im Januar in New York am Rande der Klausurtagung des UN-Generalsekretärs mit Leitern regionaler Organisationen zu bilateralen Gesprächen zusammen.

Eine Delegation der Union Südamerikanischer Nationen besuchte im Februar das OSZE-Sekretariat zu ausführlichen Informationsgesprächen mit Fachgruppen über Know-how und Erfahrungen der OSZE.

Ein Vertreter des ARF sprach im Februar vor der asiatischen Kontaktgruppe, informierte über jüngste Entwicklungen und Aktivitäten und schlug Bereiche einer möglichen Zusammenarbeit mit der OSZE vor.

Am Rande der sechsten UN-Konferenz über Wettbewerbspolitik in Genf im November traf der Leiter des OSZE-Büros in Eriwan Vertreter des CARICOM-Sekretariats, um die

Erfahrungen der OSZE mit wettbewerbsrelevanten Strategien und Rechtsvorschriften in Armenien weiterzugeben.

Nichtregierungsorganisationen

Die Kontakte mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) wurden 2010 besonders intensiv gepflegt, und der OSZE-Vorsitz lud Vertreter einiger Denkwerkstätten und NROs ein, an den drei Teilen der OSZE-Überprüfungskonferenz in Warschau, Wien und Astana teilzunehmen und Beiträge zu leisten. Darüber hinaus nahmen NROs an allen regulären OSZE-Veranstaltungen während des Jahres teil. Die drei OSZE-Institutionen, die Fachgruppen des Sekretariats und die Feldoperationen setzten die Entwicklung ihres Dialogs und ihrer Zusammenarbeit mit mehreren einschlägigen NROs – auch als Durchführungspartner und Gastredner bei Veranstaltungen – fort.

Das BDMIR organisierte gemeinsam mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) Gesprächsrunden über das *Handbook on Human Rights and Fundamental Freedoms of Armed Forces Personnel*. Bei den Veranstaltungen im letzten Jahr kamen die unterschiedlichsten Akteure aus dem Sicherheitssektor zusammen und erörterten die Empfehlungen des Handbuchs für Serbien (Mai), Georgien (Juni) und Albanien (November).

Im Dezember hielt das BDMIR in Warschau das dritte Jahrestreffen über Mechanismen und Programme zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten ab. Bei dem von der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH) organisierten Treffen kamen Vertreter von UNHCR, des Kommissars für Menschenrechte des Europarats, der EU, der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, der Internationalen Organisation der Frankophonie und einer Reihe internationaler NROs wie *Amnesty International*, *Human Rights First* und die Weltorganisation gegen Folter zusammen.

Der HKNM kooperierte mit der Zivilgesellschaft in Ländern, in denen sich die Institution darum bemüht, Anstrengungen zur Konfliktprävention und zum Schutz der Menschenrechte zu unterstützen.

Das Büro der Beauftragten für Medienfreiheit unterstützte und beteiligte sich an einem Länderbesuch in Serbien, der vom Internationalen Presseinstitut und der Südosteuropäischen Medienorganisation veranstaltet wurde, um das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit des Landes zu prüfen. Das Büro finanzierte auch *The Legal Links Toolkit*, einen Leitfaden für den Zugang zu behördlichen Informationen, der von *Access Info Europe* und dem *Network for Reporting on Eastern Europe* ausgearbeitet wurde.

Ausgewählte Bereiche der Zusammenarbeit vor Ort

Südosteuropa

Die **Präsenz in Albanien** arbeitete mit der EU in Eigentumsfragen und Polizeiangelegenheiten, mit der EU und dem Europarat über Personenstandswesen und die Medien, mit dem Europarat in Fragen der Dezentralisierung und mit den UN, der Weltbank und der EU in der Geberkoordination zusammen.

Die **Mission in Bosnien und Herzegowina** kooperierte mit UNHCR, UNDP, NATO, den Streitkräften der EU in Bosnien und Herzegowina, der EU-Delegation, dem Europarat und dem Büro des Hohen Repräsentanten.

Die **Mission im Kosovo** setzte ihre Rolle als verlässlicher Partner der internationalen Gemeinschaft fort und stellte wertvolle Erfahrungen und Fachwissen für den Aufbau von Institutionen und die Förderung der Menschenrechte zur Verfügung. Die Mission setzte im übergeordneten Rahmen der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo ihre aktiven Kontakte mit einschlägigen Institutionen fort, darunter mit UNHCR, UNDP, dem Europarat, dem EK-Verbindungsbüro, der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU und der NATO.

Die **Mission in Montenegro** führte ihre enge Zusammenarbeit mit der EU-Delegation, dem Europarat, UNDP, UNHCR, UNICEF und mit Zivilgesellschaftsorganisationen im Reformprozess und in der Stärkung institutioneller Kapazitäten fort, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, polizeilich-militärische Angelegenheiten, Demokratisierung und Medien. In Zusammenarbeit mit dem Gastland und internationalen Organisationen hielt die Mission fünf regionale Konferenzen über den Aufbau regionaler Stabilität und Sicherheit ab.

Die **Mission in Serbien** kooperierte mit Sonderorganisationen der Vereinten Nationen wie UNDP, UNHCR, UNODC, UNICEF sowie mit der EU, dem Europarat, dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), der Weltbank und NROs in seinen vier Programmbereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Demokratisierung, Strafverfolgung und Medien.

Die „**Spillover**“-**Überwachungsmission in Skopje** kooperierte mit den wichtigsten im Bereich der Sicherheit tätigen Akteuren wie dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und der NATO, um die Stabilisierung und einen fruchtbaren Dialog mit den Institutionen des Landes zu fördern. Auch die Zusammenarbeit mit den vor Ort vertretenen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission wurde fortgesetzt, insbesondere im Bereich der Verbesserung der interethnischen Beziehungen.

Das **Büro in Zagreb** überwachte gemeinsam mit der EU-Delegation, drei NROs (dem Friedenszentrum in Osijek, *Document* und dem Bürgerkomitee für Menschenrechte (GOLJP)) und dem ICTY-Verbindungsbüro die Kriegsverbrecherprozesse. Das Büro leistete auch Beiträge zum *War Crimes Justice Project*, das gemeinsam vom BDIMR und dem ICTY sowie dem Interregionalen Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI) durchgeführt wurde.

Osteuropa

Das **Büro in Minsk** arbeitete weiterhin in enger Abstimmung mit den UN-Sonderorganisationen, der EU-Delegation, dem Exekutivkomitee der GUS, den internationalen Finanzinstitutionen und der IOM an der Durchführung seiner Projekte mit den Institutionen des Gastlandes zusammen.

Die **Mission in Moldau** unterhielt in ihren Bemühungen um eine dauerhafte Lösung im Transnistrien-Konflikt, in der Bekämpfung des Menschenhandels und der Förderung von

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit enge Kontakte zu mehreren UN-Sonderorganisationen, der EU, dem Europarat und der IOM.

Der **Projektkoordinator in der Ukraine** koordinierte seine Aktivitäten mit dem Europarat, der Venedig-Kommission, der EU, USAID und USAID-finanzierten Projekten in der Ukraine, der IOM, der UNECE, UNEP, UNDP, der ILO, der Eurasia-Stiftung, der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit und mit lokalen und internationalen NROs.

Südkaucasus

Das **Büro in Baku** arbeitete mit der ILO bei der Bekämpfung des Menschenhandels und bei Schulungsmaßnahmen für Besitzer kleiner und mittlerer Unternehmen, mit der UNECE im Bereich Wassermanagement, mit UNDP beim Programm *Civic Action für Security and Environment (CASE)*, mit dem IKRK beim Monitoring von Haftanstalten, mit der Weltbank zum Thema Justizreformen und mit der IOM in der Bekämpfung des Menschenhandels zusammen.

Das **Büro in Eriwan** stand in Bezug auf die Themen Wahlen, Korruptionsbekämpfung, Polizeiunterstützung, Menschenrechte, Wirtschafts- und Umweltfragen, Justizreform, Medien, Gender, Bekämpfung des Menschenhandels und Migration in enger Zusammenarbeit mit dem Europarat, einschließlich der Venedig-Kommission, der EU-Delegation und -Beratungsgruppe sowie den Vereinten Nationen.

Zentralasien

Das **Zentrum in Aschgabat** kooperierte mit UNODC, UNECE, der EU und anderen Organisationen in Fragen der Korruptionsbekämpfung, Medienreform, Verkehrsentwicklung und Bekämpfung des Menschenhandels und stimmte seine laufenden Aktivitäten eng mit allen in Turkmenistan aktiven internationalen Organisationen ab.

Das **Zentrum in Astana** hielt regelmäßigen Kontakt und kooperierte mit verschiedenen UN-Organen, der EU und anderen internationalen, zwischenstaatlichen und regionalen Organisationen in einer Reihe von Bereichen wie organisierte Kriminalität, Gleichstellung der Geschlechter und grenzüberschreitendes Wassermanagement zusammen.

Als Reaktion auf die Ereignisse im April in Kirgisistan richteten die OSZE, die UN und die EU einen Mechanismus zur Koordinierung der Unterstützungsmaßnahmen ein, der auch Besuche ihrer jeweiligen Sonderbeauftragten für Kirgisistan vorsah. Das **Zentrum in Bischkek** gründete in Zusammenarbeit mit UNDP und der EU-Delegation den *Reconciliation, Conflict Prevention and Peace-Building Mechanism (RECAP)*, der gemeinsam von der OSZE, der EU und UNHCR geleitet wird. Ein ähnlicher Koordinierungsmechanismus wurde gemeinsam mit USAID zur Stärkung lokaler Selbstverwaltungsorgane eingerichtet. Nach den Ereignissen vom April in Bischkek begannen das OSZE-Zentrum, die UN und die EU damit, wöchentliche internationale Koordinierungstreffen abzuhalten, die das ganze Jahr hindurch fortgesetzt wurden. Das OSZE-Zentrum arbeitete auch mit der Eurasia-Stiftung im Bereich der Bildung sowie mit der EU, dem ECHO-Katastrophenschutzprogramm der Europäischen Kommission (DIPECHO), UNICEF, der IOM, der Asiatischen Entwicklungsbank und UNDP zusammen.

Das **Büro in Tadschikistan** erweiterte in allen Programmbereichen seine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, darunter UN-Sonderorganisationen, internationalen

Entwicklungsbanken und NROs in Projekten betreffend Grenzmanagement, Minenräumung, Polizeireform und Terrorismusbekämpfung, Umweltfragen, Gender, Bekämpfung des Menschenhandels, Menschenrechte und Medienentwicklung.

Der **Projektkoordinator in Usbekistan** organisierte im Lauf des Jahres eine Reihe von Veranstaltungen gemeinsam mit internationalen Organisationen, NROs, Partnern und lokalen Institutionen in den drei Dimensionen.

Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum

Der Dialog mit den Kooperationspartnern stand im abgelaufenen Jahr ganz im Zeichen ihrer intensiven Beteiligung an den Erörterungen zwischen den Teilnehmerstaaten vor dem OSZE-Gipfeltreffen in Astana am 1. und 2. Dezember. Die Partner nahmen aktiv an den informellen Konsultationen im Rahmen des Korfu-Prozesses und an der Überprüfungskonferenz teil und leisteten Beiträge dazu. In praktischer Hinsicht galt die Zusammenarbeit in erster Linie der Weiterführung der bisher geleisteten Arbeit. Zum ersten Mal fanden – im Sinne von Beschlüssen aus dem Jahr 2009 – zwei Workshops im Hoheitsgebiet von Kooperationspartnern statt: einer in der Mongolei über die Bekämpfung von Menschenhandel und ein zweiter in Thailand über den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel. Afghanische Vertreter engagierten sich stärker als bisher in den OSZE-Aktivitäten. Die Arbeit mit den Mittelmeerpartnern kam in den im Rahmen des Partnerschaftsfonds 2009 festgelegten Arbeitsschwerpunkten gut voran.

Bericht des OSZE-Vorsitzes

Der Vorsitz förderte den Dialog mit den Partnern und hielt am Rande des Gipfeltreffens der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen (CICA) in Istanbul zum ersten Mal ein Sondertreffen auf hoher Ebene für die OSZE-Kooperationspartner ab. Zum Austausch auf hoher Ebene kam es auch durch die Reden der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Mongolei und Thailands im Ständigen Rat und anlässlich des Besuchs des australischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten bei der OSZE.

Die Partner beteiligten sich intensiv an den informellen Erörterungen im Rahmen des Korfu-Prozesses, so auch am informellen Ministertreffen in Almaty, und leisteten wichtige Beiträge zu der in Vorbereitung des OSZE-Gipfeltreffens veranstalteten Überprüfungskonferenz. Eine Sitzung der Überprüfungskonferenz war der Bestandsaufnahme der Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern gewidmet. Sowohl die Kooperationspartner als auch die Teilnehmerstaaten registrierten mit Genugtuung die in den letzten Jahren gemachten Fortschritte bei der Ausweitung des Dialogs und der Zusammenarbeit, und es wurden mehrere Vorschläge für eine weitere Verbesserung des Zusammenwirkens gemacht.

Auf Einladung des Vorsitzes nahmen die Kooperationspartner auf hoher Ebene am Gipfeltreffen 2010 in Astana teil. Die Staats- und Regierungschefs der OSZE verabschiedeten die Gedenkklärung von Astana, in der sie sich für ein verstärktes Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern aussprachen. Bei den Treffen der OSZE-Ministertroika mit den Partnern unter Beteiligung des Generalsekretärs und der Parlamentarischen Versammlung am Rande des Gipfeltreffens konnten die Fortschritte der letzten Jahre beurteilt und Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der Partnerschaft erörtert werden.

Wie üblich nahmen die Partner regelmäßig an Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation teil. Auf den Sitzungen der Kontaktgruppe informierte der Vorsitz seinerseits die Partner regelmäßig über die Tätigkeit des Vorsitzenden. Die Partner wurden auch zu den wichtigsten jährlichen Veranstaltungen der OSZE eingeladen, darunter die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz, das Wirtschafts- und Umweltforum und das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension.

Der Vorsitz leistete umfassende – auch finanzielle – Unterstützung für die aus dem Partnerschaftsfonds finanzierten Kooperationsaktivitäten mit beiden Partnergruppen. Kasachstan veranstaltete außerdem eine internationale Konferenz in Almaty, auf der Möglichkeiten zur Nutzung der OSZE-Erfahrungen im Bereich der Sicherheitskooperation durch andere Regionen, und insbesondere Nordostasien, geprüft wurden.

Vierte gemeinsame Sitzung der Kontaktgruppe

Die Tagung im Juli unter dem gemeinsamen Vorsitz Griechenlands und Litauens befasste sich mit den Bemühungen der OSZE um Schutz der Menschenrechte im Zuge der Bekämpfung des Terrorismus, der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und prüfte Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten. Erörtert wurden ferner die Ergebnisse und Follow-up-Aktivitäten des informellen Ministertreffens in Almaty, der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung und der OSZE/Republik Korea-Konferenz. Das Referat eines CICA-Vertreters gab Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über Möglichkeiten zur Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der CICA.

Bericht des Vorsitzes der Kontaktgruppe mit den asiatischen Kooperationspartnern

Die Arbeit der asiatischen Kontaktgruppe

In den fünf Sitzungen der Kontaktgruppe hielten die asiatischen Partner Vorträge über regionale Sicherheitsfragen von allseitigem Interesse. Afghanistan informierte die Teilnehmer über den Verlauf der Wahlen im Land. Australien berichtete über die in Asien und im Pazifik gemachten Erfahrungen bei der Gestaltung multilateraler Prozesse im Hinblick auf neue Herausforderungen; die Mongolei präsentierte die Ergebnisse des Workshops in Ulan Bator über den Kampf gegen den Menschenhandel; die Republik Korea stellte ihre Sicht der multilateralen Sicherheitskooperation in Nordostasien vor; Thailand lieferte Berichte über die Ergebnisse des von ihm veranstalteten Workshops über die Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und die Verbesserung der Grenzsicherung sowie über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum. Erörtert wurden ferner die OSZE-Aktivitäten in den Bereichen Wahlen, Gender, Medienfreiheit und zu Fragen der Wirtschafts- und Umweltdimension, zu denen OSZE-Experten Beiträge leisteten.

Die OSZE/Republik Korea-Konferenz

Auf der Konferenz in Seoul im Mai tauschten die Teilnehmer Meinungen und Erfahrungen zu Themen in allen drei Dimensionen der Sicherheit aus. Zur Sprache kamen dabei der laufende Dialog über Sicherheit und Zusammenarbeit in der OSZE, die Aussichten auf multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien, wirtschaftliche Entwicklung, Herausforderungen im Umweltbereich und die Förderung von Good Governance mit Schwerpunkt Afghanistan sowie der Beitrag der Frauen zur Sicherheit.

In den Diskussionen wurde der potenzielle Nutzen des integrativen, kooperativen und umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE für die asiatische Region unterstrichen und betont, dass die multilaterale Sicherheitskooperation einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung sowohl traditioneller als auch nichttraditioneller Bedrohungen und Herausforderungen leisten kann.

Die Teilnehmer stellten fest, dass Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich oft eng miteinander verknüpft sind und daher mit einem umfassenden Ansatz bessere Ergebnisse

erzielt werden können. In diesem Sinne befürworteten die Teilnehmer eine verstärkte Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den Regierungen und der Zivilgesellschaft sowie zwischen der OSZE und anderen maßgeblichen internationalen Organisationen. Eine verbesserte Zusammenarbeit mit Afghanistan und die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, mit denen Binnenländer konfrontiert sind, wurden als weitere mögliche Arbeitsbereiche für die Partnerschaft zwischen der OSZE und Asien genannt.

Sowohl auf dieser Konferenz als auch auf einer Parallelveranstaltung für Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft einer OSZE-Konferenz mit den asiatischen Partnern wurde erstmals der Beitrag, den Frauen zum Aufbau von Sicherheit leisten können, ausführlich untersucht. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass Frauen für die erfolgreiche Verhütung und Beilegung von Konflikten von größter Bedeutung sind und als zentrale Akteure in diese Prozesse eingebunden werden sollten; deshalb bedürfe es weiterer Maßnahmen zur Förderung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und zur Beteiligung der Frauen am politischen und öffentlichen Leben im Einklang mit den einschlägigen OSZE-Verpflichtungen.

Kooperationsaktivitäten

Griechenland unterstützte die Intensivierung des Austauschs und der Zusammenarbeit mit den asiatischen Partnern durch Projekte, die aus dem Partnerschaftsfonds finanziert wurden. Diese Aktivitäten bezogen sich vor allem auf die Weitergabe von Erfahrungen der OSZE und den Austausch von Erkenntnissen, die beim Aufbau eines multilateralen Sicherheitsrahmens und im Zusammenhang mit Genderfragen gewonnen wurden. Zum ersten Mal wurden zwei Arbeitstagungen im Hoheitsgebiet von Kooperationspartnern abgehalten: Die Mongolei war Gastgeber eines Workshops über die Bekämpfung des Menschenhandels, und Thailand veranstaltete eine Arbeitstagung über die Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und die Verbesserung der Grenzsicherung. Beide Veranstaltungen gaben Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch von Gedanken und bewährten Praktiken in wichtigen Sicherheitsfragen.

Im Einklang mit der Ministererklärung von Madrid zu den OSZE-Kooperationspartnern (MC.DOC/1/07/Corr.1) verteilte Griechenland einen Bericht über die Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe im Jahr 2010.

Der Partnerschaftsfonds

Der Partnerschaftsfonds, durch den das Engagement der Partner in der OSZE gefördert werden soll, ging 2010 in sein drittes Jahr, in dem fünf Projekte abgeschlossen und drei weitere in Angriff genommen wurden. Dank neuer Beiträge Deutschlands, Kasachstans, Marokkos, der Republik Korea und Thailands haben die seit seiner Einrichtung im Jahr 2007 durch den Beschluss PC.DEC/812 des Ständigen Rates insgesamt zugesagten Mittel eine Summe von über 830.000 EUR erreicht.

Die abgeschlossenen Projekte:

- Workshop des OSZE-Vorsitzes 2010 „Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und Verbesserung der Grenzsicherung und des Grenzmanagements – Thailand als Fallstudie“ vom 24. bis 28. Januar in Chiang Mai und Chiang Rai (Thailand)

- Internationaler Experten-Workshop des OSZE-Vorsitzes 2010 „Bekämpfung der modernen Sklaverei – nationale, regionale und internationale Erfahrungen“ am 9. und 10. Februar in Ulan Bator (Mongolei)
- Vom Vorsitz und dem Österreichischen Zentrum für internationale Studien gemeinsam organisierte Tagung zum Thema „Sicherheit und Zusammenarbeit in Nordostasien und die OSZE“ am 27. und 28. April in Almaty (Kasachstan)
- Parallelveranstaltung zur OSZE/Republik Korea-Konferenz am 18. und 19. Mai in Seoul über den Beitrag der Frauen zur Sicherheit
- Studienreise für Experten aus den Partnerländern im Mittelmeerraum zum Thema „Sicherheit von Reisedokumenten“ nach Österreich, Wien, 26. bis 28. Mai

Neue Projekte im Jahr 2010:

- Übersetzung der Wahldokumentation des BDIMR der OSZE in Dari/Paschtu
- Unterstützung der Mitarbeit Afghanistans an OSZE-Aktivitäten und Entwicklung von Projekten, die aus zweckgebundenen außerbudgetären Mitteln finanziert werden
- Aufnahme von Experten aus OSZE-Kooperationspartnerländern in die OSZE-Durchführungsorgane

Die Teilnahme von Vertretern der Kooperationspartner, insbesondere aus Afghanistan, an OSZE-Aktivitäten wurde ebenfalls aus dem Partnerschaftsfonds finanziert.

Bericht des Vorsitzes der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum

Die Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe trat 2010 sechs Mal zusammen und befasste sich mit einer großen Bandbreite von Themen, darunter vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBMs), Grenzmanagement, Migration, Gender sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung. Neben dem wichtigsten Programmpunkt der Veranstaltung, dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch der Teilnehmer, leisteten auch Experten aus der OSZE sowie aus anderen internationalen Organisationen Beiträge, unter ihnen die EU, die NATO, der Europarat, die Liga der Arabischen Staaten und die Internationale Arbeitsorganisation. Die Sitzungen der Kontaktgruppe widmeten sich auch Maßnahmen im Anschluss an die wichtigsten Veranstaltungen unter Beteiligung der Mittelmeerpartner.

OSZE-Mittelmeerkonferenz 2010

Die von Malta im Oktober veranstaltete OSZE-Mittelmeerkonferenz 2010 war eine der wichtigsten Veranstaltungen für die Mittelmeerpartner und diente vor allem dazu, in den OSZE-Dialog über die Zukunft der europäischen Sicherheit auch die Sicht der Länder des Mittelmeerraums einzubringen. Gegenstand des Gedankenaustausches waren Fragen betreffend die VSBMs, der Umgang mit Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich beim Aufbau von Sicherheit und Stabilität sowie Erfahrungen in Bezug auf Toleranz

und Nichtdiskriminierung, wobei auch die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung von Frieden und Sicherheit thematisiert wurde.

In der Debatte wurde die potenzielle Relevanz der OSZE-Erfahrungen mit VSBMs für die Mittelmeerregion untersucht. Die Teilnehmer erörterten die Nützlichkeit einer verstärkten Einbindung der Mittelmeerpartner in einschlägige OSZE-Aktivitäten und die Notwendigkeit, an der schrittweisen Vertiefung des Vertrauens in der Region durch VSBMs in allen drei Dimensionen der Sicherheit und gegebenenfalls auch durch eine Ausweitung der Mittelmeerpartnerschaft zu arbeiten.

Im Zuge der Diskussion über die OSZE-Erfahrungen mit der Förderung von Sicherheit und Stabilität durch einen angemessenen Umgang mit Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich überlegten die Teilnehmer, wie Herausforderungen dieser Art – etwa Migrationssteuerung und Umweltbedrohungen wie Wassermangel und Wüstenbildung – am besten bewältigt werden können.

Zwischen den Teilnehmern kam es auch zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, und sie kamen überein, ihr Zusammenwirken in diesem Bereich insbesondere durch Kooperationsaktivitäten zu verstärken.

Kooperationsaktivitäten

Litauen setzte sich das ganze Jahr hindurch für Kontinuität und konkretes Handeln in den Kooperationsaktivitäten mit den Mittelmeerpartnern ein, indem es die Aufnahme von Projekten in den von der Mittelmeer-Kontaktgruppe 2009 ausgewählten Schwerpunktbereichen aktiv förderte. Dank dieser Unterstützung wurde ein Projekt über Grenzsicherung und Bekämpfung von Terrorismus erfolgreich durchgeführt, ein Programm über die finanzielle Förderung der Aufnahme von Experten aus den Ländern der Kooperationspartner in die OSZE-Durchführungsorgane in Angriff genommen und schließlich über die Fortsetzung der gemeinsamen Ausarbeitung eines Projekts verhandelt, das sich mit umweltbedingten Gefahren für die Sicherheit befassen soll.

Anlässlich einer Studienreise nach Österreich im Mai nahmen zehn Experten aus vier Mittelmeerpartnerländern am OSZE-Workshop über die Förderung des *Public Key Directory* der ICAO (e-Reisepässe) teil. Die Experten besichtigten auch die österreichische Staatsdruckerei und ein Passregistrierungszentrum in Wien und wurde von einem mit der ICAO in Verbindung stehenden Experten über die Transliteration arabischer Buchstaben in lateinische Schrift informiert.

Gemäß der Ministererklärung von Madrid zu den OSZE-Kooperationspartnern (MC.DOC/1/07/Corr.1) verteilte Litauen einen Bericht über die Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe im Jahr 2010.

Das Wahlunterstützungsteam des BDIMR der OSZE für Afghanistan

Auf Beschluss des Ständigen Rates der OSZE reagierte die OSZE auf eine Einladung des afghanischen Außenministers mit der Entsendung eines Wahlunterstützungsteams zu den Parlamentswahlen in Afghanistan vom 18. September.

Das aus acht Experten aus sechs OSZE-Teilnehmerstaaten bestehende Team des BDIMR der OSZE war fünf Wochen im Einsatz und berichtete dem Ständigen Rat am 9. Dezember über seine Erkenntnisse.

Die OSZE war seit 2004 an allen Wahlen in Afghanistan beteiligt und gab 2004, 2005 und 2009 Berichte mit Empfehlungen über mögliche Verbesserungen bei künftigen Wahlgängen heraus. Anlässlich der Wahlen im Jahr 2010 überprüfte das Wahlunterstützungsteam des BDIMR die zahlreichen vorhandenen Empfehlungen und ermittelte Prioritätsbereiche, die die Grundlage für eine künftige Wahlreform bilden könnten. Auf dieser Grundlage veröffentlichte das BDIMR einen Bericht, in dem der rechtliche Rahmen, der Schutz der Wählerrechte, die Wahladministration, die Wählerregistrierung, die Abgrenzung der Wahlbezirke, die politischen Parteien und die inländische Wahlbeobachtung behandelt wurden, um Impulse für weitere Reformen der Wahlordnung in Afghanistan zu setzen.

Bericht des Generalsekretärs

Das OSZE-Sekretariat unterstützte die Arbeit der Vorsitze der beiden Kontaktgruppen und organisierte gemeinsam mit den Gastländern die OSZE/Republik Korea-Konferenz in Seoul und die OSZE-Mittelmeerkonferenz in Malta. Der Generalsekretär ergriff auf beiden Veranstaltungen das Wort. Das Sekretariat hielt regelmäßig Verbindung mit den Partnern und vermittelte deren Teilnahme an einschlägigen OSZE-Aktivitäten. Es unterstützte darüber hinaus den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten durch die Bereitstellung von institutionellem Wissen, von Hintergrundinformationen und durch Beratung in Fragen der OSZE-Partnerschaft. Für die Sitzung der Überprüfungskonferenz, die der Zusammenarbeit der OSZE mit den Partnern gewidmet war, wurde ein Grundlagendokument über die Entwicklung der OSZE-Partnerschaft seit dem letzten OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul 1999 ausgearbeitet.

Auf der Konferenz in Seoul traf der Generalsekretär mit dem koreanischen Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten und Handel und anderen ranghohen Beamten zu Gesprächen über die Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel, die Bedeutung eines multilateralen und umfassenden Sicherheitsansatzes, Afghanistan und OSZE-Aktivitäten zusammen. Der Generalsekretär gab koreanischen Medien auch Interviews über die OSZE und die Themen der Konferenz.

Am Rande der Mittelmeerkonferenz führte der Generalsekretär Gespräche mit dem Premierminister, dem Stellvertretenden Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten Maltas sowie mit Parlamentsabgeordneten. Themen waren die wichtigsten Herausforderungen, mit denen der Mittelmeerraum konfrontiert ist, etwa die Migrationssteuerung und der Kampf gegen den Menschenhandel, Vorbereitungen für das OSZE-Gipfeltreffen und die OSZE-Mittelmeerpartnerschaft. Er traf auch mit dem Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeerraums zusammen, der über die Ziele und Aktivitäten dieser Organisation berichtete.

Der Ministerpräsident der Mongolei traf anlässlich seines Besuchs bei der OSZE im März mit dem Generalsekretär zusammen, der ihn über den Korfu-Prozess sowie über die OSZE-Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension und in Zentralasien informierte. Weitere Gesprächsthemen waren der Umgang mit spezifischen Problemen eines Binnenlandes, die Gewährleistung eines wirksamen Managements an Grenzübertrittsstellen, die Unterstützung für Afghanistan und die Planung für die OSZE/Mongolei-Konferenz 2011.

Der Generalsekretär hielt eine Rede auf dem Treffen auf hoher Ebene, das vom Vorsitz unmittelbar vor dem CICA-Gipfeltreffen im Juni in Istanbul organisiert wurde. Es war dies die erste Tagung mit den Kooperationspartnern auf Ministerebene außerhalb des OSZE-Ministerrats, und es bot Gelegenheit, Möglichkeiten zur Stärkung der Sicherheit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Eurasien zu erörtern.

Die Abteilung für externe Zusammenarbeit koordinierte Informationsveranstaltungen von offiziellen Vertretern der OSZE für Delegationen aus den Partnerländern, darunter Afghanistan, Australien, Japan, Israel und Jordanien, über die Aktivitäten der Organisation und leistete Beiträge dazu.

Der Generalsekretär war weiter für die Verwaltung des Partnerschaftsfonds zuständig, und die Abteilung für externe Zusammenarbeit agierte als Projektleitung und stellte die Verbindung zu den Gebern und den einzelnen Projektmanagern her.

Aufgrund des von den Partnern und den Teilnehmerstaaten geäußerten Interesses initiierte das Sekretariat das erste gemeinsame Projekt für die Aufnahme von Experten/jungen Diplomaten aus beiden Kooperationspartnergruppen in OSZE-Durchführungsorgane unter dem Schirm des Partnerschaftsfonds. Ziel dieses Projekts ist es, die OSZE-Kooperationspartnerschaft weiter zu stärken, indem es die Zielgruppe ausführlich mit dem Mandat und den Aktivitäten der OSZE sowie mit ihrer praktischen Arbeit zu deren Umsetzung vertraut macht.

Asiatische Kooperationspartner: Afghanistan, Australien, Japan, Mongolei, Republik Korea and Thailand. Griechenland führte 2010 in der asiatischen Kontaktgruppe den Vorsitz.

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko and Tunesien. Den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe führte 2010 Litauen.

OSZE-Engagement für Afghanistan

Das Sekretariat förderte in Abstimmung mit maßgeblichen internationalen Akteuren weiter das Engagement der OSZE für Afghanistan, indem es unter anderem für die verstärkte Einbeziehung afghanischer Kollegen in OSZE-Aktivitäten sorgte.

Bei seinem Vortrag auf der vierten Regionalkonferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afghanistan im November in Istanbul berichtete der Generalsekretär über den wichtigen Beitrag der OSZE zu den internationalen Stabilisierungsbemühungen in Bereichen wie Stärkung der Grenzsicherung und der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und Afghanistan, Schulung afghanischer Strafverfolgungs- und Zollbeamter und Wahlunterstützung. Ferner nahm er an einem Treffen der hochrangigen Kerngruppe regionaler Agenturen teil, die die Aktivitäten und Programme verschiedener regionaler Organisationen in Afghanistan koordiniert.

Aus dem Partnerschaftsfonds wurde die Teilnahme afghanischer Vertreter an OSZE-Aktivitäten finanziert, insbesondere zu Fragen betreffend das Grenzmanagement und die Terrorismusbekämpfung, sowie am Wirtschafts- und Umweltforum und an Veranstaltungen im Rahmen der OSZE-Partnerschaft. So konnten etwa zehn afghanische Teilnehmer, unter ihnen auch der Stellvertretende Innenminister für Drogenbekämpfung, am Workshop über die Be-

kämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen und die Verbesserung der Grenzsicherheit in Thailand mitarbeiten.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten organisierte vier Schulungskurse, die speziell auf die Bedürfnisse der afghanischen nationalen Polizei abgestimmt waren und an denen 56 afghanische Beamte teilnahmen. Außerdem besuchten 35 afghanische Polizeibeamte Schulungskurse über Drogenbekämpfung in Domodedowo (Russland) im internationalen Zentrum für Drogenbekämpfung und weitere 35 afghanische Polizeibeamte zwei gleichzeitig stattfindende Kurse über Drogenbekämpfung an der Polizeiakademie bzw. in der Drogenkontrollagentur in Duschanbe (Tadschikistan). Zehn afghanische Polizeiausbildner nahmen an einem zweiwöchigen Lehrgang über Drogenbekämpfung an der Polizeiakademie von Kasachstan teil und erwarben Wissen und Können, das sie anschließend an ihre Kollegen in Afghanistan weitergeben können.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung vermittelte die Teilnahme afghanischer Vertreter an drei Expertenworkshops über Rechtsinstrumente gegen den Terrorismus, Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten (*Public Key Directory* der ICAO) und über Strategien, politische Leitlinien und bewährte Praktiken zur Verhütung von Terrorismus. Ferner war ein afghanischer Amtsträger Hauptredner bei einem Seminar über Terrorismusverhütung in Taschkent.

Das Grenzteam des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) trug durch laufende Grenzprojekte der OSZE-Feldoperationen in Zentralasien zur Stärkung des OSZE-Engagements für Afghanistan bei, indem es insbesondere Kontakte zu den afghanischen Behörden anbahnte und pflegte und die Teilnahme afghanischer Beamter an einschlägigen Aktivitäten unterstützte. Dadurch konnten über 60 afghanische Grenz- und Zollbeamte an Seminaren über Dokumentenfälschung, Zollfragen und Landminen an der Grenze sowie am ersten Lehrgang der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe teilnehmen. Über 30 afghanische Beamte beteiligten sich an Zollprojekten im OSZE-Zentrum in Bischkek und im OSZE-Büro in Tadschikistan. Ferner wurden Vorbereitungen für den Beginn eines Projekts zur Planung und Führung von Grenzpatrouillen für tadschikische und afghanische Streifenpolizisten unternommen, das vom Büro in Tadschikistan durchgeführt werden soll.

Schließlich organisierten die Gruppe Terrorismusbekämpfung, das Grenzteam des KVZ und die OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement gemeinsam für 20 afghanische Grenzbeamte eine intensive zweiwöchige Schulung zur Verbesserung der Erkennungsrate für gefälschte Dokumente.

Die OSZE auf einen Blick

Die OSZE ist eine regionale Organisation, die sich in ihrem Einsatzgebiet auf Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktfolgenbeseitigung konzentriert. Sie arbeitet oft hinter den Kulissen, fördert das Gespräch und baut Spannungen ab, bevor sie zum Konflikt eskalieren.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Faktor Sicherheit viele Aspekte unseres Lebens und der Art, wie wir regiert werden, berührt, befasst sich die OSZE mit einer Vielzahl von Fragen, die sie traditionell in drei Bereiche oder Dimensionen gliedert. In Fragen, die eines integrierten Ansatzes bedürfen, ist die Organisation auch dimensionenübergreifend tätig.

Die Arbeit in der **politisch-militärischen Dimension** erstreckt sich unter anderem auf folgende Bereiche:

- Förderung von Verhandlungen zur Beilegung von Konflikten und Mitwirkung an solchen Verhandlungen als Vermittler
- Förderung der Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen
- Aufbau von Kapazitäten in der Grenzsicherung und im Grenzmanagement
- Unterstützung bei Reformen der Streitkräfte und der Polizei
- Vernichtung von Kleinwaffen und konventioneller Munition und Sicherstellung der sicheren Verwaltung von Lagerbeständen

In der **Wirtschafts- und Umweltdimension** widmet sich die OSZE folgenden Aufgaben:

- Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Good Governance
- Befassung mit umweltbedingten Sicherheitsrisiken und Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der sicheren Energieversorgung

In der **menschlichen Dimension** besteht die Tätigkeit der OSZE im Wesentlichen in folgenden Maßnahmen:

- Förderung der Achtung der Menschenrechte
- Stärkung demokratischer Institutionen
- Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Beobachtung von Wahlen
- Förderung der Minderheitenrechte

Die Organisation, die als regionale Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen anerkannt ist, hat 56 Teilnehmerstaaten in Europa, Nordamerika und Zentralasien und beschäftigt rund 3000 Mitarbeiter in ihren Feldoperationen, ihren Fachinstitutionen und ihrem Sekretariat in Wien.

Geschichtliches

Die Anfänge der OSZE liegen in den frühen 1970er Jahren, als im Rahmen der zweijährigen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Vertreter östlicher und westlicher Länder in Helsinki und Genf zusammenkamen und schließlich die *Schlussakte von Helsinki* verabschiedeten, die am 1. August 1975 unterzeichnet wurde.

Nach dem Ende des Kalten Krieges übernahm die KSZE eine neue Rolle, galt es doch, den historischen Umbruch in Europa zu bewältigen und sich den neuen Herausforderungen im Sicherheitsbereich zu stellen. Anfang der 1990er Jahre wurde die Arbeit der Konferenz stärker strukturiert und es wurden ständige Institutionen eingerichtet, darunter ein Sekretariat, ein Büro für freie Wahlen und ein Konfliktverhütungszentrum.

Nachdem die KSZE nun über eine bloße Konferenz hinausgewachsen war, kamen die Teilnehmerstaaten auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 überein, sie in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umzubenennen.

Im einundzwanzigsten Jahrhundert erwies das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE zunehmend seinen Nutzen bei der Bewältigung neuer Herausforderungen – wie der Kampf gegen Terrorismus und Menschenhandel –, die sich keiner einzelnen der drei Sicherheitsdimensionen allein zuordnen lassen. Eines der vorrangigen Anliegen der Organisation ist nach wie vor die Beilegung von Langzeitkonflikten in der ehemaligen Sowjetunion und die Stabilisierung des Balkans.

2010 hielt die OSZE ihren ersten Gipfel seit mehr als einem Jahrzehnt in Astana (Kasachstan) ab. Die Organisation beging auch den 35. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki sowie den 20. Jahrestag des Kopenhagener Dokuments, des Bonner Dokuments und der Charta von Paris.

Die Arbeitsweise der OSZE

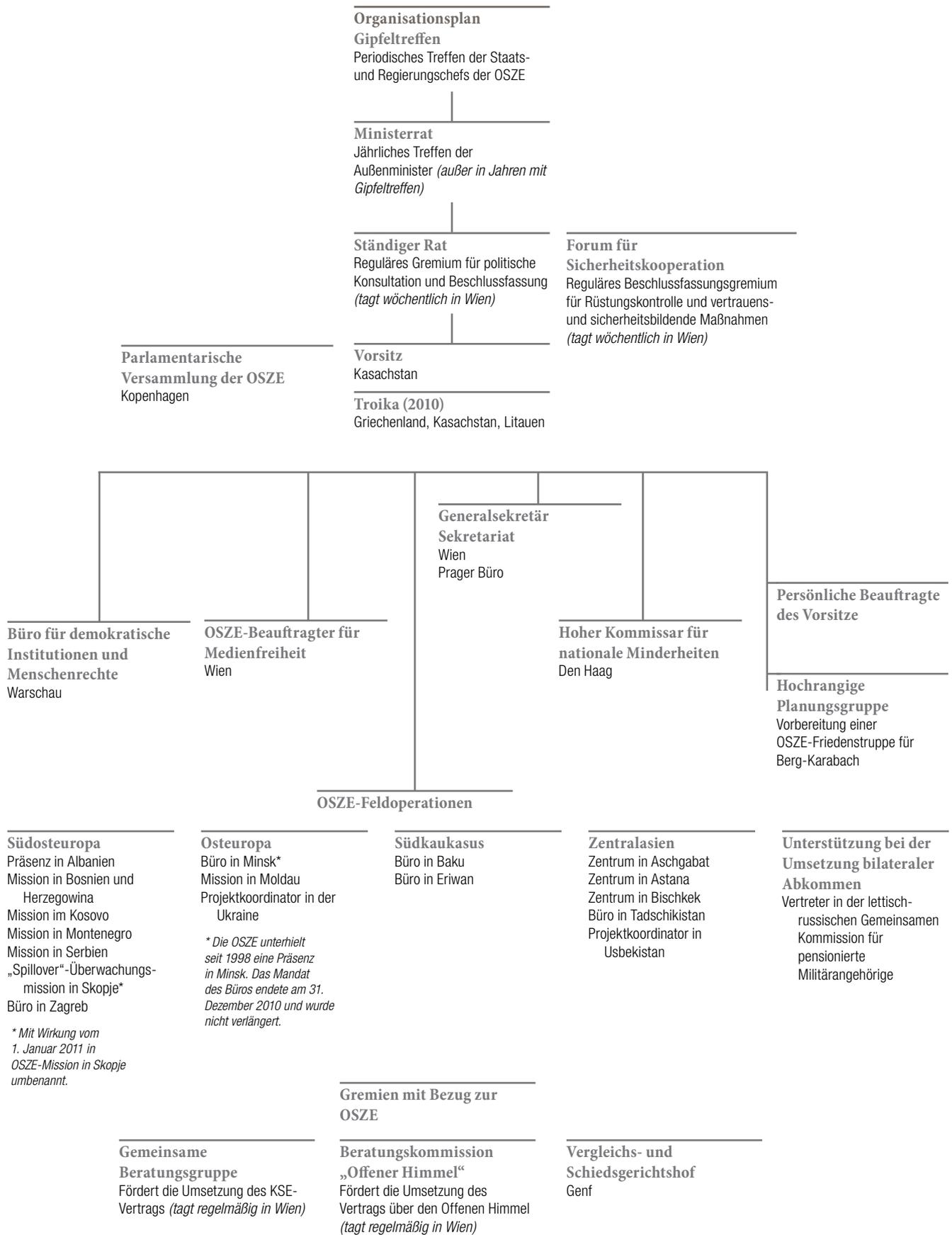
In der OSZE führt jeweils ein Teilnehmerstaat für die Dauer eines Jahres den Vorsitz. 2010 führte Kasachstan den Vorsitz. Im Interesse einer besseren Langzeitplanung und größerer Kontinuität förderte Kasachstan den aktiven Dialog mit seinen Troikakollegen Griechenland (2009) und Litauen (2011) und den künftigen Vorsitzländern Irland (2012) und Ukraine (2013).

Der Ständige Rat ist ein regelmäßig tagendes Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er tritt einmal wöchentlich in Wien zusammen. Das Forum für Sicherheitskooperation ist das reguläre Beschlussfassungsorgan der OSZE für Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und tagt ebenfalls einmal pro Woche in der Wiener Hofburg.

An der Beschlussfassung in der Organisation wirken noch weitere Organe oder Foren mit: periodische *Gipfeltreffen* der Staats- und Regierungschefs, der jährliche Ministerrat, das Wirtschafts- und Umweltforum, die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz und das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension. In den Jahren, in denen ein Gipfeltreffen abgehalten wird, findet kein Ministerratstreffen statt.

Weitere Informationen: www.osce.org

Organigramm

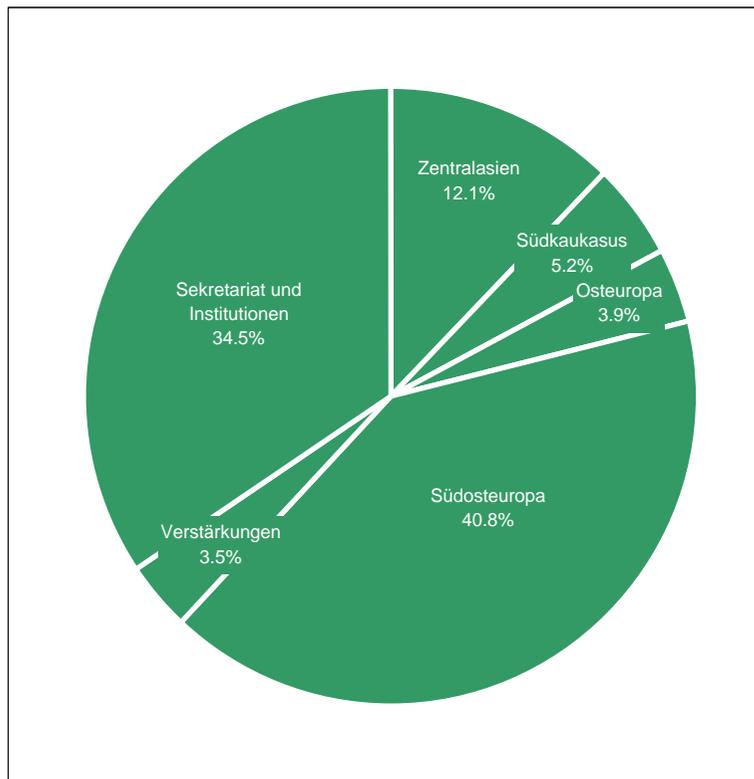


OSZE-Haushalt 2010 nach Teilhaushalten

Teilhaushalt	Euro	% vom Gesamtbetrag
Sekretariat	32,572,700	21.31%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)	15,463,200	10.12%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)	3,317,500	2.17%
Beauftragte für Medienfreiheit	1,392,600	0.91%
Verstärkungen	5,251,300	3.44%
Mission im Kosovo	23,546,600	15.40%
Mission in Bosnien und Herzegowina	15,278,300	10.00%
Büro in Zagreb	1,613,400	1.06%
Mission in Serbien	7,932,100	5.19%
Präsenz in Albanien	3,296,200	2.16%
„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje	8,360,700	5.47%
Mission in Montenegro	2,392,100	1.56%
Mission in Moldau	2,083,900	1.36%
Projektkoordinator in der Ukraine	2,752,300	1.80%
Büro in Minsk	1,169,100	0.76%
Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige	9,300	0.01%
Büro in Eriwan	2,788,900	1.82%
Büro in Baku	2,817,900	1.84%
Hochrangige Planungsgruppe	245,000	0.16%
Minsk-Prozess	953,300	0.62%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden – Minsk-Konferenz	1,143,800	0.75%
Zentrum in Astana	2,188,200	1.43%
Zentrum in Aschgabat	1,401,700	0.92%
Zentrum in Bischkek	7,092,300	4.64%
Projektkoordinator in Usbekistan	1,868,300	1.22%
Büro in Tadschikistan	5,926,200	3.88%
SUMME	152,856,900	100.00%

Haushalt 2010 nach Institutionen und Regionen (PC.DEC/949)

Zentralasien	12.1%
Südkaucasus	5.2%
Osteuropa	3.9%
Südosteuropa	40.8%
Verstärkungen	3.5%
Sekretariat und Institutionen	34.5%



Außerbudgetäre Unterstützung der OSZE

Die Arbeit der OSZE erfolgt auf Grundlage eines bescheidenen, aus Beiträgen der Teilnehmerstaaten finanzierten Gesamthaushalts. Im Einklang mit den Prioritäten der OSZE fließt der Großteil der Mittel in die Feldaktivitäten.

Die OSZE ist der Rationalisierung und Effektivität verpflichtet und arbeitet mit einem Haushaltsplan, für den Nullwachstum gilt. Das heißt, dass wir für die Finanzierung unserer wichtigsten Initiativen und Vorhaben auf großzügige außerbudgetäre Beiträge von Teilnehmerstaaten und Partnern und für die Förderung der Werte, die das OSZE-Konzept der umfassenden und kooperativen Sicherheit tragen, auf deren Unterstützung angewiesen sind.

Wir möchten an dieser Stelle unseren Gebern danken. Wir freuen uns auf die Fortsetzung unserer Arbeit in den kommenden Jahren.

Bundesrepublik Deutschland
Vereinigte Staaten von Amerika
Fürstentum Andorra
Republik Österreich
Königreich Belgien
Kanada
Königreich Dänemark
Königreich Spanien
Republik Finnland
Republik Frankreich
Georgien
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
Die griechische Republik
Republik Ungarn
Irland
Republik Island
Republik Italien
Republik Kasachstan
Fürstentum Liechtenstein
Republik Litauen
Großherzogtum Luxemburg
Fürstentum Monaco
Königreich Norwegen
Königreich Niederlande
Republik Polen
Rumänien
Republik San Marino
Schweden
Die Schweizerische Eidgenossenschaft
Tschechische Republik
Republik Türkei
Japan
Republik Korea
Königreich Thailand
Königreich Marokko

Australian Agency for International Development
Österreichische Entwicklungsagentur (ADA)
Canadian International Development Agency (CIDA)
Europarat
Europäische Union
Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)
Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
Irish Aid
Netrust PTE LTD
Norwegian Institute of International Affairs (NUPI)
Open Society Institute
Swedish International Development Agency (SIDA)
Statoil
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS)
United States Agency for International Development (USAID)

OSZE-Personal mit befristetem Dienstvertrag, Stand: 31. Dezember 2010

(einschließlich des aus außerbudgetären Beiträgen finanzierten Personals)

Nationalität	Kosovo	Bosnien & Herzegowina	Skopje	Serbien	Montenegro	Zagreb	Albanien	Baku	Eriwan	Minsk-Konferenz	Moldau	Minsk	Ukraine	Astana	Aschgabat	Bischkek	Tadschikistan	Usbekistan	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragte für Medienfreiheit	HKNM	BDJMR	Sekretariat & Institutionen gesamt	SUMME	
Albanien																			0					0	0	
Andorra																				0					0	0
Armenien	1	1											1				1		4				1	1	5	
Aserbaidshan	1																			1	1			1	2	
Belarus	2	1	1																4	3	1		3	7	11	
Belgien	1	1																	2	4				4	6	
Bosnien und Herzegowina	9		1	1	3		2		1	1	1	1	1			2	1		14	2	1		1	4	16	
Bulgarien				1	3		2		1	1	1	1				2	1		14	3				3	17	
Dänemark																	1		1	1			1	2	3	
Deutschland	10	4	2	3			3	1				1	1			1	6		32	17	1	2	7	27	59	
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	5														1				6	2				2	8	
Estland			2								2					1			5	1		1		2	7	
Finnland		1														1	1		3	2				2	5	
Frankreich	4	3	4	1	1			1			1	1		1		3	4	1	25	10	2	1	4	17	42	
Georgien	5			1													1		7	1		1	2	4	11	
Griechenland	5	4	1	1															11	2				2	13	
Heiliger Stuhl																			0					0	0	
Irland	3	3	1	2	1														10	2		1	1	4	14	
Island			1																1					0	1	
Italien	16	3	1	1	1						1					1			24	11			6	17	41	
Kanada	4	2		1				1											8	8			4	12	20	
Kasachstan										1		1				1	1		4	6		1	4	11	15	
Kirgisistan		1																	1	1				1	2	
Kroatien	8	1	1	1															11	2			1	3	14	
Lettland							1				2					1			4					0	4	
Liechtenstein																			0					0	0	
Litauen					1		1									1	1		4	3				3	7	
Luxemburg																			0	2				2	2	
Malta	1																		1					0	1	
Moldau	1			1										1		3	2		8	2			2	4	12	
Monaco																			0					0	0	
Montenegro	1						1												2					0	2	
Niederlande	3	2	1	3			1		1							1	1		13	2		2	1	5	18	
Norwegen		1		2			1	3									2		9	1		3		4	13	
Österreich	14	1	5	1	1		1	1	1					2		2			29	8	1	1	6	16	45	
Polen	5				1				1	1	1					1			10				10	10	20	
Portugal	4	2	1																7	1				1	8	
Rumänien	2	3	3																8	1			1	2	10	
Russische Föderation	2	3	1	1				1	1		1					3	2		15	12		1	2	15	30	
San Marino																			0					0	0	
Schweden	4	2	1	2	1			1			1					2	1		15	4				4	19	
Schweiz																1			1		1			1	2	
Serbien			1					1								1			3	3			2	5	8	
Slowakei	1	3				1							1						6	1			1	2	8	
Slowenien		1	1	1			1												4				2	2	6	
Spanien	10	3	6	1		2	2	1							1				26	9		2	3	14	40	
Tadschikistan		1																	1	2				2	3	
Tschechische Republik		1	1				1												3	3				3	6	
Türkei	12	2	5	1	1			3											25	6				6	31	
Turkmenistan																			0	1				1	1	
Ukraine	1	1		1												2			5	5		1		6	11	
Ungarn	3	2	4	2						2			1			1	1	1	17	1	1		2	4	21	
Usbekistan	2								1										3		1			1	4	
Vereinigte Staaten	17	9	4	5	2		4	2	1		2	1	1	1		3	3		55	18	1	3	10	32	87	
Vereinigtes Königreich	10	3	4	4	1		2			1	1					2			28	16		1	3	20	48	
Zypern																			0					0	0	
Internationales Personal	167	65	53	38	14	3	21	16	7	6	13	5	4	7	2	35	30	2	488	180	10	21	80	291	779	
Ortspersonal	499	441	140	139	36	17	77	29	45	11	42	9	50	23	17	94	143	17	1829	196	3	11	69	279	2108	
Personal gesamt	666	506	193	177	50	20	98	45	52	17	55	14	54	30	19	129	173	19	2317	376	13	32	149	570	2887	

Kontakt

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 514 36 6000
Fax: +43 1 514 36 6996
E-Mail: info@osce.org
www.osce.org

Parlamentarische Versammlung

Internationales Sekretariat
Tordenskjoldsgade 1
1055 Kopenhagen K
Dänemark
Tel.: +45 33 37 80 40
Fax: +45 33 37 80 30
E-Mail: international.secretariat@oscepa.dk

Institutionen

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Ulica Miodowa 10
00-251 Warschau, Polen
Tel.: +48 22 520 06 00
Fax: +48 22 520 06 05
E-Mail: office@odihp.pl

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22
2514 AP Den Haag
Niederlande
Tel.: +31 70 312 55 00
Fax: +31 70 363 59 10
E-Mail: hcnm@hcnm.org

OSZE-Bbeauftragter für Medienfreiheit

Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 1 514 36 68 00
Fax: +43 1 514 36 68 02
E-Mail: pm-fom@osce.org

OSZE-Feldoperationen

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

Sheraton Tirana Hotel & Towers, 1st Floor
Tirana, Albanien
Tel.: +355 4 235 993
Fax: +355 4 235 994
E-Mail: pm-al@osce.org

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Fra Andjela Zvizdovića 1
71000 Sarajewo
Bosnien und Herzegowina
Tel.: +387 33 752 100
Fax: +387 33 442 479
E-Mail: info.ba@osce.org

OSZE-Mission im Kosovo

OSCE Headquarters
10000 Priština
Kosovo-UNMIK
Tel.: +381 38 240 100
Fax: +381 38 240 711
E-Mail: press.omik@osce.org

OSZE-Mission in Montenegro

Bulevar Sv. Petra Cetinjskog 1a
81000 Podgorica, Montenegro
Tel.: +382 20 40 64 01
Fax: +382 20 40 64 31
E-Mail: omim@osce.org

OSZE-Mission in Serbien

Čakorska 1
11000 Belgrad, Serbien
Tel.: +381 11 36 06 100
Fax: +381 11 36 06 119
E-Mail: ppiu-serbia@osce.org

OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje*

Oktomvriska Revolucija bb
Hyperium Building
MK-1000, Skopje
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
Tel.: +389 23 23 40 00
Fax: +389 23 23 42 34
E-Mail: info-mk@osce.org
(*Der Name wurde mit 1. Januar 2011
auf OSZE-Mission in Skopje geändert.)

OSZE-Büro in Zagreb

Florijana Andrašeca 14
10000 Zagreb, Kroatien
Tel.: +385 1 309 66 20
Fax: +385 1 309 6621
E-Mail: osce-croatia@osce.org

*Osteuropa***OSZE-Büro in Minsk**

Die OSZE unterhält seit 1998 eine Präsenz in Minsk. Das Mandat des Büros lief am 31. Dezember 2010 aus und wurde nicht verlängert.

OSZE-Mission in Moldau

Str Mitropolit Dosoftei 108
2012 Chişinău, Moldau

Tel.: +373 22 887 887/223 495
Fax: +373 22 22 34 96
E-Mail: moldova@osce.org

OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

16 Striletska St.
01034 Kiew, Ukraine
Tel.: +380 44 492 03 82
Fax: +380 44 492 03 83
E-Mail: liliia.dakhno@osce.org

OSZE-Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militäranghörige

Weileweg 7
22417 Hamburg, Deutschland
Tel.: +43 664 464 15 62
Fax: +43 1 514 36 61 24
E-Mail: helmut.napiontek@osce.org

Südkaukasus

OSZE-Büro in Baku

The Landmark III
96 Nizami St.
Baku, Aserbaidtschan
Tel.: +994 12 497 23 73
Fax: +994 12 497 23 77
E-Mail: office-az@osce.org

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

4 Freedom Square
GMT Plaza, 1st floor
0105 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 99 87 32
Fax: +995 32 98 85 66
E-Mail: prcio@osce.org

OSZE-Büro in Eriwan

64/1 Sundukyan St.
Eriwan 0012
Armenien
Tel.: +374 10 229610-14
Fax: +374 10 229615
E-Mail: yerevan-am@osce.org

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

Turkmenbashi Shayoly 15
744005 Aschgabat, Turkmenistan
Tel.: +993 12 35 30-92
Fax: +993 12 35 30-41
E-Mail: info_tm@osce.org

OSZE-Zentrum in Astana

10 Beibitshilik St.

Astana 010000
Kasachstan
Tel.: +7 7172 580070
Fax: + 7 7172 328304
E-Mail: astana-kz@osce.org

OSZE-Zentrum in Bischkek

139 Toktogul St.
720001 Bischkek, Kirgisistan
Tel.: +996 312 66 50 15
Fax: +996 312 66 31 69
E-Mail: pm-kg@osce.org

OSZE-Büro in Tadschikistan

18a Akhmadi Donish St.
734012 Duschanbe, Tadschikistan
Tel.: +992 37 226
50-14/-15/-16/-17/-18
Fax: +992 37 251 0137
E-Mail: OiT@osce.org

OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Afrosiyob Street 12b, 4th floor
100015 Taschkent, Republik Usbekistan
Tel.: +998 71 140 04 70
Fax: +998 71 140 04 66/67
E-Mail: osce-cit@osce.org